Verfassungsschutzbericht 1990

Linksextremistische Bestrebungen

Rechtsextremistische Bestrebungen

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Spionageabwehr

ISSN: 0177–0357

Herausgeber: Der Bundesminister des Innern, Graurheindorfer Straße 198
5300 Bonn 1, August 1990
Herstellung: Fritz Busche Druckereigesellschaft mbH; 4600 Dortmund 41

Vorwort des Bundesministers des Innern

Der jährliche Verfassungsschutzbericht ist ein wichtiger Beitrag zur Information der Bürger und ein wesentlicher Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie. Unser freiheitlicher Rechtsstaat verfügt über ein Instrumentarium, um die Wiederholung einer Entwicklung zu verhindern, in der Grundprinzipien der Verfassung von ihren Gegnern angegriffen und ausgehöhlt werden konnten.

In dem Verfassungsauftrag, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, sieht die Bundesregierung eine wichtige Aufgabe und ist bereit, die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus von links wie von rechts auch offensiv zu führen. Sie setzt dabei – in Übereinstimmung mit ihren Vorgängern und den Regierungen in den Ländern – auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung, der sie grundsätzlich Vorrang vor administrativen und gerichtlichen Maßnahmen gegen extremistische Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einräumt.

Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats kann nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist vielmehr Aufgabe aller Bürger. Ihre Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

Hierfür müssen der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen vermittelt werden, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen.

Der Information bedarf es auch deshalb, weil die Gegner unserer Verfassung nicht selten ihre wahren Ziele verschleiern, Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz ablegen oder durch Umwertung von Verfassungsnormen, politischen und juristischen Begriffen vermeintlich als Verfechter demokratischer Prinzipien auftreten.

Die Kriterien für die Grenzziehung zwischen Extremisten und Demokraten beschreibt § 4 Bundesverfassungsschutzgesetz. Zu den fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen vor allem:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien
- und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausbildung einer Opposition.

Bis 1973 wurden solche Bestrebungen zuweilen als »radikal« bezeichnet. Der Begriff »extremistisch« trägt demgegenüber der Tatsache Rechnung, daß politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine bestimmte, nach allgemeinem Sprachgebrauch »radikale« , d. h. an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind »extremistisch« und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den oben umschriebenen Grundbestand unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung richten.

Der vorliegende Bericht faßt die Ergebnisse der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahre 1990 zusammen. Er kann keinen erschöpfenden Überblick geben; er unterrichtet über die wesentlichen Erkenntnisse und analysiert und bewertet die Entwicklungen und Zusammenhänge. Er ist als Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung, nicht als eine abschließende juristische Würdigung zu verstehen. Dies gilt insbesondere für die Bewertung der von verfassungsfeindlichen Kräften beeinflußten Organisationen. Die Erwähnung einer Organisation im Bericht allein läßt noch keine Rückschlüsse auf die Verfassungstreue der einzelnen Mitglieder solcher Vereinigungen zu.

Dr. Wolfgang Schäuble

INHALTSVERZEICHNIS

Überblick 11

Linksextremistische Bestrebungen 19

I. Übersicht in Zahlen 20
1. Organisationen und Mitgliederstand 20
2. Verlage und periodische Publikationen 20
3. Linksextremisten im öffentlichen Dienst 24

II. Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten 24
1. Politischer Standort 24
2. Organisationen und Gruppierungen 25
2.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und Umfeld 25
2.1.1 DKP 25
2.1.2 Nebenorganisationen der DKP 28
2.1.3 DKP-beeinflußte Organisationen 29
2.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW), jetzt: »Sozialistische Initiative« (SI) 31
2.3 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) 32
2.4 »Kommunistischer Bund« (KB) 33
2.5 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) 34
2.6 »Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP) 35
2.7 »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB) 35
2.8 »Trotzkistische Gruppen« 37
2.9 »Radikale Linke« 37
2.10 »Marxistische Gruppe« (MG) 38

III. Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre 40
1. Autonome 42
2. Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen« 45
3. »Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen 45

IV. Aktionsfelder 46
1. Kampagne gegen die Einheit Deutschlands 46
2. Teilnahme an Wahlen 48
2.1 Wahlbündnis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 48
2.2 Landtagswahlen 50
2.3 Kommunalwahlen 50
3. »Antimilitarismus«-Arbeit und »Friedenskampf« 50
4. »Antifaschismus«-Arbeit 51
5. »Antiimperialismus-« und »Internationalismus«-Arbeit 52
6. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 54

7. Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst ... 55
8. Kampf um »Freiräume« ... 56

V. Deutscher linksextremistischer Terrorismus ... 58
1. Entwicklung der Terroraktionen ... 58
2. »Rote Armee Fraktion« (RAF) ... 60
2.1 »Kommandobereich« und »Militante« ... 60
2.2 Inhaftierte der »Roten Armee Fraktion« ... 65
2.3 Umfeld der »Roten Armee Fraktion« ... 67
3. »Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora« ... 70
4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen ... 70
5. Internationale Verflechtungen ... 71
6. Strafverfahren ... 73
6.1 Anklagen ... 73
6.2 Verurteilungen ... 74

VI. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund ... 74
1. Übersicht in Zahlen ... 74
2. Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten ... 75

VII. Erläuterungen und Dokumentation ... 76

VIII. Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse ... 82

Rechtsextremistische Bestrebungen ... 87

I. Übersicht in Zahlen ... 88
1. Organisationen und Mitgliederstand ... 88
2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste ... 90
3. Periodische Publikationen ... 90
4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst ... 90

II. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus) ... 91
1. Zielsetzung ... 91
2. Zahlen ... 91
3. Neonationalsozialistische Gruppen ... 92
3.1 »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF) ... 92
3.2 »Deutsche Alternative« (DA) ... 96
3.3 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) ... 97
3.4 »Nationale Offensive« (NO) ... 99
3.5 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG) ... 100
3.6 »Nationalistische Front« (NF) ... 101
3.7 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) ... 102
3.8 »Neonationalsozialistenkreis um Curt MÜLLER« ... 102
3.9 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI) ... 102
3.10 »Deutsche Bürgerinitiative e.V.« (DBI) ... 102
3.11 »Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.« (DDF) ... 103
3.12 »Aktion Sauberes Deutschland« (ASD) ... 104

III. »National-Freiheitliche«/»Nationaldemokraten« ... 104
1. Ideologische Standorte ... 104
2. »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU) ... 106
2.1 Zielsetzung ... 106
2.2 Organisation ... 108
2.3 Finanzen ... 108
2.4 Teilnahme an Wahlen ... 108
2.5 Wahlbündnis mit der NPD ... 108
2.6 Sonstige Aktivitäten ... 109
3. *»Deutsche Volksunion e.V.« (DVU e.V.)* ... 109
4. »National-freiheitliche« Verlage ... 109
5. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) ... 109
5.1 Zielsetzung ... 109
5.2 Teilnahme an Wahlen ... 111
5.3 Organisation ... 112
5.4 Finanzen ... 112
6. »Junge Nationaldemokraten« (JN) ... 112

IV. Sonstige rechtsextremistische Gruppen ... 113

V. Jugendgruppen ... 113
1. Überblick ... 113
2. Rechtsextremistische Subkulturszene ... 113
3. »Wiking-Jugend e.V.« (WJ) ... 114

VI. Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Verbreitung von Computerspielen ... 115
1. Organisationsunabhängige Schriftenverlage ... 115
1.1 GRABERT-Verlag ... 115
1.2 Verlag Diagnosen ... 115
1.3 Nation Europa-Verlag GmbH ... 116
2. Vertriebsdienste und Buchverlage ... 116
3. Verbreitung von Computerspielen ... 117

VII. Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern ... 117
1. Vorbemerkung ... 117
2. Neonationalsozialismus ... 117
3. »Nationaldemokraten«/»National-Freiheitliche« ... 118
4. Rechtsextremistische Subkulturszene ... 119

VIII. Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten ... 120
1. Weltweite Revisionismus-Kampagne ... 120
2. Neonationalsozialistisches Propagandamaterial aus dem Ausland ... 120
3. Internationale Treffen ... 121

IX. Gewalttaten von Rechtsextremisten ... 122
1. Tötungsdelikte ... 122
2. Brand- und Sprengstoffanschläge ... 122
3. Strafverfahren ... 123

X. Weitere Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug ... 124
1. Überblick ... 124
2. Körperverletzungen und Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung ... 124
3. Gewaltandrohungen ... 126
4. Sonstige Gesetzesverletzungen ... 126
5. Beweggründe/Zielrichtungen ... 126

XI. Erläuterungen und Dokumentation ... 130

XII. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse ... 132

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern ... 135

I. Übersicht in Zahlen ... 136
1. Organisationen und Mitgliederstand ... 136
1.1 Überblick ... 136
1.2 Organisationen ... 136
1.3 Mitglieder ... 138
2. Publizistik ... 139
3. Sicherheitslage, Gewaltaktionen und sonstige Gesetzesverletzungen ... 139

II. Mitgliederentwicklung und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen ... 141
1. Iren/Nordiren ... 141
2. Araber ... 143
2.1 Mitgliederentwicklung ... 143
2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 143
3. Kurden ... 146
3.1 Mitgliederentwicklung ... 146
3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 146
4. Iraner ... 148
4.1 Mitgliederentwicklung ... 148
4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 149
4.2.1 Überblick ... 149
4.2.2 Anhänger der iranischen Regierung ... 149
4.2.3 Gegner der iranischen Regierung ... 149
5. Türken (ohne Kurden) ... 151
5.1 Mitgliederentwicklung ... 151
5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 151
5.2.1 Überblick ... 151
5.2.2 »Neue Linke« ... 152
5.2.3 Orthodoxe Kommunisten ... 154
5.2.4 Islamische Extremisten ... 155
5.2.5 Extreme Nationalisten ... 155
6. Sonstige ... 156
6.1 Jugoslawen ... 156
6.2 Sikhs ... 156
6.3 Tamilen ... 157

III. Erläuterungen und Dokumentation ... 158

IV. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflußte Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse ... 163

Spionageabwehr 167

1. Ausgangslage 168
2. Der ehemalige DDR-Staatssicherheitsapparat 169
2.1 Einfluß des MfS auf Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR 169
2.2 Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit 171
2.2.1 Umfang der Ausspähung 173
2.2.2 Abschaltung der Quellen oder Weitergabe an sowjetische Dienste 174
3. Fernmeldeaufklärung durch die Hauptabteilung III des MfS 177
4. Der ehemalige militärische Nachrichtendienst 181
5. Künftige Rolle der sowjetischen Nachrichtendienste 181
6. Festnahmen und Verurteilungen 184

Anhang 185

Abkürzungsverzeichnis 186

Sachwortregister 189

Strukturdaten 195

Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes 196
Art. 2, Bundesverfassungsschutzgesetz

Gesetz über die parlamentarische Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit des Bundes 212

Überblick

I. Linksextremistische Bestrebungen

Der organisierte Linksextremismus befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel – eine Konsequenz des Scheiterns des realen Sozialismus in der ehemaligen DDR. Alle Linksextremisten sind in ihrem Selbstverständnis herausgefordert; viele versuchen, ihre Strategie und Taktik entsprechend der veränderten Situation neu zu bestimmen. Dabei wird die traditionelle Abgrenzung zwischen »orthodoxem Kommunismus« und »Neuer Linke« zunehmend hinfällig. Durch Abspaltungen und neue Zusammenschlüsse bilden sich andere organisatorische Strukturen heraus. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen.

Unverändert hielten Linksextremisten jedoch an ihren verfassungsfeindlichen Fernzielen fest: Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Diktatur oder der Anarchie.
Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) war von den Umwälzungen am stärksten betroffen; sie verlor mit der DDR ihren ideologisch-politischen und materiellen Rückhalt. Die Partei konnte ihren Niedergang bisher nicht stoppen. Sie beharrt jedoch auf ihrem dogmatischen Kurs als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und hofft, sich mit anderen dogmatischen Kräften zu einer vereinigten kommunistischen Partei in ganz Deutschland zusammenschließen zu können.

Das organisierte Umfeld der DKP ist erheblich geschrumpft. Hauptamtliche Apparate sind kaum noch vorhanden. Einige der kommunistisch beeinflußten Organisationen versuchen jedoch, ihre Arbeit fortzusetzen, so die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA).

Auch im Bereich der revolutionär-marxistischen Organisationen der bisherigen »Neuen Linken«, die zunächst von der Krise nicht unmittelbar betroffen war, begannen sich die Strukturen zu verändern. Einzelne Gruppen sehen sich in ihrem dogmatischen Kurs bestätigt; andere suchen nach neuen organisationsübergreifenden Zusammenhängen und arbeiten – wie Aktivisten aus der DKP – mit der »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) zusammen. Die PDS, vormals »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (SED), wirkt auf diesen Prozeß ein.

Anarchistische und sonstige sozialrevolutionäre Gruppierungen knüpften ebenfalls Kontakte zu Gesinnungsgenossen in den neuen Bundesländern und agierten mit ihnen zusammen. Dabei propagierten Autonome unverändert Gewalt als Mittel der Politik und gingen auch gewalttätig vor, etwa bei Hausbesetzungen und Protesten gegen den Golfkrieg.

Der Prozeß zur Herstellung der Einheit Deutschlands prägte 1990 entscheidend die Aktivitäten von Linksextremisten. Zum Jahresende beteiligten sich Vertreter aller Strömungen auch aktiv an der Kampagne gegen einen Golfkrieg, und zwar ausgehend von ihren traditionell »antiimperialistischen«, d. h. gegen die westlichen Demokratien und besonders die USA gerichteten Positionen.

Wie schon seit Jahren waren anarchistisch orientierte Autonome für die Mehrzahl der von Linksextremisten verübten Gewalttaten, einschließlich der terroristischen Brandanschläge, verantwortlich.
Die seit 1987 rückläufige Entwicklung der linksextremistisch motivierten Terrorakte* hielt auch 1990 an. So ist deren Zahl mit 81 Anschlägen gegenüber dem Vorjahr (101) weiter zurückgegangen. Gegen Jahresende zeichnete sich jedoch ab, daß die Anschlagszahlen wieder ansteigen.

Der »Kommandobereich« der »Roten Armee Fraktion« (RAF) hat mit dem versuchten Mordanschlag auf den Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Hans Neusel am 27. Juli in Bonn und dem geplanten Attentat auf den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle, Anfang März gezeigt, daß er den »bewaffneten Kampf« unbeirrt fortsetzt.

Bei dem Anschlag auf Staatssekretär Neusel benannte sich das RAF-Kommando nach einem in Spanien an den Folgen eines Hungerstreiks gestorbenen Häftling der GRAPO/PCE(r). Dies zeigt die Bemühungen, die spanische Terrorgruppe GRAPO für eine Zusammenarbeit im Rahmen der angestrebten »antiimperialistischen Front in Westeuropa« zu gewinnen. Von einem Fortbestand des im September 1988 bekanntgegebenen Bündnisses zwischen der RAF und der italienischen Terrorgruppe »Brigate Rosse – PCC« (BR-PCC) muß weiterhin ausgegangen werden, obwohl die BR-PCC seitdem keine Terroraktionen mehr durchgeführt haben.

Die Festnahmen früherer RAF-Mitglieder im Juni in der ehemaligen DDR haben nicht zu einer Schwächung der RAF geführt, da diese Personen sich bereits Anfang der achtziger Jahre vom Terrorismus gelöst hatten.

Auch die »Militanten« der RAF haben ihre terroristischen Aktivitäten mit einem Sprengstoffanschlag am 4. Februar auf die Hauptverwaltung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) in Essen, einem versuchten Sprengstoffanschlag am 25. Februar auf die Deutsche Bank in Eschborn sowie einem Brandanschlag Ende Februar auf die Fa. Siemens in Bonn fortgesetzt.

Das beherrschende Thema im RAF-Spektrum war der Hungerstreik der in Spanien inhaftierten Mitglieder der GRAPO/PCE(r). Neben

* Zur Definition der Begriffe »Terrorismus« und »Terrorakte« s. Erläuterungen und Dokumentation, Ziff. 117 und 118

den Anschlägen der RAF, die alle auch im Zusammenhang mit dem Hungerstreik in Spanien standen, führten die Inhaftierten der RAF bis Anfang Mai abwechselnd zeitlich befristete Solidaritätshungerstreiks durch. Zusätzlich engagierte sich das RAF-Umfeld bei einer Vielzahl von Veranstaltungen und versuchte, mit militanten Aktionen dem Hungerstreik Nachdruck und Publizität zu verschaffen. Allerdings gelang es nicht, eine breitere Öffentlichkeit für dieses Thema zu interessieren.

Insgesamt zeigte sich das RAF-Umfeld 1990 in einem wenig gefestigten Zustand. Dazu trug auch die Entwicklung in den osteuropäischen Staaten bei, die die Frage nach der Perspektive »antiimperialistischer« Politik aufwarf. Insbesondere die Abkehr von zehn in der ehemaligen DDR festgenommenen früheren RAF-Mitgliedern vom Terrorismus und ihre Bereitschaft zur Aufklärung von Ende der siebziger Jahre begangenen schweren Straftaten hinterließ im Unterstützerbereich Enttäuschung.

»Revolutionäre Zellen« (RZ) haben 1990 fünf Anschläge verübt. Die autonome Frauengruppe der RZ, die »Rote Zora«, blieb inaktiv.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

Der deutsche Rechtsextremismus wurde im Berichtsjahr durch die Wahlniederlagen der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD), die fast völlige Inaktivität der »Deutschen Volksunion – Liste D« (DVU) und die tiefgreifende innerdeutsche Entwicklung entscheidend geprägt.

Anders als in den Vorjahren trat der rechtsextremistische Münchener Verleger Dr. Gerhard FREY 1990 außer mit einer Großveranstaltung seiner DVU in Passau kaum hervor. Der durch mindere Wahlkampfkostenerstattung bedingte Verlust von einigen Millionen DM infolge des schlechten Abschneidens bei der Europawahl 1989 zwang ihn, seine parteipolitischen Aktivitäten zu reduzieren. Dies war mit ursächlich für den starken Mitgliederrückgang in der DVU von 25.000 auf 22.000 Personen*. Damit endete auch die 1987 begonnene Zusammenarbeit mit den »Nationaldemokraten«. Der NPD fehlte die finanzielle und propagandistische Unterstützung Dr. FREYs. Die vernichtende Niederlage bei der Bundestagswahl im Dezember hat sie in eine ernste Existenzkrise gedrängt. Der Parteivorsitzende hat sein Amt niedergelegt. Er und andere Führungskräfte versuchen, sich neu zu organisieren.

Die Mitgliederverluste der DVU und der NPD sowie der Wählerrückgang bei der NPD haben ihre Ursache aber auch in der deutschen Vereinigung. Das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands hat 1990 die Themen, die noch vor Monaten den Rechtsex-

* Dr. FREY nennt eine höhere Mitgliederzahl.

tremisten beachtliche Wahlsiege bescherten, obsolet werden lassen. Die fortdauernde Aufnahme einer großen Anzahl von Asylanten und Aussiedlern und die sich dadurch weiter verschärfenden Unterbringungsprobleme, Wohnungsnöte und Arbeitslosigkeit könnten den Rechtsextremisten aber bald wieder als wirksame Agitationsbasis dienen. Dr. FREY hat darüber hinaus angekündigt, in diesem Jahre wieder voll in die Politik einsteigen zu wollen.

Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze nutzen Rechtsextremisten zur Agitation und Propaganda, um mit Hilfe dieser Thematik Anhänger und Wähler zu gewinnen.

Westdeutsche Rechtsextremisten haben seit dem Wegfall der innerdeutschen Grenze erfolgreich Kontakte zu ihren Gesinnungsgenossen in Ostdeutschland aufgenommen. Dies gilt insbesondere für die Neonationalsozialisten (Neonazis) um den 1991 verstorbenen Michael KÜHNEN und dessen »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front«, aber auch für die NPD.

In den neuen Bundesländern ist das militante Potential nationalistisch und rassistisch ausgerichteter Skinheads besonders groß und brutal. Zielgruppen ihrer Gewaltaktivitäten sind insbesondere Ausländer, subkulturelle Gruppierungen wegen ihres »undeutschen Wesens«, ehemalige Kommunisten und kommunistische Einrichtungen. Zahlreiche bisher nicht aufgeklärte Übergriffe lassen die Vermutung zu, daß auch die sowjetischen Streitkräfte und ihre Einrichtungen in Deutschland ein bevorzugtes Angriffsziel der Rechtsextremisten darstellen.

Die gewaltbetonten rechtsextremistischen Skinhead-Aktivitäten in den alten Bundesländern dauern wie in den Vorjahren an.

Alle rechtsextremistischen Bestrebungen kennzeichnet aus ideologischer Sicht ein völkischer Nationalismus, dessen Triebfeder ein elitäres Rassedenken ist. Nicht die Gemeinsamkeiten der Geschichte, der Kultur und insbesondere der Sprache bestimmen nach rechtsextremistischer Weltanschauung die Zugehörigkeit zu einem Volk und zu einer Nation, sondern allein die biologische Abstammung (Rassevolk, Rassenation). Das ideologische Feindbild wird deshalb maßgeblich durch Fremden- und Rassenhaß insbesondere gegen Türken, Juden und Farbige geprägt. Diese Feindbilder kennzeichnen die Kampagnen der Rechtsextremisten gegen Asylanten, Asylbewerber und Gastarbeiter.

Die Neonationalsozialisten (Neonazis) streben einen dem Programm der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) von 1920 entsprechenden Führerstaat an. Soweit sie in HITLER ihr Leitbild sehen, entspricht das »Dritte Reich« ihrer Systemvorstellung. Die »Nationalrevolutionäre« unter den Neonationalsozialisten streben hingegen ein NS-Staatsmodell mit stärkerer sozialistischer Ausprägung an.

Die »Nationaldemokraten« kleiden ihre völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie »Volksgemeinschaft« und »Volksganzes«, wobei sie – wie die »National-Freiheitlichen« – trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz die Freiheitsrechte des Individuums gegenüber den Interessen der Volksgesamtheit geringschätzen. Sie lassen dadurch erkennen, daß sie autoritäre bzw. totalitäre Strukturen befürworten.

III. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Ausländische Extremisten bildeten auch im Jahr 1990 nur eine kleine Minderheit unter den in Deutschland lebenden etwa fünf Millionen Ausländern. Wie im Vorjahr gingen aber von ihnen erhebliche Gefahren für die innere Sicherheit sowie für wichtige innen- und außenpolitische Belange Deutschlands aus.

Die politisch-ideologischen Umwälzungen innerhalb der kommunistischen Bewegung, vor allem in Osteuropa, wirkten sich insbesondere bei den orthodox-kommunistischen Organisationen aus. Einige stellten ihre Aktivitäten ein oder reduzierten sie zumindest stark. Dieser Entwicklung trugen die Verfassungsschutzbehörden Rechnung; sie stellten in einer Reihe von Fällen die Beobachtung wegen Fortfalls der gesetzlichen Voraussetzungen ein. So mußten Ende 1990 in den alten Bundesländern nur noch 84 extremistische oder extremistisch beeinflußte Ausländergruppen (1989: 121) beobachtet werden. In diesen Gruppen waren 49.350 Personen organisiert. Im Jahr zuvor umfaßte das Mitgliederpotential noch 97.250 Personen. Eine entscheidende Minderung der Gefährdung der inneren Sicherheit kann aus diesem Rückgang allerdings nicht abgeleitet werden. Die Konflikte in den jeweiligen Heimatländern, die die auslösenden und tragenden Ursachen für die gewaltbereiten und terroristischen Bestrebungen der weiterhin beobachteten Ausländerorganisationen bilden, bestehen fort. Nirgendwo zeichnen sich Lösungen dieser Konflikte ab.

Ausländische Extremisten verübten im bisherigen Bundesgebiet erneut schwerste Straftaten bis hin zum Mord, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Die Zahl der vorbereiteten bzw. versuchten oder vollendeten Terror- und sonstigen schweren Gewaltakte nahm im Vergleich zum Vorjahr von 15 auf 16 leicht zu. Gleiches gilt für die Zahl der Gewaltakte insgesamt, die von 39 auf 44 anstieg. Lediglich aufgrund des Rückgangs bei den Gewaltandrohungen und den Gesetzesverletzungen ohne weitere Gewaltanwendung sank die Gesamtzahl dieser politisch motivierten Gesetzesverletzungen auf 80 (1989: 113).

Mit der Fortsetzung ihrer 1987 auf dem europäischen Kontinent begonnenen Serie schwerer Anschläge gegen Angehörige und

Objekte der britischen Rheinarmee erwies sich die »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) 1990 erneut als die gefährlichste ausländische Terrororganisation. Trotz der Festnahme von sieben PIRA-Mitgliedern in Belgien und den Niederlanden, die auch an Anschlägen im Bundesgebiet beteiligt gewesen sein dürften, ist mit der Fortführung der Terroraktivitäten zu rechnen.

Im übrigen blieb Deutschland von schweren terroristischen Anschlägen ausländischer Extremisten verschont. Hierzu dürften die verstärkten Anstrengungen beigetragen haben, drohende Anschläge durch gezielte Beobachtungsmaßnahmen der Verfassungsschutzbehörden und präventives Eingreifen der Polizei zu unterbinden.

Arabische – insbesondere palästinensische – Gruppierungen verübten 1990 im Bundesgebiet keine Terroranschläge. Dies dürfte zum einen auf die Zurückhaltung der Unterstützerstaaten, zum anderen darauf zurückzuführen sein, daß es der Führung der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« (PLO) gelang, ihre Mitgliedsorganisationen auf Verhandlungskurs zu halten. Wie instabil die Sicherheitslage aber ist, zeigte die Androhung von Terroraktionen gegen westliche Ziele durch den Vertreter einer palästinensischen Widerstandsgruppe im Zusammenhang mit der Golfkrise.

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) blieb auch 1990 die aktivste unter den gewaltorientierten kurdischen Widerstandsgruppen. Anhänger der PKK versuchten erneut, von Geschäftsleuten Geld für den Kampf im Heimatland zu erpressen. Ansonsten hielt sich die Organisation mit Gewaltaktivitäten zurück, wohl um die Strafprozesse vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gegen ehemalige Funktionäre nicht in unerwünschter Weise zu beeinflussen.

Die politische Entwicklung in Osteuropa führte bei den iranischen orthodox-kommunistischen Organisationen zur ideologischen Orientierungslosigkeit; ihre Aktivitäten wurden weitgehend gelähmt. Eine Gruppe der iranischen »Neuen Linken« agitierte in scharfer Form gegen die deutsche Wiedervereinigung. Gegen einen im Bundesgebiet lebenden iranischen oppositionellen Linksextremisten wurden Ausspähungsversuche zweier iranischer Staatsangehöriger gerichtet, die möglicherweise der Vorbereitung von Gewalttaten dienten.

Anhänger der türkischen »Neuen Linken« machten erneut deutlich, wie groß die in ihren Reihen vorhandene Gewaltbereitschaft ist. Sie verübten eine Serie von Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen im Bundesgebiet. Der türkische orthodoxe Kommunismus hingegen ist derzeit mangels Aktivität für die innere Sicherheit nahezu ohne Bedeutung. Die öffentlichen Aktivitäten der islamisch-fundamentalistischen und der extrem-nationalistischen Türken stagnierten.

Organisationsstrukturen der im bisherigen Bundesgebiet tätigen extremistischen Ausländervereinigungen waren in den neuen Bundesländern bis Ende 1990 nicht feststellbar. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, daß die Zahl der dort lebenden Ausländer vergleichsweise niedrig ist. In der ehemaligen DDR lebten schätzungsweise 200.000 Ausländer, von denen inzwischen vermutlich viele in ihre Heimatländer zurückgekehrt sind. Noch ungeklärt ist der Verbleib der Kader palästinensischer Widerstands- und Terrorgruppen, die dort ideologisch und militärisch ausgebildet wurden. Kurdische Linksextremisten bemühten sich bereits Ende 1990 darum, das Gebiet der fünf neuen Bundesländer organisatorisch in ihre Aktivitäten einzubeziehen.

IV. Spionageabwehr

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die politische Neuorientierung in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes haben zu entscheidenden Veränderungen der Bedrohung durch gegnerische Nachrichtendienste beigetragen. Bereits am 18. April 1990 haben die Innenminister der Bundesrepublik Deutschland und der damaligen DDR Einvernehmen darüber erzielt, daß nachrichtendienstliche Aktivitäten der beiden deutschen Staaten gegeneinander nicht mit dem Ziel, ein vereintes Deutschland zu schaffen, vereinbar sind und beendet werden müssen.

Die Auflösung der Nachrichtendienste der ehemaligen DDR führte nicht nur zur Enttarnung zahlreicher Agenten, sondern auch zu einer Fülle erfolgversprechender Spuren, denen noch über eine geraume Zeit nachgegangen werden muß.

Insgesamt war die Zahl der erkannten neuen Spionageaufträge, die weiterhin den Aufklärungsschwerpunkten Politik, Wirtschaft und Militär galten, rückläufig, nicht zuletzt auch infolge der unübersichtlichen Situation der sich in einer Reorganisationsphase befindenden Nachrichtendienste der ehemaligen Satellitenstaaten, die zudem noch ihre operativen Ziele neu definieren mußten.

Aktiv zeigen sich nach wie vor die sowjetischen Nachrichtendienste, die insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bemüht sind, ihre verlorengegangene Operationsbasis den veränderten Bedingungen anzupassen.

Linksextremistische Bestrebungen

I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

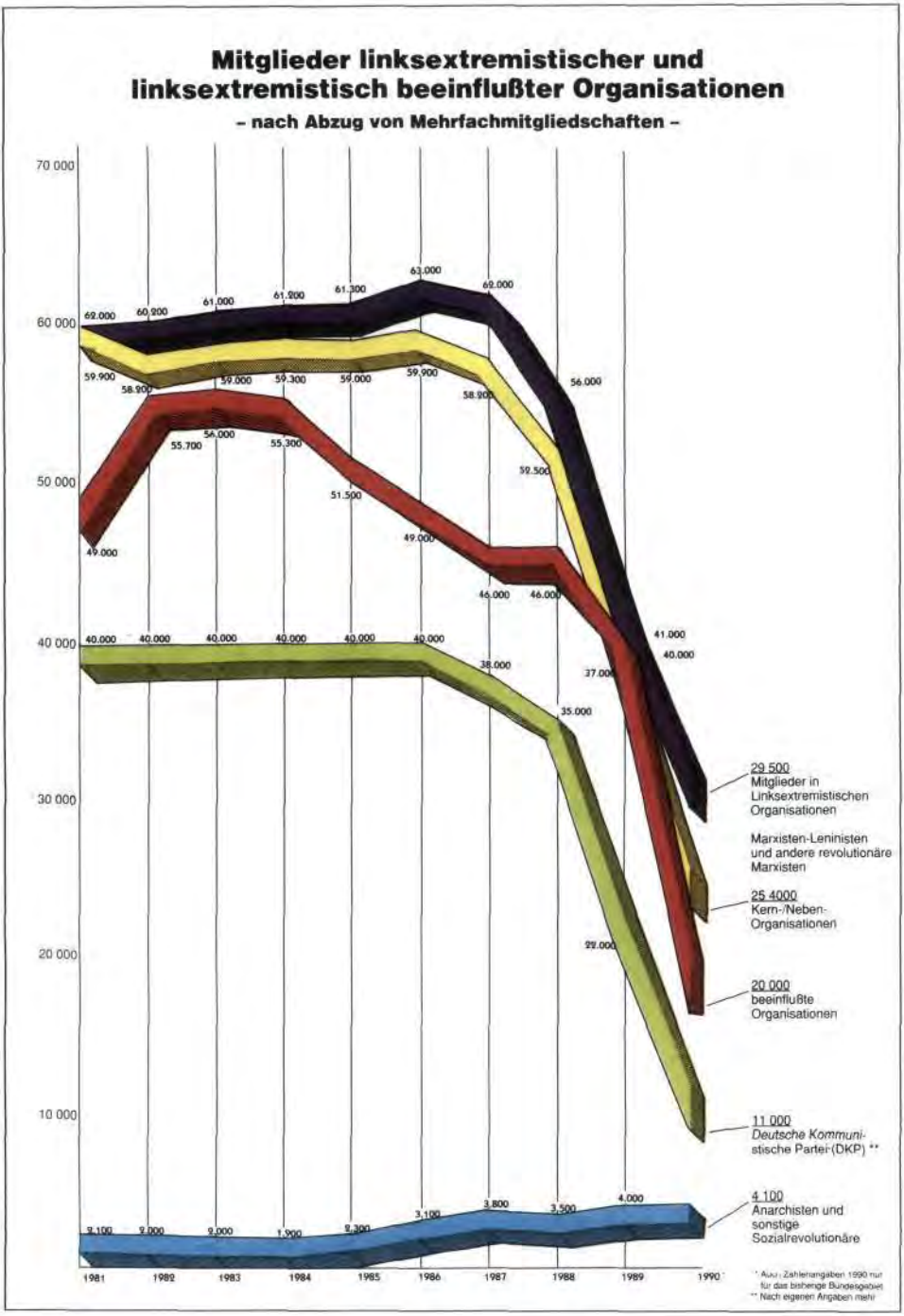
Erheblicher Mitgliederverlust und organisatorischer Verfall im Bereich des orthodoxen Kommunismus

Das Gefüge des organisierten Linksextremismus im westlichen Teil der Bundesrepublik Deutschland hat sich gegenüber 1989 stark verändert:
Die Zahl der linksextremistischen Parteien und sonstigen Gruppierungen ging deutlich zurück; dies gilt auch für die Gesamtzahl ihrer Mitglieder. Insbesondere bei der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP) und ihrem Umfeld gab es erheblichen Mitgliederschwund und organisatorischen Zerfall.
Bei einzelnen anderen revolutionär-marxistischen Organisationen waren dagegen – verglichen mit dem Vorjahr – höhere Mitgliederzahlen festzustellen. Im Bereich der Anarchisten und sonstigen Sozialrevolutionäre ging zwar die Zahl der Zusammenschlüsse wieder zurück, einzelne Gruppen verzeichneten aber weiteren Zulauf an Mitgliedern.

	1988			1989			1990		
	Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder	
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten									
Kern-organisationen	31	46.600		33	34.200		30	25.200	
Neben-organisationen	24	16.400		21	7.200		14	900	
beeinflußte Organisationen[1]	65		61.400	64		54.600	35		26.500
Anarchisten und sonstige Sozial-revolutionäre[2]	67	4.000		69	4.500		61	4.600[3]	
Summe	187	67.000	61.400	187	45.900	54.600	140	30.700	26.500
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen		ca. 56.000	ca. 46.000		ca. 41.000	ca. 40.000		ca. 29.500	ca. 20.000

2. Verlage und periodische Publikationen

Im Jahre 1990 verbreiteten noch mehr als 60 von Linksextremisten gesteuerte Verlage und Vertriebsdienste/Buchläden (1989: etwa 100) linksextremistische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. Die DKP hat ihren »Medienapparat« weitgehend aufgeben müssen.


Mitglieder linksextremistischer und linksextremistisch beeinflußter Organisationen
– nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften –
70 000
60 000
50 000
40 000
30 000
20 000
10 000
62.000
60.200
61.000
61.200
61.300
63.000
62.000
59.900
58.900
59.000
59.300
59.000
59.900
58.900
56.000
55.700
56.000
55.300
51.500
49.000
49.000
46.000
46.000
41.000
40.000
37.000
40.000
40.000
40.000
40.000
40.000
40.000
38.000
35.000
22.000
2.100
2.000
2.000
1.900
2.300
3.100
3.800
3.500
4.000
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
29 500
Mitglieder in Linksextremistischen Organisationen
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten
25 4000
Kern-/Neben-Organisationen
20 000
beeinflußte Organisationen
11 000
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) **
4 100
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre
* Ausl.-Zahlenangaben 1990 nur für das bisherige Bundesgebiet
** Nach eigenen Angaben mehr

2/90
MSZ Gegen die Kosten der Freiheit
Das war's dann, Volk!
1 Wahl
1 Mark
1 Führung
3 Fehler
UZ unsere zeit
Jetzt erst recht PDS wählen
Es tut richtig
JA ZUM LEBEN
NEIN ZU RÜSTUNG & SOZIALABBAU
HOESCH Betriebliche Friedensinitiative
MARXISTISCHE GRUPPE (MG)
Die Eroberung der DDR durch die BRD -
Kein deutscher Wahn, sondern erfolgreicher Imperialismus!
radikal
nr 141 II november 90 5 eier
Aufruf für eine Demonstration am 12. Mai 1990 in Frankfurt
Nie wieder Deutschland !
Demonstration gegen deutschen Nationalismus
gegen die Kolonialisierung Osteuropas
und gegen die Annexion der DDR
Nein zu Groß-deutschland !
Demonstration
gegen deutschen Nationalismus
gegen die Kolonialisierung Osteuropas
und gegen die Annexion der DDR
Samstag, 12. 5. 1990, 11 Uhr
Frankfurt a.M.
Opernplatz
Vereinigte Sozialistische Partei

GEGEN DIE DEUTSCHE EISZEIT !
FEUER UND FLAMME FÜR STAAT UND PATRIARCHAT !!
FEUER UNTER DEN ÄRSCHEN DER HERRSCHENDEN !
EIN DISKUSSIONSBEITRAG NICHT NUR FÜR AUTONOME UND ANARCHISTINNEN...
Bild Warum? darum!
Rote Fahne
Wochenzeitung der MLPD
1DM
Diese Woche · Diese Woche · Diese Woche
Unbelehrbar
Der Preis für die »soziale Marktwirtschaft«. — Leitartikel S. 3
SPD-Oberbürgermeister will Demonstration gegen Annexion der DDR verbieten
17. Juni 1990: Kampftag gegen Großmacht
100 Jahre 1. Mai
Hoch der internationale Kampf der Arbeiterklasse für Frieden, Freiheit Sozialismus
Klassenkampf
Stasi-Auflösung S. 4
Revolten in der UdSSR S. 10
Golf-Krise S. 12
Ein Jahr DDR-Revolution: Die Linke und die deutsche Einheit S. 19
UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung
Bonner Spitzelapparat bis zur Oder-Neiße-Grenze
1. MAI 1990
DKP
Keine Mark für einen Ölkrieg der USA!

Linksextremisten und die von ihnen beeinflußten Organisationen gaben 1990 zuammen etwa 350 (1989: etwa 1.000) periodische Schriften mit einer Jahresauflage von über 13 Mio. (1989: etwa 32 Mio.) heraus. Davon entfielen etwa 4 Mio. (1989: 25 Mio.) auf die DKP und ihr Umfeld. Die periodischen Schriften der anderen revolutionären Marxisten und der Anarchisten steigerten ihre Jahresauflage auf etwa 9 Mio. (1989: knapp 7 Mio.) Exemplare.

3. Linksextremisten im öffentlichen Dienst[4)]

Ende 1990 waren den Verfassungsschutzbehörden fast 1.500 (1989: 2.003) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Erfahrungsgemäß halten sich Angehörige des öffentlichen Dienstes, die Mitglieder linksextremistischer Gruppierungen sind, bei ihrem Engagement für ihre Organisation in der Öffentlichkeit zurück, um nicht als Linksextremisten erkannt zu werden. Die tatsächliche Zahl ist daher wahrscheinlich erheblich höher. Jedoch kann – bei der gegenwärtigen Entwicklung im Bereich des Linksextremismus – nicht in jedem Fall beurteilt werden, ob Angehörige des öffentlichen Dienstes, die bisher als Mitglieder linksextremistischer Organisationen bekannt waren, einer solchen noch angehören.
Von den erkannten Linksextremisten waren 1990 fast 1.100 Mitglieder der DKP oder ihrer Vorfeldorganisationen, etwa 300 Anhänger der »Marxistischen Gruppe« (MG). Rund 200 Linksextremisten waren Bundesbedienstete, meist bei der Bundespost und Bundesbahn, wo sie überwiegend in untergeordneten Funktionen tätig waren. Über 900 Linksextremisten standen in Diensten der Länder; fast 400 waren bei Gemeinden und Gemeindeverbänden beschäftigt. Den Status eines Beamten hatten mehr als 600 Linksextremisten.

II. Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten

1. Politischer Standort

Alle linksextremistischen Gruppierungen verfolgen das Fernziel, die freiheitliche Demokratie in Deutschland revolutionär zu beseitigen, um eine sozialistisch/kommunistische Herrschaft zu errichten oder zur Anarchie zu gelangen.
Jahrzehntelang ließen sich zwei große Strömungen unterscheiden: die orthodoxen Kommunisten, die bedingungslos der von KPdSU und SED vorgegebenen Linie folgten, und die Gruppen der »Neuen Linken«, die diese Linie ablehnten und sich an unterschiedlichen

Ideologien orientierten. Mit dem Scheitern des realen Sozialismus in den Ländern des bisherigen Ostblocks und der Vereinigung Deutschlands haben die orthodoxen Kommunisten, d. h. insbesondere die DKP und ihr Umfeld, ihre ideologisch politischen Gewißheiten, ihr Modell sowie ihren materiellen und moralischen Rückhalt verloren. Aber auch die Gruppen der »Neuen Linken«, die zunächst vom Niedergang des realen Sozialismus nicht berührt waren, sich vielfach sogar in ihrer Kritik bestätigt sahen, gerieten zunehmend in Schwierigkeiten.

Linksextremisten diskutieren künftige politische Linien, Strategien und Taktiken

Orthodoxe Kommunisten und »Neue Linke« diskutieren künftige politische Linien, Strategien und Taktiken. Die Diskussionen werden in den Organisationen kontrovers und über die traditionellen Abgrenzungen hinaus geführt. Einige, wie die DKP, bekräftigen ihren marxistisch-leninistischen Kurs, sind aber zum Dialog bereit und suchen Verbündete unter Gruppen dogmatischer Kommunisten. Andere Linksextremisten bemühen sich um neue organisationsübergreifende Zusammenhänge, etwa in Zusammenarbeit mit der »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS).

Diese Partei, die Nachfolgerin der SED der ehemaligen DDR, wirkt aktiv auf die Diskussion ein. Es gibt zahlreiche Anhaltspunkte für eine linksextremistische Ausrichtung dieser Partei; sie wird die Entwicklung des Linksextremismus in Deutschland vermutlich weiter beeinflussen.

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und Umfeld

2.1.1 DKP

Der Umbruch in der DDR, insbesondere der Machtverlust der SED, traf die DKP am nachhaltigsten, da sie von der SED politisch, ideologisch und materiell abhängig und dieser bedingungslos ergeben war.

DKP bemüht sich um Ausweg aus der Existenzkrise

Die Partei konzentrierte sich im Jahre 1990 darauf, einen Ausweg aus der Krise zu finden und den anhaltenden organisatorischen Niedergang aufzuhalten. Sie änderte auf ihrem 10. Parteitag (24./25. März in Dortmund) die Strukturen ihrer Führungsgremien, berief dort neue Personen und eröffnete Diskussionen über die Perspektiven der »revolutionären Linken« in einem vereinten Deutschland.

Trotz des Zusammenbruchs der sozialistischen Länder beharrt die DKP auf ihrem dogmatischen Kurs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Sie wertete den Sozialismus der DDR trotz dessen Scheiterns als Alternative zum Kapitalismus und als eine große Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung[5]. Die Partei halte an den sozialistischen Grundwerten fest; die kapitalistische Ausbeuterordnung dürfe nicht der Endzustand der menschlichen Zivilisation sein[6]. Ihr Ziel bleibe – so bekräftigte die DKP – der

DKP hält an »sozialistischen« Grundwerten fest

Sozialismus/Kommunismus[7]. Deshalb forderte sie die »sozialistische Umgestaltung« (Synonym für Revolution) nun auch für das vereinte Deutschland[8]. Sich selber sieht die DKP weiterhin in der Rolle einer »revolutionären Partei der Arbeiterklasse«[9], die ihre Tätigkeit auf die Theorien von Marx, Engels und Lenin gründe[10]. Der Klassenkampf, besonders die Entwicklung von außerparlamentarischen Kämpfen und Bewegungen, sei die wichtigste Form, das politische Kräfteverhältnis zugunsten der »linken und demokratischen Kräfte« zu verändern[11].

Zur entscheidenden, existenzbestimmenden Frage für die DKP entwickelte sich im Laufe des Jahres ihr Verhältnis zur PDS (vgl. Kap. IV, Ziff. 2.1). Besonders eng gestalteten sich die Beziehungen der DKP zur »Kommunistischen Plattform« in der PDS. Bei einem Treffen des DKP-Sprecherrates mit dem PDS-Vorsitzenden Gregor GYSI am 20. April empfahl dieser der DKP, dem Beispiel der SED bei ihrer Umwandlung zur PDS zu folgen; die DKP solle sich einem Bündnis linker Kräfte öffnen und darin die Rolle einer kommunistischen Strömung oder Plattform übernehmen[12]. Diese Anregung fand bei einer größeren Zahl der DKP-Mitglieder Interesse. Die Parteiführung legte sich jedoch bald fest: auch in einem vereinten Deutschland müsse die DKP neben der PDS als eigenständige Organisation erhalten bleiben[13]. Die Entwicklung der PDS sei unsicher; außerdem werde eine Kraft benötigt, die ihre praktischen Erfahrungen aus dem Kampf gegen das »Monopolkapital« organisiert, d. h. als Partei, weitergeben könne[14].

DKP betont ihre Eigenständigkeit neben der PDS

Schon bald nach der Wende suchte die DKP auch das Gespräch mit neu entstandenen kommunistischen Gruppen in der damaligen DDR. Als geeignete Ansprechpartner erschienen ihr vor allem die dortige »Kommunistische Partei Deutschlands« (KPD) und die marxistische Partei »Die Nelken«. Überlegungen der DKP-Führung, sich mit gleichgerichteten Kräften zu einer vereinigten kommunistischen Partei zusammenzuschließen, stießen insbesondere bei Kontakten mit der KPD auf positive Resonanz[15]. Auch gegenüber einigen linksextremistischen Organisationen in Westdeutschland (ehem. K-Gruppen) gab die DKP ihre frühere Distanz auf. Sie lud zu »Roten Tischen« in die parteieigene »Karl-Liebknecht-Schule« in Leverkusen ein und beriet dort mit Vertretern solcher Gruppierungen und Teilnehmern aus der ehemaligen DDR über ein Wahlbündnis und die Zukunft der Linken in Deutschland[16].

DKP-Kontakte zu kommunistischen Gruppen in den neuen Bundesländern

Der organisatorische Verfall der DKP infolge der ideologischen Krise wurde durch den nahezu vollständigen Abbau des bisherigen Parteiapparates noch beschleunigt. Nachdem die SED und nachfolgend die PDS die konspirative Finanzierung der DKP einstellten – allerdings wurde Anfang des Jahres noch ein Betrag von mehreren Millionen gezahlt – mußte die DKP die Mehrzahl ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter entlassen, die meisten Büros aufgeben und zahlreiche Publikationen einstellen. Viele Funktionäre arbeiteten jedoch zunächst auch ohne feste Anstellung weiter.

Drastischer Abbau des DKP-Parteiapparates

Die große und aufwendig eingerichtete Parteizentrale in Düsseldorf wurde bereits im Frühjahr aufgegeben.

Verlagerung zentraler DKP-Einrichtungen nach Essen

Im Laufe des Jahres konzentrierte die DKP ihre zentralen Institutionen, darunter den Parteivorstand und die Redaktionen ihrer Parteiorgane, in Essen. Dorthin wurden auch die Bundesleitungen der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ) und der »Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP) (vgl. Ziff. 2.1.2) verlagert.

DKP-Zentralorgan erscheint nach vorübergehender Einstellung vierzehntägig

Das DKP-Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ), das in der Vergangenheit als Tageszeitung erschien, wurde bis Mitte 1990 noch wöchentlich herausgegeben, dann vorübergehend eingestellt; seit August erscheint die Zeitung alle zwei Wochen (Auflage: 20.000 Exemplare); sie wird zu günstigen Bedingungen in einem Unternehmen der »Kommunistischen Partei Luxemburgs« gedruckt. Die früher beträchtliche Zahl von DKP-Kleinzeitungen ging 1990 weiter zurück; zum Jahresende erschienen noch etwa 80 in unterschiedlicher Auflagenhöhe.

Konkurs der DKP-»Hausdruckerei«

Der finanzielle Ruin der DKP traf auch ihre »Hausdruckerei«, die Firma »Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH«, Neuss, sowie deren Tochterunternehmen, die »VVG-Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH«. Beide mußten wegen Zahlungsunfähigkeit im Mai bzw. Juni Konkurs anmelden. Die Buchhandlungen der »AKZENT Handelsgesellschaft mbH & Co. KG« – sie hatte Ende 1989 Vergleich angemeldet – wurden 1990 geschlossen.

Weitgehende Einstellung der DKP-Bildungsarbeit

Die früher intensiv und aufwendig betriebene Schulung von DKP-Mitgliedern kam 1990 weitgehend zum Erliegen. Bildungsmaterialien erschienen nicht mehr. Die in Berlin-Biesdorf eigens für die DKP eingerichtete »SED-Parteischule Franz Mehring« war bereits zum Jahresende 1989 geschlossen worden. Lediglich in der DKP-eigenen »Karl-Liebknecht-Schule« in Leverkusen fanden noch Seminare statt.

Erhebliche Mitgliederverluste der DKP

Die Welle von Austritten, die bereits 1989 begonnen hatte, setzte sich fort; sie erfaßte zunächst fast alle DKP-Erneuerer, aber auch enttäuschte Traditionalisten. Verlauf und Ergebnisse des DKP-Parteitages im März konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Die damals öffentlich von der Partei genannte Mitgliederzahl, etwa 20.000, war schon überhöht; die tatsächliche Zahl sank im Laufe des Jahres aber noch weiter ab und tendierte zum Jahresende gegen 11.000.

Ein Teil der ehemaligen DKP-Mitglieder organisierte sich in neuen Zusammenschlüssen wie dem »Sozialistischen Forum«[17]. Einige schlossen sich anderen linksextremistischen Gruppen an, gingen zur PDS oder arbeiteten bei den Grünen mit; etliche zogen sich aus der Politik zurück.

2.1.2 Nebenorganisationen der DKP

Existenzkrise der DKP-Nebenorganisationen

Auch die DKP-Nebenorganisationen wurden in die existentielle Krise hineingezogen. Diese Organisationen sind nach wie vor formell selbständig, jedoch eng mit der Partei verflochten und setzen sich offen für dieselben revolutionären Ziele ein.

Schwere Einbußen gab es insbesondere bei den Nebenorganisationen für die Jugendarbeit:

Starke Mitgliederverluste der SDAJ

- Die »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ) verlor einen Großteil ihrer Mitglieder; gegen Jahresende gehörten ihr nur noch etwa 250 Personen an. Die organisatorischen Strukturen verfielen. Gleichwohl bemühte sich eine Kerngruppe traditionalistischer Funktionäre, den Jugendverband zu erhalten und Ansätze für die weitere Arbeit zu finden.

SDAJ versteht sich weiterhin als revolutionärer, sozialistischer Jugendverband

Ein außerordentlicher Bundeskongreß (20./21. Januar in Essen, fortgesetzt am 21. April in Frankfurt/M.) bekräftigte ausdrücklich, daß sich die SDAJ als revolutionärer Jugendverband zu den Ideen von Marx, Engels und Lenin bekenne und für sozialistisches Bewußtsein unter Jugendlichen kämpfe[18]. Ihr Ziel bleibe die grundlegende Umwälzung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse in Richtung Sozialismus[19]. In einer späteren Selbstdarstellung der Organisation hieß es:

> »Die SDAJ ist ein Verband für alle Jugendlichen, die diesem System das geben wollen, was es verdient: unendlichen Haß und den Willen zu dessen Überwindung.«
> (»position-magazin der SDAJ«, 12/90, S. 14)

Die SDAJ bemühte sich besonders um Kontakte zu linken/linksextremistischen Jugendorganisationen in der ehemaligen DDR. Sie initiierte »Rote Tische der Jugend«, an denen – neben westdeutschen linksextremistischen Jugendverbänden – u. a. Vertreter der »AG junger Genossinnen in der PDS« und der »Freien Deutschen Jugend« (fdj) teilnahmen. Dabei wurden auch gemeinsame Aktivitäten abgesprochen, z. B. gegen die Einheit Deutschlands[20].

SDAJ initiiert »Rote Tische der Jugend«

- Der »Marxistische Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB), jahrelang die stärkste und handlungsfähigste linksextremistische Studentenorganisation mit bedeutendem Einfluß in vielen studentischen Selbstverwaltungsgremien und in den »Vereinigten Deutschen Studentenschaften« (VDS), beschloß auf einem außerordentlichen Bundeskongreß (23. Juni in Münster) seine Auflösung. Vorausgegangene Versuche des MSB, über eine neue politische Orientierung einen breiteren Zusammenschluß von Studenten zu schaffen, waren erfolglos geblieben.

MSB beschließt Auflösung

- Die »Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP) entfalteten 1990 kaum noch Aktivitäten. Einen Antrag, den Verband aufzulösen, lehnte jedoch die Bundeskonferenz (3./4. März in Essen) ab[21]. Sie beschloß »Thesen zum Erhalt und zur Erneuerung« der Organisation. Darin bekennen sich die JP zu den »Errungenschaften sozialistischer Länder und zu dem, was der Sozialismus für die Menschheit geleistet hat«[22].

JP-Aktivitäten nahezu eingestellt

Andere Nebenorganisationen der DKP versuchten weiterhin, sozialistische Ideologie zu verbreiten:

- Die »Marx-Engels-Stiftung e.V.« (MES) in Wuppertal hat das Debakel der DKP bisher überstanden. Sie wird weiterhin von langjährigen DKP-Funktionären geleitet. Die Zahl ihrer Veranstaltungen ging 1990 erheblich zurück.
- Das »Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.« (IMSF) in Frankfurt/M. konnte mit Hilfe von Spenden und der unentgeltlichen Tätigkeit früherer Mitarbeiter seine Auflösung verhindern, arbeitete jedoch nur noch erheblich eingeschränkt; u. a. erschienen drei Bände in seiner Schriftenreihe »IMSF-Forschung und Diskussion«. Das Institut will als »Zentrum marxistischer Theoriebildung« weiterbestehen. Die bisherige enge Einbindung in das DKP-Spektrum soll aber aufgegeben werden[23].

Erheblich reduzierte Aktivitäten des Apparates für Propaganda und Agitation

2.1.3 DKP-beeinflußte Organisationen

Seit jeher setzen Kommunisten für ihre Bündnispolitik Organisationen ein, deren maßgebliche kommunistische Beeinflussung sie zu tarnen versuchen. Bündnispolitik, die Zusammenarbeit mit Nichtkommunisten, bildet ein Kernstück marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik. Dabei wird unterschieden:

- die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«, d. h. das Zusammenwirken vor allem mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern;
- das »breite antimonopolistische Bündnis«, das über die »Arbeiterklasse« hinausgehend auch andere »fortschrittliche« Kräfte – Angehörige bürgerlicher Mittelschichten, Bauern, Intellektuelle u. a. – umfassen soll[24].

Bündnisarbeit hat für die DKP weiterhin hohen Stellenwert

Nach wie vor mißt die DKP der Bündnisarbeit große Bedeutung zu[25]. Dabei vertritt sie teilweise Forderungen, die an sich nicht verfassungsfeindlich erscheinen und auch bei Demokraten Zustimmung finden können. Kommunisten jedoch – so einer der DKP-Sprecher – behalten auch in Bündnissen beim Einsatz für tagespolitische Belange stets die »weitergehenden sozialistischen Zukunftsziele« im Auge[26].

Bündnisarbeit bringt der DKP trotz einiger Erfolge nicht den erhofften Aufschwung

Gerade angesichts tiefer Verunsicherung beschwor die DKP ihre früheren bündnispolitischen Erfolge als »Quellen unserer Identität«[27]. Neue Ansätze, z. B. die Beteiligung an der Kampagne gegen die Wiedervereinigung Deutschlands (vgl. Kap. IV, Ziff. 1) oder an Protestaktionen gegen einen Krieg am Golf (vgl. Kap. IV, Ziff. 3 und 5), blieben zwar nicht erfolglos, brachten aber nicht den erhofften Aufschwung. Die Enthüllungen über die Finanzierung und Steuerung der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen durch die SED führten dazu, daß frühere Bündnispartner auf Distanz gingen. Den Kommunisten fehlte aber auch ihr bisheriger, bei Bündnispartnern meist willkommener Apparat.

KFAZ und ASK lösen sich auf

Die traditionellen Bündnisorganisationen der DKP wurden von der Krise der Partei, mehr noch von der Einstellung der Finanzierung, stark in Mitleidenschaft gezogen. Das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ) und das »Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika« (ASK), zwei früher sehr aktive Organisationen, lösten sich auf. Andere bemühten sich, ihre Existenz zu sichern.

VVN-BdA bleibt mitgliederstärkste Bündnisorganisation

- Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten« (VVN-BdA) blieb die mitgliederstärkste kommunistische Bündnisorganisation. In ihr konnten Kommunisten weiterhin auf allen Ebenen einflußreiche Positionen besetzen.

  Der Bundeskongreß (9./10. Juni in Düsseldorf) beschloß, die VVN-BdA als bundesweite Organisation zu erhalten. Verlauf und Ergebnisse des Kongresses stießen bei einzelnen nichtkommunistischen Funktionären auf heftige Kritik: Es habe keine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gegeben. Die DKP habe nur gruppenegoistisch ihre eigene Politik in der VVN-BdA durchsetzen wollen und sich ein Aushängeschild gesucht. Das Bestreben der Kommunisten, bisherige »Erbhöfe« und Einflußsphären

zu erhalten oder neue zu schaffen, sei offenkundig geworden[28]. Viele, vor allem jüngere Mitglieder, aber auch langjährige Funktionäre, die sich den DKP-Erneuerern zurechnen, verließen die VVN-BdA. Ihrer bisherigen Rolle als »initiierende und organisierende Kraft der antifaschistischen« Bewegung konnte die Organisation nur noch auf lokaler und regionaler Ebene nach zu kommen (vgl. Kap. IV, Ziff. 4).

»Antifaschistische« Vorreiterrolle der VVN-BdA nur noch auf lokaler und regionaler Ebene

- Die »Deutsche Friedens-Union« (DFU), früher die zentrale Bündnisorganisation der DKP, entschied auf einem Unionstag (9. Juni in Wiesbaden), den bundesweiten Verband aufzulösen; auf Regional-, Landes- und Bezirksebene sollen die Mitglieder aber weiterarbeiten. Die Landesverbände bemühten sich mit unterschiedlichem Erfolg, ihre Organisation zu erhalten und die politische Arbeit fortzuführen. Ende Juni wurde ein Regionalverband Rhein-Main gegründet, der auch zentrale Funktionen übernahm.
  Nach außen entfaltete die DFU kaum noch Aktivitäten. Lediglich bei Vorbereitung und Durchführung der »Ostermärsche« (vgl. Kap. IV, Ziff. 3) waren DFU-Funktionäre noch führend beteiligt[29].

DFU auf Bundesebene aufgelöst

- Innerhalb der »Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK) wurde erst seit dem Frühjahr mehr und mehr bekannt, in welchem Umfang der Verband von der DKP abhängig gewesen war. Kommunistische Funktionäre der DFG-VK gaben zu, die DKP habe auch diese Organisation jahrelang erheblich finanziell unterstützt; sie selbst hätten sich untereinander und mit den zuständigen Funktionären des DKP-Parteivorstandes beraten[30]. Solche Informationen führten zu heftigen Diskussionen und scharfen Angriffen auf diesen Funktionärskreis. Eine Untersuchungskommission bestätigte die Vorwürfe. Durch vorherigen Rücktritt oder Nichtkandidatur auf einem außerordentlichen Bundeskongreß (17. November in Frankfurt/M.) verloren die Kommunisten in der Bundesführung der DFG-VK ihre Positionen; in Landesverbänden zeigten sich ähnliche Entwicklungen. Der kommunistische Einfluß in der DFG-VK ging stark zurück.

DFG-VK bestätigt erhebliche finanzielle Unterstützung durch die DKP

Kommunistischer Einfluß stark zurückgegangen

2.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW), jetzt: »Sozialistische Initiative« (SI)

Der Niedergang der SEW setzte sich fort. Auf einem außerordentlichen Parteitag Mitte Februar, zu dem als Gäste u. a. Repräsentanten der PDS, der »wiedergegründeten« KPD der DDR sowie der KPdSU erschienen waren, traten der Vorsitzende Dietmar AHRENS und seine Stellvertreterin Inge KOPP zurück. Ein Antrag, die Partei ersatzlos aufzulösen, fand nicht die erforderliche Mehrheit.

Ende April, auf einer Fortsetzung des Parteitags, benannte sich die SEW in »Sozialistische Initiative« (SI) um; sie berief einen Sprecherrat (4 Personen) als neues Leitungsgremium. Dieser betonte, die SI wolle als Nachfolgepartei der SEW die Kampferfahrungen der Genossinnen und Genossen der SEW in die Neuformierung der soziali-

SI versteht sich als Nachfolgepartei der SEW

stischen Linken einbringen. Gegen Jahresende verstärkten sich Tendenzen einer »Fusion« der SI, die nur noch etwa 500 Mitglieder zählt (SEW zu Jahresbeginn: 2.400), mit der PDS.

2.3 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

MLPD bezeichnet Vereinigung Deutschlands als »einzigartigen imperialistischen Akt«

Die 1982 gegründete MLPD gab sich vom Zusammenbruch des realen Sozialismus zunächst unbeeindruckt. In der Vereinigung Deutschlands sah sie einen »einzigartigen imperialistischen Akt«; mit der Annexion der DDR habe sich der westdeutsche Imperialismus das zehntgrößte Industrieland der Welt einverleibt[31]. Die MLPD räumte ein, die Arbeiterbewegung habe mit der Zerstörung des einstmals starken sozialistischen Lagers eine schwere Niederlage hinnehmen müssen[32].

MLPD hält an Lehren MaoTsetungs und Stalins fest

Zugleich beschwor die MLPD »ihr festes Fundament auf der Grundlage der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung«[33]. Der Bundesrepublik Deutschland warf sie eine »Faschisierung des Staatsapparates« und »systematischen Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten« vor[34]. Die MLPD nehme sich daher die Freiheit, weiter zu denken, als das Grundgesetz erlaube[35]. Ihre Arbeit sei Anleitung zur revolutionären Selbstbefreiung, um kämpferische Aktionen gegen die Großmachtpolitik des BRD-Imperialismus auszulösen[36]. Die Arbeiterklasse müsse nach Errichtung ihrer Macht die heutigen parlamentarischen Schwatzbuden durch arbeitende Volksvertretungen ersetzen[37].

Ebenso rief die MLPD zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber »modernem Antikommunismus« auf. Sie beklagte, daß ihre Jugendorganisationen Ziel antikommunistischer Zersetzungsarbeit[38] seien und der »Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller« (MLBI) sich in kritischem Zustand befinde. Auch die Organisation der Partei – mit inzwischen etwa 1.500 Mitgliedern – müsse gestrafft werden. Die derzeit 16 Parteibezirke seien auf acht zu konzentrieren.

MLPD agitiert gegen »Europa- und Großdeutschlandpolitik des BRD-Imperialismus«

Ihre bisherige Agitation gegen das »Europa der Monopole« erweiterte die MLPD zu einer Kampagne gegen die »Europa- und Großdeutschlandpolitik des BRD-Imperialismus«. Dazu bemühte sie sich um Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten; dies scheiterte aber an ihrem ideologischen Führungsanspruch. Lediglich mit einigen extremistischen Ausländergruppen, vor allem der »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.« (ATIF), ergaben sich engere Verbindungen: Seit November gibt die MLPD eine gekürzte Ausgabe ihres Zentralorgans »Rote Fahne« in türkischer Sprache heraus.

Neue Formierungen unter Beteiligung von Linksextremisten, wie die »Linke Liste/PDS« oder die »Radikale Linke«, verwarf die MLPD als Spielarten des Antikommunismus. Die »Roten Tische« von DKP und anderen revolutionär-marxistischen Gruppen boykottierte sie nach anfänglicher Teilnahme mit der Begründung, es handele sich um ein

liquidatorisches Projekt kleinbürgerlicher und revisionistischer Organisationen[39].

Einer eigenen Kandidatur zu den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen fühlte sich die Partei nicht gewachsen. Sie rief deshalb zum »aktiven Wahlboykott« durch Abgabe ungültiger Stimmen auf[40].

MLPD zögert bei Ausdehnung auf neue Bundesländer

Bei der Ausdehnung auf die fünf neuen Bundesländer zeigte sich die MLPD eher zögerlich. Sie knüpfte Kontakte zur KPD der DDR und prüft, ob es bei ihrem »gesamtnationalen Parteiaufbau« Verbündete geben könne. Auf einem Pressefest zum 20jährigen Bestehen der »Roten Fahne« (15. Dezember in Berlin) berichtete der MLPD-Vorsitzende Stefan ENGEL über erste Agitationseinsätze in den neuen Bundesländern und ihr »Eingreifen« in den Streik bei der Deutschen Reichsbahn im Dezember.

2.4 »Kommunistischer Bund« KB)

Spaltung des KB

Der 1971 gegründete KB geriet in seine bisher schwerste Krise. Er zerfiel in zwei Lager, die zunehmend unversöhnlich um die Aufgaben revolutionärer Marxisten im vereinten Deutschland streiten.

KB-Mehrheit unterstützt »PDS/Linke Liste«

Der »Mehrheitsflügel« arbeitete führend beim Aufbau der »PDS/Linke Liste« mit. Mitglieder erklärten, mit der deutschen Einheit sei die Organisationsfrage für die Linke neu aufgeworfen[41]. Die Linke müsse Solidarität mit der PDS üben[42], um über ein Wahlbündnis parlamentarische Repräsentanz zu erreichen. Die KB-Mehrheit stellte die Zentrale der Organisation in Hamburg zeitweilig der PDS als Anlaufstelle zur Verfügung; KB-Funktionär Heinrich ECKHOFF gehörte zu den maßgeblichen westdeutschen Initiatoren des Wahlbündnisses. Dieses Engagement zahlte sich aus: Zwei Bundestagsabgeordnete der »PDS/Linke Liste« gehören dem KB an.

KB-Minderheit agitiert gegen staatliche Einheit Deutschlands

Die »Minderheit« im KB lehnte eine Zusammenarbeit mit der PDS ab; sie wollte den KB an der Seite der »Radikalen Linken« auf eine Politik gegen die Einheit Deutschlands festlegen. Sie forderte »Destruktion und Verweigerung« statt Mitgestaltung[43]. Die Linke müsse den Haß auf das eigene Vaterland schüren und es bekämpfen[44]. Zu einer richtigen Utopie gehöre die Zerstörung des deutschen Staates und die Auflösung des deutschen Volkes in eine multikulturelle Gesellschaft[45]. Sozialstaatlichen Kompromiß und parlamentarische Demokratie bezeichnete die KB-Minderheit als besonders widerliche Elemente des BRD-Imperialismus[46].

Für ihre Agitation konnten Funktionäre der KB-Minderheit wieder das linksextremistische Monatsblatt »konkret« (Auflage: mehr als 40.000) als Sprachrohr nutzen. Dessen Verleger pflichtete ihren »antinationalen« Ausfällen bei: Die Deutschen seien ein schlimmes Gesindel; besonders die Bewohner der fünf neuen Länder hätten mit ihren Montagsdemonstrationen gezeigt, daß sie ihre westlichen Brüder und Schwestern noch an Dummheit, Feigheit, Raffgier, Fremdenhaß und Chauvinismus überträfen[47].

Seit November arbeiteten beide KB-Flügel auf eine vollständige organisatorische Trennung hin. Die Entscheidung sollte auf einem letzten KB-Kongreß, im Frühjahr 1991 fallen. Dort sollte auch über das Schicksal der weit über die Organisation hinaus beachteten KB-Zeitung »ak.-Arbeiterkampf« entschieden werden.*

In der Vergangenheit hatte es der KB immer wieder verstanden, in nicht-extremistische Gruppen und Bewegungen hineinzuwirken und dort einen im Verhältnis zu seiner Mitgliederzahl überproportionalen Einfluß auszuüben.

2.5 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

BWK weiterhin für »proletarische Revolution«

Der BWK, 1980 durch Abspaltung vom damaligen »Kommunistischen Bund Westdeutschland« (KBW) entstanden, sah sich auch durch die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa nicht veranlaßt, seine ideologische Orientierung infrage zu stellen. Er sah sich weiter im Besitz »gesicherter Erkenntnisse für revolutionäre Politik« und propagierte die »proletarische Revolution in der BRD und Westberlin«. Dazu müsse der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie als Hauptfeind geführt, der Staatsapparat durch die Selbstregierung der Produzenten zerbrochen werden. Das Proletariat müsse bereit sein, revolutionäre Errungenschaften auch in bewaffneten Auseinandersetzungen zu verteidigen. Selbst nach der Revolution müsse der Klassenkampf noch auf lange Zeit fortgesetzt werden[48].

BWK gegen deutsche Einheit

Die Positionen des BWK gegen die deutsche Einheit ähnelten der Staatsdoktrin der SED in der Ära Honecker: Noch im Frühjahr forderte der BWK die Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR; deren Annexion sei Völkerrechtsbruch[49]. Politisch suchte der BWK die Nähe der DKP, mit der er traditionalistische kommunistische Positionen teilt. Gemeinsam mit der DKP unterstützte er die »Roten Tische«. BWK-Mitglieder beteiligten sich darüber hinaus an zahlreichen »antiimperialistischen« und »antifaschistischen« Initiativen; sie konnten sich dabei wiederum auf die »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« (VOLKSFRONT) stützen.

BWK im publizistischen Bereich unverändert aktiv

Der Schwerpunkt der BWK-Aktivität blieb im publizistischen Bereich. Die BWK-Firma »Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH« (GNN) stellte linksextremistischen Gruppierungen wieder ihre Informationsdienste und ihren Service zur Verfügung. Sie verlegte – neben dem BWK-Zentralorgan »Politische Berichte« und den »Antifaschistischen Nachrichten« der VOLKSFRONT – acht »Nachrichten«-Blätter zu berufs- und fachspezifischen Fragen sowie rund 30 örtliche Publikationen (»Lokalberichte«). In den Herausgeber-

* Am 20. April 1991 hat sich der KB aufgelöst.

kreisen dieser Blätter arbeiteten wie zuvor auch Mitglieder anderer linksextremistischer, aber auch demokratischer Organisationen mit. GNN verlegte außerdem den »Kurdistan-Rundbrief«, an dem Anhänger der terroristischen »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) mitwirkten. Auf Abnehmer in der deutschen Terrorszene zielten das von »Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD« herausgegebene »Angehörigen-Info« und die Reihe »Dokumentationen zur Zeitgeschichte«, in der Texte ausländischer terroristischer Organisationen verbreitet wurden.

2.6 »Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP)

Die VSP vermochte auch im vierten Jahr nach ihrer Gründung nicht an innerer Geschlossenheit zu gewinnen. Die Handlungsfähigkeit der Organisation verfiel zunehmend; ihre personelle Auszehrung setzte sich fort. Die schon traditionellen Spannungen zwischen Mitgliedern der ehemaligen »Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten« (KPD) und der trotzkistischen »Gruppe Internationale Marxisten« (GIM) hielten an. Zusätzlich wurden Differenzen innerhalb des trotzkistischen Flügels sichtbar: Ein Teil der Trotzkisten in der VSP will die Partei für breitere revolutionär-sozialistische Sammlungsbewegungen, so z. B. die »Radikale Linke« öffnen. Ein anderer Teil plädiert für eine stärkere Ausrichtung auf die »IV. Internationale (Vereinigtes Sekretariat)« und will sich deren »internationaler Disziplin« unterordnen.

Spannungen und Differenzen in der VSP

VSP-Funktionäre werteten die »Vielfalt revolutionär-sozialistischer Positionen« als charakteristisch für ihre Partei[50]; die VSP sei ein Scharnier, ein Brückenkopf zu sozialistischen, radikalen und revolutionären Kräften in den verschiedenen Zusammenhängen[51]. Die Einheit Deutschlands verleumdete die VSP als »imperialistisches Projekt Wiedervereinigung«[52].

Auf ihrer 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz (9./10. Juni in Essen) befürwortete die VSP zu den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen ein breites Wahlbündnis der Linken. Sie konnte jedoch über ihre Wahltaktik keine Einmütigkeit erzielen. Einzelne ihrer Mitglieder kandidierten schließlich bei der Bundestagswahl am 2. Dezember für die »PDS/Linke Liste«, andere unterstützten den Wahlboykott der »Radikalen Linken«.

Auseinandersetzungen um Wahltaktik

2.7 »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB)

Im stalinistisch ausgerichteten AB kam es 20 Jahre nach seiner Gründung zu einem »Kampf zweier Linien« über die künftige revolutionäre Strategie und Taktik. Ein Teil der Mitglieder spaltete sich im Oktober ab und arbeitete – ebenfalls unter dem Namen »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« – selbständig weiter; er gab auch das zuletzt 1988 erschienene Zentralorgan »Kommunistische Arbeiterzeitung« (KAZ) wieder heraus.

Auseinandersetzung um revolutionäre Strategie und Taktik

Institutions- und Kundgebungsorte des Anachronistischen Zuges 1990: ● 18.11. Bonn ● 19.11. Köln ● 19.11. Frankfurt/Main ● 20.11. Kassel ● 21.11. Erfurt ● 22.11. Leipzig ● 23.11. Dresden ● 24.11. Cottbus ● 24.11. Hoyerswerda ● 26.11. Frankfurt/Oder ● 27.11. Neubrandenburg ● 28.11. Rostock ● 29.11. Schwerin ● 30.11. Magdeburg ● 1.12. Potsdam ● 2.12. Berlin

Brecht statt Deutschland über alles

Aufruf: Am Abend des 2. Dezember 1990 soll sich *das Volk* entschieden haben, wer das neue große Deutschland regieren soll. Wochen zuvor wird sich in Bonn am Rhein ein Zug von Leuten mit Koffern und Kisten auf den Weg gemacht haben und wenig später das Gebiet der einstigen DDR erreichen. Am Abend dieses 2. Dezember soll er vor dem »Reichstag« in Berlin eintreffen. Er besteht aus hohen Beamten, Wirtschaftsführern usw., und an seiner Spitze marschiert ein General der Bundeswehr. Auf Schildern, die sie tragen, ist zu lesen: *Wir sind das Volk.*

Es ist die zeitgenössische Darstellung der Vision in Bertolt Brechts berühmtem Gedicht »Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy« aus dem Jahre 1947: »Als von Süden, aus den Tälern, herbewegte sich von Wählern pomphaft ein zerlumpter Zug, der zwei alte Tafeln trug ...« Allerdings zeigt der Zug weniger die Wähler. Sondern »...Steuer-Spenden-Zins-Eintreiber, Deutsches-Erbland-Einverleiber, Blut und Dreck in Wehrverwandtschaft zog das durch die deutsche Landschaft, rülpste, kotzte, stank und schrie: Freiheit und Democracy!«

Ebenso wie die Figuren in Brechts Gedicht deutlich machen, wozu ihnen die alte Losung von »Freiheit und Demokratie« dient, ahnt man 1990 beim Anblick des Zuges, weswegen sie das Volk sein wollen und weswegen sie unter der Parole *Wir sind ein Volk* dazu aufrufen, sich mit *Ihnen* zu vereinen, bis es dann schließlich heißt: *Du sollst keine anderen Völker haben neben mir!* Neben Akten, Besitzurkunden usw. darf in den Koffern und Kisten also auch manches vermutet werden, das darauf schließen läßt, daß sie mit dem Umzug in die ehemalige Reichshauptstadt dorthin zurückkehren, wo sie seinerzeit gepackt wurden. Ihre heutigen Eigentümer wären vom Inhalt vielleicht selber peinlich berührt. Aber sie brechen so hastig nach Berlin auf, daß sie einfach alles mitschleppen, wovon sie sich auch bisher nicht trennen konnten.

Wir, die Unterzeichner, wollen, daß mit der zeitgenössischen Darstellung des Brechtgedichts dem Schluß des Wahlkampfs das Gepräge gegeben wird, das er verdient angesichts der Art und Weise, wie dieses »Wahlgebiet« zusammengezimmert wurde. Diese Art und Weise verspricht für die Zukunft nichts Gutes, und wir wollen dazu beitragen, daß sich die deutsche Geschichte nicht noch einmal in irgendeiner Weise wiederholt, egal ob aus Dummheit oder weil man der »Pangermane« aus Brechts Gedicht ist. Für das Unternehmen »anachronistischer Zug« wird die Unterstützung jedes einzelnen und auch jeder Organisation oder Partei angenommen. Aber keine wird deswegen davor bewahrt sein, daß es ihr so geht wie der Regierungspartei, die auf einem Plakat verkündete »Wir freuen uns auf Deutschland«. Dieses Plakat dürfte ziemlich genau die Gefühle der Figuren des Zuges zum Ausdruck bringen und wird von ihnen sicher gerne mitgetragen werden.

Berlin, 2. Oktober 1990

BRD

Knut Becker
Esther Bejarano
Prof. Frank Deppe
Jutta Ditfurth
Bernt Engelmann
Prof. Dr. Walter Fabian
Hermann L. Gremliza
Bernd Henn
Hanne Hiob
Prof. Dr. Helmut Ridder
Helga Rosenberg
Thomas Schmitz-Bender
Helge Sommerrock
Wolfgang Velten
Ibrahim Böhme
André Brie
Gregor Gysi
Stephan Hermlin
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski
Ina Merkel
Hans Modrow
Ekkehard Schall
Steffi Spira
Hans Wauer
Prof. Dr. Manfred Wekwerth
Markus Wolf

Einstige DDR

AB inszeniert »Anachronistischen Zug«

Trotz schwindender Kräfte gelang dem AB nochmals die Inszenierung des Brecht-Gedichts »Anachronistischer Zug oder Freiheit und Democracy« (zuletzt 1979 und 1980). Das Propagandaspektakel – aufgeführt in 16 Städten von Bonn bis Berlin – sollte den Eindruck vermitteln, mit der Einheit Deutschlands hielten Imperialismus und Faschismus in den fünf neuen Bundesländern Einzug; es entstehe »ein IV. Reich«. Die PDS beteiligte sich als Mitveranstalter. Sie nutzte die Aktion für ihren Bundestagswahlkampf und trug wesentlich zur Finanzierung des mehr als eine halbe Million DM teuren Unternehmens bei.

2.8 Trotzkistische Gruppen

Trotzkistische Aktivitäten stagnieren

Trotzkisten kamen auch 1990 ihren politischen Zielen nicht näher. Einzelne Gruppen stellten ihre Aktivitäten ein. Andere bemühten sich, in den neuen Bundesländern Anhänger zu gewinnen, hatten aber nur wenig Erfolg.

Insgesamt waren mehr als 800 Personen in etwa einem Dutzend trotzkistischer Gruppen und Zirkel organisiert, die meist einer der konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzkismus angehören; zusätzlich verfügt die VSP über 150 trotzkistische Mitglieder (vgl. Ziff. 2.6).

Durch den Zerfall des realen Sozialismus sahen sich Trotzkisten in ihrer Kritik an den »stalinistischen Bürokratien« bestätigt: Der vor 50 Jahren von Stalin ermordete Trotzki habe historisch über Stalin gesiegt[53]. Es gehe jetzt um den Sturz der Bürokraten im Osten und der Kapitalisten im Westen; Ziel sei eine weltweite demokratische Planwirtschaft[54]. Mehrere trotzkistische Zusammenschlüsse begannen mit dem Aufbau eigener Sektionen und Stützpunkte noch in der ehemaligen DDR. Die »Trotzkistische Liga Deutschlands« (TLD) benannte sich schon im Januar in eine gesamtdeutsche »Spartakist – Arbeiterpartei Deutschlands« (SpAD) um. Diese sowie der »Bund Sozialistischer Arbeiter« (BSA) und die »Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation« (ISA, sie trat unter dem Namen »Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik« – VAA – auf) beteiligten sich mit eigenen Kandidaten an den Wahlen zur Volkskammer der ehemaligen DDR (18. März) und zum Deutschen Bundestag (2. Dezember). Sie erhielten nur wenige tausend Stimmen. Ihre Hoffnungen auf eine andere sozialistische Entwicklung in der ehemaligen DDR sahen Trotzkisten im Laufe des Jahres enttäuscht. Sie beschworen nun die »Arbeitereinheit in ganz Deutschland, in Europa«[55], sprachen von einem kapitalistischen »Blitzkrieg gegen die Arbeiterklasse«[56] und drohten: nach großdeutschem Reich komme Arbeiterwut[57].

2.9 »Radikale Linke«

»Radikale Linke« will Kräfte gegen den Parlamentarismus bündeln

Angesichts der Umbrüche und Diskussionen im ohnehin ideologisch und organisatorisch zersplitterten Linksextremismus versuchte die »Radikale Linke« solche Kräfte zu bündeln, die den Parlamentaris-

mus, den Kapitalismus und das »Patriarchat« bekämpfen[58]. Initiatoren und Träger dieser – im Frühjahr 1989 begonnenen – Sammlungsbewegung sind Mitglieder revolutionär-marxistischer Organisationen, Erneuerer aus der DKP sowie frühere Anhänger des ökosozialistischen Flügels bei den GRÜNEN. Nach der Wende in der DDR verfolgte die »Radikale Linke« einen prinzipiell gegen die Einheit Deutschlands gerichteten Kurs (vgl. Kap. IV, Ziff. 1): Die Wieder- oder Neuvereinigung sei das größte anzunehmende politische Unglück[59]. Die »Radikale Linke« werde sich für die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR einsetzen; ein durch Selbstbestimmung zu realisierendes Recht auf Imperialismus könne es nicht geben[60].

»Radikale Linke« propagiert Boykott der Bundestagswahl

Nach der Vereinigung propagierte die »Radikale Linke« einen Wahlboykott zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl und setzte sich für außerparlamentarischen Widerstand in Deutschland ein.
Eine politische Partei will die »Radikale Linke« nach wie vor nicht werden; ihr Formierungsprozeß kam jedoch voran: Ein »Koordinierungsausschuß« ist geschaffen worden, Planungen für eine eigene Zeitung sind angelaufen.

2.10 »Marxistische Gruppe« (MG)*

Mitgliederzahl der MG weiter steigend

Anders als die meisten revolutionär-marxistischen Organisationen kennt die MG – entstanden Anfang der 70er Jahre aus den sogenannten Roten Zellen – bisher keine nennenswerten Krisen, Austrittswellen oder Spaltungen. Sie wuchs – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – zu einer Organisation heran, in die inzwischen mehr als 10.000 Personen fest eingebunden sind; hinzu kommen mehrere Tausend, die regelmäßig an Schulungen und Teach-In's teilnehmen[61].
Auch 1990 konzentrierte sich die MG hauptsächlich darauf, eigene Anhänger zu schulen und neue Interessenten für ihre Politik zu gewinnen. Dazu richtete sie wieder rund 400 öffentliche Veranstaltungen aus; an einigen nahmen über 1.000 Personen teil. Durch Teach-In's und Agitationsmaterial machte sie schon vor dem 3. Oktober in Ostdeutschland auf sich aufmerksam. Sie wandte sich dazu hauptsächlich an Schüler und Studenten. MG-Funktionäre aus den westlichen Bundesländern organisierten die Verbreitung des Zentralorgans »Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit« (Auflage je Ausgabe 18.000) und einer Broschüre »Abweichende Meinungen zur deutschen Einheit« (fünfstellige Auflage).
Die MG pries ihre eigenwilligen Vorstellungen weiterhin als die einzig richtige Auslegung des Marxismus an. Das Scheitern des realen Sozialismus in Osteuropa habe den Marxismus nicht widerlegt. Es sei nämlich eine verkehrte Vorstellung, daß der wissenschaftliche Verstand von den Tatsachen ausgehen müsse[62]. Solcher Realismus sei nur eine andere Bezeichnung für Anpassung[63]. Marx habe mit

* Die MG hat am 21. Mai 1991 ihre angebliche Auflösung bekannt gegeben.

seinem Hauptwerk »Das Kapital« nur eine Erklärung und Kritik des Kapitalismus, nicht aber ein Rezeptbuch für Sozialismus abgeliefert[64]. Er habe nachgewiesen, wie Abhängigkeit, Armut und Gewalt zum Kapitalismus gehörten. Daraus folge für Kommunisten, diese Produktionsweise und die zu ihr gehörende Staatsgewalt zu bekämpfen.

Vorstellungen von Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus, der Kommunismus werde sich naturwüchsig herausbilden, seien antirevolutionär. Erforderlich sei vielmehr revolutionärer Umsturzwille, die Verdammung der parasitären und faulenden Kapitalistenklasse und die Bereitschaft, eigene Ziele auch durchzusetzen[65].

MG fordert »revolutionären Umsturzwillen«

Die MG beschränkte sich weiterhin auf destruktive Kritik aller gesellschaftlichen und politischen Erscheinungen. Eine Beteiligung an Aktionen anderer Linksextremisten lehnte sie ab. Von deren Positionen und ideologischen Vorbildern grenzte sie sich aggressiv ab; sie betonte damit ihren eigenen elitären Anspruch.

Auch weltweit vermochte die MG kein beispielgebendes politisches System zu erkennen: Nach jahrelang geäußerten Sympathien für die sowjetische Außenpolitik in der Ära Breshnew verkündete sie jetzt, das Schicksal des sowjetischen Systems sei für die MG belanglos: Es sei ihr scheißegal, was aus den realen Sozialisten werde[66].

Nicht nur durch den elitären Anspruch ihrer Ideologie, sondern auch in ihrer Methode, Interessenten in die Organisation einzubinden, weist die MG Merkmale einer Sekte auf. Sie wirbt um Leute, »denen nichts mehr gefällt in dieser Republik«, die wissen wollen,

MG weist Merkmale einer Sekte auf

wie Kapitalismus und demokratische Staatsgewalt funktionierten und die in einer kommunistischen Organisation das richtige dagegen tun wollten[67]. In den bevorzugten Zielgruppen – hauptsächlich angehende Akademiker – verbreitet sie Agitationsmaterial zu tagespolitischen Fragen und lädt zu unverfänglich erscheinenden »Diskussionsterminen« ein.

Dort wird kritiklose Übernahme der von der MG vorgegebenen »Analysen« verlangt. Zeigt ein Interessent in solchen Sympathisantenplenen Bereitschaft, sich ideologisch anzupassen, so wird er mit dem Kandidatenstatus »belohnt«. Er wird meist aufgefordert, in MG-Wohngemeinschaften zu ziehen; dort ist die soziale und ideologische Kontrolle garantiert. Soziale Außenbeziehungen werden vielfach abgebrochen. Der Aufstieg in den Status des MG-Mitglieds – in der Regel nach sieben bis zehn Jahren – markiert den Abschluß der Ausrichtung eines MG-Angehörigen auf die Sekte. Der Kandidat hat dann deren Ideologie so verinnerlicht, daß er als »sattelfest« gilt und gegenüber »niedrigeren Chargen« Weisungsbefugnis erhält.

Fester Zusammenhalt der Gruppe, Opferbereitschaft der Mitglieder und jahrelang eingeübte Konspiration ermöglichten es der MG, Seilschaften in Behörden, in der Industrie und in Bildungseinrichtungen auszubauen. MG-Mitglieder, die dort in attraktive Positionen gelangt sind, ziehen Genossen unauffällig nach. Zum Teil betreiben MG-Mitglieder eigene Unternehmen oder Firmenketten, in denen fast ausschließlich »Genossen« beschäftigt werden.

III. Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre

Anarchisten wollen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zersetzen oder zerschlagen, um zu einer »herrschaftslosen« Gesellschaft, zur Anarchie, zu gelangen. Einige Gruppen propagieren sozialrevolutionäre Konzepte unter Rückgriff sowohl auf marxistische als auch auf anarchistische Theorien.

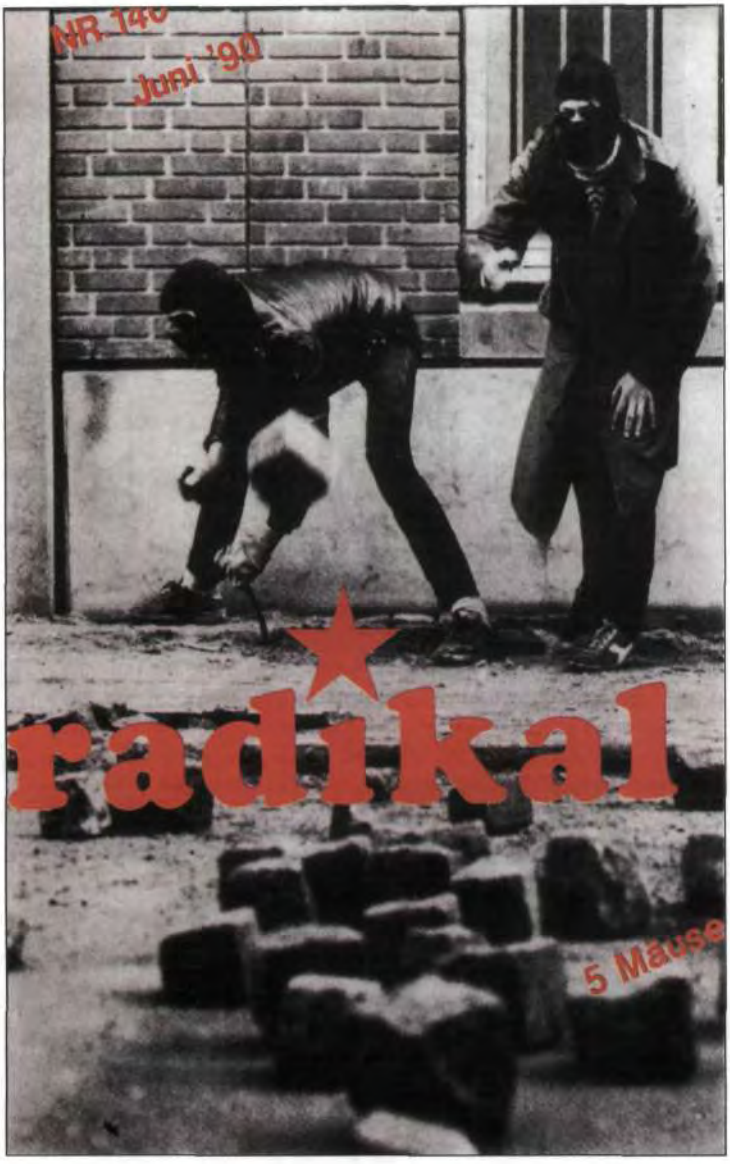
Anarchistische Aktivitäten stagnieren bzw. gehen zurück

Zahl der Autonomen steigt

Die Entwicklung der anarchistischen Zusammenschlüsse war im Jahre 1990 unterschiedlich: Die »Graswurzelbewegung« stagnierte; die Aktivitäten von Anarchosyndikalisten, Anarchokommunisten und anarchistischen Kleinzirkeln gingen zurück. Dagegen stieg die Zahl der Anhänger autonomer Gruppierungen weiter an.

Als Anlaufadressen und Koordinierungsstellen für die »Szene« fungierten weiter die »Infoläden« oder »libertäre Zentren«, die in mehr als 50 Städten existieren. Die Betreiber waren bemüht, sich national und international zu vernetzen.

Überregionale Bedeutung als Diskussions- und Informationsforen libertärer und autonomer Gruppierungen behielten auch Publikationen wie »schwarzer faden« (Grafenau), »direkte aktion« (Hamburg), »SWING – autonomes rhein-main-info« (Frankfurt/M.), »INTERIM« (Berlin), »wildcat« (Karlsruhe) und die als »Zeitung aus dem Untergrund« erscheinde Schrift »radikal«.



1. Autonome

Im bisherigen Bundesgebiet gibt es militante Linksextremisten, die sich selber als Autonome bezeichnen, in fast allen großen Städten. Schwerpunkte liegen in Berlin, Hamburg, Frankfurt/M. und im Ruhrgebiet. Die Zahl der Autonomen ist auf nahezu 2.300 angewachsen. Hinzu kommt ein Umfeld von mehreren tausend Personen, die sich bei besonderen Anlässen für gewalttätige Aktionen mobilisieren lassen. Die meisten Autonomen lehnen es ab, sich straff zu organisieren: Autonomie sei mit organisatorischer Unterordnung nicht zu vereinbaren; außerdem werde eine diffuse Szene für den Staat unberechenbar. Autonome Gruppierungen sind daher oft nur kurzlebig, durch aktuelle politische Themen und Protestaktionen bestimmt.

Autonome ohne einheitliches ideologisches Konzept

Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept; in der »Szene« sind anarchistische, sozialrevolutionäre, antikapitalistische, antifaschistische und antiimperialistische Vorstellungen vertreten. Sich selbst glauben Autonome am ehesten über ein »gemeinsames Lebensgefühl« definieren zu können[68]. So verbindet die verschiedenen autonomen Strömungen vor allem Haß gegen Staat und Gesellschaft. Das Leben hier im Herzen der Bestie[69] werde geprägt von der menschenverachtenden Verwertungspolitik des Kapitals[70], von Konkurrenz, Leistungsdruck und Vereinzelung.

Autonome befürworten und praktizieren Gewalt

Autonome dagegen strebten ein selbstbestimmtes kollektives Leben an, ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Zwang zur Arbeit[71]. Das ganze System müsse beseitigt werden. Als unerläßliches Mittel im Kampf propagieren Autonome Gewalt. In militanten Angriffen müsse sich der Wille zum Widerstand praktisch ausdrücken[72]. Der Kampf sei gegen das Kapital weltweit zu führen, ausgehend von den Metropolen Westeuropas. Deshalb agitierten Autonome verstärkt gegen den geplanten Europäischen Binnenmarkt, der die Ausplünderung im Weltmaßstab neu ordne und die imperialistische Vormachtstellung Deutschlands festigen solle.

Autonome agitieren gegen geplanten Europäischen Binnenmarkt

»Clash – Zeitung für den Widerstand in Europa« heißt der Titel eines neuen internationalen Szeneblattes, das seit Mitte des Jahres mehrfach herausgegeben wurde. Daran sind, neben Mitarbeitern von »Infoläden«, Gesinnungsgenossen aus mehreren westeuropäischen Ländern beteiligt.

Auf die innerdeutsche Entwicklung reagierten Autonome mit Enttäuschung und »Frust«, aber auch mit zahlreichen militanten Aktionen (vgl. Kap. IV, Ziff. 1). Viele zeigten sich enttäuscht, daß man »dem Ausverkauf der DDR und dem Wiedervereiterungsgeschwafel« nichts Wirkungsvolles habe entgegensetzen können[73]. 45 Jahre nach Kriegsende, hieß es im Berliner Szeneblatt »INTERIM«, besetzten wieder einmal deutsche Truppen ein Nachbarland. Die Beute sei stattlich: ein komplettes Land zur uneingeschränkten Ausschlachtung unter Verwertung der Bevölkerung[74].

Ein Teil der Autonomen beklagte in der Strategiediskussion, die auch 1990 anhielt, daß sich angesichts der politischen Umwälzungen das Bewegungstief verstärkt habe. Ursachen dafür seien fehlende Strukturen, unzureichender Informationsaustausch sowie end- und ergebnislose Debatten. Militanz werde zur Randale ritualisiert. Viele seien begeistert vom eigenen coolen Auftreten und von brennenden Kulissen[75].

Für den weiteren Kampf im vereinigten Deutschland erklärten Autonome: »Wir haben jetzt Gelegenheit, unsere Ziele neu zu stecken und mit neuer Kraft den ganzen nationalistischen, sexistischen und rassistischen Rotz zu bekämpfen«[76].

Wieder verstärkt debattiert wurde die Politik der RAF. Zwar kritisierten autonome Gruppen erneut deren Militanzbegriff, weil der sich auf die bloße Durchführung von Anschlägen reduziere[77]. Positiv bewerteten sie aber die Taterklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel. Diese zeige, daß die RAF von ihrem arroganten Avantgardedenken abrücke und für Kritik und Diskussion offener werde; zum ersten Mal habe sie Bedeutung und gegenseitige Abhängigkeit von bewaffnetem Kampf und sozialrevolutionären Bewegungen herausgestellt[78].

Militante Aktionen gegen die Vereinigung Deutschlands und Räumung besetzer Häuser

Anlässe zu militanten Aktionen fanden Autonome u. a. in Protesten gegen die Vereinigung Deutschlands und die Räumung besetzter Häuser (vgl. Kap. IV, Ziff. 1 und 8).

In Berlin (West) randalierten Autonome zusammen mit ausländischen Jugendlichen nach Abschluß einer »revolutionären 1. Mai-Demo«. Sie beschädigten Geschäfte und Kraftfahrzeuge; mit Steinen, Flaschen und Brandsätzen griffen sie die Polizei an. Mehr als 230 Polizisten wurden verletzt. In Hamburg beteiligten sich an den Ausschreitungen gegen die Premiere des Musicals »Phantom der Oper« am 29. Juni bis zu 1.000 Personen, darunter ca. 350 Autonome und Antiimperialisten. Über 70 Kraftfahrzeuge wurden demoliert, Scheiben zertrümmert, Barrikaden und ein Geschäft angezündet. Premierengäste wurden tätlich angegriffen, 28 Personen verletzt.

2. Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen«

Auch 1990 arbeiteten etwa 80 »gewaltfreie« Aktionsgruppen und Kollektive, die sich zur anarchistischen »Graswurzelbewegung« zählen, in der »Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen« (FöGA) zusammen. Diese wollen in einer angeblich »gewaltfreien Revolution« durch Macht von unten den »staatlichen Herrschafts- und Gewaltapparat« zurückdrängen und schließlich zerstören. Ihr Ziel sei, anstelle des zentralisierten, autoritären Staates eine freiheitlich basisdemokratische Gesellschaft mit einer selbstverwalteten, sozialistischen Wirtschaftsordnung[79]. Zu den »gewaltfreien« Kampfformen des »zivilen Ungehorsams« gehören bewußte Mißachtung staatlicher Gesetze, Besetzungen, Blockaden und Sabotage.

Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen« wollen Staatsapparat beseitigen

Die FöGA engagierte sich vor allem in der »Antimilitarismusarbeit« (vgl. Kap. IV, Ziff. 3). Zum Jahresende riefen »gewaltfreie« Aktionsgruppen dazu auf, »Widerstand« gegen einen Golfkrieg zu leisten und alle »Kriegsdienste« zu verweigern. Sie warben dafür, Deserteure zu unterstützen und zu verstecken sowie Truppentransporte der US-Armee und der Bundeswehr zu behindern[80].

Nach dem Zusammenbruch der DDR sah die »Graswurzelbewegung« Chancen für eine neue Kampagne gegen den Parlamentarismus. Ansätze in der dortigen Opposition zu rätedemokratischen, basisdemokratischen Alternativen könnten bewußt gemacht und vertieft werden. Anarchistische Parlamentarismuskritik bedeute eine Strategie der direkten gewaltfreien Aktionen und des zivilen Ungehorsams bis zum Massenstreik gegen parlamentarische Entscheidungen im einzelnen und schließlich gegen das parlamentarische System an sich[81].

3. »Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen

Die anarcho-syndikalistische »Freie ArbeiterInnen-Union« (FAU) sieht in Betrieben die zentralen Orte des Widerstandes gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem[82]. Ziel der FAU ist, über eine »soziale Revolution« und den Aufbau einer »direkt-demokratischen« Gewerkschaft eine »herrschaftslose« Gesellschaft herbeizuführen[83]. Als Kampfform propagiert die FAU die »direkte Aktion«: Besetzungen, Boykotts, Streiks und Sabotage.

Anarcho-Syndikalisten propagieren »direkte Aktion«

Im bisherigen Bundesgebiet bestanden 1990 über 20 Ortsgruppen und Kontaktstellen der FAU. Die Gruppe in Köln stellt das Sekretariat der »Internationalen Arbeiter Assoziation« (IAA), eines weltweiten Zusammenschlusses anarcho-syndikalistischer Gewerkschafter.

In der damaligen DDR hatte sich bereits im Januar 1990 eine FAU gebildet, u. a. mit einer Anlaufstelle in Berlin (Ost); bis zum Jahresende wurden über 10 weitere Kontaktadressen in den neuen Bundesländern bekannt.

Anarcho-kommunistische Gruppen wollen auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus über eine gewaltsame sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats die »freie klassenlose Gesellschaft«, die Anarchie, erreichen[84].

IV. Aktionsfelder

1. Kampagne gegen die Einheit Deutschlands

Breites linksextremistisches Spektrum gegen »Anschluß« der DDR

Aus ihrer Feindschaft gegenüber der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland heraus mobilisierten Linksextremisten gegen einen »Anschluß« der DDR auf der Basis des Grundgesetzes.

Die DKP setzte sich noch zu Jahresbeginn vehement für die Souveränität der DDR ein und versuchte, eine entsprechende Kampagne zu initiieren. Im Kampf gegen den »großdeutschen Nationalismus auf dem Marsch in ein viertes Reich« sah sie ein neues Politikfeld, auf dem sich für Kommunisten neues Selbstverständnis gewinnen lasse[85]. Als die DKP aber erkannte, daß die staatliche Einigung Deutschlands unausweichlich sein würde, vollzog sie einen Kurswechsel. Sie agitierte gegen eine angeblich drohende »Einverleibung« der DDR und forderte, möglichst viele »Errungenschaften« der sozialistischen DDR zu retten. Alles müsse erhalten bleiben, was dem Fortschritt diene, eine antifaschistische Grundorientierung umfasse und neue Voraussetzungen für den Sozialismus auf deutschem Boden schaffe[86].

Ähnlich wie bei der DKP entwickelten sich die Positionen in den meisten anderen revolutionär-marxistischen Organisationen. MLPD, der »Mehrheitsflügel« des KB und Teile der VSP befürworteten eine Entwicklung hin zu einem »einheitlichen sozialistischen Deutschland«[87]. Andere, z. B. die »Minderheit« des KB und die »Radikale Linke«, blieben prinzipielle Gegner der staatlichen Einheit.

»Radikale Linke« initiiert bundesweite Demonstration »Nie wieder Deutschland«

Für die linksextremistische Sammlungsbewegung »Radikale Linke« wurde diese »antideutsche« Position zum bestimmenden Antrieb. Bereits im Januar forderte sie eine bundesweite Demonstration unter dem Motto »Nie wieder Deutschland«. In dem Aufruf, der – wie die Demonstrationsvorbereitungen – auch von anderen linksextremistischen Organisationen (DKP, MLPD, KB, AB u. a.) unterstützt wurde, hieß es: In der Systemauseinandersetzung setze sich derzeit der Kapitalismus durch. Dessen Wohlstand basiere auf Krisen, Erwerbslosigkeit, Frauenunterdrückung und Rassismus in den kapitalistischen Staaten sowie auf dem Hunger und Elend der Staaten des Südens und Ostens. Die Forderung nach »Selbstbestimmung der Deutschen« meine die Einverleibung der DDR[88].

An der Demonstration, am 12. Mai in Frankfurt/M. beteiligten sich etwa 7.000 Personen, darunter rund 1.000 Autonome und andere gewaltbereite Linksextremisten sowie Mitglieder von DKP, MLPD, VSP und KB. Die Abschlußkundgebung endete mit Gewalttätigkeiten militanter Autonomer.

Linksextremisten unterstützten auch eine Demonstration »Gegen die Einverleibung der DDR – Für ein selbstbestimmtes Leben« am

29. September in Berlin, bei der über 5.000 Personen gegen die bevorstehende Wiedervereinigung und den § 218 StGB protestierten.

Proteste und Störaktionen anläßlich der Vereinigung Deutschlands

Zum »Tag der Einheit« (3. Oktober) kam es in zahlreichen Städten, vor allem in Westdeutschland, zu Protesten und Störaktionen, an denen Linksextremisten beteiligt waren. In Berlin demonstrierten am 3. Oktober unter der Parole »Deutschland halt's Maul – es reicht« ca. 8.000 Personen, darunter etwa 1.000 Autonome und andere Militante.

Erneut auf Initiative der »Radikalen Linken« protestierten am 3. November in Berlin etwa 5.000 Personen unter dem Motto »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«. Zur Teilnahme aufgerufen hatten auch zahlreiche Gliederungen der DKP, die VSP, der KB und andere linksextremistische Gruppen sowie Anhänger autonomer Zusammenschlüsse. Auf Transparenten hieß es: »Deutschland muß sterben, damit wir leben können«. Nach Ende der Veranstaltung randalierten etwa 200 Autonome; sie griffen die Polizei mit Steinen und Brandsätzen an, stürzten Fahrzeuge um und zündeten sie an.

Auch mit zahlreichen Brandanschlägen auf öffentliche Einrichtungen, Banken, Kaufhäuser und sonstige Wirtschaftsunternehmen protestierten Autonome gegen die innerdeutsche Entwicklung.

»Radikale Linke« will konsequente »Anti-Deutschland-Politik« betreiben

Gegen Jahresende plädierten Anhänger der »Radikalen Linken« dafür, auch nach der Vereinigung eine konsequente »Anti-Deutschland-Politik« zu betreiben. Für eine radikale Opposition sei Deutschland einer der Staaten, die am dringendsten ihrer Zerschlagung bedürfen[89].

2. Teilnahme an Wahlen

2.1 Wahlbündnis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl

Mit Blick auf die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl (2. Dezember) verstärkten sich seit dem späten Frühjahr, z. T. in Form sogenannter Roter Tische, die Kontakte westdeutscher Linksextremisten zur PDS in der damaligen DDR. Die PDS – sie rekrutiert sich fast ausschließlich aus Kadern der alten SED, bietet einer starken »Kommunistischen Plattform« Heimat und lehnt es ab, in Gesamtdeutschland »staatstragend« zu sein – schlug vor, eine westdeutsche »Linke Liste« zu bilden, die ein Wahlbündnis (Listenverbindung) mit der PDS eingehe. Die PDS wolle dafür ihre Beziehungen zur DKP nutzen, aber auch Verbindungen zu Organisationen aufbauen, zu denen sie bisher keine Beziehungen unterhalte[90]. Wesentliche Ansprechpartner – neben der DKP und ehemaligen Mitgliedern der DKP – wurden der KB, die VSP, der BWK und der AB.

»Linke Liste/PDS« konstituiert sich als Bundespartei

Am 12. August konstituierte sich – dominiert von Mitgliedern und ehemaligen Mitgliedern linksextremistischer Organisationen – eine »Linke Liste/PDS« als Bundespartei. In der Folgezeit wurden, mit einem Minimum an Mitgliedern, in allen westlichen Bundesländern Landesverbände gegründet. Hauptbetreiber waren Mitglieder des KB und frühere Funktionäre der DKP. Unterstützerinitiativen kamen überwiegend aus der DKP, der VSP und dem BWK.

In ihrem gemeinsamen Wahlprogramm, beschlossen auf einem Wahlkongreß am 15./16. September in Berlin (Ost), definierten sich PDS und »Linke Liste/PDS« als »antikapitalistische Bewegung mit sozialistischen Zielsetzungen«. Eine neue deutsche Verfassung müsse radikal und plebiszitär demokratisch sowie antifaschistisch sein. Alle Strafvorschriften, die der politischen Verfolgung dienten, müßten gestrichen werden, insbesondere § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen). Ein Staat, der Notstandsgesetze, Berufsverbote und Antiterrorgesetze nötig habe, so hieß es wörtlich, »kann nicht unser Staat sein«.

Westdeutsche Landesverbände der »Linken Liste/PDS« lösen sich auf und konstituieren sich als Landesverbände der PDS

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September, das Listenverbindungen zwischen Parteien aus dem (damaligen) Bundesgebiet und der (damaligen) DDR für unzulässig erklärt hatte, beschloß die PDS, gesamtdeutsch zu kandidieren. Die westdeutschen Landesverbände der »Linken Liste/PDS« lösten sich auf und konstituierten sich als Landesverbände der PDS neu (mit dem Zusatz »Linke Liste«).

Linksextremisten kandidieren auf offenen Listen der PDS

Bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern am 14. Oktober kandidierten auf den offenen Listen der PDS (»Linke Liste/PDS«) neben alten SED-Mitgliedern u. a. Repräsentanten der auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neugegründeten »Kommunistischen Partei Deutschlands« (KPD), der revolutionär-marxistischen Partei »Die Nelken«, der »Vereinigten Linken« (VL) und der »Freien Deutschen Jugend« (fdj). Über die »Linke Liste/PDS« gelangte der damalige stellvertretende Vorsitzende (heute Vorsitzende) der KPD in den Sächsischen Landtag. Auf die Listen der PDS entfielen insgesamt 11,6% der Stimmen.

Bei den (gesamtdeutschen) Bundestagswahlen am 2. Dezember kandidierten auf den offenen Listen der PDS (»Linke Liste«) neben alten SED-Mitgliedern u. a. Mitglieder und ehemalige Angehörige der DKP, des KB und der VSP[91]. So belegten hohe aktive DKP-Funktionäre jeweils Platz 3 der Landeslisten Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Saarland. Auf die Listen der PDS (»Linke Liste«) entfielen 1.129.578 Stimmen (2,4%). Ihre besten Ergebnisse erzielte die PDS in Mecklenburg-Vorpommern (14,2%) und in Brandenburg (11,0%); in ganz Berlin erhielt sie 9,7%. In den westlichen Bundesländern lagen die Ergebnisse durchweg bei etwa 0,3%, lediglich in Hamburg und Bremen bei jeweils 1,1%. Unter den gewählten Mandatsträgern befinden sich Angehörige des KB.

2.2 Landtagswahlen

Linksextremisten bei Landtagswahlen ohne Erfolg

Bei der Landtagswahl im Saarland am 28. Januar kandidierte die DKP in allen drei Wahlkreisen und auf der Landesliste mit insgesamt 47 Bewerbern. Nach dem amtlichen Endergebnis erhielt sie 836 Stimmen (0,1%). Bei der Landtagswahl 1985 hatte sie noch 2.317 Stimmen (0,3%) errungen. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai reichte die DKP keine Landesreserveliste ein. Sie kandidierte lediglich in 19 der insgesamt 151 Wahlkreise. Auf sie entfielen nach dem amtlichen Endergebnis 2.376 Stimmen (0,0%). Im Jahre 1985 hatte die DKP auf eine eigenständige Kandidatur verzichtet und stattdessen die von ihr gesteuerte »Friedensliste NRW« unterstützt, die 61.818 Stimmen (0,7%) erhalten hatte. An den Landtagswahlen in Niedersachsen (13. Mai) und Bayern (14. Oktober) beteiligte sich keine linksextremistische Partei.

2.3 Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Bayern am 18. März konnten DKP-Mitglieder zwei Mandate (1984: sieben) erringen, und zwar über Bündnislisten. Die DKP selber war lediglich in zehn Gemeinden zur Wahl angetreten.

Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 25. März kandidierte die DKP eigenständig nur in zwei Gemeinden. Eine Bündnisliste, auf der auch Mitglieder der DKP vertreten waren, erlangte zwei Mandate.

DKP besitzt 60 Mandate auf kommunaler Ebene

Insgesamt haben DKP-Mitglieder bundesweit etwa 60 Mandate auf kommunaler Ebene inne.

3. »Antimilitarismus«-Arbeit und »Friedenskampf«

Engagement von Linksextremisten im »Friedenskampf« stark zurückgegangen

Linksextremisten aller Richtungen agitierten weiterhin gegen die Wehrpflicht, die Bundeswehr und die NATO. Das Engagement für Aktionen im »Friedenskampf« und die Resonanz in der Öffentlichkeit gingen jedoch stark zurück.

Die DKP beklagte ihre verlorenen »Exklusivrechte« in der »Friedensbewegung«[92] und bemühte sich, schon aus Gründen der Bündnispolitik, *»friedenspolitisch« aktiv zu bleiben*[93]. *Gelegenheit dazu* boten ihr und ihrem Umfeld wieder die traditionellen »Ostermärsche« (1990: 50.000 Teilnehmer; Veranstalterangaben: 90.000). Funktionäre der DKP und vor allem der DFU waren auch 1990 an Vorbereitung und Durchführung maßgeblich beteiligt; sie gaben den »Ostermarsch«-Aktionen das organisatorische Rückgrat[94].

Bis zum Herbst boten sich Linksextremisten wenig Anlässe für »antimilitaristische« Aktivitäten. Beim Abtransport US-amerikanischer Chemiewaffen aus der Pfalz agitierten sie gegen angeblichen Militarismus und US-Imperialismus und versuchten vereinzelt, bei der Bevölkerung entlang der Transportstrecke Angst zu schüren.

Führende FöGA-Mitglieder bemühten sich, die von ihnen mitinitiierte Bewegung »Bundesrepublik ohne Armee« (BoA) in Gang zu halten. Auch andere linksextremistische und linksextremistisch beeinflußte Organisationen, insbesondere die DFG-VK, beteiligten sich daran. Die Kampagne fand jedoch in der Öffentlichkeit kein Interesse. Im Herbst, nach Beginn der Golfkrise, sahen Linksextremisten neue Chancen, die »Friedensbewegung« wiederzubeleben. Sie agitierten gegen die USA und ihre Verbündeten und unterstützten Demonstrationen und andere Aktionen gegen einen Krieg am Golf (vgl. Ziff. 5).

4. »Antifaschismus«-Arbeit

Linksextremisten – Marxisten-Leninisten ebenso wie Anarchisten – betrachten Faschismus als zwangsläufige Folge des kapitalistischen Systems. »Antifaschismus«-Arbeit ist deshalb für sie auch immer Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Gefahr des Faschismus als einer Herrschaftsform des Großkapitals[95] könne, so Marxisten-Leninisten, letztlich nur durch eine sozialistische Revolution beseitigt werden.

DKP und VVN-BdA verlieren führende Rolle in der »antifaschistischen« Bewegung

Die Bedeutung der »Antifaschismus«-Kampagne ließ 1990 im Vergleich zu den beiden Vorjahren deutlich nach. Die DKP und ihre »antifaschistische« Bündnisorganisation, die VVN-BdA, büßten nach dem Verlust ihrer Organisationskraft ihre führende Rolle in der »antifaschistischen« Bewegung weitgehend ein (vgl. Kap. II, Ziff. 2.1.3). In landesweiten, regionalen und örtlichen »antifaschistischen« Bündnissen waren sie aber noch immer aktiv. Während einer bundesweiten »Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus« Mitte Februar in Frankfurt/M. zerbrach der 1989 gebildete »Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus«, an dem DKP und VVN-BdA maßgeblich beteiligt gewesen waren. Zuvor war ein Antrag, DKP und SDAJ nicht mehr als Unterstützer des »Arbeitsausschusses« aufzuführen, von der Mehrheit der Konferenzteilnehmer abgelehnt worden. Nichtextremistische Bündnispartner zogen sich daraufhin zurück.

Besondere Prägung erhielt der »Antifaschismus«-Kampf durch die innerdeutsche Entwicklung (vgl. Ziff. 1). Mit Parolen wie »Nie wieder Deutschland – Kein 4. Reich!« versuchten Linksextremisten, einen Bezug zur Zeit des Nationalsozialismus herzustellen. Die DKP forderte, die »Errungenschaften« der DDR, insbesondere die »antifaschistische Grundorientierung«, zu erhalten[96]. Andere revolutionäre Marxisten und Autonome agitierten gegen die Wiedervereinigung als Ausdruck »großdeutschen Chauvinismus« und »Nationalismus«.

Kontakte westdeutscher autonomer »Antifa-Gruppen« zu Gleichgesinnten in Berlin (Ost) und in den neuen Bundesländern

Autonome »Antifa-Gruppen« aus Westdeutschland und dem Westteil Berlins bemühten sich seit Jahresanfang um Kontakte zu Gleichgesinnten im Ostteil der Stadt und in der damaligen DDR und halfen, dort »Antifa«-Gruppen aufzubauen. Die erste Antwort einer linksradikalen Bewegung auf die Wiedervereinigung müsse sein, den Faschos eine militante Gegenwehr in den Weg zu stellen; dazu seien die erforderlichen Strukturen zu schaffen[97]. Am 20. April beteiligten sich, bei einer »antifaschistischen« Demonstration in Berlin (Ost), erstmals Autonome aus Berlin (West) an gewalttätigen Angriffen auf die Volkspolizei. Zahlreiche militante Autonome aus Berlin (West) waren ebenfalls an den schweren Ausschreitungen am 23. Juni in Berlin (Ost) beteiligt: Etwa 4.000 Personen aus beiden Teilen der Stadt hatten gegen »Faschismus, Rassismus und Sexismus« demonstriert; dabei versuchten etwa 300 zum Teil vermummte Gewalttäter zu einem von Rechtsextremisten bewohnten Häuserkomplex vorzudringen, dessen Zugangsstraße die Volkspolizei jedoch abgesperrt hatte. Sie griffen die Polizisten mit Brandflaschen, Stahlkugeln, Pflastersteinen sowie Feuerwerkskörpern an.

Militante Autonome aus Berlin (West) beteiligen sich an »Antifaschistischen« Demonstrationen in Berlin (Ost)

Linksextremisten aller Richtungen beteiligten sich wie in den Vorjahren an Störaktionen und Kundgebungen gegen Veranstaltungen rechter oder rechtsextremistischer Organisationen. So kamen etwa 4.000 Personen, überwiegend Anhänger linksextremistischer und linksextremistisch beeinflußter Gruppen, zu einer »antifaschistischen« Protestkundgebung am 18. August nach Wunsiedel (Bayern); darunter waren ca. 800 Autonome und andere gewaltbereite Linksextremisten, auch aus der damaligen DDR. Entsprechend der Parole »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!«[98] griffen militante Autonome wiederholt Teilnehmer von »Fascho-Treffen«, aber auch Polizisten brutal an. Über sogenannte Antifa-Telefone sammelten und verbreiteten sie Informationen zu »faschistischen« Organisationen und einzelnen Personen; sie überfielen auch gezielt Rechtsextremisten. Gewalt rechtfertigten sie dabei als »Gegenwehr«[99].

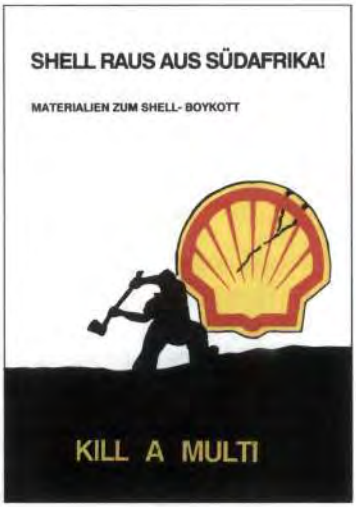
5. »Antiimperialismus-« und »Internationalismus«-Arbeit

Linksextremisten aller Richtungen fühlen sich verpflichtet, im weltweiten »antiimperialistischen« Kampf Solidarität mit Gesinnungsgenossen anderer Länder und revolutionären Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zu üben, und zwar nicht nur durch praktische Hilfe (Spendenaktionen, Arbeitsbrigaden u. a.), sondern auch durch »Widerstand« im eigenen Land, in den »Metropolen«. Gelegenheit dazu bot ihnen z. B. der 30. Weltkongreß der Internationalen Handelskammer (ICC) Ende Juni in Hamburg. Am 26. Juni demonstrierten dort etwa 500 Personen; anschließend randalierten Gruppen von mehreren Hundert in der Innenstadt.

Linksextremisten für »Widerstand in den Metropolen«

Aktivitäten von Linksextremisten gegen die Apartheid in Südafrika gingen im Laufe des Jahres zurück; Aufrufe, den bewaffneten

Kampf dort zu unterstützen, wurden seltener. Aus Protest gegen Geschäftsbeziehungen mit Südafrika beschädigten militante Linksextremisten in der ersten Jahreshälfte zahlreiche SHELL-Tankstellen, zum Teil in einer abgestimmten Aktion mit Gesinnungsgenossen in den Niederlanden und Italien. Nach zwei bundesweiten »Anti-SHELL-Aktionstagen«im April und Juni erlahmte die Kampagne.



Für die DKP – mehr als für andere Linksextremisten – stand 1990 die Solidarität mit Cuba als der letzten Bastion des »realen Sozialismus« im Vordergrund. Die kommunistisch beeinflußte »Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba e.V.« sammelte, unterstützt von der DKP, Spenden und Unterschriften unter einen Appell »Hände weg von Cuba!«[100].

Die MLPD setzte die Solidaritätsarbeit zugunsten einer »Bruderpartei« in Peru fort und richtete erneut für deren Vertreter eine mehrwöchige Vortragsreise durch das Bundesgebiet aus. In Hamburg organisierten Autonome eine Veranstaltung mit einem Repräsentanten der peruanischen Terrororganisation »Sendero Luminoso«.

Nicaragua-Solidaritätsinitiativen, in denen Linksextremisten mitwirken, gerieten angesichts des Wahlsieges der demokratischen Kräfte in Nicaragua (»Abwahl der Revolution«) in eine Krise. Viele Gruppen sahen die Niederlage der »Sandinistischen Front für die nationale Befreiung« (FSLN) als Fehlschlag ihrer eigenen revolutionären Arbeit. Die DKP setzte – wenn auch eingeschränkt – ihre Nicaragua-Solidaritätsarbeit fort. Entsprechend abgestimmte Projekte trügen dazu bei, die FSLN zu stärken und ihren Einfluß in der Bevölkerung zu erhöhen[101].

Die Arbeit der El Salvador-Solidaritätsgruppen, in denen Linksextremisten führend mitwirken, stagnierte. Die Spendensammlung »Waffen für El Salvador« zugunsten der Guerillaorganisation »Frente Farabundo Marti para la Liberacion Nacional« (FMLN) erbrachte aber auch 1990 wieder rund 200.000 DM[102].
Solidarität mit dem Kampf der terroristischen »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) erklärten die ca. 600 Teilnehmer eines »Antiimperialistischen Kongresses«, der – dominiert von der MLPD – vom 30. März bis 1. April in Duisburg stattfand.
Unter den Linksextremisten in der Palästina-Solidaritätsbewegung waren Autonome und »Antiimpis« mit ihrem strikt antiisraelischen Kurs weiterhin tonangebend; sie bestritten erneut das Existenzrecht des Staates Israel, der nur durch Expansion überleben könne; Israel sei der Kettenhund des Imperialismus gegen die arabischen Massen[103].

»Antiimperialistische« Bewertung der Golfkrise durch Linksextremisten

Zum irakischen Überfall auf Kuwait und den Ereignissen in der Golfregion setzte sich bei Linksextremisten die traditionell »antiimperialistische«, d. h. gegen die westlichen Demokratien und besonders die USA gerichtete Bewertung durch. Diesen Staaten wurde vorgeworfen, einen Krieg in Kauf zu nehmen, um ihre imperialistischen Machtpläne im Nahen Osten durchzusetzen und sich die Verfügung über die Ölvorkommen zu sichern. Linksextremisten agitierten auch gegen einen angeblich vorgesehenen Einsatz der Bundeswehr am Golf und riefen zur Desertion auf. Autonome verlangten, den Widerstand gegen die »grenzenlose Gier des Imperialismus« auf die Straße zu tragen[104]. Gegen Jahresende beteiligten sich Linksextremisten aller Richtungen an örtlichen und regionalen Protestveranstaltungen[105] (vgl. Ziff. 3).

6. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

DKP-Betriebsarbeit drastisch zurückgegangen

Die meisten revolutionären Marxisten, Anarcho-Syndikalisten und Anarcho-Kommunisten betrachten die politische Arbeit in Betrieben als ein wichtiges Aktionsfeld. Besondere Grundorganisationen in Betrieben (»Betriebsgruppen«) unterhielt nach wie vor die DKP; Zahl und Aktivitäten gingen jedoch drastisch zurück. Nur noch wenige DKP-Betriebszeitungen konnten erscheinen. Im Mai konstatierte die DKP trotzdem gute Ergebnisse bei den Betriebsratswahlen; klassenorientierte Kandidaten – darunter aktive und ehemalige DKP-Mitglieder – seien erfolgreich gewesen. Die geringer gewordenen geistigen und politischen Potenzen der DKP müßten jetzt auf die Betriebe konzentriert werden[106]. So bemühte sich die Partei, ihre Betriebsarbeiter durch besondere Schulungen und Seminare zu motivieren[107].
Eigene Betriebsgruppen unterhielt auch die MLPD (ca 60); sie gab auch eigene Betriebszeitungen heraus. Empört reagierte sie auf ein

Urteil des Bundesgerichtshofes, das den Ausschluß ihres Vorsitzenden Stefan ENGEL aus der IG Metall (1986) und die Einstufung der MLPD als gewerkschaftsfeindliche Organisation für rechtens erklärte.
Dagegen waren Mitglieder der DKP von gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüssen nicht betroffen. Trotz des Niedergangs der DKP waren Kommunisten weiterhin in gewerkschaftlichen Funktionen auf allen Ebenen tätig, vorwiegend in Orts- und Kreisvorständen. DKP-Funktionäre mit Erfahrungen in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit unterstützten im Frühjahr die PDS im Wahlkampf und berieten sie, wie sie in der damaligen DDR unter den veränderten Bedingungen in Betrieben und Gewerkschaften wirken könne. Erneut griff die DKP Gewerkschaftsführer an, denen sie sozialpartnerschaftliche Politik vorwarf. Diese sähen ihre Gegner nicht in den Unternehmern, sondern in den linken Gewerkschaftern, den Mitgliedern der PDS und der DKP[108]. In der Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen, so betonte die DKP-Führung immer wieder, lägen Chancen für die Neuformierung der Partei. Auf einem »Gewerkschaftspolitischen Forum« der DKP im Oktober beschwor der langjährige DKP-Funktionär Werner PETSCHICK (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien) die früheren Erfolge der Partei:

»Die Zahl der DKP-Mitglieder in Betriebs- und Personalräten stieg ständig an, immer mehr wurden zu Delegierten bei Gewerkschaftstagen und auch die kleine Zahl von hauptamtlichen Wahlfunktionären stieg. Relativ starken Einfluß hatte die DKP in der IG Medien (früher IG DruPa) und der Gewerkschaft HBV. Nicht wenig akademisch gebildete Gewerkschaftssekretäre schlossen sich der DKP an oder sympathisierten mit ihr, wie auch ein Teil der Absolventen der Akademie der Arbeit. Jährlich warnten die Berichte des Verfassungsschutzes vor dem gewachsenen Einfluß der DKP in Betrieb und Gewerkschaft«.
(UZ vom 26.10.1990)

7. Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst

Linksextremisten agitierten auch 1990 gegen staatliche Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst, demagogisch als »Berufsverbote« bezeichnet. Die kommunistisch beeinflußte Initiative »Weg mit den Berufsverboten« – von ihrer Gründung 1973 bis Ende 1989 im wesentlichen von der DFU finanziell und organisatorisch getragen – konnte nur noch wenig Aktivität entfalten. Unterstützung suchte sie wieder im Ausland. Sie beteiligte sich an einer internationalen Delegation, die Mitte Juni anläßlich der KSZE-Folgekonferenz nach Kopenhagen reiste, um dort

die internationale Öffentlichkeit mit den »Berufsverboten in der BRD« zu konfrontieren[109]. Dabei wurden auch »Berufsverbote« in der damaligen DDR angesprochen, d. h. Maßnahmen der demokratisch gewählten Regierung der DDR und der Kommunen, um ehemalige SED-Funktionäre und Angehörige des »Ministeriums für Staatssicherheit« von der öffentlichen Verwaltung fernzuhalten.

PDS unterstützt neugegründete ostdeutsche Initiative gegen »Berufsverbote«

Unterstützt von Linksextremisten aus Westdeutschland und organisiert von der PDS gründete sich Ende August in Berlin (Ost) eine DDR-weite »Initiative gegen Berufsverbote«[110]. Der PDS-Vorsitzende Gregor GYSI kündigte an, seine Partei wolle zusammen mit der westdeutschen Initiative massiv öffentlich gegen Berufsverbote vorgehen[111] und unterstütze die ostdeutsche Initiative[112].

8. Kampf um »Freiräume«

Häuserkampf als Schritt zum Aufbau revolutionärer Gegenmacht

Anhänger autonomer und anderer gewaltbereiter Gruppierungen versuchten auch 1990, ihre besetzten Häuser gewaltsam zu verteidigen oder sich neue Freiräume zu verschaffen, um ein »ausbeutungs- und herrschaftsfreies Leben« führen zu können[113]. In solchen selbstverwalteten Zentren, so umschrieben sie ihre Ziele, könnten sie sich vom menschenfeindlichen Alltag des kapitalistischen Systems befreien und zugleich die Gegenmacht von unten gegen die Realität von oben organisieren[114].

Zum Widerstand forderten Autonome auch gegen Projekte von Städteplanung und Stadtsanierung auf, weil diese Instrumente der Umstrukturierung bestehende soziale Kontakte zerstören und den Interessen der Herrschenden anpassen würden[115].

Westberliner Hausbesetzerszene zieht in den Ostteil der Stadt um

Als »Ausweichmanöver gegenüber einem übermächtigen Feind« wurde kritisiert, daß im Laufe des Jahres zahlreiche Anhänger der Westberliner Hausbesetzerszene in leere oder besetzte Ostberliner Häuser umzogen. Andererseits, hieß es aber auch, entstehe mit dieser neuen Besetzerbewegung ein schwer einschätzbares und gefährliches Widerstandspotential gegen die Politik des Berliner Senats[116]. Zum Jahresende hielt sich der größte Teil der militanten Autonomen Berlins im Ostteil der Stadt auf; zu ihren zentralen Wohnobjekten gehörten besetzte Häuser in der Mainzer Straße. Als

Mitte November dort und in angrenzenden Bezirken Häuser geräumt wurden, kam es zu schweren Angriffen auf die Polizei. Mehrere hundert Gewalttäter, verschanzt hinter Barrikaden, warfen mit Pflastersteinen, Gehwegplatten, Dachziegeln und Brandsätzen; ferner setzten sie Kraftfahrzeuge in Brand und plünderten Geschäfte. Mehr als 200 Polizisten wurden verletzt. Mit Parolen wie »Rache für die Mainzer Straße« und »Berlin ist überall« solidarisierten sich im ganzen Bundesgebiet militante Linksextremisten mit den Berliner Hausbesetzern.

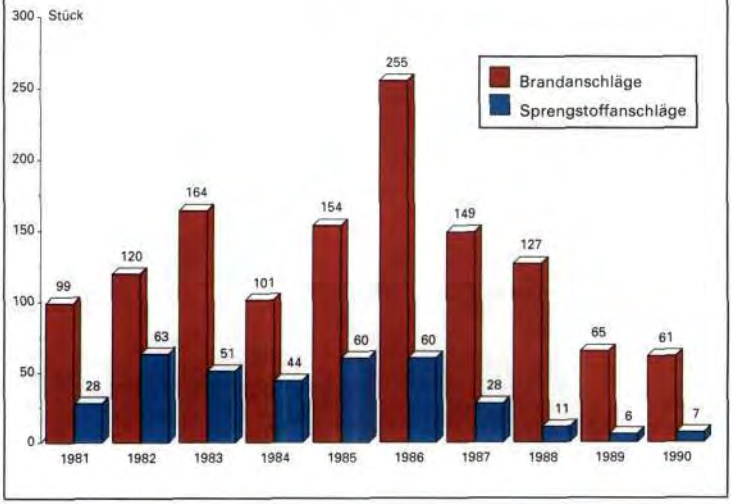
V. Deutscher linksextremistischer Terrorismus [117) 118)]

1. Entwicklung der Terroraktionen

Zahl der Terrorakte weiter rückläufig

Der seit 1987 zu verzeichnende Rückgang terroristischer Aktionen setzte sich auch 1990 fort. Mit einem versuchten Mordanschlag, 7 Sprengstoff- und 61 Brandanschlägen sowie 12 weiteren Straftaten (6 gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr, 5 Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft und ein Raubüberfall) hat die Zahl der linksextremistisch motivierten Terrorakte (insgesamt 81)[119)] gegenüber dem Vorjahr wiederum abgenommen (zum Vergleich 1987: 329, 1988: 197, 1989: 101). Gegen Jahresende zeichnete sich jedoch ein Wiederanstieg der Anschlagszahlen ab.

Linksextremistische Brand- und Sprengstoffanschläge 1981 – 1998



Terroristische Bedrohung besteht weiter

Trotz der insgesamt rückläufigen Anschlagsentwicklung war die Sicherheitslage in Deutschland angespannt. Ursache hierfür ist die Serie von Gewalttaten, die die »Rote Armee Fraktion« (RAF) nach einjähriger Inaktivität mit dem Mord an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank Dr. Alfred Herrhausen im November 1989 eingeleitet und 1990 fortgesetzt hat. So war sie für einen versuchten Mord an dem Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Hans Neusel, ein geplantes Attentat auf Bundesminister Ignaz Kiechle, einen Raubüberfall, zwei Sprengstoffanschläge und einen Brandanschlag verantwortlich. Nur durch Zufall forderten diese Aktionen keine Todesopfer. Das Attentat auf Staatssekretär Neusel scheiterte, der Anschlag auf Bundesminister Kiechle wurde vor seiner Ausführung abgebrochen.

Die Anschläge des Jahres 1990 verteilen sich nach Tätergruppen und Ausführungsart wie folgt (Vergleichszahlen 1989 in Klammern):[120]

	Mord anschläge		Sprengstoffanschläge		Brandanschläge		sonstige Straftaten		insgesamt	
»Kommandobereich« der »Rote Armee Fraktion«	1[121]	(1)[122]	0	(0)	0	(0)	1[123]	(0)	2	(1)
Militante der RAF	0	(0)	2	(1)	1	(0)	0	(0)	3	(1)
RAF-Anhänger	0	(0)	1	(0)	5	(7)	0	(0)	6	(7)
»Revolutionäre Zellen«/»Rote Zora« (einschl. sog. Resonanz RZ)	0	(0)	1	(2)	4	(2)	0	(0)	5	(4)
sonstige Gruppen/ Einzeltäter	0	(0)	3	(3)	51	(56)	11	(29)	65	(88)
Summe	1	(1)	7	(6)	61	(65)	12	(29)	81	(101)

Die rückläufige Entwicklung der Terrorakte ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Ehemals dominierende Themen wie »Anti-Kernkraft« und »Anti-Militarismus« haben durch die aktuelle Entwicklung – wie etwa den Verzicht auf die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und die Entspannungspolitik im Ost-West- Verhältnis – zunehmend an Bedeutung verloren. Hinzu kam eine tiefe Verunsicherung des linksextremistischen Spektrums über die Veränderungen in der ehemaligen DDR und in Osteuropa, die als Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus gesehen werden.

Obwohl der »real existierende Sozialismus« in den osteuropäischen Ländern den Vorstellungen autonomer und terroristischer Gruppierungen nicht sehr nahe kam, so war doch eine gewisse Grundsolidarität erkennbar. Nachdem diese Staaten zunehmend demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen übernehmen, muß die Akzeptanz des eigenen Gedankenguts mehr denn je in Frage gestellt werden.
Daraus läßt sich allerdings keinesfalls die Prognose ableiten, daß terroristische Gewaltaktionen künftig an Bedeutung verlieren werden. Es können jederzeit neue Konfliktthemen aufgegriffen werden, durch die das zahlenmäßig gleichgebliebene gewaltbereite Potential zu militanten Aktivitäten motiviert wird. So wurde auch die Krise in der Golfregion von diesem Spektrum als Ausdruck imperialistischen Machtstrebens der Vereinigten Staaten und ihrer westlichen Verbündeten interpretiert[124]. Wie plötzlich und sprunghaft die Anschlagsaktivitäten steigen können, zeigte sich auch anläßlich der Vereinigung Deutschlands. Allein im Oktober wurden 12 Terrorakte verübt.
Regionale Anschlagsschwerpunkte waren die Bundesländer Berlin (16), Niedersachsen (16) und Nordrhein-Westfalen (13). In den neuen Bundesländern wurden seit dem Tag der Vereinigung nur 3 Terrorakte bekannt. Bislang gibt es dort noch kein den alten Bundesländern vergleichbares linksextremistisches Gewaltpotential. Allerdings ist zu befürchten, daß es langfristig zu einer Angleichung kommen wird.

Hungerstreik der GRAPO-Häftlinge in Spanien löst die meisten Terrorakte aus

Die meisten Terrorakte standen im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der in Spanien inhaftierten Mitglieder der linksextremistischen Terrorgruppe GRAPO[125] und der hinter ihr stehenden politischen Partei PCE (r)[126]. Mit der seit November 1989 andauernden Aktion soll insbesondere die Zusammenlegung der Inhaftierten erreicht werden. Zur Unterstützung dieser Forderung verübten »Militante« der RAF sowie Täter aus dem RAF-Umfeld und dem militanten autonomen Bereich zwölf Brand- und vier Sprengstoffanschläge. Auch der Mordversuch der RAF an Staatssekretär Neusel wurde u. a. mit dieser Thematik begründet. Darüber hinaus kam es zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen gegen Einrichtungen mit Bezügen zu Spanien.

2. »Rote Armee Fraktion« (RAF)

2.1 »Komandobereich« und »Militante«

Mit dem beabsichtigten Anschlag auf den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ignaz Kiechle und dem gescheiterten Attentat auf den Staatssekretär im Bundesinnenministerium Hans Neusel hat der »Kommandobereich« der RAF deutlich gemacht, daß seine personelle und logistische Situation stabil

genug ist, weiterhin schwerste Terrorakte zu verüben. Die Festnahmen von zehn ehemaligen RAF-Mitgliedern in der früheren DDR im Juni haben den Kommandobereich nicht zu schwächen vermocht, da sich dieser Personenkreis bereits nach seiner Übersiedlung in die DDR Anfang der achtziger Jahre nicht mehr an Aktivitäten der RAF beteiligt hat. Allerdings zeigten sich 1990 – möglicherweise nur zeitweilige – Probleme der »Kommandoebene« in konzeptionell – ideologischer Hinsicht.

RAF plante Anschlag auf Bundesminister Kiechle

Dies zeigte sich insbesondere bei dem beabsichtigten Anschlag auf Bundesminister Kiechle. Obwohl die geplante Tat nicht ausgeführt werden konnte, wurde das Vorhaben aufgrund einer zu früh abgesandten Erklärung vom 2. März bekannt[127]. Darin wird die Wahl des Anschlagsopfers damit begründet, daß der Agrarpolitik beim Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten – von der RAF »westeuropäische Formierung« genannt – besondere Bedeutung zukomme. Aktuell sei der Kampf gegen die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes zu führen, wobei Großkonzerne als Angriffsziel im Vordergrund ständen.

In einer nachgeschobenen Erklärung vom 3. März[128] behauptete das ausführende »Kommando«, die Aktion wegen einer angeblichen Gefährdung unbeteiligter Personen abgebrochen zu haben.

Da die Aktion gegen den Bundesminister selbst der eigenen Anhängerschaft und einzelnen Inhaftierten kaum vermittelbar war, sah sich der »Kommandobereich« angesichts der geäußerten Kritik und der entstandenen Irritationen erstmals in der zwanzigjährigen Geschichte der RAF gezwungen, die Verantwortung für eine terroristische Aktion zu leugnen. In einer Erklärung vom 26. April[129], also nach etwa zwei Monaten, stritt der »Kommandobereich« ab, das Attentat geplant zu haben. Vielmehr habe der Verfassungsschutz die Erklärungen vom 2. und 3. März verfaßt, um die RAF zu diskreditieren und Verunsicherung, Spaltung und Desorientierung innerhalb der revolutionären Linken herbeizuführen. Dieses – schon aufgrund der zeitlichen Verzögerung von nahezu zwei Monaten – unglaubhafte Dementi kann nur mit der an der Aktion geübten Kritik erklärt werden. Diese war offensichtlich so nachhaltig, daß sie für die RAF unerträglich wurde. Die Erklärung läßt auch auf Schwächen der »Kommandoebene« in ideologisch-konzeptionellen Fragen und auf einen gewissen Autoritätsverfall schließen. Wäre ihr Anspruch auf Meinungsführerschaft ungebrochen, so hätte sie – ohne den Verlust von Einfluß befürchten zu müssen – die Kritik an der Aktion hinnehmen können. Darüber hinaus wird durch das Dementi die der RAF bisher nachgesagte Wahrheitstreue in Frage gestellt.

RAF leugnet Attentatsplanungen gegen Bundesminister Kiechle

RAF verübt Anschlag auf Staatssekretär Neusel

Am 27. Juli verübte die RAF einen Sprengstoffanschlag auf den Staatssekretär im Bundesinnenministerium Hans Neusel. Mit Hilfe einer Lichtschranke brachten die Täter eine am Fahrbahnrand deponierte Sprengladung zur Detonation. Staatssekretär Neusel, der sich mit seinem Fahrzeug auf dem Weg zu seiner Dienststelle in Bonn befand, erlitt dabei leichte Verletzungen. Aufgrund der Tataus-

führung und des verwendeten Sprengstoffes sind Parallelen zu den Anschlägen auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank Dr. Alfred Herrhausen am 30. November 1989 und den Siemens-Manager Prof. Dr. Karl-Heinz Beckurts am 5. Juli 1986 erkennbar. Am Tatort wurde zunächst nur eine kurze, parolenhaft formulierte Taterklärung eines »Kommando José Manuel SEVILLANO«[130] vorgefunden. Bei SEVILLANO handelt es sich um ein im Mai bei einem Hungerstreik in Spanien verstorbenes inhaftiertes GRAPO/PCE(r)-Mitglied.

In einer ausführlichen Begründung[131], die am 31. Juli bei verschiedenen Presseagenturen einging, wird dem Staatssekretär stellvertretend für die Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, für den Tod des spanischen Häftlings mitverantwortlich zu sein. Die unnachgiebige Haltung gegenüber den »revolutionären Gefangenen« gehe auf eine gemeinsame Absprache der westeuropäischen Länder zurück, wonach der Widerstand gegen das bestehende Gesellschaftssystem entscheidend zu brechen sei. Staatssekretär Neusel vertrete insofern die »eisenharte NATO-Linie«. Darüber hinaus gingen die Verfasser erstmals ausführlich auf die politische Entwicklung in Deutschland seit dem Herbst 1989 ein. Die »Einverleibung der DDR« habe die Bundesrepublik zur uneingeschränkten Vormacht und den ganzen westeuropäischen Block zur Weltmacht gemacht. Gegen die »neuentstandene großdeutsche/westeuro-

päische Weltmacht« kündigt die RAF eine »lange Kampfphase« an. Daß sich die Menschen Osteuropas aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus« zunehmend demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien zuwenden, läßt die RAF offensichtlich unberührt. Sie hält vielmehr starr an ihrer These fest, die imperialistische und kapitalistische Staatenwelt unterdrücke die eigenen Bürger, die Völker der Dritten Welt und zerstöre die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben.

RAF kündigt »lange Kampfphase« an.

Bei einer polizeilichen Durchsuchung in der Hamburger Hafenstraße im Mai wurden umfangreiche Unterlagen sichergestellt, die auf Anschlagsplanungen der RAF gegen Politiker und Wirtschaftsführer schließen ließen. In einer Erklärung äußerte sich die RAF Ende September[132] hierzu und bestritt, Anschlagspläne in der Hafenstraße gelagert zu haben. Es gebe dort auch keine legalen Mitglieder der RAF, die unterstützend – wie etwa durch Ausspähung von Personen – tätig würden. RAF-Mitglieder operierten vielmehr ausschließlich aus der »Illegalität«. Offensichtlich um ihre Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, gab die RAF einen ihr bis dahin nicht angelasteten Raubüberfall auf einen Einkaufsmarkt am 5. Juni in Duisburg zu, bei dem die Täter etwa 320.000 DM entwendet hatten.

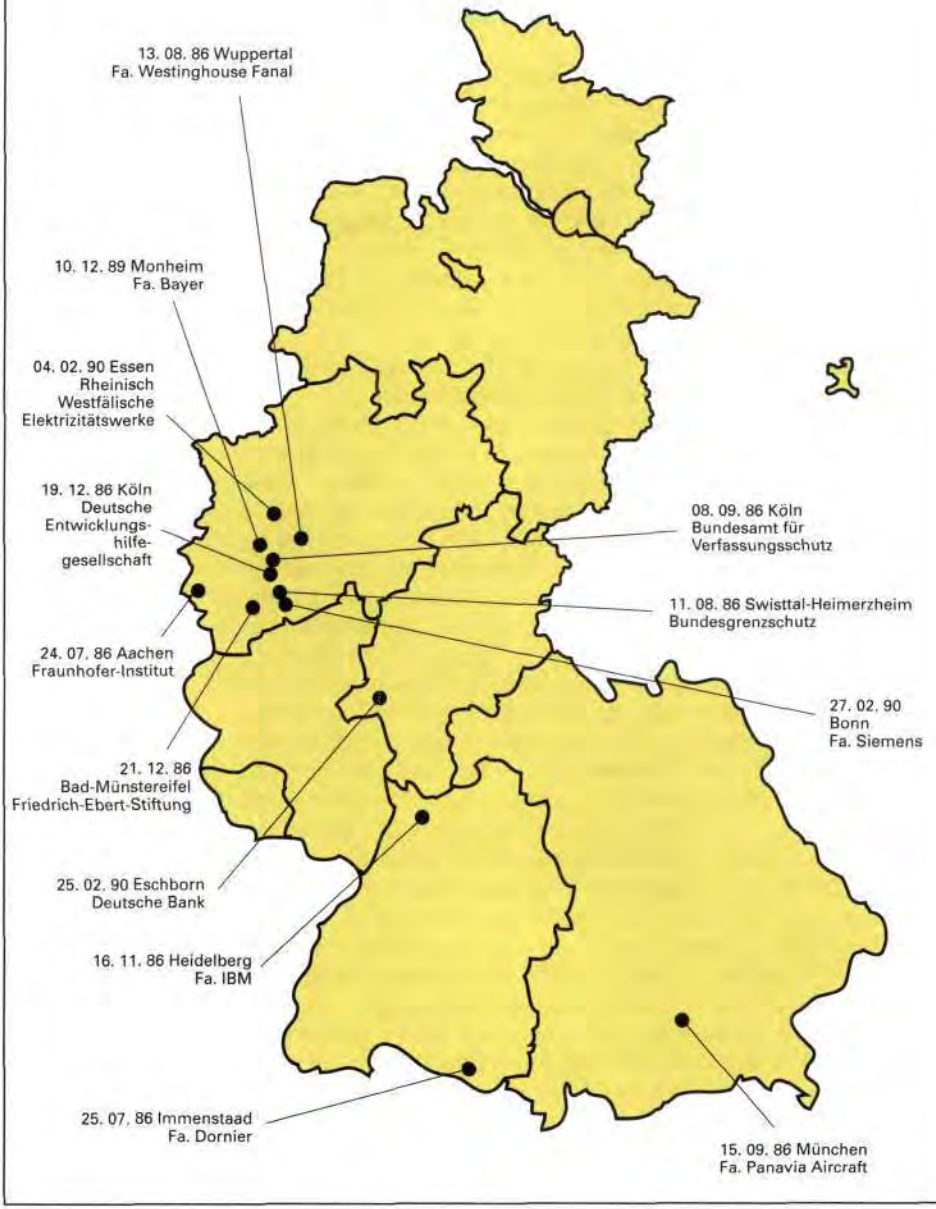
RAF gibt Raubüberfall in Duisburg zu

Die »Militanten« der RAF setzten Anfang des Jahres zunächst ihre im Dezember 1989 nach dem Attentat auf Dr. Herrhausen wieder aufgenommenen Anschlagsaktivitäten fort, so daß zunächst – wie 1986 – eine länger andauernde koordinierte »Offensive« der RAF zu befürchten war. Es blieb jedoch letztlich bei drei Anschlägen innerhalb eines Monats: am 4. Februar ein Sprengstoffanschlag auf die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke in Essen, am 25. Februar ein versuchter Sprengstoffanschlag auf die Deutsche Bank in Eschborn und Ende Februar ein Brandanschlag auf die Fa. Siemens in Bonn. Die Täter, die sich als »Kämpfende Einheiten« bezeichneten, wollten mit den Aktionen u. a. der Forderung nach »Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand« Nachdruck verleihen. Auffallend in den Taterklärungen[133] waren Äußerungen zu umstrittenen aktuellen politischen Themen – z. B. zur Atom- und Gentechnologie –, was offenbar als Signal an andere Gruppierungen des linksextremistischen Spektrums für ein mögliches Zusammenwirken verstanden werden sollte. Der Anschlag des »Kommandobereichs« auf Staatssekretär Neusel im Juli gab keine neuen Impulse, was auf weiterhin bestehende strukturelle Schwächen bei den »Militanten« hindeutet. Diesen Zustand räumt auch eine »Kämpfende Einheit« in einem im Dezember veröffentlichten Positionspapier[134] ein. Sie sieht jedoch im Widerstand gegen die »Kriegspolitik« der USA und ihrer im Golfkrieg Verbündeten eine neue Möglichkeit, andere gewaltorientierte Spektren für eine Zusammenarbeit zu gewinnen und darüber hinaus zu einer Kraft mit dem »Kommandobereich« der RAF zu werden*.

»Militante« der RAF verüben drei Anschläge

* Tatsächlich sind gewaltsame Protestaktivitäten der »Militanten« gegen den Golfkrieg ausgeblieben.

Brand- und Sprengstoffanschläge von „Militanten" der RAF von 1986 bis 1990



Im Juni wurden in der ehemaligen DDR zehn mit Haftbefehl gesuchte Mitglieder der »Roten Armee Fraktion« festgenommen. Alle hatten sich nach dem bisherigen Erkenntnisstand bereits Anfang der achtziger Jahre wegen der Sinn- und Perspektivlosigkeit des »bewaffneten Kampfs« von der RAF getrennt und waren in die DDR übergesiedelt. Ihre Eingliederung übernahm das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, das die Aussteiger auch in den folgenden Jahren umfassend betreute. Es ist zu erwarten, daß durch ihre Aussagen, die ausschließlich den Zeitraum bis zu iher Übersiedlung betreffen, ein großer Teil der RAF-Anschläge in den Jahren 1977 bis 1981 aufgeklärt werden kann (vgl. Ziff. 6.1).

Keine Schwächung der RAF durch Festnahmen in der ehemaligen DDR

2.2 Inhaftierte der »Roten Armee Fraktion«

Die Gruppe von nahezu 40 Inhaftierten aus der »Roten Armee Fraktion« und dem sog. antiimperialistischen Widerstand verfolgte weiterhin ihr im Vorjahr erstmals formuliertes Projekt der Zusammenlegung. Diese soll die Teilnahme an der politischen Diskussion ermöglichen und als Übergang zur späteren Haftentlassung dienen. Diese Zielsetzung hat für die Gefangenen nach wie vor höchste Priorität.

Zu Jahresbeginn unterstützten die Gefangenen den seit dem 30. November 1989 anhaltenden Hungerstreik der in Spanien inhaftierten Mitglieder der GRAPO; dazu bildeten sie vom 16. Januar bis 26. Februar sowie vom 8. März bis 5. Mai jeweils eigene Hungerstreikketten. Dabei verweigerten einzelne Inhaftierte oder kleinere Gruppen im Wechsel zumeist für eine Woche die Nahrungsaufnahme. In Erklärungen hieß es, ihre »solidarische Aktion« sei Ausdruck des »gleichen Kampf(es) um gleiche Ziele gegen einen gemeinsamen und vereinheitlichten Gegner«. Einige Häftlinge gingen darüber hinaus auch auf Aspekte des »revolutionären Kampfes« ein, der gegen die »imperialistische Formierung«, also die Zusammenschlußbemühungen der westeuropäischen Staaten, zu führen sei. Sie unterstellten der spanischen Regierung, im Hinblick auf den anstehenden europäischen Binnenmarkt vorher die Kollektive der politischen Gefangenen in Spanien liquidieren und den Gefangenenwiderstand auslöschen zu wollen. Gleichzeitig zeigten sie sich davon überzeugt, daß die Kämpfe der »Revolutionäre Westeuropas« in naher Zukunft zunehmend gemeinsam bestimmt würden. Das Ziel, mit dem Hungerstreik eine breitere Öffentlichkeit für die Belange der spanischen Häftlinge zu interessieren, erreichten die Inhaftierten jedoch nicht; ihr Bemühen blieb ohne größere Resonanz.

Inhaftierte solidarisieren sich mit GRAPO-Häftlingen in Spanien

Planung, Koordination und Verlauf der Aktion ließen wie bereits beim 10. kollektiven Hungerstreik vom 1. Februar bis 12. Mai 1989 vermuten, daß die Gefangenen über Möglichkeiten einer versteckten Nachrichtenübermittlung verfügen. Den eindeutigen Beleg für ein solches illegales Kommunikations- und Informationssystem, das

Illegales Kommunikations- und Informationssystem festgestellt

inzwischen auch von den Inhaftierten nicht mehr bestritten wird, erbrachten Ende März Zellendurchsuchungen in verschiedenen Haftanstalten. Dabei wurden umfangreiche schriftliche Unterlagen sichergestellt, die unter Umgehung der Postüberwachung in die Zellen gelangt bzw. zwischen getrennt untergebrachten Häftlingen ausgetauscht worden waren (sog. Zellenzirkulare, Kassiber). In diese verdeckte Kommunikation waren offenbar alle Ebenen der RAF eingebunden.

Dieses Informationssystem diente als Instrument für eine gemeinsame organisierte Willensbildung und sollte den inneren Zusammenhalt der Inhaftierten als politisches Kollektiv bewahren helfen. Außerdem sollte es eine politische Orientierung »von drinnen nach draußen« vermitteln.

Inhaftierte stehen hinter den Zielen der RAF

Dabei wurde deutlich, daß sich die meisten Häftlinge nach wie vor mit den Zielen und Methoden der RAF identifizieren. Ihr Wunsch nach Zusammenlegung entspricht nicht in erster Linie einem humanitären Anliegen. Vielmehr wollen sie die Bedingungen verbessern, als Gefangenenkollektiv aus der Haft heraus auf die »revolutionäre Politik« bzw. auf das Konzept der RAF Einfluß nehmen zu können. Dies erscheint den Inhaftierten um so gewichtiger, als ihnen derzeit offensichtlich eine dominierende Stellung im Gesamtgefüge der RAF zukommt. Dies wird schon dadurch deutlich, daß sich einige Erklärungen des »Kommandobereichs« aus jüngerer Zeit an formulierte Gedanken von Inhaftierten anlehnen. Auch waren es die Gefangenen, die aufgrund einer kritischen Einschätzung des eigenen Kräfteverhältnisses und der weltweiten politischen Veränderungen eine Notwendigkeit zur inhaltlichen Neugestaltung revolutionärer Politik sahen. Insbesondere Helmut POHL und Eva HAULE, die eine Art Sprecherrolle innerhalb des »Gefangenenkollektivs« innehaben, haben dies in offenen Briefen vom August[135] und September[136] nochmals herausgestellt. Darin geben sie sich im Hinblick auf die zukünftige Ausgestaltung revolutionärer Politik betont offen. Vom Staat fordern sie zum Teil ultimativ die Zusammenlegung der »politischen Häftlinge« in eine oder zwei große Gruppen. Ihre Bemühungen spiegeln auch die Angst wider, daß die politische Konzeption der RAF von vornherein aus dem Diskussionsprozeß über die Perspektiven revolutionärer Politik, der die gesamte revolutionäre Linke nach den politischen Veränderungen in Osteuropa erfaßt hat, ausgeklammert werden könnte. Sie erkennen offensichtlich die Gefahr, die RAF könne damit zu einem Anachronismus werden und sei nicht einmal mehr Teil, keinesfalls jedoch »Motor des revolutionären Prozesses«. Darüber hinaus befürchten sie für sich selber, vollends aus dem Bewußtsein einer kritischen Öffentlichkeit verdrängt zu werden. Folgerichtig propagiert Eva HAULE in ihrem offenen Brief den »bewaffneten Kampf« als Verpflichtung gegenüber den Gefangenen, die sich insbesondere nach den Festnahmen

ehemaliger RAF-Mitglieder in der DDR als »Opfer einer gezielten Vernichtungsstrategie des Staates« fühlen. Auch daran zeigt sich die extrem verzerrte Wirklichkeitswahrnehmung der Inhaftierten aus der »Roten Armee Fraktion«.

2.3 Umfeld der „Roten Armee Fraktion"

Die Zahl der dem engeren Umfeld der »Roten Armee Fraktion« zuzurechnenden Personen ist weitgehend konstant geblieben. Auch 1990 scheiterten Versuche dieser etwa 250 RAF-Unterstützer, ihren Stellenwert als »Revolutionärer Widerstand« im Gesamtgefüge der »Roten Armee Fraktion« zu festigen und damit die von der RAF propagierte »antiimperialistische Front« voranzutreiben.

RAF-Umfeld zeigt sich wenig gefestigt

Hierfür gibt es mehrere Gründe. So dürfte das RAF-Umfeld das Scheitern des 10. kollektiven Hungerstreiks der Inhaftierten 1989, mit dem diese insbesondere die Zusammenlegung in große Gruppen und die Freilassung angeblich Haftunfähiger durchsetzen wollten, noch nicht überwunden haben. Dies gilt um so mehr, als gerade dieser Hungerstreik auf breite Unterstützung auch über das linksextremistische Spektrum hinaus gestoßen war. Eine tiefe Enttäuschung verursachte zudem die Abkehr der in der ehemaligen DDR festgenommenen früheren RAF-Mitglieder vom Konzept dieser Terrorgruppe und ihre überwiegende Bereitschaft, durch ihre Aussagen an der Aufklärung der terroristischen Anschläge zwischen 1977 und 1981 mitzuwirken.

Schließlich zeigte sich der Unterstützerbereich der RAF durch die politischen Veränderungen in Deutschland und Osteuropa nachhaltig verunsichert. Dieser Themenbereich wurde in einer Reihe von Diskussionen über die weiteren Perspektiven antiimperialistischer Politik aufgegriffen. Allerdings gelang es den Umfeldangehörigen nicht, sich auf die Neugestaltung der politischen Verhältnisse einzustellen, da sie einen Verlust an Akzeptanz sozialistischer bzw. kommunistischer Ideologien befürchteten. Für die nähere Zukunft sehen sie für sich selber ein »Abdriften in eine Defensive«. Insofern erklärt sich auch, warum das RAF-Umfeld im Jahr 1990 insgesamt kaum herausragende Aktivitäten entwickeln konnte.

Hungerstreik in Spanien als Aktionsschwerpunkt

Besondere Aufmerksamkeit fanden lediglich der Hungerstreik der inhaftierten terroristischen Gewalttäter in Spanien und der begleitende Solidaritätshungerstreik der RAF-Häftlinge in Deutschland. Dazu fanden zu Jahresbeginn zahlreiche Veranstaltungen statt, die die RAF-Unterstützer initiierten oder an denen sie sich beteiligten. Dabei nutzten sie die Gelegenheit, über die Solidarität mit den spanischen Häftlingen hinaus auch die Forderung nach Zusammenlegung der RAF-Inhaftierten und die Freilassung der ihrer Meinung nach haftunfähigen RAF-Häftlinge in die Öffentlichkeit zu tragen. Allerdings stießen die demonstrativen Aktionen, die zum Teil vor

spanischen Einrichtungen stattfanden, schon wegen der durchweg niedrigen Teilnehmerzahl (überwiegend unter 50 Personen) kaum auf öffentliche Resonanz – im Gegensatz zu dem Hungerstreik der RAF-Inhaftierten im Jahre 1989, den mitunter mehrere tausend Personen bei Demonstrationen unterstützten. Dieses allgemeine Desinteresse dürfte neben dem Abbruch des Solidaritätshungerstreiks dazu geführt haben, daß die Aktivitäten des RAF-Umfeldes zu dieser Thematik bald erheblich zurückgingen. Ein für den 26. April vorgesehener bundesweiter Aktionstag blieb dementsprechend bedeutungslos. Selbst der Tod eines spanischen Häftlings im Mai konnte diese Entwicklung nicht umkehren. Aus diesem Anlaß und auch zum 1. Jahrestag der Aufnahme des Hungerstreiks in Spanien am 30. November kam es nur zu einigen wenigen Aktionen wie Mahnwachen und Besetzungen.

Darüber hinaus verübten vermutlich RAF-Unterstützer zur Unterstützung der GRAPO/PCE(r)-Inhaftierten neben Sachbeschädigungen insgesamt sechs Brand- und Sprengstoffanschläge, u. a. gegen VAG-Vertretungen.

Der wenig gefestigte Zustand des RAF-Umfeldes wurde auch bei den Vorbereitungen für einen 1990 mehrfach verschobenen Kongreß in Mainz zu den »Perspektiven antiimperialistischer Politik« deutlich. Die Themen der Veranstaltung, die auch mit RAF-Inhaftierten abgesprochen wurden, sollten von Fragen der Haftbedingungen bis hin zur Organisation von Widerstand und »bewaffnetem Kampf« und seinen Perspektiven angesichts der politischen Veränderungen reichen. Wegen aufgetretener Kontroversen und nachlassendem Interesse an den überregionalen Vorbereitungstreffen mußte der Kongreß schließlich abgesagt werden.

Strafverfahren gegen Gesinnungsgenossen werden aufmerksam verfolgt

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Anhänger der RAF den Prozeß vor dem Oberlandesgericht Frankfurt gegen die vier dem RAF-Umfeld Frankfurt angehörenden Tatbeteiligten des Brandanschlags auf die dortige Wertpapierbörse am 12. April 1989 (vgl. Ziff. 6.2). Als Informations- und Anlaufstelle richteten vorwiegend Angehörige des Unterstützerbereichs in Frankfurt ein »Prozeßcafé« ein. Es sollte auch Freiraum für Überlegungen bieten, wie der Kampf um die Zusammenlegung weitergeführt und derjenige gegen die Entwicklung Frankfurts zur Finanzmetropole Europas begonnen werden kann. Auch die im Mai wieder vom Oberlandesgericht Stuttgart aufgenommene Hauptverhandlung gegen eine Person aus dem Kreis der »Militanten« der RAF, der die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf das Luft- und Raumfahrtunternehmen DORNIER am 25. Juli 1986 in Immenstaad vorgeworfen wird[137], stieß auf stärkeres Interesse. Mit Demonstrationen, Solidaritätsveranstaltungen und Publikationen wurde dieser angebliche »Gesinnungsprozeß« kontinuierlich begleitet. Allerdings gelang es nicht, die Themen »Staatliche Repression« und »Kriminalisierung des Widerstands« in eine breitenwirksame Kampagne umzusetzen.

Ebenso blieben die Bemühungen des RAF-Umfeldes, insbesondere im autonomen Bereich eine breitere Anhängerschaft für die Ziele der RAF zu gewinnen, weitgehend ohne Erfolg. Dem stand die nachwirkende Enttäuschung über die Art und Weise entgegen, wie der von Autonomen stark unterstützte Hungerstreik 1989 abgebrochen worden war. So kam es lediglich zu regional begrenzter Zusammenarbeit. Über das Thema »Häuserkampf« versuchte das RAF-Umfeld auch »Hausbesetzer« für den »antiimperialistischen Kampf« zu gewinnen.

Nur begrenzte Zusammenarbeit mit anderen Gruppen

Der Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait im August und die anschließende Präsenz von Truppen der USA und ihrer Verbündeten in der Golfregion führte bei Anhängern des terroristischen Spektrums zunächst zu einer gewissen Verunsicherung. Da der Irak angesichts seiner totalitären staatlichen Strukturen nicht ohne weiteres als »Opfer des Imperialismus« dargestellt werden konnte, tat man sich zunächst schwer, das von der westlichen Welt mitgetragene Vorgehen der USA für eine antiimperialistische Propagandaoffensive zu nutzen. Diese ideologischen Probleme nahmen mit zunehmender Dauer des Konflikts allerdings deutlich ab, so daß die Agitation gegen den angeblichen US-Imperialismus in den Vordergrund trat: Die USA – so hieß es – versuchten nicht nur, sich den Zugriff auf die Ölquellen militärisch zu sichern, sondern sie benutzten den Konflikt darüber hinaus für eine Neuordnung der arabischen Welt, der die Befreiungskämpfe der Palästinenser und der Kurden zum Opfer fallen würden. Mit dieser Argumentation wurde auch ein versuchter Brandanschlag auf Militärfahrzeuge einer Bundeswehrkaserne in Haan/NW Anfang November begründet, für den Täter aus dem RAF-orientierten Spektrum verantwortlich sein dürften.

Welche Bedeutung das RAF-Umfeld im Gesamtgefüge der »Roten Armee Fraktion« einnimmt, zeigte sich im Zusammenhang mit dem aufgedeckten konspirativen Informationssystem (vgl. Ziff. 2.2), aber auch an den bei polizeilichen Durchsuchungen in der Hamburger Hafenstraße im Mai sichergestellten Unterlagen (vgl. Ziff. 2.1). Beide Fälle belegen Verbindungen des Unterstützerbereichs zur »Kommandoebene« der RAF. Während in der Hafenstraße umfangreiche Ausspähungsunterlagen zu Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft gefunden wurden, die auf Vorbereitungen für künftige terroristische Aktionen der »Kommandoebene« schließen ließen, machten sichergestellte Kassiber deutlich, daß einige besonders vertrauenswürdige Angehörige des RAF-Umfeldes in den konspirativen Informationsaustausch zwischen den RAF-Inhaftierten und der »Kommandoebene« eingebunden sind.

3. »Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora«

Anschlagstätigkeit »Revolutionärer Zellen« weiterhin gering

Die »Revolutionären Zellen« verübten 1990 fünf Anschläge (ein versuchter Sprengstoffanschlag; vier Brandanschläge, davon ein Versuch) gegenüber vier im Jahre 1989. Bei den Tätern dürfte es sich angesichts der unzulänglichen Begründung der Anschläge überwiegend um Personen aus dem autonomen Bereich handeln, die das militante Konzept der RZ übernommen haben und sich in ihrer Argumentation hieran anlehnen.

Drei Brandanschläge in Berlin standen in einem thematischen Zusammenhang mit der Entwicklung der Stadt[138]. Die offensichtlich in Berlin lebenden Täter beklagten die Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse; sie befürchten, mit der Erklärung Berlins zur Hauptstadt Deutschlands und dem Wegfall der Mauer würden die dortigen sozialen Verhältnisse »umgekrempelt«. Dies lasse ein neues Investitionsklima entstehen, das sie aus ihrem alten Lebensraum vertreiben werde.

Einen versuchten Sprengstoffanschlag im Mai auf das Amt für öffentliche Ordnung in Köln begründeten die Täter mit der angeblichen Funktion dieser Behörde als administratives Zentrum gegen die in Köln ansässigen Roma[139]. Ihr Anschlag sei die militante Antwort auf eine polizeiliche Durchsuchung eines Kölner Roma-Lagers. Das neue Ausländergesetz sei ein Instrument der Herrschenden zur Abschottung gegen die weitere Zuwanderung von Flüchtlingen. Mit der Situation der Roma und Sinti in Deutschland hatten die »Revolutionären Zellen« bereits ihre Brandanschläge auf die Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten in Köln am 12. November 1989 und auf die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Hamburg am 14. November 1989 begründet.

4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

80 % der Terrorakte von terroristischen Kleingruppen und Einzeltätern verübt

Seit Jahren verüben regional agierende militante linksextremistische Kleingruppen und Einzeltäter vornehmlich aus dem autonomen Spektrum die meisten Brand- und Sprengstoffanschläge sowie Angriffe auf Einrichtungen der Energiewirtschaft und gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der in diesem Jahr verübten Terrorakte liegt bei etwa 80%. Die dadurch entstehenden wirtschaftlichen Schäden gehen in die Millionen, so daß die Bedeutung dieser terroristischen Aktivitäten keineswegs gering einzuschätzen ist. Diesen Gruppen und Einzeltätern ist gemeinsam, daß sie die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ablehnen und das »System« mit Gewalt verändern wollen. In ihren diffusen politischen Vorstellungen wird terroristische Gewalt aufgrund eines vermeintlich gegebenen Widerstandsrechts gerechtfertigt. Nur die wenigsten Gruppen ver-

fügen über eine stabile Struktur. Sie schließen sich daher oftmals nur aus zeitlich und lokal begrenzten Anlässen zusammen und zerfallen wieder, wenn der Anlaß weggefallen ist.

1990 nahmen diese Gruppierungen den Hungerstreik der in Spanien inhaftierten terroristischen Gewalttäter der GRAPO zum Anlaß für insgesamt 7 Anschläge. Bevorzugte Angriffsziele waren Niederlassungen der Autofirmen SEAT und VAG. Bei ihren Terrorakten ging es ihnen nicht nur darum, ihre Solidarität mit den Hungerstreikenden in Spanien zum Ausdruck zu bringen; sie forderten gleichzeitig auch die Zusammenlegung der inhaftierten terroristischen Gewalttäter in Deutschland.

Ein weiteres dominierendes Anschlagsthema war 1990 – nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr – wieder der Protest gegen die Rassenpolitik der Republik Südafrika. Dazu verübten militante Linksextremisten 8 Brandanschläge; allein fünf richteten sich gegen Einrichtungen einer Mineralölgesellschaft. Die Täter sehen in dem Unternehmen ein Symbol für die Unterstützung der Apartheidpolitik Südafrikas. Die Einrichtungen dieses Unternehmens sind daher schon seit längerer Zeit Angriffsziel terroristischer Gewaltakte.

Im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verübte dieses Täterspektrum 14 Brandanschläge – davon allein 12 im Oktober – u. a. auf öffentliche Einrichtungen, Banken, Kaufhäuser und Einrichtungen politischer Parteien. Wenn auch oftmals keine Taterklärung bekannt wurde, lassen die Tatumstände auf einen entsprechenden thematischen Hintergrund schließen.

Im Zusammenhang mit der Räumung besetzter Häuser in Berlin im November waren sechs Brandanschläge zu verzeichnen.

Welche wirtschaftlichen Schäden solche Gewalttaten anrichten können, zeigt ein Brandanschlag einer Gruppierung »Revolutionäre Viren« auf eine Frankfurter Firma am 3. Februar: Es entstand ein Sachschaden von zwei Millionen Deutsche Mark. Anlaß für diese Tat war die Einbindung des Unternehmens in den Bau des Atatürk-Staudammes in Kurdistan. Den Tätern ging es darum, den dortigen »Befreiungskampf« zu unterstützen.

5. Internationale Verflechtung

Die »Rote Armee Fraktion« hat 1990 keine erkennbaren Erfolge zur Verwirklichung der von ihr seit Anfang der achtziger Jahre propagierten »antiimperialistischen Front in Westeuropa« erzielen können. Nachdem die Allianz mit der französischen Terrorgruppe »Action Directe« aufgrund der Festnahme von deren vier führenden Mitgliedern im Februar 1987 in Vitry aux Loges gescheitert ist, kann lediglich von einem losen Fortbestand des Bündnisses der RAF

mit den italienischen »Brigate Rosse – PCC« (BR-PCC) ausgegangen werden.

Diese Zusammenarbeit hatte die RAF bei ihrem Attentat auf Staatssekretär Dr. Tietmeyer im September 1988 bekanntgegeben. Allerdings haben die BR-PCC seitdem keine terroristischen Aktionen unter Bezug auf das Bündnis mit der RAF verübt. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß die »Roten Brigaden« seit 1988 etwa 50 Mitglieder durch Festnahmen verloren haben. Im Gegensatz zu 1989 wurden 1990 auch keine Äußerungen aus dem Bereich der BR-PCC bekannt, die die Zusammenarbeit mit der RAF bekräftigten. Es liegen allerdings keine Anzeichen für eine Auflösung des Bündnisses vor, so daß weiterhin von seinem Fortbestand ausgegangen werden muß.

RAF bemüht sich um Zusammenarbeit mit GRAPO

Auf der Suche nach weiteren Bündnispartnern bemühte sich die RAF 1990 auffällig um die spanische Terrorgruppe GRAPO, den »bewaffneten Arm« der »rekonstituierten« Kommunistischen Partei Spaniens – PCE(r). Diese Terrorgruppe hat 1989 nach einer längeren Phase der Inaktivität ihre terroristischen Aktivitäten wieder aufgenommen. Im März 1990 ermordete sie im Zusammenhang mit dem Hungerstreik ihrer Inhaftierten einen Arzt, der für die Zwangsernährung einzelner Gefangener zuständig war. Im September folgte eine Serie von Bombenanschlägen, u. a. auf das Wirtschaftsministerium und das Verfassungsgericht in Madrid. Durch die Festnahme von fünf ihrer Mitglieder am 26. Oktober dürfte die GRAPO nur teilweise geschwächt worden sein, da noch immer weitere zehn Personen ihrem »bewaffneten Zentralkommando« zugerechnet werden müssen. Daneben soll es den »Militanten« der RAF vergleichbare sogenannte Informationskommandos geben, denen etwa 20 Personen angehören dürften.

Alle Ebenen der RAF unterstützten in beträchtlichem Umfang den seit November 1989 geführten Hungerstreik der GRAPO/PCE(r)-Inhaftierten. Die RAF-Häftlinge führten bis Anfang Mai wechselweise Solidaritätshungerstreiks durch (vgl. Ziff. 2.2). Das RAF-Umfeld beteiligte sich mit vielfältigen Aktionen, von Demonstrationen und Kundgebungen über Sachbeschädigungen bis hin zu Terrorakten (vgl. Ziff. 2.3). Diese richteten sich oftmals gegen Institutionen, die einen Bezug zu Spanien aufweisen konnten. Darüber hinaus kam es zu intensiven Kontakten aus dem Unterstützerbereich der RAF zum Umfeld der GRAPO, insbesondere zu einer Verwandten- und Gefangenenhilfeorganisation in Madrid. Auch die »Militanten« der RAF griffen bei ihren Terrorakten im Februar den Hungerstreik in Spanien auf. Schließlich benannte die RAF das »Kommando«, das den Anschlag auf Staatssekretär Neusel ausführte, nach José Manuel SEVILLANO, der als Inhaftierter der GRAPO/PCE(r) an den Folgen des Hungerstreiks verstorben war (vgl. Ziff. 2.1).

Ein Erfolg dieser intensiven Bemühungen seitens der RAF ist nicht erkennbar. Dies machte auch die Taterklärung zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel deutlich. Danach steckt die RAF bei dem von ihr angestrebten Neuaufbau einer starken internationalen revolutionären Bewegung offensichtlich immer noch in den Anfängen. Noch im Frühjahr 1989 hatte das »Zentralkommando« der GRAPO in einem Interview öffentlich eine Zusammenarbeit mit der RAF abgelehnt. Es entspreche nicht der Wahrheit, wenn sie als Teil einer »sog. Front der westeuropäischen Guerilla« eingestuft werde; sie lehne darüber hinaus auch die Vorschläge ab, die sich für eine überstaatliche Front einsetzten. Eine Ursache für die zumindest damals ablehnende Haltung der GRAPO liegt in der unterschiedlichen Auffassung beider Terrorgruppen über die Notwendigkeit einer »Kommunistischen Partei« als Vorbedingung zur Schaffung einer »vorrevolutionären Lage«. Die RAF sieht dieses Erfordernis nicht. Allerdings hat das Bündnis zwischen RAF und BR-PCC gezeigt, daß solche konträren ideologischen Grundpositionen nicht unüberwindlich sind. Dementsprechend könnte auch bei der GRAPO angesichts der 1990 von der RAF gezeigten Solidarität ein Umdenkungsprozeß stattgefunden haben. Sollte es zu einer Annäherung zwischen RAF und GRAPO im Sinne einer gemeinsamen Allianz kommen, würde dies die Sicherheitslage in Westeuropa – nicht nur in Deutschland und in Spanien – wohl weiter verschärfen.

6. Strafverfahren

6.1 Anklagen

Am 15. Oktober erhob der Generalbundesanwalt vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München Anklage gegen den im Juni in der ehemaligen DDR festgenommenen Werner LOTZE, dem Beteiligung an dem versuchten Attentat der RAF auf den NATO-Oberbefehlshaber General Haig im Juni 1979 in Belgien, an einem versuchten und einem vollendeten Mord an zwei Polizeibeamten im September 1978 in Dortmund und an zwei Banküberfällen der RAF im Jahr 1979 vorgeworfen wird*.

Am 28. November erhob der Generalbundesanwalt vor dem Oberlandesgericht Stuttgart Anklage gegen Susanne ALBRECHT, die ebenfalls in der ehemaligen DDR festgenommen worden war. Die Anklage umfaßt die Beteiligung an dem Mord der RAF an dem Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank Ponto im Juli 1977, an dem versuchten Raketenwerferanschlag der RAF auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im August 1977 und an dem versuchten Mord an General Haig**.

* LOTZE wurde am 31. Januar 1991 unter Anwendung der sog. Kronzeugenregelung zu 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

** Am 3. Juni 1991 wurde Susanne ALBRECHT durch das OLG Stuttgart wegen Beteiligung an dem Mord an Jürgen Ponto und an dem versuchten Mord an General Haig unter Anwendung der Kronzeugenregelung zu 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig

In der am 13. Dezember dem Oberlandesgericht Hamburg zugeleiteten Anklageschrift wirft der Generalbundesanwalt einer im Dezember 1989 in Schleswig-Holstein festgenommenen Person u. a. mitgliedschaftliche Beteiligung an der terroristischen »Rote-Armee-Fraktion« vor.

6.2 Verurteilungen

Am 17. Mai verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Angehörigen des engeren RAF-Umfeldes aus dem Umkreis der Düsseldorfer Kiefernstraße wegen Unterstützung der RAF und Urkundenfälschung zu einer Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren sowie zu einer Geldstrafe. Die Mitgliedschaft in einer »Kämpfenden Einheit« konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Das Urteil ist rechtskräftig.

Ende des Jahres verurteilte das Oberlandesgericht Frankfurt/M. vier Angehörige des dortigen engeren RAF-Umfeldes wegen Unterstützung der RAF und Beteiligung an dem Brandanschlag auf die Frankfurter Wertpapierbörse am 12. April 1989 zu jeweils sieben Jahren Freiheitsstrafe. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Nach Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils durch den Bundesgerichtshof verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf, an welches das Verfahren zurückverwiesen worden war, Dr. Ingrid STROBL am 22. Oktober wegen Beihilfe zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion zu drei Jahren Freiheitsstrafe. Den Vorwurf der Unterstützung der terroristischen Vereinigung »Revolutionäre Zellen« sah das Gericht nicht als erwiesen an. Das Urteil ist rechtskräftig.

VI. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund [140]

1. Übersicht in Zahlen

Erneut verübten Linksextremisten selbst schwerste Straftaten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen: einen Mordversuch, Sprengstoff- und Brandanschläge sowie Sachbeschädigungen mit Schäden in Millionenhöhe. Die Zahl der Gewalttaten und sonstigen Gesetzesverletzungen[141], bei denen Linksextremisten als Täter oder Tatbeteiligte bekanntgeworden sind oder nach den Tatumständen in Betracht kommen, ist 1990 insgesamt gesunken; Ende des Jahres stiegen die Zahlen jedoch wieder an.

Anders als die Statistik zu den Straftaten von Rechtsextremisten berücksichtigt die nachstehende Übersicht nicht die zahlreichen Sachbeschädigungen durch Farbsprüh- und Schmieraktionen mit linksextremistischem Hintergrund, da hierzu wegen der Menge der Taten keine zuverlässigen Zahlen vorliegen.

Zeitraum	1989	1990
Morde/Mordversuche[142]	1	1
Sprengstoffanschläge	6	7
Brandanschläge[143]	68	67
Aktionen mit Körperverletzungen	88	34
Raubüberfälle/Diebstähle	3	2
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	136	94
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Schienenverkehr	18	6
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	517	376
Gewalttaten insgesamt	837	587
Gewaltandrohungen	40	13
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	206	157
Gesamt	1.083	757

2. Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten

Im Berichtsjahr wurden bei linksextremistischen Protestaktionen mehr als 550 Personen verletzt, darunter mehr als 500 Polizeibeamte.

Die Zahl der Sachbeschädigungen an Polizeifahrzeugen und Dienstgebäuden der Polizei ist gesunken, es wurden über 150 (Vorjahr mehr als 200) Fälle bekannt.

Die Zahl der gefährlichen Eingriffe in Verkehrsanlagen und Transportmittel sowie die Zahl der Sachbeschädigungen an Strommasten ist erneut spürbar zurückgegangen. Zu den 157 sonstigen Gesetzesverletzungen gehören insbesondere Verstöße gegen das Waffengesetz, Hausfriedensbrüche, Beleidigungen und Fälschungen amtlicher Schreiben.

VII. Erläuterungen und Dokumentation

1. Da den beeinflußten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt.
2. Erfaßt sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotential der »Szene« umfaßt zusätzlich mehrere tausend Personen.
3. Einschließlich der Autonomen aus dem ehemaligen Bereich Berlin (Ost).
4. Alle Zahlenangaben ohne Berücksichtigung der fünf neuen Bundesländer und Berlins.
5. DKP-Sprecher Rolf PRIEMER in: »Marxistische Blätter«, Nr. 3/90, S. 37
6. Mai-Aufruf der DKP in: »Unsere Zeit« (UZ) vom 20. 4. 1990
7. Vorläufiges Statut der DKP, in: UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 18. 4. 1990; Presseerklärung der DKP zum »Tag des Anschlusses der DDR an die BRD«, in: Pressemitteilungen des Parteivorstandes der DKP vom 2. 10. 1990
8. »Denn das grundlegende Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der BRD und eines aus BRD und DDR vereinigten Staates darf nicht aufgegeben werden, solange es Kapitalismus und Imperialismus gibt: hier, in Europa und in der Welt.« (aus: »Politische Entschließung« der DKP-Parteikonferenz am 24. 5. 1990, in: UZ vom 1. 6. 1990);
   »Sie (die DKP) wird dabei zugleich für die Zielstellung einer grundlegenden sozialistischen Umgestaltung des neuen Deutschlands eintreten.« (aus: Beschluß der 5. Parteivorstandstagung am 25. 8. 1990)
9. DKP-Sprecher Rolf PRIEMER auf der 2. Parteivorstandstagung am 5./6. 5. 1990, in: Eigenbeilage zu UZ vom 11. 5. 1990, S. 7; DKP-Sprecher Heinz STEHR in: »Marxistische Blätter« Nr. 3-90, S. 40 ff.
10. DKP-Sprecher Heinz STEHR in: »Thesen zum Konzept einer kommunistischen Partei«, in: UZ vom 25. 5. 1990;
    Grußschreiben der DKP an den XXVIII. Parteitag der KPdSU vom 2. 7. 1990
11. DKP-Sprecher Rolf PRIEMER in: »Marxistische Blätter«, Nr. 3/90, S. 38
12. UZ vom 27. 4. 1990
13. Rolf PRIEMER auf der 2. Parteivorstandstagung, a.a.O. (vgl. Ziff. 9), S. 8 und auf der 7. Parteivorstandstagung am 10./ 11. 11. 1990, in: Rundbrief an Bezirke und Kreise vom 13. 11. 1990
14. »Erste Überlegungen der Sprecherinnen und Sprecher der DKP« in: UZ vom 7. 12. 1990
15. UZ vom 11. 1. 1991
16. UZ vom 1. 2. 1990; DKP-Pressedienst vom 26. 6. 1990; »Politische Berichte« Nr. 20/90
17. Ehemalige Mitglieder der DKP sammelten sich zu einem bundesweiten »Sozialistischen Forum« (Sitz Köln), gegründet von einem offenen Strategiekongreß »Linke Alternativen zur Deutschlandpolitik – und: Wie wir uns vernetzen wollen« (30. März bis 1. April in Köln, 1.200 Teilnehmer). Die Ausstrahlung des Forums, das eine gleichnamige Zeitschrift »SoFo« (zuvor »Korrespondenz Erneuerung«) herausgibt, ließ angesichts der Diskussionen um eine »Linke Liste/ PDS« in den westlichen Bundesländern rasch nach. Ebenso wie beim »Sozialistischen Forum« dominieren ehemalige DKP-Mitglieder auch bei der neuen Vierteljahresschrift »Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung«.
18. »Wer wir sind und was wir wollen!«, hrsg. vom SDAJ-Bundesvorstand, Frühjahr 1990, S. 18

19. »Unser Ziel bleibt die grundlegende Umwälzung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, eine sozialistische Bundesrepublik. Entscheidende Elemente einer sozialistischen Bundesrepublik werden die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen demokratischen Kräften und die Vergesellschaftung der Banken und Schlüsselindustrien sein.« (ebenda, S. 17)
20. UZ vom 16. 3. und 18. 5. 1990; »position – magazin der SDAJ« 12/90, S. 10
21. UZ vom 9. 3. 1990
22. »Thesen zum Erhalt und zur Erneuerung der Sozialistischen Kinderorganisation Junge Pioniere«, I, 4
23. UZ vom 16. 3. 1990
24. »Die kommunistischen Parteien erstreben eine Welt, deren oberste Prinzipien Frieden und Arbeit sind. Dies tun sie in Aktionseinheit und in Bündnissen gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften«. (DKP-Sprecher Rolf PRIEMER in »Marxistische Blätter« Nr. 3/90, S. 39)
25. »Kommunistinnen und Kommunisten arbeiten in allen fortschrittlichen Bewegungen mit. Sie werben in allen Teilen der Bevölkerung für das Bündnis von Arbeiterklasse, Intelligenz und anderen werktätigen Schichten«. (aus: »Thesen zum Neubeginn und zur Neuformierung der DKP«, in UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 2. 2. 1990, S. 30);
»Linke Bündnisse, breite Volksbewegungen sind notwendiger denn je. Dabei wird eine revolutionäre Arbeiterpartei eine bedeutende eigenständige Rolle spielen können, die nicht ohne weiteres von anderen Kräften wahrgenommen werden kann.« (DKP-Sprecher Heinz STEHR in: »Maxistische Blätter« Nr. 3/90, S. 42)
26. DKP-Sprecher Rolf PRIEMER (ebenda, S. 39)
27. »Quellen unserer Identität bleiben die Leistungen und politischen Ergebnisse des über zwanzigjährigen Wirkens der Deutschen Kommunistischen Partei. (...) Die Entwicklung der Friedensbewegung, die Renaissance der Ostermarschbewegung, der Krefelder Appell sah die DKP in den vordersten Reihen. Die Rolle der Kommunistinnen und Kommunisten bei der Entwicklung antifaschistischer Einstellungen ist nicht wegzudenken. Der Prozeß einer an Klassenpositionen orientierten Gewerkschaftspolitik geschah unter aktiver Anteilnahme von DKP-Betriebsgruppen, von Gewerkschaftsfunktionären, die Mitglieder unserer Partei sind. Die Standhaftigkeit vieler kommunistischer Berufsverbotsopfer hat dazu beigetragen, das Demokratiebewußtsein in unserem Lande zu stärken. Die DKP hat zur Veränderung des geistigen Klimas in unserem Lande beigetragen.« (aus: Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag – Vorgelegt von der Kommission »Rechenschaftslegung« des DKP-Parteivorstandes, in: UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 16. 3. 1990)
28. Brief des VVN-BdA-Bundessprechers Norbert MÜLLER an die Mitglieder der VVN-BdA vom 20. 6. 1990
29. »Volkszeitung« vom 20. 4. 1990
30. »südwest-intern« vom 2. 7. 1990, Beilage zu »Südwest-Kontakte« 3/90, hrsg. von der DFG-VK Baden-Württemberg, S. 4 ff., 7 ff., 10 ff.; »Zivil Courage« Nr. 4 (4. Quartal) 1990, S. 6 ff., und Nr. 5 (4. Quartal) 1990, S. 14 ff.
31. »Rote Fahne« (RF) vom 29. 9. 1990
32. RF vom 22. 12. 1990
33. RF vom 29. 9. 1990
34. RF vom 23. 12. 1989, Beilage
35. RF Extra vom 26. 10. 1990
36. RF vom 24. 3. 1990
37. RF vom 17. 2. 1990
38. RF vom 29. 9. 1990

39. ebenda
40. RF vom 1. 12. 1990
41. »ak.-Arbeiterkampf«, Zeitung des Kommunistischen Bundes, Nr. 317 vom 2. 4. 1990
42. »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 319 vom 28. 5. 1990
43. »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 323 vom 16. 10. 1990
44. vgl. Ziff. 40
45. »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 315 vom 5. 2. 1990
46. »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 321 vom 20. 8. 1990
47. »konkret« 12/1990, S. 8, und 2/1990, S. 8
48. Standort des BWK in der sozialistischen Programmdiskussion, Broschüre März 1990
49. BWK-Organ »Politische Berichte« vom 31. 8. 1990
50. »Sozialistische Zeitung« (SoZ), Organ der VSP, vom 6. 12. 1990
51. VSP-Mitgliederrundbrief, Dezember 1990
52. SoZ vom 15. 2. 1990
53. »Neue Arbeiterpresse«, Organ des BSA, vom 31. 8. 1990
54. »VORAN – Marxistische Zeitung«, Februar 1990
55. »Freie Tribüne für Arbeitnehmerpolitik«, Organ der ISA, vom 25. 6. 1990
56. »Neue Arbeiterpresse« vom 3. 8. 1990
57. »Spartakist«, Organ der SpAD, vom 9. 10. 1990
58. »Entwurf einer politischen Grundlage für den Kreis 'Radikale Linke'«, Frühjahr 1989, abgedruckt in ak. Nr. 309 vom 21. 8. 1989
59. Entwurf einer Erklärung zum 4. Treffen der »Radikalen Linken« am 20./21. 1. 1990 in Köln
60. Aufruf »Nie wieder Deutschland«
61. Die gegenüber dem Vorjahresbericht höheren Zahlenangaben zur Anhängerschaft der MG beruhen auf einer verbesserten Erkenntnislage der Verfassungsschutzbehörden. Für eine ausführlichere Information zur MG vgl. auch die vom BMI hrsg. Broschüre »Die 'Marxistische Gruppe' (MG) – Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes«, Bonn 1991.
62. Peter DECKER/ Karl HELD, Abweichende Meinungen zur »deutschen Einheit«, München 1990, S. 248
63. Flugblatt der MG in Bochum, August 1990
64. DECKER/HELD, Abweichende Meinungen zur »deutschen Frage«, München 1989, S. 205
65. »Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit« (MSZ) Nr. 4/1990, S. 17
66. MSZ 3/1990, S. 35
67. »Münchner Hochschulzeitung« der MG vom 7. 11. 1990
68. »INTERIM« Nr. 109 vom 5. 7. 1990, autonomes Szeneblatt Berlin
69. Flugblatt »Autonomer AntiimperialistInnen« aus Frankfurt/M.
70. Aufruf zu antikapitalistischen Aktionstagen vom 23.–30. 6. 1990 in Hamburg
71. Flugblatt autonomer Gruppen aus Nürnberg, November 1990
72. Broschüre autonomer Antifaschisten aus Göttingen, Oktober 1990
73. Aufruf zur Demonstration gegen die Wiedervereinigung am 3. 10. 1990 in Bremen
74. »INTERIM« Nr. 116 vom 20. 9. 1990
75. vgl. Ziff. 69
76. vgl. Ziff. 73
77. »INTERIM« Nr. 100 vom 26. 4. 1990 und Nr. 109 vom 5. 7. 1990
78. »INTERIM« Nr. 112 vom 2. 8. 1990
79. »graswurzelrevolution«, Sonderheft »Zur Kritik der parlamentarischen Demokratie, Nr. 146/47/48, 1990, S. 52
80. »graswurzelrevolution« Nr. 151/ Dezember 1990
81. »graswurzelrevolution«, Sonderheft, a.a.O. (vgl. Ziff. 79), S. 9
82. Prinzipienerklärung der FAU
83. ebenda
84. Statut der FAU/AP
85. Walter LISTL, Vorsitzender (jetzt Sprecher) der DKP-Bezirksorga-

nisation Südbayern, in: »Marxistische Blätter« Nr. 1/90, S. 80
86. »Politische Entschließung« der DKP-Parteikonferenz, a.a.O. (vgl. Ziff. 8)
87. RF vom 1. 9. 1990; vgl. auch »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 318 vom 30. 4. 1990
88. Massenzeitung »Nie wieder Deutschland« (NWD) Nr. 1 vom 12. 4. 1990
89. »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 324 vom 12. 11. 1990
90. vgl. »Marxistische Blätter«, Nr. 3/1990, S. 33–36
91. Zur Kandidatur trotzkistischer Gruppen vgl. Kap. II, Ziff. 2.8)
92. vgl. Ziff. 88
93. »Ganz und gar falsch allerdings wäre es, den rechten Kräften das Feld zu überlassen und den Friedensinitiativen weniger Aufmerksamkeit zu schenken«. (DKP-Sprecher Rolf PRIEMER auf der 2. Parteivorstandstagung am 5./6. 5. 1990, a.a.O. (vgl. Ziff. 9), S. 12
94. »Volkszeitung« vom 20. 4. 1990
95. Definition der »Kommunistischen Internationale« beschlossen auf deren VII. Kongreß im Sommer 1935; zitiert nach: »Kleines politisches Wörterbuch«, Berlin (Ost), Neuausgabe 1988: »Faschismus ist 'die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals'«.
96. UZ vom 1. 6. 1990
97. »radikal« Nr. 140 (Juni 1990), S. 5
98. ebenda, S. 5 und 6
99. »Die Gegenwehr geht vom Verkleben von Plakaten, auf denen zum Eingreifen aufgerufen wird, wenn du/ihr Übergriffe von Faschos mitbekommt, über massenhaft verklebte Aufkleber, wo zur Bandenbildung gegen Nazi-Terror aufgerufen wird. Gegenwehr sind Patrouillengänge, die Faschogruppen ausfindig machen, sind organisierte Frauenbanden, die denen auflauern und die Fresse einhauen. Gegenwehr sind Telefonketten, die ausgelöst werden, wenn Flüchtlingslager angegriffen werden... Vieles davon läuft ja auch schon. Das alles muß den Faschos eindeutig klarmachen, mit was sie es zu tun haben, wenn sie es wagen sollten, irgendwo ihre Drecksliedern zu gröhlen, es wagen sollten, Frauen und Männer anzugreifen. Dann werden sie gejagt, auseinandergenommen, wird ihre demonstrierte Stärke in Nichts aufgelöst, die Faszination ihrer brutalen Macht gebrochen.« (ebenda)
100. »Marxistische Blätter«, Nr. 4/90, S. 12 f
101. UZ vom 11. 1. 1991
102. Das Spendenkonto wird nach Angaben der »tageszeitung« (taz) weiterhin von den Mitarbeitern verwaltet.
103. »Palästina-Info« Nr. 12 (August 1990), S. 4; PROWO Nr. 5 vom 31. 8. 1990, S. 2
104. »INTERIM« Nr. 117/90; Flugblatt der »Autonomen Nahost-Gruppe«, Bielefeld, Oktober 1990
105. »Wichtig war die Demonstration gegen die Kriegspolitik der USA und Bundesregierung am 24. November in Bonn, die von der DKP begrüßt und – leider – mit zu schwachen Kräften unterstützt wurde«. (DKP-Sprecherin Helga ROSENBERG auf der 8. Parteivorstandstagung am 8./9.12.1990, in: Rundbrief für Bezirke und Kreise vom 12. 12. 1990)
106. DKP-Sprecher Rolf PRIEMER auf der 2. Parteivorstandstagung, a.a.O. (vgl. Ziff. 9), S. 11 f
107. UZ vom 21. 12. 1990
108. UZ vom 26. 10. 1990
109. UZ (Notausgabe) vom 29. 6. 1990
110. »Neues Deutschland« vom 27. 8. 1990; PDS-Pressedienst vom 7. 9. 1990
111. »Neues Deutschland« vom 29./30. 9. 1990

112. PDS-Pressedienst vom 2. 11. 1990
113. »SWING«, Nr. 23 von Okt. 1990; Aufruf Autonomer aus Köln, Dezember 1990
114. »SWING«, ebenda
115. Aufruf Autonomer aus Kiel, November 1990
116. »INTERIM« Nr. 115 vom 13. 9. 1990
117. Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.
118. Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und anderer Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.
119. Von den 81 Terrorakten ist nach Angaben des Bundeskriminalamtes aufgrund der polizeilichen Ermittlungen in über 50 Fällen der linksextremistische Hintergrund eindeutig gegeben.
120. Nicht berücksichtigt wurden Anschläge im Gebiet der ehemaligen DDR.
121. Mordversuch an dem Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Hans Neusel am 27. Juli 1990 in Bonn. Das geplante Attentat auf Bundeminister Kiechle wurde nicht berücksichtigt.
122. Mord an dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank Dr. Alfred Herrhausen am 30. November 1989 in Bad Homburg
123. Raubüberfall auf einen Duisburger Großmarkt am 5. Juni 1990
124. Mit dem Ausbruch des Golfkrieges hat sich diese Einschätzung bestätigt, da aus diesem Anlaß eine Vielzahl von militanten Aktionen durchgeführt wurde.
125. GRAPO = Antifaschistische Widerstandsgruppe 1. Oktober
126. PCE (r) = Kommunistische Partei Spaniens (rekonstituiert)
127. Taterklärung der RAF vom 2. 3. 1990 zum versuchten Anschlag auf Bundesminister Kiechle, veröffentlicht in »INTERIM«, Wöchentliches Berlin Info Nr. 95 vom 22. 3. 1990, S. 15
128. Erklärung der RAF vom 3. 3. 1990 zum Abbruch des Anschlages auf Bundesminister Kiechle, veröffentlicht in »INTERIM«, a.a.O.
129. Dementi der RAF vom 26. 4. 1990 zum versuchten Anschlag auf Bundesminister Kiechle, veröffentlicht in »radikal« Nr. 140, Juni 1990, S. 27
130. Erste Taterklärung der RAF zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel am 27. 7. 1990 (Ablage am Tatort), veröffentlicht in »ak.-Arbeiterkampf« Nr. 321 vom 20. 8. 1990, S. 34
131. Zweite Taterklärung der RAF vom 29.7.1990 zum Anschlag auf Staatssekretär Neusel, veröffentlicht in »radikal« Nr. 141 Teil 2, November 1990, S. 52-54
132. Stellungnahme der RAF zu dem Ergebnis der Durchsuchung in der Hamburger Hafenstraße vom 24. 9. 1990, veröffentlicht in »radikal« Nr. 141 Teil 1, November 1990, S. 23
133. Taterklärung der »Kämpfenden

Einheit 'Cepa'Gallende« zum Anschlag auf die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke in Essen am 4.2.1990, veröffentlicht in »INTERIM« Nr. 89 vom 8. 2. 1990, S. 20/21
Taterklärung der »Kämpfenden Einheit Febe Elizabeth« zum Anschlag auf die Deutsche Bank in Eschborn am 25. 2. 1990, veröffentlicht in der Kölner autonomen Alternativ-Zeitschrift »Agitare Bene« Nr. 16 vom 14. 3. 1990, S. 11/12
Taterklärung der »Kämpfenden Einheit Hüseyin Hüsnü Eroglu« zum Anschlag auf die Firma Siemens in Bonn am 27. 2. 1990, veröffentlicht in »Agitare Bene« a.a.O.

134. Positionspapier »WIESO, WESHALB, WARUM«, einer »Kämpfenden Einheit«, veröffentlicht in »Agitare Bene« Nr. 34 vom 20. 12. 1990
135. »Erklärung von Helmut POHL, August '90«, veröffentlicht in »Clockwork 129a« Nr. 19 vom 1. 10. 1990, S. 1, 4, 5
136. Offener Brief von Eva HAULE vom 23. 9. 1990 »Strategische Neuorientierung notwendig«, veröffentlicht in der »tageszeitung« vom 1. Oktober 1990, S. 6
137. Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte die Betreffende am 15. Januar 1991 u. a. wegen dieses Anschlags und Mitgliedschaft in der RAF zu neun Jahren Freiheitsstrafe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.
138. Taterklärung der RZ zum Brandanschlag auf das Möbelgeschäft »Wohnen 2001« in Berlin am 27. 4. 1990, veröffentlicht in »radikal« Nr. 140, Juni 1990, S. 45
Taterklärung der RZ zu den Brandanschlägen auf die Firma Möbel Hübner sowie auf das Lichthaus Mösch in Berlin am 19. 11. 1990
139. Taterklärung der RZ zum versuchten Sprengstoffanschlag auf das Amt für öffentliche Ordnung vom 5. 5. 1990, veröffentlicht in »radikal« Nr. 140, Juni 1990, S. 13
140. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, da den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a. StGB, die sich gegen nationalsozialistische Propaganda wenden, keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen.
141. Jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung wurde nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde. Nicht berücksichtigt wurden Aktionen in Berlin (Ost) und der ehemaligen DDR. Anders als bei der »Polizeilichen Kriminalstatistik-Staatsschutzdelikte« (PKS-S) beziehen sich die Zahlenangaben – ungeachtet des Standes der Ermittlungsverfahren – auf den Tatzeitpunkt im Kalenderjahr.
142. 1989: Mord an Dr. Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank
1990: Mordversuch an Staatssekretär Neusel
143. Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

VIII. Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1989) – z. T. geschätzt)
1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) – München –	200	(250)	Kommunistische Arbeiterzeitung – unregelmäßig – – 2.000 –
Nebenorganisationen des AB			
Kommunistischer Hochschulbund (KHB)			
Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend			Kämpfende Jugend – unregelmäßig –
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) – Essen –			neue Arbeiterpresse – wöchentlich –
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) (8 Landesverbände) – Köln–	350	(350)	Politische Berichte – vierzehntäglich – – 1.200 (1.200) –
BWK-beeinflußte Organisation			
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) – Köln –	500	(600)	Antifaschistische Nachrichten – vierzehntäglich – – 600 (600) –
			Volksecho – vierteljährlich – – 800 –
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) (12 Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen und Grundorganisationen) – Essen –	11.000	(22.000)	Unsere Zeit (UZ) – wöchentlich/vierzehntäglich (sechsmal wöchentlich) – – 20.000 – (Tagesausgabe: 20.000, Wochenendausgabe: 34.000)
			Marxistische Blätter – zweimonatlich (elfmal jährlich) – – 5.000 (7.300) –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1989) – z. T. geschätzt)
Nebenorganisationen der DKP			
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) (12 Landesverbände, Kreisverbände und Gruppen) – Essen –	250	(2.000)	position-magazin der SDAJ – zweimonatlich – – 600 –
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) – Essen –	150	(800)	
Marx-Engels-Stiftung e. V. – Wuppertal –			
beeinflußte Organisationen der DKP			
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA) (9 Landesvereinigungen, Kreis- und Ortsvereinigungen) – Frankfurt –	unter 11.000	(unter 14.000)	
Deutsche Friedens-Union (DFU)	unter 1.000	(unter 1.000)	Podium – zweimonatlich –
Demokratische Fraueninitiative (DFI) (örtliche Frauengruppen ohne feste Mitgliedschaft) – Essen –			Wir Frauen – vierteljährlich (zweimonatlich) – – 4.000 (4.000) –
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V. (VDJ) (24 Regionalgruppen) – Frankfurt/M. –	1.000	(1.000)	VDJ-Forum – vierteljährlich – – 1.500 (1.300) –
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) – Köln –			Freie Tribüne für Arbeitnehmerpolitik – unregelmäßig – Sozialistische Arbeiterzeitung/ Internationale Tribüne (SAZ/IT) – zweimonatlich –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1989) – z. T. geschätzt)
Kommunistischer Bund (KB) (Landesverbände) – Hamburg – (am 20. April 1991 aufgelöst)	300	(über 400)	ak.-Arbeiterkampf – monatlich – – 7.500 – Piranha – Sozialistischer Jugendrundbrief (Publikation der KB-Jugend u. a.) – unregelmäßig –
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten/Leninisten) (KPD) *(3 rivalisierende Gruppen)*			Roter Morgen (3 Ausgaben) – monatlich –
Marxistische Gruppe (MG) – München – (nach eigenen Angaben aufgelöst)	über 10.000	(5.000)	MSZ – Marxistische Streit- und Zeitschrift – Gegen die Kosten der Freiheit – sechsmal jährlich – – 18.000 (ca. 12.000) – Marxistische Arbeiterzeitung (mehr als 20 Ausgaben) – vierzehntäglich – – bis zu 20.000 (bis zu 10.000) – Marxistische Hochschulzeitungen (mehr als 10 Ausgaben) – semesterwöchentlich – – bis zu 17.000 (bis zu 14.000) – Marxistische Schulzeitungen (mindestens 7 Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 10.000 (bis zu 7.000) –
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) (16 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte) – Essen –	1.500	(1.400)	Rote Fahne – wöchentlich – – 6.000 (7.000) – lernen und kämpfen (luk) – monatlich – – 1.000 (1.500) –
MLPD-Nebenorganisationen:	zusammen		
ARBEITERJUGEND-VERBAND/ Marxisten-Leninisten (AJV/ML) (mit der Kinderorganisation Rotfüchse) Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV)	400	(400)	

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1989) – z. T. geschätzt)
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI)			
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) – Hannover –			Klassenkampf – monatlich –
Spartakist – Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)			SPARTAKIST – unregelmäßig –
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) – Köln –	unter 350	(400)	Sozialistische Zeitung (SoZ) – vierzehntäglich – – 2.500 (2.500) – SoZ-Magazin – unregelmäßig –
VORAN zur sozialistischen Demokratie – Köln –			VORAN – zweimonatlich –
Sozialistische Initiative (SI) – Berlin –	500		SI – Forum – unregelmäßig –
Rote Hilfe (linksextremistisch beeinflußt) – Kiel –	800	(800)	Die Rote Hilfe – vierteljährlich – – 2.000 –
2. Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre			
Autonome	2.300*	(mehr als 2.000)	unregelmäßig erscheinende »Szene«-Blätter – u. a. CLASH, INTERIM, SWING, radikal
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) (Koordinierungsstelle der anarchistischen »Graswurzelbewegung« mit ca. 80 »Gewaltfreien Aktionsgruppen« und »Kollektiven«)	500	(500)	graswurzelrevolution – FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT – monatlich – – 4.000 (etwa 3.000) –
Freie ArbeiterInnen-Union (FAU) (ca. 20 örtliche Gruppen) – Köln –			direkte aktion – zweimonatlich –
Freie Arbeiter-Union/ Anarchistische Partei (FAU/AP) – Heidelberg –			Fanal – unregelmäßig –

*) Einschließlich der Autonomen aus dem ehemaligen Bereich Berlin (Ost).

Rechtsextremistische Bestrebungen

I. Übersicht in Zahlen[1]

1. Organisationen und Mitgliederstand

Mitgliederzahl der organisierten Rechtsextremisten in den alten Bundesländern rückläufig

Ende 1990 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 69 (1989: 70) rechtsextremistische Organisationen. Ihnen gehörten nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften rund 32.300 Personen als Mitglieder an. Das sind etwa 10 % weniger als Ende 1989 (35.900)[2].

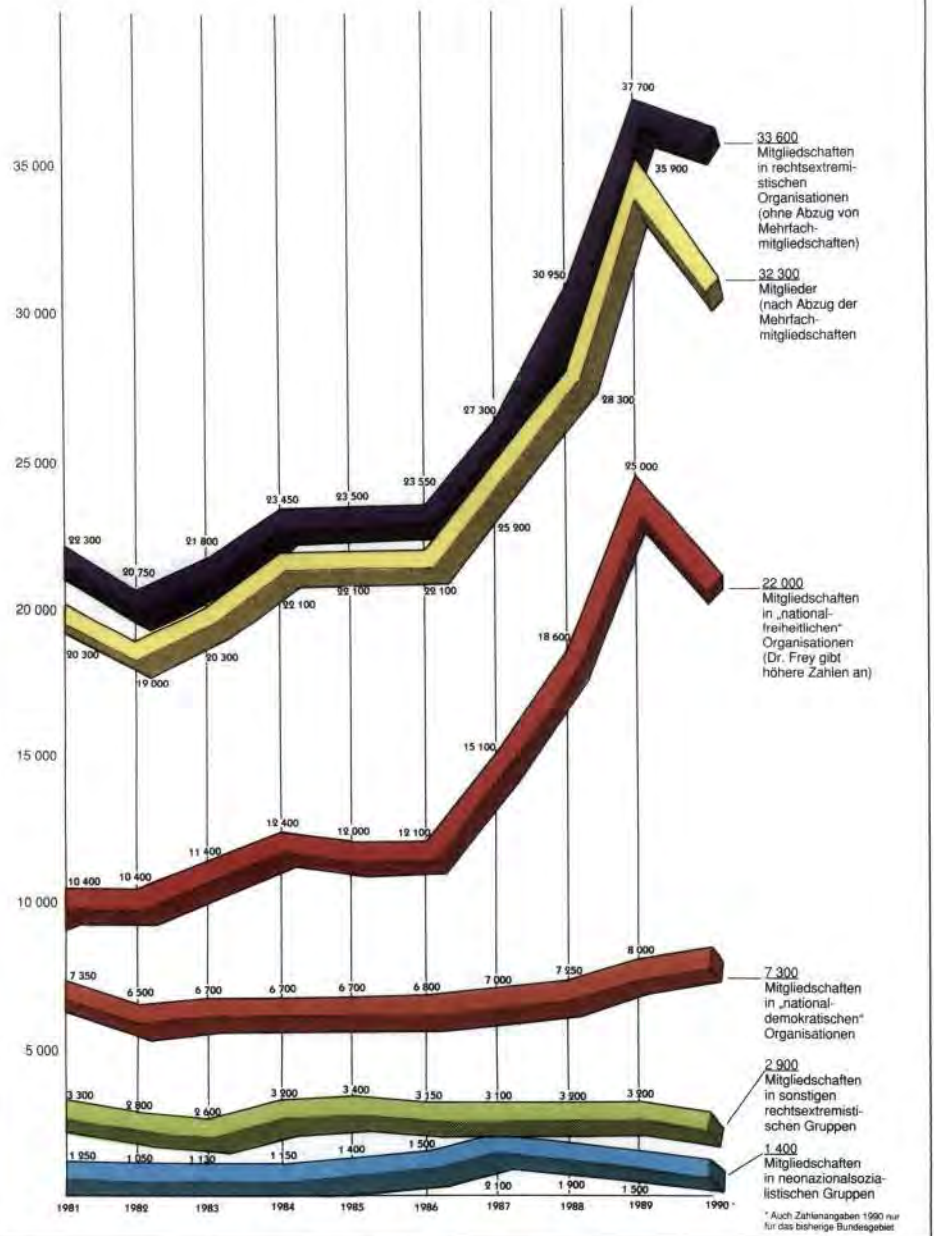
Organisationen	1988 Anzahl der Org.	1988 Mitglied-schaften	1989 Anzahl der Org.	1989 Mitglied-schaften	1990 Anzahl der Org.	1990 Mitglied-schaften
Neonazistische Gruppen	23	1.900	23	1.500	27	1.400
»National-freiheitliche« Organisationen	3	18.600	3	25.000	3	22.000
»National-demokratische« Organisationen	5	7.250	5	8.000	5	7.300
Sonstige Vereinigungen	40	3.200	39	3.200	34	2.900
Summe	71	30.950	70	37.700	69	33.600
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfach-mitgliedschaften		28.300		35.900		32.300

Diese Entwicklung ist maßgeblich auf den Rückgang der Mitgliederzahl bei der »Deutschen Volksunion – Liste D« (DVU) von rund 25.000 auf etwa 22.000[3] zurückzuführen.

Bei den »Nationaldemokraten« sank die Mitgliederzahl von rund 8.000 auf 7.300.

Die Zahl der organisierten Neonationalsozialisten ging auf 1.050 (1989: 1.100) zurück. Die Gesamtzahl der Mitgliedschaften in neonationalsozialistischen Gruppen verringerte sich um 100 auf 1.400. Die Differenz erklärt sich aus Mehrfachmitgliedschaften.

Entwicklung der Zahl der Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen



2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste belief sich 1990 auf 34 (1989: 35). Im einzelnen handelt es sich hierbei um 11 Buchverlage (1989: 10), 14 Zeitungs- und Zeitschriftenverlage (1989: 13) und 9 Vertriebsdienste (1989: 12).

3. Periodische Publikationen

Zahl der rechtsextremistischen Zeitschriften und ihre Gesamtauflage nehmen ab

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen sank von 80 auf 71. Davon erschienen 53 mindestens viermal im Jahr. Diese 53 Schriften erzielten 1990 eine Gesamtauflage von rund 8.551.000 Exemplaren (1989: 54 Publikationen mit einer Gesamtauflage von rund 8.985.000).

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1990 waren den Verfassungsschutzbehörden 213 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst bekannt (1989: 222); von ihnen gehörten 104 der NPD an (1989: 113).

Die bei Bundesbehörden beschäftigten 109 Rechtsextremisten (1989: 108) sind bei nachgeordneten Dienststellen tätig. 39 davon sind bei der Deutschen Bundespost und 15 bei der Deutschen Bundesbahn in mittleren und einfachen Positionen beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 44 an: 29 als Zeit- oder Berufssoldaten, 15 als Zivilbedienstete. Von den 67 bei Landesbehörden beschäftigten Rechtsextremisten (1989: 75) sind an Schulen und Hochschulen 20, in der Justiz 11, in der Finanzverwaltung 6, bei der Polizei 6 und in anderen Verwaltungsbereichen 24 tätig.

Im Kommunaldienst sind 37 Rechtsextremisten (1989: 39) beschäftigt.

Von den 213 bekannten Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 104 Beamte, 29 Soldaten, 41 Angestellte und 39 Arbeiter. Unter den 133 Beamten und Soldaten gehören 15 dem höheren Dienst bzw. den vergleichbaren Dienstgraden an.

II. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

1. Zielsetzung

Neonationalsozialisten streben großdeutschen Führerstaat an

Die Neonationalsozialisten unter den Rechtsextremisten fordern die Errichtung einer Staatsform und einer »Volksgemeinschaft«, die dem Programm der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) von 1920 entsprechen. Sie propagieren einen totalitären Staat auf der Grundlage des Elite- und des Führerprinzips, der die eigene Rasse als höherwertig gegenüber anderen einschätzt und demzufolge das deutsche Volk vor rassisch »minderwertigen« Ausländern, insbesondere vor einer »Volksvermischung« bewahren will. Neonationalsozialisten streben eine Wiederzulassung der NSDAP und ein »Viertes Reich« an, das unter Ausschluß von ethnischen Minderheiten sowie nach der Angliederung der ehemaligen deutschen Ostgebiete das »Großdeutsche Reich« vergangener Zeiten wiederaufleben lassen soll. So verkündeten die führenden Neonationalsozialisten, der 1991 verstorbene Michael KÜHNEN (35) und Gary Rex LAUCK (37; vgl. Kap. VIII, Ziff. 2) in einer gemeinsamen Erklärung im Juli:

> »Die Unterzeichner lehnen die Bildung einer supergroßen BRD ab und fordern stattdessen die Gründung des Vierten Reiches der Deutschen, eines stolzen, innerlich und äußerlich freien und unabhängigen, sozial gerecht verfaßten Deutschen Reiches als Heimat aller in Mitteleuropa geschlossen siedelnden Deutschen. Prüfstein für die Souveränität dieses neuen Deutschlands ist die Aufhebung des NS-Verbots. Daher fordern die Unterzeichner gemeinsam: SCHLUSS MIT DEN BESATZUNGSZUSTÄNDEN! NS-VERBOT AUFHEBEN!«
> (»Die Neue Front« 73/90, S. 12)

»Nationalrevolutionäre« werfen HITLER Verrat am Nationalsozialismus vor

Bis Anfang der achtziger Jahre war HITLER das Leitbild des deutschen Neonazismus. Inzwischen gibt es aber zahlreiche Neonationalsozialisten, die daran heftige Kritik üben. Sie werfen HITLER vor, er habe den Nationalsozialismus verbürgerlicht und die nationale Revolution verraten. Vorbilder dieser »Nationalrevolutionäre« sind die NSDAP-Ideologen Dr. Otto und Gregor STRASSER sowie der SA-Stabschef Ernst RÖHM[4].

2. Zahlen

Zahl der Neonationalsozialisten geht zurück, ihre Gewaltbereitschaft steigt

Von den rund 1.200 Neonationalsozialisten (1989: 1.300) sind etwa 1.050 (1989: 1.100) organisiert.
Etwa 160 Neonationalsozialisten (1989: 170) sind militant. Hinzu kommen noch mindestens 500 militante Skinheads, die entweder eindeutig als neonationalsozialistisch einzustufen sind oder zumin-

dest Anhaltspunkte für eine neonationalsozialistische Gesinnung aufweisen. Es handelt sich um Aktivisten, die in den letzten Jahren Gewalttaten begingen, sich an Gewalttaten oder deren Planung beteiligten, wegen ihrer Gewaltbereitschaft bekannt sind oder illegal Waffen, Munition oder Sprengstoff besessen haben.

Von den militanten Neonationalsozialisten, die nicht den Skinheads zuzurechnen sind, gehören der Altersgruppe 18 bis 20 Jahre 12 % und der Altersgruppe 21 bis 30 Jahre 46 % an, während 24 % 31 bis 40 Jahre alt sind. Der Kreis der 18 bis 20 Jahre alten gewaltgeneigten Aktivisten hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (1 %) erheblich vergrößert.

3. Neonationalsozialistische Gruppen

3.1 »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« (GdNF)

Die von dem 1991 verstorbenen Michael KÜHNEN geführte GdNF bezeichnet sich als

»Gesinnungsgemeinschaft von überzeugten und bekennenden Nationalsozialisten, die die Überwindung des NS-Verbots und die Neugründung der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) als legale Partei erstrebt.«
(»Die Neue Front« 73/90, S. 2)

Die GdNF verfügt in den alten Bundesländern über etwa 200 Anhänger. Ihre Zielsetzung und Strategie ergibt sich vor allem aus dem schon vor Jahren von KÜHNEN verfaßten »Politischen Lexikon der Neuen Front«. Sie

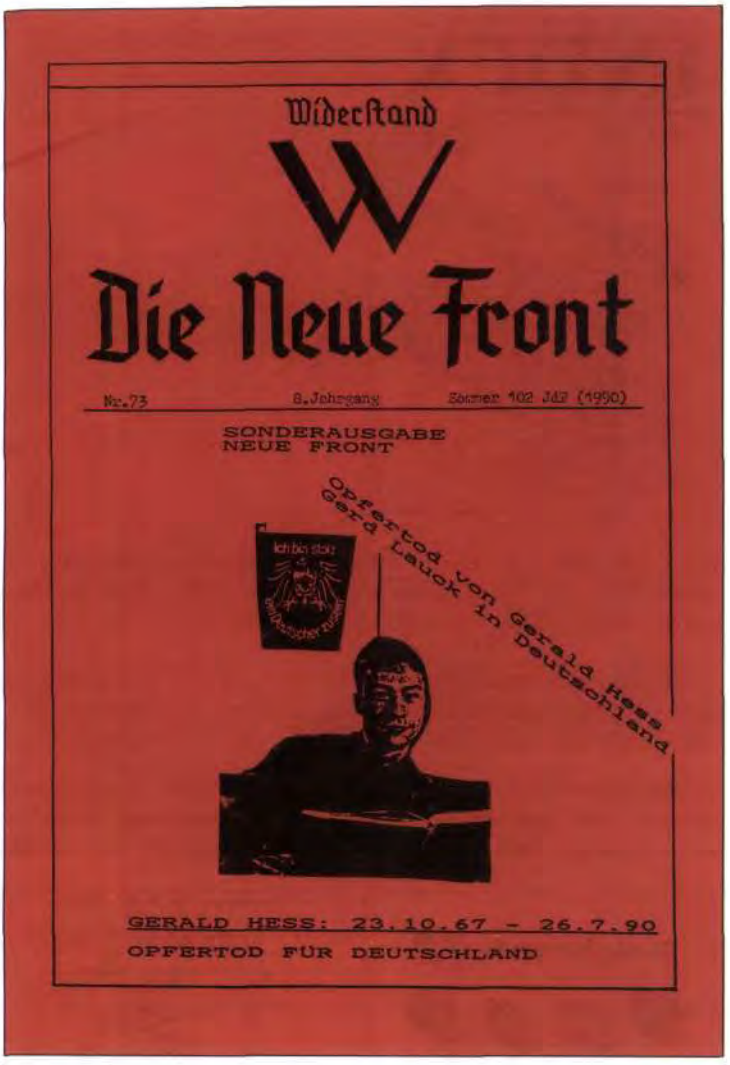
»steht in der Tradition der SA und des revolutionären Flügels der historischen NSDAP; im Geiste Ernst RÖHMs erstrebt sie eine nationalsozialistische ‚Zweite Revolution'«.
(»Die Neue Front« 73/90, S. 2)

In HITLER sieht die GdNF den

»Zeitenwender, die Heilsgestalt der arischen Rasse und den deutschen Nationalhelden«.
(»Die Neue Front« 73/90, S. 2)

Ideologische Mischformen von hitlerischem und national-revolutionärem Nationalsozialismus bei KÜHNEN-Anhängern

Diese Ausrichtung läßt erkennen, daß unter KÜHNENs Anhang ideologische Mischformen von hitlerschem und nationalrevolutionärem (vgl. Ziff. 1) Nationalsozialismus vorhanden sind.



KÜHNEN gelang es, seine Propagandakampagnen auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszuweiten. Seine Aktivitäten verlagerten sich zu einem weit überwiegenden Teil in die neuen Bundesländer. Hamburger KÜHNEN-Anhänger wie Christian WORCH (34) und Thomas WULFF (27) sind in der im März 1989 gegründeten »Nationalen Liste« (NL) aktiv. Diese derzeit auf Hamburg beschränkte Partei will sich an Wahlen in Hamburg beteiligen. In ihrer offiziellen Publikation »INDEX«, die sich im Untertitel als »jung, national, bissig und parteiisch« beschreibt, agitiert die NL gegen politische Gegner mit der Aufforderung »Haut ihn weg, den roten Dreck«[5].

Schwerpunkt der Aktivitäten in den neuen Bundesländern

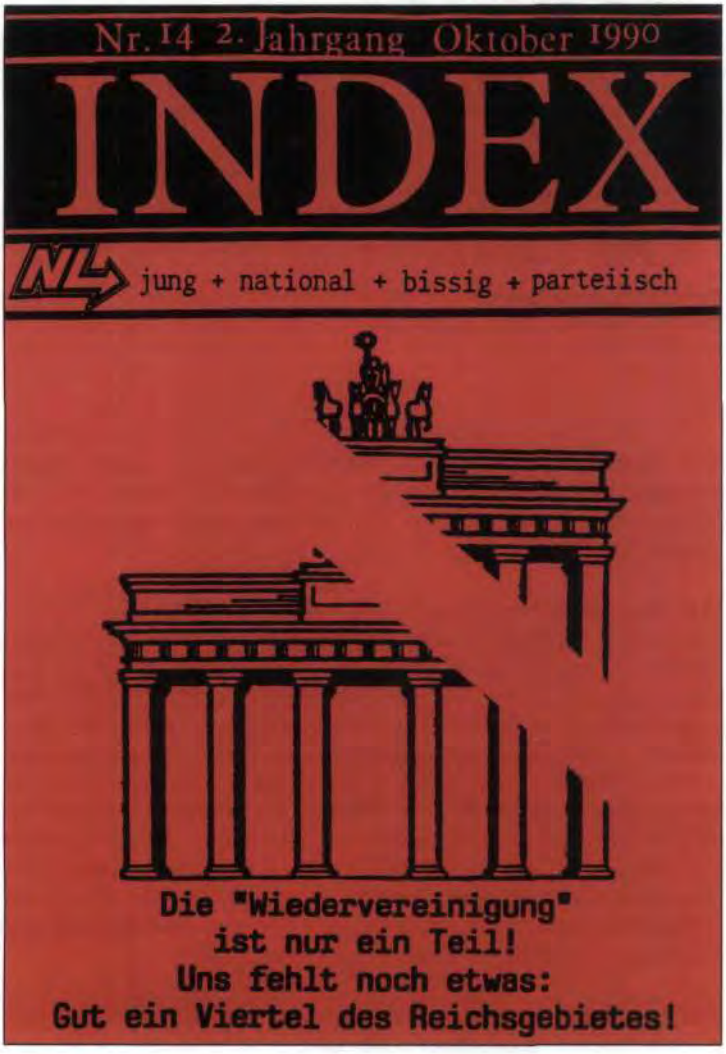
NL agitiert gegen politische Gegner

Die Partei bekennt sich zur Idee eines Großdeutschen Reiches: »Nicht BRD, nicht DDR – wir wollen das Reich[6]!«. Einen Schwerpunkt sieht sie in der politischen Aufgabe, die

»staatsrechtlich und völkerrechtlich noch immer als verbindlich anzusehende Reichsverfassung von 1919 wieder in Kraft zu setzen«. (»INDEX« 9/90, S. 2)

WORCH und WULFF waren maßgeblich an der Durchführung der Demonstration am 18. August im oberfränkischen Wunsiedel zum Gedenken an Rudolf HESS beteiligt, der am 17. August

1987 im Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau gestorben ist. Anhänger der GdNF schufen Aktionsbegriffe wie »Initiative Volkswille«, »Volksbund RUDOLF HESS«, »Freie Gewerkschaftsbewe-



gung«, »Aktion Lebensschutz«, »Antikommunistische Aktion«, »Antizionistische Aktion« oder »Kaderorganisation SA«.

KÜHNEN nannte diese Propagandagebilde »Vorfeldorganisationen«. Der Integration organisationsfremder Gesinnungsgenossen dient der unstrukturierte »Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik« mit der Zusatzbezeichnung »Neubeginn«. Unter dieser Bezeichnung sollen Nationalisten aller Schattierungen zusammengeführt werden.

Werben um Nationalisten aller Schattierungen

Die Bezeichnung »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« hat den ursprünglich von der Anhängerschaft KÜHNENs in historischer Anknüpfung benutzten Namen »Bewegung« fast völlig verdrängt.

3.2 »Deutsche Alternative« (DA)

DA strebt Großdeutsches Reich an

Die im Mai 1989 gegründete und von KÜHNEN maßgeblich beeinflußte DA hat sich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches zum Ziel gesetzt[7]. Als »nationale Protestpartei« fordert sie die »Neuvereinigung aller in Mitteleuropa geschlossen siedelnden Deutschen«, »Schluß mit der Verzichtspolitik im Hinblick auf die deutschen Ostgebiete« und als Fernziel die »Rückgewinnung der geraubten Ostgebiete«[8]. In angeblicher »Übereinstimmung mit der großen Mehrheit unseres Volkes« stellt die DA fest: »Es sind zuviele Ausländer im Land«[9]. Sie wehrt sich gegen die »massenhafte Ansiedlung geschlossener fremder Volksgruppen«, die nicht durch »Ausländerbegrenzung, sondern eine humane, aber konsequente Ausländerrückführung« verhindert werden solle[10].

DA unter KÜHNEN in den neuen Bundesländern aktiv

Die Mitglieder der DA verstehen sich als Teil der GdNF. KÜHNEN koordinierte seine Anhänger in den unter verschiedenen Namen auftretenden Gruppierungen. Seit Ende 1989 ließ er seine politischen Initiativen in den neuen Bundesländern (vgl. Ziff. 3.1) vorwiegend unter dem Namen der DA durchführen. Eigenen Angaben zufolge bestehen bereits Ortsverbände in Dresden, Cottbus, Berlin und Rostock. Neben der bestehenden »Sektion BRD« ist eine »Sektion DDR« der DA vorgesehen. Die Parteivorstände beider Sektionen zusammen sollen den »Reichsvorstand« der DA als gesamtdeutscher Partei bilden[11].

3.3 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)

Die 1979 gegründete FAP proklamiert die Ideologie des Nationalsozialismus:

»Nationale Idee und Sozialismus gehören für uns von der FAP zusammen. Sie bilden eine untrennbare Einheit auf dem Weg der völligen Neugestaltung unseres Landes nach dem Vorbild einer Ordnung, die ihre Effektivität bereits bewiesen hat ...«.
(»FAP-Intern« 1/90, S. 14)

FAP agitiert gegen die Anerkennung der polnischen Westgrenze

Vehement zieht die FAP gegen die Anerkennung der polnischen Westgrenze zu Felde. Sie verwahrt sich entschieden gegen jeglichen Verzicht auch nur »eines Quadratmeters deutschen Bodens ..., der durch Kriegsereignisse abgetrennt wurde«[12].

und gegen Ausländer

»Unerwünschte Ausländer und Wirtschaftsasylanten« sollen ausgewiesen werden:

> »In Anbetracht der angespannten Arbeitsmarktlage und Wohnungsnot müssen vorrangig deutsche Arbeitnehmer in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden und unsere deutschen Volksgenossen über freizügigen und familiengerechten Wohnraum verfügen.« (Mitteilungsblatt des FAP-Bundesvorstandes vom 17.3.1990, S. 3)

Nach der schon 1989 erfolgten Ausgrenzung der Anhängerschaft KÜHNENs aus der FAP verließ 1990 auch der Flügel um den ehemaligen FAP-Generalsekretär Jürgen MOSLER (35) die Partei. Personelle, weniger ideologische Streitigkeiten führten seit dem Bundesparteitag der FAP am 10. März in Aachen zu einem gravierenden Abwärtstrend.

FAP verliert weiter Mitglieder

Der Bundesvorsitzende Friedhelm BUSSE (61) entschied zwar den Machtkampf mit MOSLER zu seinen Gunsten. Die Mitgliederzahl sank jedoch auf rund 200 (1989: 330). Das bisherige Parteiorgan »FAP-Intern« erschien nach dem Parteitag nicht mehr. Erst im August brachte BUSSE eine neue Publikation unter der Bezeichnung »Neue Nation« heraus.

NEUE NATION

VOLKSTREUE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ADOLF HITLER
am 1. September 1939
im Deutschen Reichstag

Vereinzelt versuchte die FAP, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Fuß zu fassen und Kontakte zu Gesinnungsgenossen zu knüpfen. Diese Initiativen der in internen Machtkämpfen zerschlissenen

Partei beschränkten sich jedoch auf gelegentliche, eher unauffällige Auftritte. Im Oktober konnte in Potsdam der Landesverband Berlin gegründet werden. An der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai beteiligte sich die FAP ohne jeden Erfolg (0,0 % der Stimmen).

Im Jahre 1990 wiesen 69 (Vorjahr: 125) Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug auf FAP-Kreise hin. In 17 dieser Fälle konnten FAP-Aktivisten als Täter ermittelt werden. 3 (1989: 10) dieser 69 Gesetzesverletzungen waren Körperverletzungen, 49 (88) Propagandadelikte (z. B. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen oder sonstige Veröffentlichungen). Die Ordnungsbehörden verboten 3 Veranstaltungen der FAP. Auch aus diesen rückläufigen Zahlen läßt sich die abnehmende politische Bedeutung der Partei ablesen.

3.4 »Nationale Offensive« (NO)

Ehemalige FAP-Aktivisten bzw. -Funktionäre gründen neue neonational-sozialistische Organisation

Angesichts des Zerfallsprozesses in der FAP gründeten ehemalige Funktionäre und Aktivisten der Partei – an der Spitze Michael SWIERCZEK (29) als Parteivorsitzender und der 1989 aus der DDR übergesiedelte Carlo BAUER (21) als Bundesgeschäftsführer – am 3. Juli die NO als Auffangbecken insbesondere für enttäuschte Gesinnungsgenossen. Die NO fordert:

»Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer – Kulturvermischung ist Völkermord«, »Erhebliche Verschärfung des Asylrechts zur Verhinderung des Asylmißbrauchs«, »Verschärfung der Bestimmungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft« und »Keine ausländische Mehrheitsbeteiligung an deutschen Firmen und Produktionsmitteln«.
(Programm der NO, Ziff. 12, 18, 19, 20)

Hinzu kommen Aussagen wie

»... Firmen, die gegen das Volkswohl verstoßen, müssen enteignet werden«, »Kampf den Spekulationen und dem Zinswucher, gesetzliche Kontrolle der Zinswirtschaft« und »Erziehung der Jugend nach dem Leitbild des Gemeinschaftsgedankens«
(Programm der NO, Ziff. 13, 14, 28),

die Assoziationen zu dem Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920 herbeiführen.

Ihr Ziel, an der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober teilzunehmen, erreichte die NO nicht, weil sie die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge nicht beibringen konnte.

3.5 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG)

HNG unterstützt inhaftierte Neonationalsozialisten

Die HNG ist mit knapp 200 Mitgliedern immer noch eine der mitgliederstärksten neonationalsozialistischen Organisationen. Sie bemüht sich seit Jahren, die aus der Haft entlassenen Gesinnungsgenossen wieder in die neonationalsozialistische Szene einzugliedern. Daneben sieht die HNG

»ihre Hauptaufgabe darin, über staatliche Unterdrückung und Terror jedweder Art aufzuklären«, weil »die politische Verfolgung in diesem unseren Lande ... ja nicht aufhört«.
(»Nachrichten der HNG« 115/90, S. 4 f.)

Insbesondere die Gerichte sind Zielobjekte ihrer Diffamierungskampagnen:

»Gegen das HNG-Mitglied Ursula MÜLLER lief eine Prozeßserie ... vor dem politischen Sondertribunal in Koblenz ... Sie wurde erwartungsgemäß nach geltendem UN-Recht ... verurteilt. Von 24 ... tribunalseits vorgeladenen Zeugen sagten 23 entlastend aus. Eine einzige Zeugin ... entsprach den Erwartungen der politischen Staatssch(m)utzkammer und lieferte eine verleumderische Aussage ...«.
(»Nachrichten der HNG« 121/90, S. 6)

Strategie der HNG ist es, »Öffentlichkeit herzustellen, die Anerkennung der gefangenen Nationalisten als politische Gefangene, die freie politische Betätigung und Informationsmöglichkeit und die Abschaffung aller Anti-NS- und Gesinnungsparagraphen zu erreichen«.
(»Nachrichten der HNG« 117/90, S. 7)

Die seit 1984 amtierende Vorsitzende der HNG, Christa GOERTH (54), beklagte erneut den Mangel an Effizienz und an Aktivitäten in den eigenen Reihen: »Wir treten seit Jahren auf der Stelle. Wenn das nicht anders wird, bestehen wir keine 10 Jahre mehr«[13]. Die darin zum Ausdruck kommende Resignation dürfte auch in den anhaltenden Streitigkeiten im Lager der Neonationalsozialisten ihre Ursache haben.

Schriftleiter der monatlich erscheinenden »Nachrichten der HNG« ist seit Januar 1990 der militante ehemalige FAP-Aktivist Markus PRIVENAU (24). Die Publikation veröffentlicht regelmäßig eine »Gefangenenliste«, die der Kontaktvermittlung zu inhaftierten »nationalen Gefangenen« dienen soll.

3.6 »Nationalistische Front« (NF)

NF erzielt geringen Mitgliederzuwachs

Der im November 1985 gegründeten NF gelang es wie in den vorangegangenen Jahren nicht, an Wahlen teilzunehmen. Sie konnte allerdings einen geringen Zuwachs auf rund 80 (1989: 60) Mitglieder erzielen. Ortsgruppen existieren nach wie vor in Bielefeld, Bremen und Berlin. Unter der Führung des Neonationalsozialisten Meinolf SCHÖNBORN (35) gingen die Aktivitäten im wesentlichen von den beiden Zentren in Bielefeld und Detmold-Pivitsheide (Kreis Lippe) aus. Diese Anwesen waren häufig Schauplatz von Demonstrationen und teilweise auch gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen NF-Aktivisten, politischen Gegnern und der Polizei.

Die NF sieht sich als Partei des Befreiungsnationalismus[14]. Ihr Ziel ist die Errichtung eines gesamtdeutschen Volksstaates in einem »gesicherten und geeinten Lebensraum«[15]. Zugleich wird die »schrittweise Ausweisung aller Ausländer« (mit Ausnahme politischer Flüchtlinge) gefordert[16]. Ideologisch stützt sich die NF auf die rechtssozialistischen und revolutionären Vorstellungen der Brüder STRASSER aus der Frühzeit des Nationalsozialismus (vgl. Ziff. 1).

NF verfolgt nationalrevolutionäre Ziele

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober wertet die NF als Teilerfolg des westlichen Kapitalismus. Dessen Ziel seien die Vergrößerung von Absatzmärkten sowie der Gewinn an Boden und Produktionsmitteln. Deutschland werde auch weiterhin »von ausländischen Mächten und ihren deutschen Handlangern fremdbestimmt«[17].

3.7 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO)

»Stützpunkte« der NSDAP-AO verbreiten NS-Propagandamaterial aus den USA

Die NSDAP-AO verfügt im Bundesgebiet weiterhin über zahlreiche, meist nur aus Einzelpersonen bestehende »Stützpunkte«, die auch 1990 von der »Auslandszentrale« in Lincoln/Nebraska (USA) umfangreiches neonationalsozialistisches Propagandamaterial bezogen. Diese in den USA straffrei hergestellten Aufkleber und Handzettel werden von den deutschen NSDAP-AO-Aktivisten bei ihren zahlreichen Schmier-, Klebe- und Verteilaktionen verwendet.
Der US-Bürger Gary Rex LAUCK (37) (vgl. auch VIII 2), der seit Jahren als »Propagandaleiter« der NSDAP-AO auftritt, gibt das zweimonatlich erscheinende NSDAP-AO-Organ »NS-Kampfruf« heraus. Das Blatt dient deutschen Gesinnungsgenossen als wichtiges Propagandamittel, u. a. veröffentlichte es mehrere Artikel KÜHNENs. 1990 standen 43 Gesetzesverletzungen im Zusammenhang mit Aktivitäten der NSDAP-AO.

3.8 »Neonationalsozialistenkreis um Curt MÜLLER«

Anlauf- und Kommunikationsstelle für Neonationalsozialisten

Das Gärtnerei-Anwesen des Ehepaares Curt und Ursula MÜLLER (60/57) in Mainz ist seit vielen Jahren Anlauf- und Kommunikationsstelle für Anhänger des Neonationalsozialismus aus dem In- und Ausland. Vor allem der Geburtstag des «Führers« (20. April) und die germanischen Sonnwenden im Juni und Dezember werden zum Anlaß für derartige Treffen genommen. Bei diesen Zusammenkünften fanden sich 1990 jeweils bis zu 120 Neonazis ein.

3.9 »Bürger- und Bauerninitiative« (BBI)

BBI aufgelöst

CHRISTOPHERSEN betreibt weiterhin NS-Propaganda aus Dänemark

Die von dem seit 1986 in Dänemark lebenden deutschen Neonationalsozialisten Thies CHRISTOPHERSEN (72) geführte BBI wurde am 20. Juni 1990 im Vereinsregister beim Amtsgericht Hannover gelöscht und aufgelöst. Die Aktivitäten CHRISTOPHERSENs beschränkten sich seit seiner Flucht vor der deutschen Justiz ins Ausland auf die Herausgabe des BBI-Organs »Die Bauernschaft« und auf gelegentliche Vorträge und Treffen mit Gesinnungsgenossen. CHRISTOPHERSEN, gegen den seit Ende 1986 in der Bundesrepublik Deutschland Haftbefehl besteht, leugnet in seinen Schriften die Morde an den Juden. Enge Verbindungen unterhält er zu dem führenden dänischen Neonationalsozialisten Poul RIIS-KNUDSEN (41), der in seinem »Nordland Forlag« in Alborg auch Schriften CHRISTOPHERSENs herausgibt.

3.10 »Deutsche Bürgerinitiative e.V.« (DBI)

ROEDER vorzeitig aus der Haft entlassen

Am 12. Februar wurde der Gründer der DBI, der ehemalige Rechtsanwalt Manfred ROEDER (61), nach Verbüßung von etwas mehr als zwei Dritteln einer 13jährigen Freiheitsstrafe vorzeitig aus der Haft entlassen. Das Oberlandesgericht Stuttgart hatte ihn 1982 wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung »Deutsche Aktionsgruppen« zu dieser Strafe verurteilt. Nach seiner Freilassung

übernahm ROEDER wieder die Leitung der politisch unbedeutenden DBI. Auf seinem Anwesen in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) wurden weiterhin »Freundestreffen« durchgeführt, an denen auch ausländische Rechtsextremisten teilnahmen. ROEDER entwickelte 1990 eine lebhafte Reisetätigkeit. Als er im Oktober vor der englischen »National Front« in London einen Vortrag halten wollte, wurde er von den britischen Sicherheitsbehörden zurückgewiesen.

und agitiert weiter

Mit den Schriften »Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit« und »Jahrweiser« versucht ROEDER, seine von nationalsozialistischem Gedankengut durchdrungenen politischen Auffassungen zu verbreiten. Er fordert eine

»volksmäßige Ordnung für alle Völker und nicht einen multikulturellen Brei, der nur im Untergang jeder Kultur enden kann«.
(»Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit«, Nr. 7, S. 2)

ROEDER propagiert den Glauben an eine »biologisch-natürliche Ordnung«, nicht aber »an den Sieg der Menschenwürde oder der Demokratie«[18]. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze ist für ihn »null und nichtig«, die Zustimmung zu dieser Grenzregelung sei »eine ewige Schande in unserer Geschichte«[19].

3.11 »Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.« (DDF)

DDF propagiert den Nationalsozialismus

Der bis 1989 von dem ehemaligen Generalmajor der Wehrmacht Otto-Ernst REMER (78) geführte Verein agitierte auch unter dem neuen Vorsitzenden Georg Albert BOSSE (63) in seiner Publikation »Recht und Wahrheit« unverblümt nationalsozialistisch und rassistisch, insbesondere antisemitisch. So lastet die DDF die Schuld am Zweiten Weltkrieg dem »internationalen Judentum« an:

»Niemand in der Welt durchschaute das teuflische Spiel des internationalen, machtbesessenen imperialen Zionismus besser als Adolf Hitler ... Deshalb ... riefen die jüdischen Kapitalinhaber zur Vernichtung Deutschlands auf ... Der Zweite Weltkrieg war nicht der unsrige! Er wurde vom internationalen Judentum unter Mißbrauch europäischer Hegemonialinteressen gegenüber Deutschland bewußt angezettelt ...«
(»Recht und Wahrheit« 1+2/90, S. 24)

REMER selbst glorifiziert die Ideen des Nationalsozialismus wie folgt:

»Das ‚Geheimnis' von deutscher ‚Kraft und Stärke', zuletzt im Dritten Reich unter Adolf Hitler aller Welt vorbildlich vorgelebt ... ging von einem einzigartigen, großartigen Gedanken aus. Dieser Gedanke war die Idee von der VOLKSGEMEINSCHAFT!«
(»Recht und Wahrheit« 5+6/90, S. 3)

Das DDF-Blatt »Recht und Wahrheit« entwickelt sich immer mehr zu einem Naziblatt, das – wie keine andere deutsche Schrift – freiweg und ohne taktische Bemäntelung den Nationalsozialismus propagiert.

3.12 »Aktion Sauberes Deutschland« (ASD)

Unter der Bezeichnung »Aktion Sauberes Deutschland« (ASD) wurde von Gesinnungsgenossen des Nationalsozialisten Ernst TAG (44) das Publikationsorgan »Der Schulungsbrief« verbreitet. Die ASD versteht sich als »nationalsozialistische Bewegung Großdeutschlands«. In der Schrift werden die Rückführung der in Deutschland lebenden Ausländer und »Rache für Ernst TAG«[20] gefordert.

III. »National-Freiheitliche«/ »Nationaldemokraten«

1. Ideologische Standorte

Die Zielrichtung der Politik dieser Gruppierungen läuft – im Gegensatz zu der der Neonationalsozialisten – nicht zwangsläufig auf einen elitären Führerstaat nationalsozialistischer Prägung hinaus.

NPD und DVU verfolgen verfassungsfeindliche Ziele

»Nationaldemokraten« verfolgen völkisch-kollektivistische Vorstellungen. Ihnen schwebt eine »Volksgemeinschaft« vor, in der die Gemeinschaftsinteressen übermäßigen Vorrang vor den Freiheitsrechten des einzelnen haben sollen. Ihre rassistisch gefärbte Agitation richtet sich insbesondere gegen Asylanten.

Auch 1990 waren bei der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) wiederum zahlreiche Anhaltspunkte für deren verfassungsfeindliche Zielsetzung feststellbar[21].

Die »national-freiheitlichen« Organisationen, allen voran die »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU), erheben keinen ideologischen Anspruch im Sinne einer umfassenden Weltanschauung, sondern greifen in den Publikationen ihres Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard FREY (57) Tagesthemen auf und ordnen sie langjährig entwickelten rechtsextremistischen Feindbildern zu. Im Mittelpunkt der Agitation steht eine verbal radikale Anti-Ausländer-Kampagne. Die westlichen Verbündeten, demokratische Parteien der Bundesrepublik Deutschland sowie ihre führenden Repräsentanten werden der Sabotierung des deutschen Vereinigungsprozesses bezichtigt, der mit dem Beitritt der DDR noch keinesfalls vollendet sei. Die Lippenbekenntnisse der »Nationaldemokraten« und der »National-Freiheitlichen« zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland erfolgen aus taktischen Erwägungen.

Verschwörung gegen Wiedervereinigung?
National+Zeitung
Die Lüge vom „Neonazismu
Wie Deutschlands Einheit verhindert werden s
Wir verzichten nicht!
DEUTSCHE STIMME
Deutschland, ängstlich Vaterland?
Jetzt: Das neue Deutschland schaffen!
Der Asylanten-Skandal
DEUTSCHE STIMME
Keine neuen Fesseln für Deutschland!
Das Geheimnis von Auschwitz
Wie viele Juden starben tatsächlich? (Seite 3)
Deutsche Wochen-Zeitung
FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT
Neue Hetze gegen Deutschland
Unsere Verbündeten entlarven sich
Jüdischer Druck auf Weizsäcker
„6 Millionen — eine Lüge"
Wie viele Juden starben wirklich?
National+Zeitung
Wie Ausländer Deutschland überschwemmen
Das Symbol der Einheit
1990
Beherrscht Israel Amerika?

2. »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU)

2.1 Zielsetzung

Die der DVU politisch-publizistisch verbundenen Wochenzeitungen Dr. FREYs artikulierten auch 1990 die Politik der Partei. Die »Deutsche National-Zeitung« (DNZ), die »Deutsche Wochen-Zeitung« (DWZ) und der »Deutsche Anzeiger« (DA) begrüßten die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands mit gegen Ausländer gerichteten Parolen wie »Deutschland den Deutschen!«[22].

Was passiert, wenn Gorbatschow stürzt? (Seite 4)

Deutsche Wochen-Zeitung

DEUTSCHE NACHRICHTEN

OST – WEST – KURIER

FÜR NATIONALE POLITIK · KULTUR UND WIRTSCHAFT

„Deutschland kann so groß sein, wie es will"

Mitteleuropas große Zukunft

Schwarz-rot-gold weht über Gesamtdeutschland

Wichtiger Hinweis!

NATIONAL-ZEITUNGS-Leser wissen die Wahrheit

Die DVU sieht im Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nur eine Zwischenstation auf dem Weg zu einem Deutschland unter Einschluß der Gebiete jenseits von Oder und Neiße.

Agitation der DVU

Seine Agitation richtet Dr. FREY vor allem gegen Asylanten, Zigeuner und Juden. Der anhaltende Zustrom an Asylbewerbern werde von den »Feinden deutscher Lebensinteressen« als Waffe gegen das sich vereinende Deutschland gesehen. Ziel sei die

> »Entdeutschung der hiesigen Bevölkerung auf dem Weg zu einer ‚multikulturellen Gesellschaft'«.
> (DNZ 32/90, S. 1)

DVU verleumdet den Bundespräsidenten

Die DVU diffamierte wiederum den Bundespräsidenten, der als Mann von »zweifelhafter menschlicher Natur«[23] bezeichnet wird.

> »Als demokratischer Ersatzkaiser repräsentiert er Mittelmäßigkeit und Opportunismus um jeden Preis. Um die eigene Haut zu retten, hat er es in der Kunst der totalen Anpassung zu einiger Virtuosität gebracht«. (DWZ 20/90, S. 1)

Ziel dieser Anwürfe ist es, das Ansehen der Organe der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Träger systematisch herabzusetzen und auf diese Weise letztendlich das Vertrauen der Bürger in die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes zu erschüttern.

Ungesühnte Verbrechen an Deutschen

Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht

Deutsche National+Zeitung

R 2295 C

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

Ist die Oder-Neiße-Linie endgültig?

Mordanschlag: Die wahren Hintergründe

Was will Polen mit deutschem Land?

Je mehr das deutsch-polnische Verhältnis in den Mittelpunkt der Verhandlungen über die deutsche Einheit rückte, desto stärker kristallisierte sich die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Agitationsschwerpunkt heraus. Schlagzeilen wie »Müssen wir vor Polen knien? Wie uns Warschau erpressen will«[24] belegen dies. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die das »größte Menschheitsverbrechen beinhalte«[25], sei »völkerrechtswidrig«[26]. Der deutsch-polnische Grenzvertrag, den Warschau mit unverhohlenen Drohungen erpreßt habe, sei hinfällig. Die Geschichte lasse sich nicht auf Dauer fälschen. Es müsse endlich wieder deutsch zugehen in den deutschen Ostgebieten[27]. Die Wochenzeitungen treten verstärkt für ein von der NATO unabhängiges neutrales Deutschland ein. Die Sowjetunion erfährt dabei eine auffallend positive Bewertung. Es sei wünschenswert, die »traditionelle Freundschaft zwischen den beiden größten Völkern des Abendlandes«[28], die zwingend aufeinander angewiesen seien, zu einer neuen Blüte zu führen [29]. Die Reaktion der USA auf die irakische Besetzung Kuwaits nutzten die Wochenzeitungen dazu, um ihre Agitation gegen die USA zu intensivieren. Deren Militärengagement im Golf-Konflikt sei ein »Rückfall in den offenen und verbrämten Kolonialismus«[30]. Zwei arabische und mohammedanische Kleinstaaten, die in der Geschichte zusammengehörten, so heißt es im Rahmen der pro-irakischen Agitationskampagne lapidar, hätten sich wieder vereint.

Deutsch-polnischer Grenzvertrag als Agitationsschwerpunkt der DVU

Anti-amerikanische und pro-irakische Agitationskampagnen der DVU im Golfkonflikt

Irak und Kuwait seien von einer von Haß überschäumenden Meinungsindustrie zur Supermacht hochstilisiert worden[31]

2.2 Organisation

Im bisherigen Bundesgebiet verfügt die DVU über 11 Landesverbände, mehrere Bezirksverbände und mehr als 60 Kreisverbände. In den neuen Bundesländern sind Strukturen erst in Ansätzen erkennbar. Die Partei trat 1990 öffentlich kaum hervor. Dies war eine unmittelbare Folge ihrer Niederlage bei der Europawahl 1989 (1,6 % der Zweitstimmen). Die Mitgliederzahl ist rückläufig und liegt bei rd. 22.000 (1989: rd. 25.000). Dr. FREY gibt höhere Zahlen an.

DVU verliert Mitglieder

2.3 Finanzen

Finanzielle Verluste schränken Aktionsmöglichkeiten der DVU ein

Der erhebliche finanzielle Verlust infolge des für die DVU enttäuschenden Abschneidens bei der Europawahl 1989 erweist sich als eine weiterhin auf der Partei schwer lastende und ihre Aktionsmöglichkeiten stark einschränkende Hypothek. Nach eigenen Angaben investierte Dr. FREY damals 18 Millionen DM. Als Wahlkampfkostenerstattung erhielt die Partei rd. 3,6 Millionen DM. Vor diesem Hintergrund ist auch die zu Beginn des Jahres vorgenommene Änderung der Finanzordnung zu sehen. Danach liegt die Beitragshoheit ausschließlich beim Bundesvorstand. Er entscheidet, ob und in welchem Umfang die Landesverbände am Beitragsaufkommen beteiligt werden.

2.4 Teilnahme an Wahlen

DVU nimmt an keiner überregionalen Wahl teil

Die DVU verzichtete absprachegemäß zugunsten der NPD auf eine Kandidatur bei der Bundestagswahl 1990.
Sie beteiligte sich weder an den Landtagswahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern, noch an den Wahlen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.
Bei den Kommunalwahlen in Bayern am 18. März und in Schleswig-Holstein am 25. März traten vereinzelt DVU-Kandidaten in Listenverbindungen mit der NPD auf, erzielten jedoch keine nennenswerten Ergebnisse. Die Partei will allerdings an der Bürgerschaftswahl 1991 in Bremen teilnehmen, wo sie derzeit ihren einzigen Landtagsabgeordneten stellt.

2.5 Wahlbündnis mit der NPD

Wahlbündnis zwischen DVU und NPD beendet

Das 1987 begründete Wahlbündnis mit der NPD bestand formal noch bis zur Bundestagswahl, hatte sich jedoch bereits vorher überlebt. So blieb die der NPD für Wahlen im Jahre 1990 zugesagte Unterstützung Dr. FREYs aus. Als einzige nach außen sichtbare DVU-Aktivität zugunsten der NPD veröffentlichten die Wochenzeitungen im Vorfeld der Bundestagswahl eine Anzeige, in der für Unterstützungsunterschriften geworben wurde. In der krisenhaften Entwicklung der NPD sieht die DVU die Chance, von der NPD enttäuschte Anhänger für die eigene Partei zu gewinnen. Mit einer

Belebung der Parteiaktivitäten ist deshalb – auch im Hinblick auf eine Teilnahme an der Bremer Bürgerschaftswahl – zu rechnen.

2.6 Sonstige Aktivitäten

Redeverbot für IRVING auf DVU-Großkundgebung

An der Großkundgebung in der Passauer Nibelungenhalle am 10. März, der einzigen bemerkenswerten Veranstaltung der DVU, nahmen rd. 4.000 Personen teil, darunter auch rund 1.000 aus der ehemaligen DDR. Von Dr. FREY war der britische Schriftsteller und Revisionist David IRVING (52; vgl. Kap. VIII, Ziff. 1) als Redner verpflichtet worden. Die Stadt Passau hatte gegen IRVING aber ein Redeverbot verhängt.

3. »Deutsche Volksunion e.V.« (DVU e.V.)

DVU e.V. weiterhin im Schatten der Partei

Der Verein stand weiterhin im Schatten der Partei. Auf der Kundgebung in Passau wurde der Bundesvorstand der DVU e.V. mit Dr. FREY an der Spitze neu gewählt. Von den angegliederten sechs Aktionsgemeinschaften machte lediglich die »Aktion deutsche Einheit« einmal auf sich aufmerksam, als sie sich am 3. Oktober in »Aktion Oder-Neiße« rückbenannte und sich zugleich ein neues Programm gab.

4. »National-freiheitliche« Verlage

Veröffentlichung von »Enthüllungsbüchern«

Die »Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH« (DSZ-Verlag) und die »Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH« (FZ-Verlag) gaben auch im Berichtsjahr eine Reihe von »Enthüllungsbüchern« heraus wie »Prominente ohne Maske DDR« und »Polens verschwiegene Schuld«. Dr. FREY war bemüht, den Absatz seiner Publikationen, insbesondere der Wochenzeitungen, auch auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszuweiten. Zum Verlagsprogramm gehören unverändert Medaillen, Anstecknadeln, Landkarten, Fahnen, Schallplatten und Videos mit akzentuierter Betonung des Deutschtums; einige der Videos und Schallplatten wiederholen kritiklos nationalsozialistische Propaganda.

5. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

5.1 Zielsetzung

NPD-Aktivitäten im Zeichen der deutschen Vereinigung

Die Aktivitäten der NPD wurden 1990 maßgeblich durch den deutschen Einigungsprozeß bestimmt. Einerseits begrüßte die Partei diese Entwicklung. Sie sah sich durch die Wiedervereinigung in ihrer jahrelangen Politik bestätigt. »Nationaldemokraten« hätten auch in den vergangenen Jahrzehnten an der deutschen Einheit festgehalten, als andere diese »wichtigste Aufgabe der Deutschen« Schritt

für Schritt aufgegeben und sogar begonnen hätten, die deutsche Zweistaatlichkeit zu lieben[32]. Andererseits machte die Partei jedoch deutlich, daß für sie die deutsche Einheit nach dem Beitritt der DDR noch nicht vollendet ist. So kommt eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie für die NPD nicht in Frage. Auf ihrem Bundesparteitag am 19./20. Mai in Helmstedt verabschiedete sie eine »Resolution zur polnischen Westgrenze«, in der die »derzeitige Verzichtspolitik auf Ostdeutschland« entschieden abgelehnt wird. Polen werde erst dann eine gesicherte Westgrenze bekommen, wenn es die von ihm besetzten deutschen Gebiete seinem rechtmäßigen Besitzer, dem deutschen Volk, zurückgegeben habe[33].

NPD fordert Rückgabe der ehemals deutschen Ostgebiete

Die schlechten Wahlergebnisse riefen in der Partei Enttäuschung und Resignation hervor. Erst durch die Ausdehnung der Aktivitäten auf das Gebiet der neuen Bundesländer, verbunden mit der Hilfe beim Aufbau der dortigen organisatorischen Strukturen, erhielt die Parteibasis wieder neue Motivation. Der zunächst wiedergewählte und Ende des Jahres zurückgetretene Parteivorsitzende Martin MUSSGNUG (54) äußerte in Helmstedt die Erwartung, daß künftig ein »deutlich größerer Wählerzuspruch in Mitteldeutschland als in der BRD« für die »Nationaldemokraten« zu verzeichnen sein werde. Auch deute sich infolge der Zerfallserscheinungen bei den »Republikanern« eine »Neuorientierung bedeutsamer Wähleranteile« an. Führende Vertreter von NPD und »Republikanern« diskutierten die Möglichkeit, im Falle eines Scheiterns der »Republikaner« bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen die Gründung einer neuen Partei Anfang 1991 in Angriff zu nehmen[34].

Die Mobilisierung der Partei zur ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember verlief schleppend. Nachdem das Bundesverfassungsgericht am 17. Oktober entschieden hatte, daß die NPD von der Pflicht zur Beibringung von Unterstützungsunterschriften befreit sei, trat die Partei auch in den fünf neuen Bundesländern zur Wahl an. Unter dem Motto »Jetzt Deutschland uns Deutschen« forderte sie in ihrem »Wahlprogramm '90« die »Bewahrung jeder nationalen Eigenart und Kultur« sowie den Einhalt des »hunderttausendfachen Asylmißbrauchs«[35].

NPD agitiert gegen Ausländer, insbesondere Asylanten

Die NPD agitierte in ihren Propagandaschriften, zu denen maßgeblich die Parteizeitung »Deutsche Stimme« (DSt) zählt, gegen Ausländer und Asylanten.

Nach ihrer Meinung wird

»durch das ungehinderte Einströmen von Millionen von Schwindelasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen ... das deutsche Volk systematisch überfremdet.« »Jedes Bemühen, die deutsche Volkssubstanz zu erhalten« werde mit dem »Schlagwort ‚Rassismus' totgedroschen.« »Die neueste Ausrottungsmasche« sei die »Propagie-

...turellen und multiethnischen Gesellschaft«. Das ...»Schlagwort im Arsenal der deutschfeindlichen Waf... ...utsche Zukunft – Landesspiegel NRW« 7/1990, S. 12 f.)

...nd: »Die Erhaltung der biologischen Kraft unseres Volkes ist eine immer größer werdende Aufgabe. Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft, sondern ein Besinnen auf die Werte unseres Volkes«. (»Niedersachsen-Spiegel« 4/5/1990, S. 1)

NPD fordert Abzug aller »Besatzungstruppen«

Ein weiteres Agitationsthema war die Forderung nach Abzug aller »Besatzungstruppen« aus dem vereinigten Deutschland. Unter der Schlagzeile

»Wir wollen Herr im eigenen Hause sein! Für Deutschlands Freiheit und Souveränität!«
(»Deutsche Stimme« 8/1990, S. 1)

setzt sich das Parteiorgan für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland ein. 45 Jahre seien genug. Die Deutschen wollten endlich wirklich frei sein[36].

5.2 Teilnahme an Wahlen

NPD bei Wahlen erfolglos

Mit Ausnahme der Landtagswahl in Bayern und der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus nahm die NPD an allen Wahlen des Jahres 1990 teil. Es gelang ihr jedoch nicht, an die punktuellen Erfolge des Vorjahres anzuknüpfen.
Bei der gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember war die Partei in insgesamt 281 von 328 Wahlkreisen sowie mit Landeslisten in allen 16 Bundesländern zur Wahl angetreten; sie erzielte – dem vorläufigen amtlichen Endergebnis zufolge – nur 0,3 % (145.895 Stimmen). Bei der letzten Bundestagswahl am 25. Januar 1987 hatte sie noch 0,6 % (227.054 Stimmen) erreicht und damit ihre Wählerzahl gegenüber der Bundestagswahl 1983 mehr als verdoppeln können. Besonders enttäuschend waren für die NPD ihre Ergebnisse im früheren Bundesgebiet. So erreichte sie in Bayern nur 0,2 % (14.264 Stimmen). Bei der Bundestagswahl 1987 hatte sie dort noch 0,6 % (42.813 Stimmen) erzielt. In den neuen Bundesländern (außer Sachsen) konnte die Partei im Vergleich zur Landtagswahl am 14. Oktober zum Teil ihren Stimmenanteil vergrößern.

Bei der Landtagswahl im Saarland am 28. Januar erzielte die NPD lediglich 0,2 %, bei den Landtagswahlen am 13. Mai in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen 0,0 bzw. 0,2 % der Stimmen. Auch bei den Kommunalwahlen in Bayern am 18. März mußte sie Stimmenverluste hinnehmen. Die Anzahl ihrer Mandate reduzierte sich in Bayern von fünf auf eins. Durch den im Mai erfolgten Parteiaustritt zweier Mitglieder aus der Frankfurter Stadtverordneten-

versammlung gingen der NPD zwei weitere verloren. Sie verfügt nunmehr noch über 42 Abgeordneten (vor: 48) in westdeutschen Kommunalvertretungen.

5.3 Organisation

MUSSGNUG tritt zurück

Als Reaktion auf das schlechte Abschneiden der NPD bei der Bundestagswahl gab MUSSGNUG am 16. Dezember seinen Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden bekannt. Er wolle den Weg für einer Erneuerung der »demokratischen Rechten« freimachen. Der Parteivorstand hat den Parteivorsitz dem stellvertretenden Vorsitzenden Walter BACHMANN (67) übertragen.

NPD baut Organisation in den neuen Bundesländern aus, verliert aber Mitglieder in den alten Bundesländern

Nach dem Beitritt der fünf »mitteldeutschen« Landesverbände auf dem »Vereinigungsparteitag« am 7. Oktober in Erfurt verfügt die NPD nunmehr über 16 Landesverbände. Die Mitgliederentwicklung in den 11 westdeutschen Landesverbänden war mit 6.500 (7.000) rückläufig.

5.4 Finanzen

Finanzielle Lage der NPD angespannt

Die insbesondere durch den Ausfall von Dr. FREYs Unterstützungen angespannte finanzielle Lage zwang die Partei zu Einsparungen im personellen Bereich, im laufenden Geschäftsbetrieb und bei den Wahlkampfaktivitäten. Finanzielle Mittel flossen vor allem in den Aufbau organisatorischer Strukturen in der ehemaligen DDR. Die Parteiführung appellierte an die Mitglieder, diese Aufbauarbeit durch Sach- und Geldspenden großzügig zu unterstützen.

Infolge des schlechten Ergebnisses bei der Bundestagswahl von unter 0,5 % muß die NPD die Wahlkampfkostenvorauszahlung in Höhe von ca. 820.000 DM zurückzahlen. Das wird sie angesichts der ohnehin schon aussichtslos angespannten Finanzsituation in existenzielle Schwierigkeiten bringen.

6. »Junge Nationaldemokraten« (JN)

JN dehnen sich auf die neuen Bundesländer aus

Die JN, die Jugendorganisation der NPD, schlossen sich am 29./30. September auf ihrem »Vereinigungskongreß« in Leipzig mit ihren Gesinnungsgenossen aus der damaligen DDR zu einem »Bundesverband der Jungen Nationaldemokraten« zusammen. Sie wählten den Vorsitzenden des JN-Landesverbandes Sachsen, Frank KOLENDER (19) aus Leipzig, zum neuen Bundesvorsitzenden, den bisherigen Bundesvorsitzenden Thilo KABUS (24) zu einem seiner drei Stellvertreter. Seit Juli erscheint das vom JN-Bundesvorstand herausgegebene Mitteilungsblatt »Junge Stimme« unter dem neuen Titel »Einheit und Kampf«. Diese Namensgebung soll das Bestreben sichtbar machen, die politische und geistige Vorhut, die junge Elite der Nation werden zu wollen[37].

IV. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Bei den 34 sonstigen rechtsextremistischen Gruppierungen im bisherigen Bundesgebiet handelt es sich um kleinere Zusammenschlüsse von geringer Bedeutung. Nennenswert ist allenfalls die

»Gesellschaft für Freie Publizistik« (GFP),

GFP bleibt stärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung

die mit mehreren hundert Mitgliedern weiterhin die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung ist. Sie führte auch 1990 zahlreiche Vortragsveranstaltungen in Westdeutschland durch. Als Referent trat u. a. der frühere »Chefideologe« der NPD, Dr. Rolf KOSIEK (56), auf. Ihr als »1. Gesamtdeutscher Kongreß« bezeichnetes Jahrestreffen hielt die GFP im Juni in Bensheim (Kreis Bergstraße) ab. Redner war – wie im Vorjahr – der ehemalige NPD-Vorsitzende Adolf von THADDEN (69).

V. Jugendgruppen

1. Überblick

Mitgliederzahl rechtsextremistischer Jugendgruppen in den alten Bundesländern nimmt ab

1990 waren im alten Bundesgebiet 5 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen (1989: 7) mit etwa 1.200 Mitgliedern (1989: 1.500) aktiv. Neben den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) entfaltet noch die »Wiking-Jugend« (WJ) erwähnenswerte Aktivitäten. Die Führer dieser Jugendgruppen sind überzeugte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch – von den JN abgesehen – nicht für alle Mitglieder. Jugendliche dürften sich oft weniger von der rechtsextremistischen Ideologie und Propaganda dieser Gruppen als vielmehr von der praktizierten Kameradschaft, den Sport- und Freizeitangeboten sowie der Zelt- und Lagerfeuerromantik angezogen fühlen. Die Führer setzen diese Akzente bewußt ein, um Halbwüchsige als Mitglieder zu gewinnen, die sie dann politisch indoktrinieren können.

2. Rechtsextremistische Subkulturszene

Etwa 250 der 2.500 bis 3.000 »Skinheads« in Westdeutschland sind der Neonazi-Szene zuzurechnen.

Weit über die Hälfte dieses Personenkreises gehört der Altersstufe von 21 bis 30 Jahren an. Ein Drittel ist 18 bis 20 Jahre alt.

Gewaltpotential der Skinheads nimmt zu

Darüber hinaus gibt es eine große Dunkelziffer von Skinheads, die mit neonazistischen Verhaltensweisen (z. B. Hitlergruß, Skandieren von antisemitischen Parolen) ihre Umwelt nur provozieren wollen. Zusammen mit dieser nicht genau quantifizierbaren »Grauzone« ist

daher von einem neonazistischen bzw. neonazistisch anpolitisierten Skin-Gewaltpotential von mindestens 500 Personen auszugehen.

48 Fälle von z.T. brutaler Gewaltanwendung gehen auf rechtsextremistische Skinheads zurück. So erstachen zwei 17jährige Skinheads in der Neujahrsnacht in Rosdorf (Kreis Göttingen) einen Bundeswehrsoldaten in Zivil. Der Tat war ein Streit zwischen den alkoholisierten jungen Leuten vorausgegangen. Einer der beiden Täter war Mitarbeiter im Landesverband Niedersachsen der FAP. Am 28. Dezember kam es in Hachenburg (Westerwaldkreis) zwischen mehreren Skinheads und einem 17jährigen Türken zu einer tätlichen Auseinandersetzung. Dabei erhielt der Türke einen Messerstich in den Rücken. Er verstarb kurz darauf. Der 18jährige Täter wurde festgenommen. Er hatte vorher schon wiederholt an rechtsextremistischen Aktionen teilgenommen. In Nienburg (Weser) griff eine Gruppe von 20 Skinheads am 31. März einen Tamilen an. Vier Passanten, darunter eine schwangere Frau, die dem Tamilen zu Hilfe eilen wollten, wurden von den 17 bis 20 Jahre alten Skinheads erheblich verletzt.

Neues Skinhead-Magazin

Mit der Erstausgabe der Schrift »White Power« wird nun auch ein eindeutig rechtsextremistisches Skinhead-Magazin in der Szene verbreitet.

3. »Wiking-Jugend e. V.« (WJ)

Die WJ ist mit rund 400 Mitgliedern – nach den JN – die zweitgrößte rechtsextremistische Jugendorganisation. Sie ist nach dem Führerprinzip organisiert und hängt einer »Nordlandideologie« an:

»Das Deutsche Reich bleibt immer unsere Verpflichtung – Nordland heißt unsere Aufgabe. Im Reich liegt das Heil unseres Volkes, im Heil der nordischen Völker liegt die Zukunft unserer Art.«
(Bundesfahrtenplan 1991 der WJ, S. 5)

Die WJ sieht sich in der Tradition der ehemaligen »Hitlerjugend«.

WJ weiter Hand in Hand mit Neonationalsozialisten

Sie fordert, die deutschen Grenzen vom 1. September 1939 zur Grundlage eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges zu machen. Denn vor diesem Datum sei kein Gebiet durch Annexion dem Deutschen Reich einverleibt worden[38]. Die Führung der WJ verfolgt unverändert einen neonationalsozialistischen Kurs. Ihr Bundesführer Wolfgang NAHRATH (61) erklärte, seine Organisation fühle sich – ihrem Selbstverständnis als »sozialistischer Jugendverband« entsprechend – dem Lager der »nationalen Sozialisten« zugehörig[39].
Vom 1. – 5. Juni führte die WJ ihre »36. Tage volkstreuer Jugend« in Hetendorf (Kreis Celle) durch, an denen rund 300 Personen

teilnahmen. Am 3. Oktober veranstaltete sie im hessisch-thüringischen Gebiet bei Fulda einen Marsch und eine Wiedervereinigungsfeier. Die WJ-Aktivitäten erstreckten sich zunehmend auf das Gebiet der ehemaligen DDR. An diesen Initiativen waren jeweils auch neonationalsozialistische Kreise aus dem Umfeld der FAP beteiligt.

WJ-Aktivitäten zunehmend in den neuen Bundesländern

Auf der Suche nach Bündnispartnern arbeitet die WJ bei Veranstaltungen in den neuen Bundesländern auch mit NPD-nahen Organisationen zusammen, so z. B. am 1. April anläßlich der Gedenkfeier zum 175. Geburtstag Otto von Bismarcks in Schönhausen (Bezirk Magdeburg).

VI. Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Verbreitung von Computerspielen

1. Organisationsunabhängige Schriftenverlage

Die Zahl der organisationsunabhängigen Zeitungs- und Schriftenverlage stieg unwesentlich von 13 auf 14.

1.1 GRABERT-Verlag

Der von Wigbert GRABERT (49) geführte Verlag gibt die Vierteljahresschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart« (DGG) in einer Auflage von einigen Tausend Exemplaren heraus. In der Publikation werden Führungspersonen des Dritten Reiches verklärt, die Kriegsschuld Deutschlands und die Verbrechen des Nationalsozialismus geleugnet und rassistische Thesen vertreten. Zum Buchprogramm des Verlages gehören u.a. die Veröffentlichungen des im August 1988 verstorbenen David L. HOGGAN, dessen revisionistisches Buch »Der erzwungene Krieg« von GRABERT als »das epochemachende Werk des amerikanischen Historikers« angepriesen wird. Das deutsche Volk habe HOGGAN die Befreiung von der niederdrückenden Last der Kriegsschuldlüge zu verdanken. Englands Kriegsschuld dagegen werde unerbittlich nachgewiesen[40].

Das Amtsgericht Tübingen hatte GRABERT im September 1989 wegen der 1988 in seinem Verlag erschienenen und vom Gericht als volksverhetzend bewerteten Schrift von Wolfgang SEEGER »Wie die beiden Weltkriege ‚gemacht' wurden« zu einer Geldstrafe von 10.000 DM verurteilt.

GRABERT wegen Veröffentlichung einer volksverhetzenden Schrift verurteilt

1.2 Verlag Diagnosen

Der von Ekkehard FRANKE-GRICKSCH (57) geleitete Verlag gibt das Monatsmagazin »Code« mit einer Auflage von mehreren Tausend Exemplaren heraus. Die Schrift unterstützt den britischen Schrift-

steller David IRVING in dessen Thesen, daß die angeblichen Vergasungen im Konzentrationslager Auschwitz in Wirklichkeit niemals stattgefunden hätten[41]. Die von dem als »Gaskammer-Experten« auftretenden Amerikaner Fred LEUCHTER zusammengetragenen »Fakten« – so »Code« – würden nach IRVING zwingend beweisen, daß es die Gaskammern zur Tötung von Menschen in Auschwitz niemals gegeben hätte[42].

1.3 Nation Europa-Verlag GmbH

Seit Januar 1990 werden die Monatsschriften »Deutsche Monatshefte« (DM) des Dr. Gert SUDHOLT (47) und »Nation Europa« (NE) des Peter DEHOUST (54) unter dem neuen Titel »Nation Europa – Deutsche Monatshefte« (NE-DM) in einer Auflage von mehreren Tausend Exemplaren von beiden Verlegern gemeinsam herausgegeben. Ein Themenschwerpunkt war 1990 die Ausländer- und Asylantenproblematik, die in den gängigen rechtsextremistischen Agitationsmustern abgehandelt wurde. So wird u. a. gefordert:

»Nation-Europa – Deutsche Monatshefte« agitieren gegen Ausländer

»Gegen die giftige Saat des Internationalismus und des Egalitarismus, die den Völkermord durch Vermischung und Durchrassung vorbereiten, sind verschärfte Maßnahmen mehr als notwendig.« (NE-DM 7/90, S. 5)

Peter DEHOUST stellt in einem anderen Beitrag fest:

»Was für die Franzosen die Zuwanderung der Araber aus dem Maghreb, ist für die Deutschen die schleichende Landnahme der Türken«. (NE-DM 8/9/90, S. 4)

2. Vertriebsdienste und Buchverlage

Indizierungen

Die Zahl der organisationsungebundenen Vertriebsdienste und Buchverlage ging von 22 auf 20 zurück. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS) indizierte im April zwei weitere Langspielplatten aus dem Vertriebsangebot der Düsseldorfer »HOCHEDER und Co KG – Versandhandel«, weil sie Adolf Hitler und damit zugleich dessen Ideologie und System durch Geschichtsklitterung aufzuwerten und zu rehabilitieren suchen[43]. Das im »Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung« erschienene Heft 36 der Schriftenreihe »Historische Tatsachen« wurde wegen NS-Verherrlichung indiziert. Verfasser der Schrift ist der revisionistische Autor Udo WALENDY (63), dessen Veröffentlichungen regelmäßig die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und die von Deutschen an Juden begangenen Verbrechen leugnen. Wegen eines anderen Druckwerks ist er im Oktober vom Landgericht Bielefeld nach §185 StGB (Beleidigung) zu einer Geldstrafe von 2.700 DM verurteilt worden. Diese Schrift, die sich mit der

WALENDY wegen Leugnung des Holocaust verurteilt

Beschlagnahme des oben genannten Heftes 36 der »Historischen Tatsachen« befaßt, leugnet den millionenfachen Mord an den Juden durch das NS-Regime.

3. Verbreitung von Computerspielen

Verbreitung rechtsextremistischer Computerspiele hält an

Die zumeist durch Tausch unter Jugendlichen erfolgende Verbreitung von Computerdisketten mit oft primitiven rassistischen und dem Führerkult huldigenden Spielen hielt auch 1990 an. Die vom Bundesamt für Verfassungsschutz erfaßte Gesamtzahl solcher Spiele liegt bei etwa 40. Allerdings sind Spiele mit gleichem oder einem ähnlichen Inhalt unter unterschiedlichen Titeln im Umlauf. Die Zahl der von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierten Spiele ist auf 19 gestiegen, die der beschlagnahmten beträgt derzeit vier, darunter die Spiele »Ariertest« und »Die Hitler Show«. Es ist weiterhin schwierig, die Ausbreitung dieser weitgestreuten Spielart des Rechtsextremismus einzudämmen, zumal die Hersteller solcher Computerspiele bisher nicht ermittelt werden konnten.

VII. Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern

1. Vorbemerkung

In den neuen Bundesländern und in Berlin (Ost) gab es schon vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes neonationalsozialistische Aktivitäten. Deren Existenz wurde jedoch von den Machthabern verschwiegen. Sie lief der Partei- und Staatsdoktrin zuwider, die allein die Bundesrepublik Deutschland als Tummelplatz von Neonationalsozialisten und anderen Rechtsextremisten darstellte, während es dies für die DDR als den »ersten antifaschistischen Staat auf deutschem Boden« nicht geben durfte.

Zunehmende Werbungsmaßnahmen westdeutscher Rechtsextremisten

Seit der Öffnung der Grenze in der Nacht zum 10. November 1989 reisten westdeutsche Rechtsextremisten in ansteigender Zahl in die damalige DDR, um dort für ihre politischen Ziele zu werben.

2. Neonationalsozialismus

Nach der Wende in der DDR trat vor allem KÜHNEN bei einigen der dortigen neonationalsozialistischen Gruppierungen als Führungsfigur hervor. Seine Anhänger bezeichneten sich dort entweder als »Deutsche Alternative« (DA) – so z. B. in Cottbus und Dresden – oder als »Nationale Alternative« (NA) – so in Ost-Berlin. Durch von

Medienwirksame Auftritte von KÜHNEN

den Medien beachtete Auftritte erreichte KÜHNEN einen hohen Bekanntheitsgrad der DDR-Neonaziszene.
So feierte er am 1. Mai mit 70 bis 80 Gesinnungsgenossen aus beiden deutschen Staaten in Neukirchen bei Eisenach den »Tag der deutschen Arbeit«.

Die Teilnehmer traten dort als »Freie Gewerkschaftsbewegung« (FGB) auf. Am 7. Juli veranstaltete KÜHNEN in Kiekebusch bei Cottbus mit etwa 200 Anhängern aus der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich den »Zweiten Parteitag« der DA. Er wurde von der Volkspolizei vorübergehend festgenommen. Am 20. Oktober marschierte er mit 300 bis 400 Anhängern durch die Innenstadt von Dresden und sprach auf dem Platz vor der Semper-Oper zu seinen Anhängern.

Rechtsextremisten als Hausbesetzer

Mitglieder der Ostberliner NA traten 1990 als die ersten rechtsextremistischen Hausbesetzer in Erscheinung. Ein von NA-Angehörigen besetztes Haus in der Weitlingstraße 122 im Stadtteil Lichtenberg wurde diesen zur Nutzung überlassen. Es wurde wiederholt Angriffsziel von Linksextremisten.

NA von Teilnahme an den Kommunalwahlen in der DDR ausgeschlossen.

Der Versuch der NA, sich an den Kommunalwahlen in Berlin am 6. Mai zu beteiligen, schlug fehl. Die Gruppe hatte zwar einen Kandidaten für die Stadtbezirksversammlung aufgestellt. Dieser war jedoch durch das Präsidium der zentralen Wahlkommission der DDR von den Stimmzetteln gestrichen worden, nachdem die Volkspolizei am 27. April das Haus Weitlingstraße 122 durchsucht und dabei große Mengen von neonationalsozialistischem Propagandamaterial gefunden hatte.

3. »Nationaldemokraten«/»National-Freiheitliche«

Auch die NPD versuchte, sich auf das Gebiet der DDR auszudehnen. In der »National-Demokratischen Partei Deutschlands« (NDPD) sah sie zunächst ihren Gesprächs- und Aktionspartner. Nachdem die NDPD sich aber Anfang des Jahres dem »Bund Freier Demokraten« angeschlossen hatte, konzentrierte sich die NPD in der Folgezeit auf die Unterstützung der im Januar mit ihrer Hilfe gegründeten »Mitteldeutschen Nationaldemokraten« (MND).

NPD bei Landtagswahlen erfolglos

Zu der Volkskammerwahl am 18. März und zu den Kommunalwahlen am 6. Mai kandidierten die MND nicht. Erst an den Landtagswahlen vom 14. Oktober nahm die NPD, wie sich die Partei inzwischen nannte, teil. In Sachsen erhielt sie 0,7 %, in den anderen Ländern nur 0,1 bis 0,2 % der Stimmen.

Der Sonderparteitag der NPD am 7. Oktober in Erfurt beschloß die Aufnahme der bis dahin organisatorisch selbständigen DDR-NPD

und wählte deren Vorsitzenden Dr. Rainer PRIGGE (49) zum vierten stellvertretenden Vorsitzenden.

Vereinigung der »Nationaldemokraten«

Auch die »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU) war bemüht, sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszudehnen. Sie beteiligte sich jedoch weder an Wahlen, noch machte sie sich sonst öffentlich bemerkbar. Lediglich die Wochenzeitungen Dr. FREYs wurden gelegentlich bei Demonstrationen in großer Anzahl verteilt.

FREY wirbt durch seine Wochenzeitungen

4. Rechtsextremistische Subkulturszene

Anteil rechtsextremistischer Skinheads in den neuen Bundesländern besonders groß und militant

Soweit bisher bekannt wurde, scheint der Anteil von Rechtsextremisten unter den Skinheads in Ostdeutschland größer zu sein als in Westdeutschland. Eine Reihe von Gewalttaten gegen die in den neuen Ländern noch stationierten sowjetischen Streitkräfte dürfte auf das Konto dieser Kreise gehen. So erfolgte am 5. September ein Angriff auf eine sowjetische Militärstreife in Magdeburg. Am 13. November wurde in einem von Angehörigen der sowjetischen Armee bewohnten Haus in Erfurt der Haupthahn der Gasversorgung abgeschraubt; eine Explosion konnte durch die Umsicht eines Hausbewohners verhindert werden. Gewalttätige Rechtsextremisten – möglicherweise aus dem Skinheadmilieu – sind vermutlich auch für die Schändungen sowjetischer Soldatenfriedhöfe in Gröningen/Magdeburg, Roßwein/Leipzig, Rathenow/Potsdam und Torgau verantwortlich. Wegen des noch unvollständigen Informationsstandes können derzeit keine exakten Angaben über das Gewaltpotential neonationalsozialistischer Skinheads in Ostdeutschland gemacht werden. Die Sicherheitsorgane in den neuen Bundesländern gehen allerdings davon aus, daß mit der allgemeinen Gewalteskalation in und um Sportarenen und in Straßen mit besetzten Häusern auch der Anteil der neonazistisch motivierten Gewalt von Skinheadgruppen beachtlich zugenommen habe und weiter zunehmen werde. Polizei, Presse und Fernsehen dokumentieren immer wieder, daß neonationalsozialistische Skins in Ostdeutschland ihre Gesinnungsgenossen in Westdeutschland nicht nur in Anzahl, sondern auch in Politisierung und Brutalität deutlich übertreffen. Es kam zu systematisch angelegten Straßenschlachten mit der Polizei, die eskalierten. So sahen sich am 3. November in Leipzig am Rande eines Fußballspiels die Ordnungskräfte zum Schußwaffengebrauch gegen angreifende Skinheads gezwungen. Dabei wurde ein junger Mann erschossen.

VIII. Verbindungen zu ausländischen Rechtsextremisten

1. Weltweite Revisionismus-Kampagne

»Revisionisten« leugnen insbesondere den Holocaust

Die sogenannten Revisionisten, die insbesondere die Massenvernichtung von Juden durch das NS-Regime leugnen, setzten im In- und Ausland ihre 1989 begonnene Agitationskampagne verstärkt fort. Der maßgebliche britische Revisionist David IRVING (52), der am 10. März in Passau auf einer Kundgebung der DVU sprechen wollte, erhielt zwar von der dortigen Stadtverwaltung Redeverbot (vgl. Kap. III, Ziff. 2.6), konnte jedoch später seine Thesen auf Veranstaltungen von Rechtsextremisten in München, Dresden, Leipzig, Gera, Stuttgart, Weinheim/Bergstraße und Oberhausen vortragen.

Einreiseverbot

Der Bundesminister des Innern hatte am 9. März angeordnet, IRVING bei Einreiseversuchen in die Bundesrepublik Deutschland zurückzuweisen. IRVING wurde jedoch bei seinen Einreisen nicht erkannt.

Der französische Revisionist Professor Dr. Robert FAURISSON (61) sprach am 11. Mai in München auf einer von dem Neonationalsozialisten Ewald ALTHANS (24) ausgerichteten Vortragsveranstaltung vor großem Publikum.
IRVING versendet von London aus, der Deutsche Ernst ZÜNDEL (51) von Toronto aus den sogenannten »Leuchter Report«. Es handelt sich um eine als »Gutachten« bezeichnete Broschüre des Amerikaners Fred A. LEUCHTER in englischer Sprache, mit der bewiesen werden soll, daß in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern Menschen in Gaskammern nicht ermordet worden sein können. Der Schweizer Revisionist Dr. Max WAHL (67) lieferte dazu die deutsche Übersetzung.
ZÜNDEL und der österreichische Neonationalsozialist Walter OCHENSBERGER (49) sammeln bei Gesinnungsgenossen Spenden für weitere revisionistische Projekte. OCHENSBERGER will eine Gruppe von sogenannten Sachverständigen nach Auschwitz entsenden, die »beweisen« sollen, daß es den Holocaust nicht gegeben hat.

2. Neonationalsozialistisches Propagandamaterial aus dem Ausland

NS-Propagandamaterial aus den USA, Kanada, Dänemark, Österreich und der Schweiz

Hauptproduzent des NS-Propagandamaterials, das aus dem Ausland nach Deutschland eingeschleust wird, ist nach wie vor der amerikanische Staatsbürger LAUCK. Als Adresse gibt er ein Postfach in Lincoln, Nebraska an. Er verlegt und verbreitet die Zeitschrift »NS-Kampfruf« und große Mengen von Plakaten, Flugblättern und

Aufklebern mit Hakenkreuzen und NS-Parolen; dies ist in den USA nicht strafbar.

Weitere Herausgeber regelmäßig erscheinender rechtsextremistischer Agitationsschriften, die aus dem Ausland nach Deutschland verbracht werden, sind

- der in Dänemark lebende Deutsche Thies CHRISTOPHERSEN (72) (»Die Bauernschaft«),
- die Österreicher Gerd HONSIK (49) (»Halt«) und Walter OCHENSBERGER (»Sieg«),
- der Schweizer Dr. Max WAHL (»Eidgenoss«) sowie
- Ernst ZÜNDEL (»Germania«) in Kanada.

3. Internationale Treffen

Rechtsextremistentreffen in Niederbayern

An der Kundgebung der DVU am 10. März in Passau (vgl. Kap. III, Ziff. 2.6) nahmen wie in den Vorjahren viele Österreicher teil. Deutsche und österreichische Rechtsextremisten unterhalten nach wie vor rege Beziehungen.
Ansonsten war die Zahl der Auslandskontakte deutscher Rechtsextremisten rückläufig. Ein wesentlicher Grund dafür war das als vorrangig angesehene Engagement der deutschen Rechtsextremisten in der ehemaligen DDR, um dort Kontakte zu Gleichgesinnten zu knüpfen und organisatorische Strukturen zu begründen. Dabei

halfen ihnen gelegentlich auch ausländische Gesinnungsgenossen. So hielten sich die österreichischen KÜHNEN-Anhänger Gottfried KÜSSEL (32) und Günther REINTHALER (30) häufig im Ostteil Berlins auf, um dort die neonationalsozialistische »Nationale Alternative« zu unterstützen. Der Rückgang der Auslandskontakte deutscher Rechtsextremisten war u. a. auch bei dem internationalen Rechtsextremistentreffen am Rande der Yser-Wallfahrt bei Diksmuide in Westflandern (Belgien) im August festzustellen.

und Westflandern

IX. Gewalttaten von Rechtsextremisten

1. Tötungsdelikte

Zwei Menschen wurden von neonationalsozialistischen Skinheads um die Jahreswende 1990/91 in Rosdorf (Kreis Göttingen) und Hachenburg (Westerwaldkreis) getötet (vgl. Kap. V, Ziff. 2).

2. Brand- und Sprengstoffanschläge

1990 wurden 12 Brandanschläge[45] (1989: 12) im ehemaligen Bundesgebiet bekannt, bei denen wegen der Auswahl der Zielobjekte und der Begleitumstände eine rechtsextremistische Motivation angenommen werden muß oder wahrscheinlich ist.

Beispiele:

- Am 2. Oktober verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Bonner Stadthaus. Am Tatort war ein mit »Kokel 002« bezeichnetes Selbstbezichtigungsschreiben zurückgelassen worden. Es enthielt einen Aufruf, den Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete zu verhindern. Gleichzeitig drohten die Täter, einen weiteren »folgenschweren« Brandanschlag zu verüben. Sie bezichtigten sich auch der Täterschaft bei dem Brandanschlag auf das Schloß Cecilienhof in Potsdam am 27. Juli. Dort war ein Schreiben mit der Kennzeichnung »Kokel 001« gefunden worden. Im Schloß Cecilienhof tagte 1945 die »Potsdamer Konferenz«, die die Teilung Deutschlands besiegelte.

- Acht Skinheads aus Herten (Kreis Recklinghausen) wird vorgeworfen, am 25. November mit einem Molotow-Cocktail einen Brand in der türkischen Moschee in Herten entfacht und am 1. Dezember einen Molotow-Cocktail gegen das dortige Asylantenwohnheim geworfen zu haben. Gegen drei von ihnen wurde Haftbefehl wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung erlassen.

- Am 5. Dezember wurde in den Schlafraum eines Asylantenwohnheims in Würselen (Kreis Aachen) ein Molotow-Cocktail geworfen, der von einem in dem Zimmer anwesenden Nigerianer geistesgegenwärtig zurückgeworfen wurde. Der Tat verdächtig sind Skinheads.

- Am 22. August setzten unbekannte Täter eine türkische Imbißstube in Nienburg (Weser) in Brand und schmierten Hakenkreuze sowie die Parole »Türken raus«.

Außerdem wurden 1990 noch 28 (1989: 41) weitere Brandanschläge und ein Sprengstoffanschlag bekannt, bei denen angesichts der Anschlagsziele eine rechtsextremistische Motivation (z. B. rassistische Fremdenfeindlichkeit) zumindest mitursächlich gewesen sein kann. Bei den Brandanschlägen wurden mehrere Personen verletzt, teilweise entstand erheblicher Sachschaden.

3. Strafverfahren

Wegen eines Brandanschlags am 17. Dezember 1988 auf ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus in Schwandorf, bei dem eine dreiköpfige türkische Familie und ein Deutscher ums Leben kamen, verurteilte das Landgericht Amberg am 10. Mai den 21jährigen Neonationalsozialisten Josef S. wegen besonders schwerer Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren und 6 Monaten. Der Angeklagte soll bereits während seiner Schulzeit durch »rechtsradikales« Schriftgut zu einer neonationalsozialistischen politischen Gesinnung gefunden haben. Hierin könnte die Tat ihre Wurzeln haben.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Am 27. Juli 1989 wurde in Gelsenkirchen ein dem Stadtstreichermilieu zuzurechnender Mann mit schwersten Kopf- und Brustverletzungen aufgefunden, an denen er kurze Zeit später verstarb. Die dem rechtsextremistischen Bereich der Skinheadszene zuzuordnenden Täter, die beiden Brüder Oliver und Reinhard Michael F. aus Gelsenkirchen – zur Tatzeit 19 und 20 Jahre alt – wurden am 30. April vom Landgericht Essen wegen Totschlags zu Jugendstrafen von fünf bzw. sechs Jahren rechtskräftig verurteilt.

X. Weitere Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug[46]

1. Überblick

Gesamtzahl der Gesetzesverletzungen nimmt ab, Gewalttaten nehmen zu

1990 wurden 1380 Gesetzesverletzungen[47] mit rechtsextremistischem Bezug (1989: 1853) erfaßt, davon 128[48] Gewaltakte (1989: 103). Sie gliedern sich wie folgt:

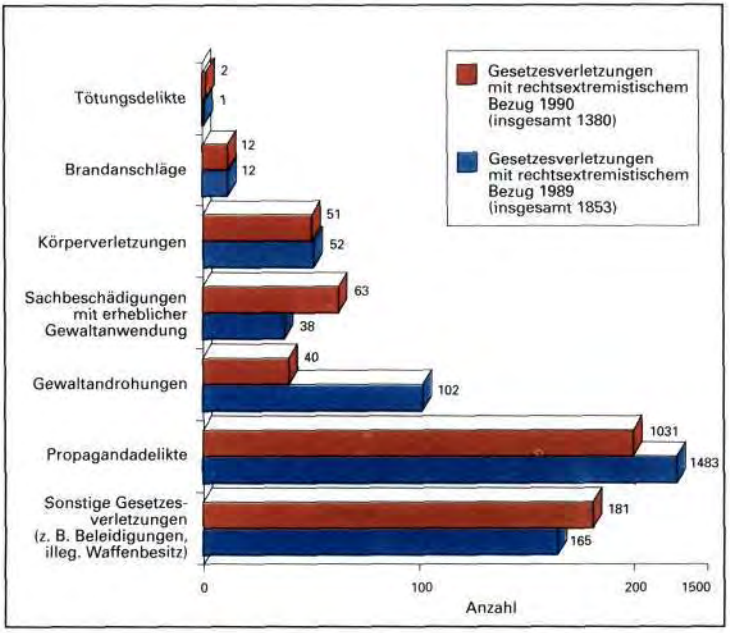
	1989	1990
Tötungsdelikte	1	2
Brandanschläge	12	12
Körperverletzungen	52	51
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	38	63
Gewalttaten insgesamt	103	128
Gewaltandrohungen	102	40
Propagandadelikte, die den Tatbestand der §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86a, 185 ff. i.V.m. 194 Abs. 1 und Abs. 2 StGB erfüllen (u. a. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen, Verunglimpfungen)	1483	1031
Sonstige Gesetzesverletzungen	165	181
Insgesamt	1853	1380

2. Körperverletzungen und Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung

Über die im Überblick genannten Tötungsdelikte und Brandanschläge wird in den Kapiteln V, Ziff. 2, und IX, Ziff. 2, berichtet.
Die 1990 festgestellten 51 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug richteten sich in 21 Fällen gegen Asylbewerber bzw. sonstige Ausländer, in 8 Fällen gegen politische Gegner.

Beispiele:

- Am 9. Februar wurde in Dorsten (Kreis Recklinghausen) ein 18jähriger Mann überfallen, mißhandelt und beraubt. Der Geschädigte hatte zuvor an einer Mahnwache »für eine bessere Umwelt« teilgenommen. Der Tat verdächtig sind zwei Rechtsextremisten, die der FAP angehören bzw. mit ihr sympathisieren.



- Am 13. April überfielen Skinheads in Bremen einen Linienbus mit vorwiegend türkischen Staatsangehörigen. Sie versuchten, diese zum Aussteigen zu zwingen. Als das nicht gelang, schlug einer einem Türken mit einem Baseballschläger ins Gesicht.
- Unbekannte Täter überfielen am 18. April in einem Waldgelände bei Menden (Märkischer Kreis) drei Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren. Sie rissen ihnen die T-Shirts vom Körper, fesselten sie und malten ihren Opfern mit einem Filzstift Hakenkreuze auf den nackten Rücken. Mit Stockschlägen zwangen sie sie, »Heil Hitler« zu rufen, und beschimpften sie als »Judenschweine«.
- Am 3. November wurde in Bonn von mehreren Unbekannten mit Schlagstöcken auf einen somalischen Staatsangehörigen eingeschlagen. Dabei riefen die Täter »Niggerschweine raus« Sie waren mit Sturmhauben maskiert, trugen Bomberjacken, Springerstiefel und kurzes Haar, was auf Täter aus der Skinhead-Szene hindeutet.

Die 63 Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung verübten Rechtsextremisten überwiegend gegen öffentliche Einrichtungen. Unter den Angriffszielen waren erneut auch Objekte von Ausländern (19 Fälle), jüdische Gedenkstätten sowie Objekte des politischen Gegners.
Beispiele:

- Am 1. März drangen in Mönchengladbach unbekannte Täter in die Wohnung einer Kommunistin ein, entwendeten und zerstör-

ten Einrichtungsgegenstände und sprühten an Decken und Wände »Tod den Kommunisten«, »Sieg Heil« sowie Hakenkreuze und eine SS-Rune.

- Am 8. März schlugen ca. 30 mit Messern und Beilen bewaffnete Skinheads Fensterscheiben einer Asylantenunterkunft in Essen ein. Sie sprühten Reizgas in die Wohnungen und riefen Parolen wie »Ausländer raus« und »Vergast sie«.

3. Gewaltandrohungen

Von den 40 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 24 (60 %, 1989: 57,8 %) gegen ausländische Personen bzw. Objekte.
In 3 Fällen (7,5 %, 1989: 15,7 %) waren die Drohungen begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen jüdischer Personen.

4. Sonstige Gesetzesverletzungen

Von den 1212 (1989: 1.648) Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge waren 764 (rund 63 %)
Schmier-, Klebe-, Plakataktionen nach den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a Strafgesetzbuch.

5. Beweggründe/Zielrichtungen

208 (1989: 267) Gesetzesverletzungen (ca. 15 %, 1989: 14,4 %) hatten antisemitischen Charakter. In insgesamt 34 (1989: 36) Fällen handelt es sich um Schändungen jüdischer Friedhöfe, Synagogen und sonstiger Baulichkeiten, davon 18 Friedhofsschändungen. Nach den von der internationalen Presse berichteten Grabschändungen

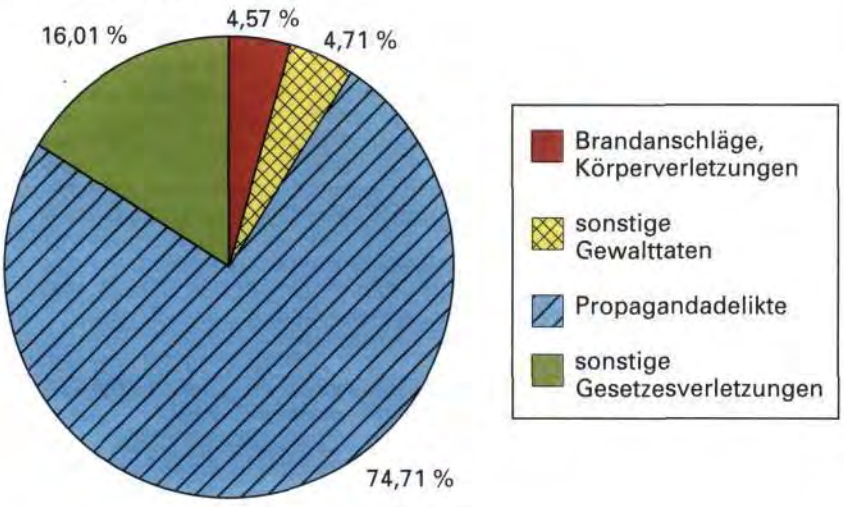
Schändungen jüdischer Friedhöfe nehmen zu

auf dem jüdischen Friedhof in Carpentras (Südfrankreich) in der Nacht zum 10. Mai kam es in vielen Ländern Europas zu Verwüstungen jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten.
Allein in Baden-Württemberg wurden 6 Schändungen jüdischer Friedhöfe bekannt. Einer Sonderkommission des baden-württembergischen Landeskriminalamtes gelang es, acht mutmaßliche

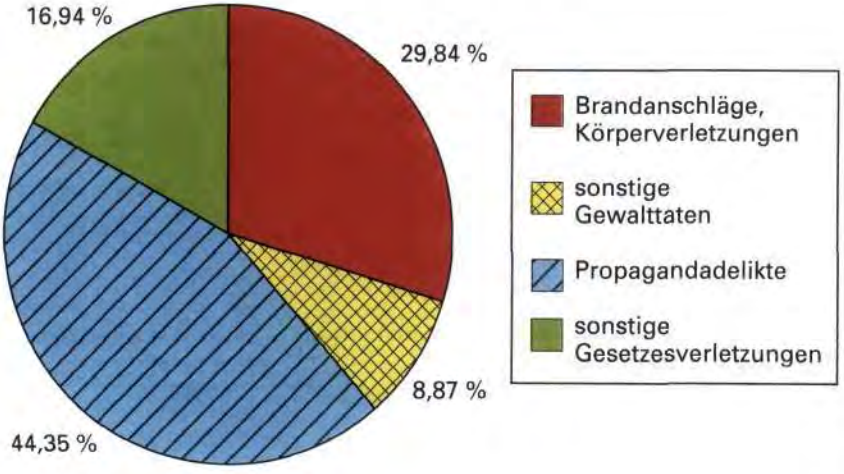
Täter – von denen inzwischen vier verurteilt wurden – zu ermitteln, die zumindest für vier dieser Taten verantwortlich sind.
398 (1989: 516) Gesetzesverletzungen (rund 28,8 %, 1989: 27,8 %) waren durch eine ausländerfeindliche Motivation gekennzeichnet.

Bei 114 Gesetzesverletzungen war u. a. aufgrund der Begleitumstände »Haß auf Linke« als Motiv erkennbar.
30 Fälle ereigneten sich unmittelbar vor, nach bzw. am 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit. Bei fast 9 % der Gesetzesverletzungen lagen Hinweise auf eine Täterschaft von Skinheads vor. Der Anteil der Skinheads an den Brandanschlägen und Körperverletzungen lag über 57 % (vgl. auch Kap. V, Ziff. 2).

Gesetzesverletzungen
mit rechtsextremistischem Bezug
im Jahr 1990 (insgesamt)



Gesetzesverletzungen
von Skinheads mit rechtsextremistischem Bezug
im Jahr 1990



XI. Erläuterungen und Dokumentation

1. In dieser Übersicht sind die neuen Bundesländer nicht enthalten.
2. Hierbei ist die Partei »Die Republikaner« nicht berücksichtigt. 1990 wurden die Landesverbände Hamburg und Nordrhein-Westfalen von den dortigen Landesbehörden für Verfassungsschutz auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet.
3. Dr. FREY, der maßgebliche Führer der »Deutschen Volksunion e.V.« und der »Deutschen Volksunion – Liste D« , gibt dazu höhere Zahlen an.
4. Die Brüder STRASSER repräsentierten in der Frühzeit des Nationalsozialismus den linken Flügel der NSDAP. Gregor STRASSER und RÖHM wurden 1934 auf Befehl HITLERs bei der Niederschlagung des sog. RÖHM-Putsches ermordet. Dr. Otto STRASSER, der Führer der »Schwarzen Front« , setzte sich 1933 nach Kanada ab. Er verstarb 1974.
5. »INDEX« 9/90, S. 1
6. »INDEX« 8/90, S. 1 und 9/90, S. 2
7. »Deutschland-Plan« der DA, Ziff. 7
8. »Parteiprogramm« der DA, Ziff. 8 und 9
9. »Parteiprogramm« der DA, Ziff. 10
10. »Parteiprogramm« der DA, Ziff. 10
11 »Deutschland-Plan« der DA, Vorwort
12 Mitteilungsblatt des FAP-Bundesvorstandes vom 17.3.1990, S. 3
13 »Nachrichten der HNG« 118/90, S. 5
14 »NF-Grundsatzprogramm«, Ziff. 1
15 »NF-Grundsatzprogramm«, Ziff. 2 und 7
16. »NF-Aktionsprogramm«, Ziff. 4
17. »NF-Flugblatt« , erschienen Oktober 1990
18. »Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit« , Nr. 7, S. 2
19. »Deutsch Bürgerinitiative e.V. – weltweit« , Nr. 6, S. 1
20. TAG verbüßt seit Februar 1989 eine viereinhalbjährige Freiheitsstrafe wegen Hehlerei, Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung und Verstoßes gegen das Waffengesetz
21. Vgl. BVerwG, NJW 1981, 1390 ff.; BVerwG, NJW 1981, 1392 f.; BVerwG, NJW 1984, 813 ff.; BVerwG, NJW 1984, 3096 ff.; BVerwG, NJW 1988, 2907 ff.
22. »Deutsche National-Zeitung« 41/90, S. 1
23. »Deutsche Wochenzeitung« 20/90, S. 1
24. »Deutsche Wochenzeitung« 30/90, S. 1
25. »Deutsche National-Zeitung« 26/90, S. 3
26. »Deutsche National-Zeitung« 12/90, S. 2
27. »Deutsche National-Zeitung« 47/90, S. 1
28. »Deutsche National-Zeitung« 30/90, S. 1
29. »Deutsche National-Zeitung« 30/90, S. 1
30. »Deutsche National-Zeitung« 38/90, S. 1
31. »Deutsche National-Zeitung« 46/90, S. 1
32. »Deutsche Stimme« 8/1990, S. 1
33. »Deutsche Stimme« 6/90, S. 1
34. »Europa vorn« 9/1990, S. 19
35. »NPD-Wahlprogramm '90 – Jetzt Deutschland uns Deutschen«
36. »Deutsche Stimme« 8/1990, S. 1
37. »Einheit und Kampf«, 1/1990, S. 4
38. »Wikinger« 1/1990, S. 5
39. »FAP-Intern« 11/1989, S. 9

40. Verlagsprospekt 1990
41. »Code« 5/90, S. 54
42. »Code« 8/90, S. 62
43. Bundesanzeiger Nr. 70 vom 10.4.1990
44. Bundesanzeiger Nr. 64 vom 31.3.1990
45. Von diesen Brandanschlägen ordnet die Polizei 7 dem Bereich des Rechtsextremismus zu. Die vom Bundesamt für Verfassungsschutz abweichende Angabe hängt mit den unterschiedlichen Erfassungsmodalitäten zusammen.
46. Die statistischen Zahlenangaben in den Kapiteln IX bis X beziehen sich lediglich auf die alten Bundesländer.
47. Gesetzesverletzungen in dem hier verstandenen Sinne sind Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen sowie Beleidigungen und Verunglimpfungen des Andenkens Verstorbener im Zusammenhang mit der Verfolgung durch Nationalsozialisten gem. den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a, 185 ff. i.V.m.194 Abs. 1 und 2 Strafgesetzbuch. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand, mehrere Strafbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, weil den vorgenannten Strafvorschriften, die sich gegen die nationalsozialistische Propaganda wenden, keine vergleichbaren Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen. Anders als bei der »Polizeilichen Kriminalstatistik – Staatsschutzdelikte« (PKS-S) beziehen sich die Zahlenangaben – ungeachtet des Standes der Ermittlungsverfahren – auf den Tatzeitpunkt im Kalenderjahr.
48. Hierin sind die im Kapitel IX erwähnten weiteren 29 Anschläge, bei denen eine rechtsextremistische Motivation zumindest mit ursächlich gewesen sein kann, nicht mitgezählt.

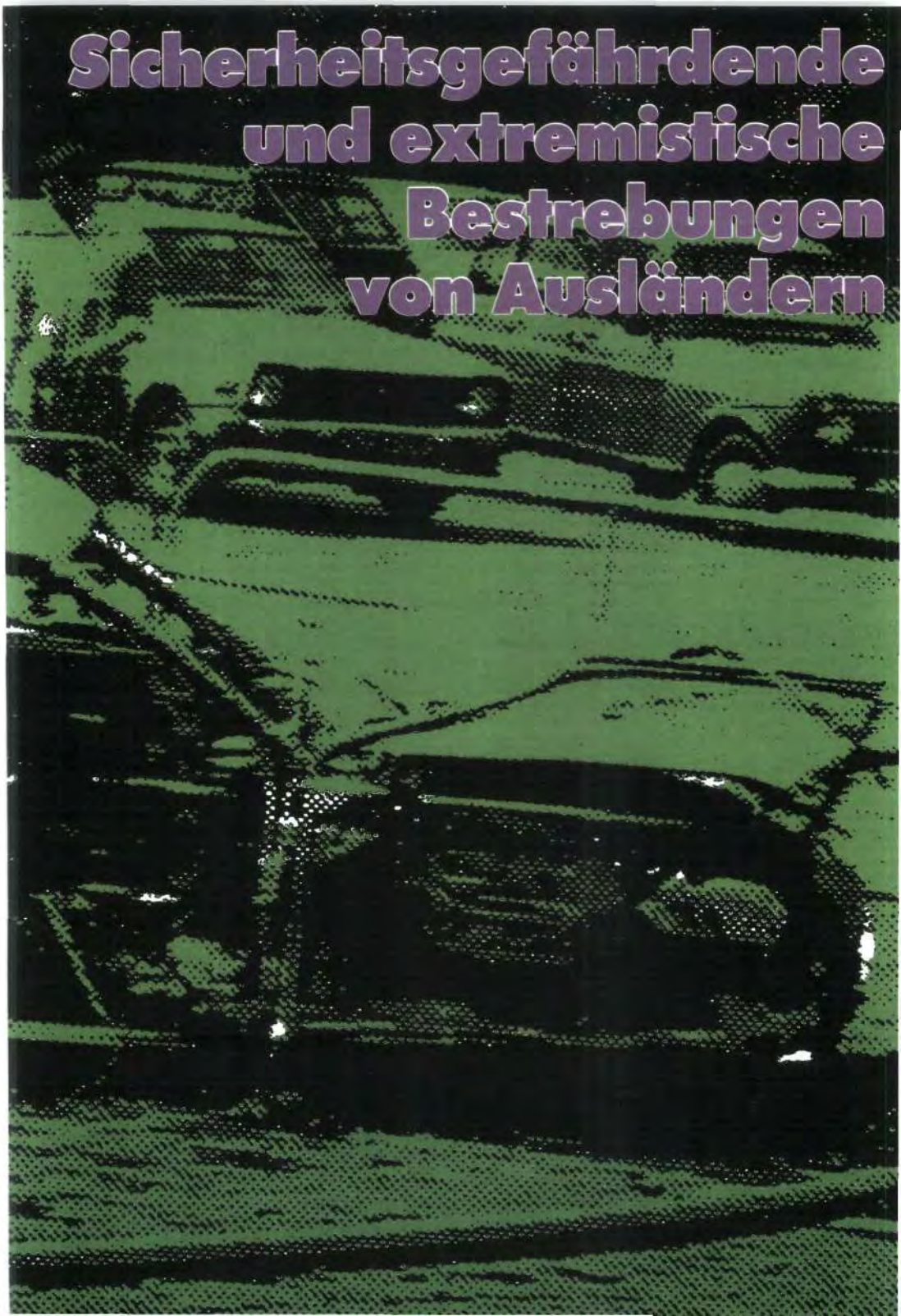
XII. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	*Mitglieder* (z. T. geschätzt) (1989)	1990	*Publikationen* (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
1. Neonazistische Gruppen			
Deutsche Alternative (DA) – Aachen –	(80)	140	
Die Deutsche Freiheits-bewegung e. V. (DDF) – Kaufbeuren –	(über 100)	über 150	»Recht und Wahrheit« – zweimonatlich – (mehrere Tausend)
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) – Stuttgart –	(330)	200	Neue Nation – monatlich – (500)
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front, auch: – Aktion Lebensschutz – Antizionistische Aktion – Antikommunistische Aktion – Freie Gewerkschaftsbewegung – Initiative Volkswille – Volksbund Rudolf HESS	(130)	200	»Die Neue Front« – monatlich – (400)
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) – Frankfurt –	(210)	200	Nachrichten der HNG – monatlich – (300)
Nationale Offensive – Augsburg –		weniger als 100	Deutscher Beobachter – monatlich – (500)
Nationalistische Front (NF) – Bielefeld –	(60)	80	Aufbruch – alle 6 Wochen – (mehrere Hundert)
Neonationalsozialistenkreis um Curt MÜLLER – Mainz –			
NSDAP-Auslands- und Aufbau-organisation (NSDAP-AO) (Stützpunkte in der Bundes-republik Deutschland)			NS-Kampfruf – zweimonatlich – (mehrere Tausend)

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) (1989)	1990	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
2. »National-Freiheitliche« Organisation			
Deutsche Volksunion – Liste D (DVU) – München –	(rund*) 25.000) (einschließlich der Mitglieder der DVU e. V.)	rund* 22.000	
Deutsche Volksunion e. V. (DVU e. V.) – München – einschließlich: – Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) – Aktion Oder-Neiße (AKON) – Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur – Ehrenbund RUDEL – Initiative für Ausländerbegrenzung (I. f. A.) – Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)	(rund*) 12.500) (in der Mitgliederzahl der DVU – Liste D enthalten)	rund* 11.500	Deutscher Anzeiger (DA) – wöchentlich –
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) – München –			Deutsche National-Zeitung (DNZ) – wöchentlich – Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) – wöchentlich – (DA, DNZ und DWZ zusammen über 100.000)
3. »Nationaldemokratische« Organisationen			
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – Stuttgart –	(7.000)	6.500	Deutsche Stimme – monatlich – (200.000)
Junge Nationaldemokraten (JN) – Stade –	(900)	750	Einheit und Kampf vierteljährlich (2.000)
4. Sonstige Organisationen			
Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) – München –	(mehrere Hundert)	mehrere Hundert	Das freie Forum – vierteljährlich – (700)
Wiking Jugend e. V. (WJ) – Stolberg –	(400)	400	Wikinger – vierteljährlich – (weniger als 1.000)

* Dr. Frey gibt höhere Zahlen an

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

1.1 Überblick

Mitgliederpotential des Ausländerextremismus nimmt stark ab

Im Bundesgebiet leben etwa fünf Millionen ausländische Staatsangehörige. Ende 1990 waren in den alten Bundesländern nach Schätzungen der Behörden für Verfassungsschutz 49.350 über 16 Jahre alte Ausländer in extremistischen oder extremistisch beeinflußten Vereinigungen[1] organisiert (1989: 97.250).

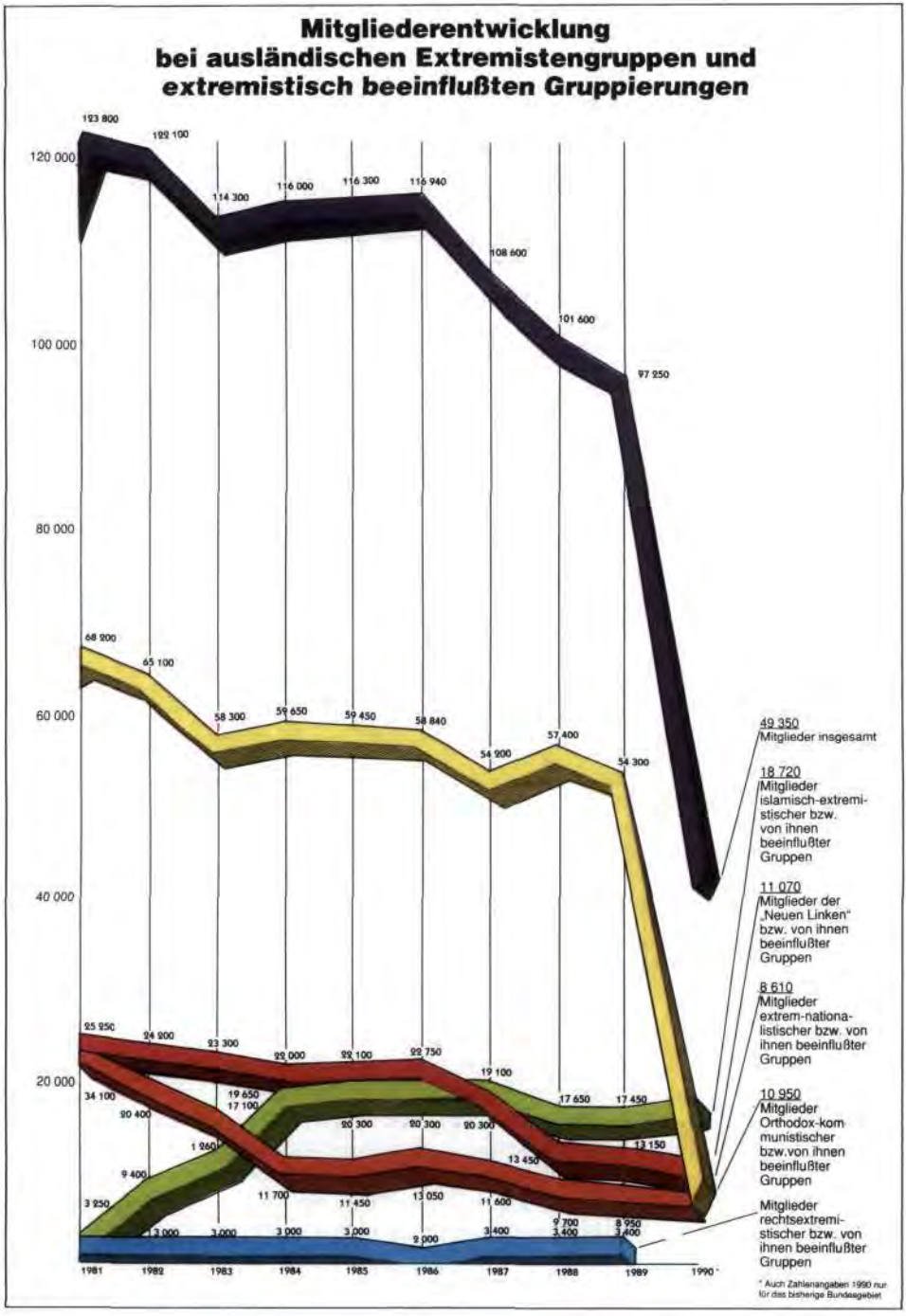
Mitglieder (ab 16 Jahren) aktiver extremistischer und extremistisch beeinflußter Ausländervereinigungen in den alten Bundesländern (Vergleichszahlen 1989 in Klammern).[2]

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Kernorganisationen	Nebenorganisationen	beeinflußte Organisationen	Insgesamt
Araber	3.100 (3.460)	– (80)	– (110)	3.100 (3.650)
Kurden	3.00 (2.475)	450 (475)	– (–)	3.450 (2.950)
Iraner	2.700 (2.700)	50 (50)	250 (500)	3.000 (3.250)
Türken	26.500 (25.780)	3.600 (3.570)	– (–)	30.100 (29.350)
Sonstige	9.500 (15.485)	200 (2.325)	– (40.240)	9.700 (58.050)
Insgesamt	44.800 (49.900)	4.300 (6.500)	250 (40.850)	49.350 (97.250)

1.2 Organisationen

Krise des orthodoxen Kommunismus wirkt sich aus

Die Zahl der beobachteten Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen erheblich beeinflußten Vereinigungen nahm gegenüber dem Vorjahr von 121 auf 84 ab. Der starke Rückgang beruht darauf, daß eine Reihe bisher als linksextremistisch eingestufter Organisationen aufgrund des Scheiterns der kommunistischen Ideologie ihre politisch-extremistischen Aktivitäten eingestellt oder aber stark reduziert hat. Hauptziel der meisten orthodoxkommunistischen Ausländervereinigungen im Bundesgebiet – vor allem derjenigen südeuropäischer Provenienz – ist es zwar nach wie


Mitgliederentwicklung
bei ausländischen Extremistengruppen und
extremistisch beeinflußten Gruppierungen
120 000
100 000
80 000
60 000
40 000
20 000
123 800
122 100
114 300
116 000
116 300
116 940
108 600
101 600
97 250
68 900
65 100
58 300
59 650
59 450
58 840
54 200
57 400
54 300
25 250
24 200
23 300
22 000
22 100
22 750
19 100
17 650
17 450
34 100
19 650
17 100
20 400
20 300
20 300
20 300
13 150
1 260
13 450
9 400
11 700
11 450
13 050
11 600
3 250
9 700
3 400
8 950
3 400
3 000
3 000
3 000
3 000
2 900
3 400
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990*
49 350
Mitglieder insgesamt
18 720
Mitglieder islamisch-extremistischer bzw. von ihnen beeinflußter Gruppen
11 070
Mitglieder der „Neuen Linken" bzw. von ihnen beeinflußter Gruppen
8 610
Mitglieder extrem-nationalistischer bzw. von ihnen beeinflußter Gruppen
10 950
Mitglieder Orthodox-kommunistischer bzw.von ihnen beeinflußter Gruppen
Mitglieder rechtsextremistischer bzw. von ihnen beeinflußter Gruppen
* Auch Zahlenangaben 1990 nur für das bisherige Bundesgebiet

vor, die politischen Verhältnisse im Heimatland zu verändern. Die extremistische Agitation von weiten Teilen dieses Beobachtungsfeldes hat im Bundesgebiet aber erheblich an Wirkungskraft verloren. Die Tätigkeit dieser Gruppen konzentriert sich nunmehr darauf, ihre im Bundesgebiet ansässigen Landsleute über innenpolitische Vorgänge im Heimatland und deren Bewertung durch die dort tätige Mutterorganisation zu unterrichten. Außerdem setzen sie sich schwerpunktmäßig für die wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Landsleute in Deutschland ein. In diesem Zusammenhang sind die linksextremistischen Organisationen auch bestrebt, die Tätigkeit staatlicher Stellen des Heimatlandes, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Emigranten in Deutschland zuständig sind, in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Solche programmatischen Zielsetzungen richten sich aber nicht mehr gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Landes und fallen damit nicht mehr unter den gesetzlichen Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes.

Anzahl der in den alten Bundesländern aktiven extremistischen und extremistisch beeinflußten Ausländervereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1989 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen		»Neue Linke« u. sozialrevolutionäre Gruppen[4]		Extrem-nationalistische Gruppen[5]		Islamisch-extremistische Gruppen[6]		Insgesamt	
Iren	–	(–)	1	(1)	–	(–)	–	(–)	1	(1)
Araber	1	(2)	10	(13)	–	(–)	3	(3)	14	(18)
Kurden	6	(8)	10	(9)	–	(–)	–	(–)	16	(17)
Iraner	3	(3)	3	(6)	1	(1)	1	(1)	8	(11)
Türken	3	(5)	14	(18)	1	(1)	5	(6)	23	(30)
Sonstige	3	(16)	8	(14)	7	(8)	4	(4)	22	(44)
Insgesamt	16	(34)	46	(61)	9	(10)	13	(14)	84	(121)[7]

1.3 Mitglieder

Weniger Ausländer-extremisten

Da weniger extremistische Ausländervereinigungen als früher von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden, haben sich auch die Mitgliederzahlen des erfaßten Ausländerextremismus verringert. Die Zahl der Mitglieder und Anhänger extremistischer oder entsprechend beeinflußter Ausländerorganisationen, die von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden, betrug Ende 1990 49.350. Im Vorjahr waren es 97.250 Personen. Noch 1989 stellten die orthodox-kommunistischen Gruppierungen mit 54.300 Mitgliedern mehr als die Hälfte aller ausländischen Extremisten in den alten Bundesländern. Ende 1990 zählten die jetzt noch erfaßten Gruppen

10.950 Personen als Mitglieder. Hinzu kommen 11.070 Angehörige von Gruppen der »Neuen Linken«, so daß die linksextremistischen Vereinigungen insgesamt 22.020 Mitglieder umfaßten (1989: 67.450). Die extrem-nationalistischen Gruppen zählten 8.610 (1989: 8.950) und die islamisch-extremistischen Vereinigungen 18.720 Mitglieder (1989: 17.450).

2. Publizistik

Auch die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften extremistischer Ausländervereinigungen sank gegenüber dem Vorjahr von 174 auf 124; hiervon werden 101 im Ausland hergestellt. Fast 75 % der Druckerzeugnisse stammen von linksextremistischen Organisationen, davon wiederum zwei Drittel von Gruppen der »Neuen Linken«.

Auch die Anzahl periodischer Schriften extremistischer Ausländergruppen sinkt

3. Sicherheitslage, Gewaltaktionen und sonstige Gesetzesverletzungen

Die politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa und der damit verbundene Niedergang des orthodoxen Kommunismus führten zu keiner Reduzierung der Sicherheitsbedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch Ausländer. Viele Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes zeigen entweder überhaupt keinen marxistisch-leninistischen Ansatz, sondern sind im wesentlichen unideologisch, nationalistisch oder islamisch-extremistisch eingestellt oder stehen den Reformbemühungen der orthodoxen Kommunisten skeptisch bzw. sogar ablehnend gegenüber. In einigen Bereichen dieses Beobachtungsfeldes ist die Gefahr terroristischer Aktionen gestiegen. Bei den sicherheitsgefährdenden bzw. terroristischen Organisationen spielt die ideologisch-kommunistische Komponente keine oder nur eine geringe Rolle. So ist beispielsweise die durch Anschläge und Entführungen weltweit agierende arabisch-libanesische »Hizbollah« (Partei Gottes) ausschließlich durch religiösen Fanatismus motiviert. Ihre zukünftige Rolle im internationalen Terrorismus hängt wesentlich von der Unterstützung durch den Iran ab. Auch die Abu-Nidal-Organisation, eine der bedeutenden Terrororganisationen unter den Gruppen des palästinensischen Widerstandes, ist eher unideologisch ausgerichtet. Auch die ebenfalls sehr gefährliche, von Syrien gesteuerte »Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando« (PFLP-GC) und die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) verfolgen primär keine ideologischen Ziele; die »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) hat nur diffuse linksextremistische Zielsetzungen.

Erneut verübten ausländische Extremisten im alten Bundesgebiet zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele schwerste Straftaten bis hin

Zahl der Gewaltaktionen ausländischer Extremisten nimmt zu

zum Mord. Die Zahl der politisch motivierten Gewaltaktionen insgesamt stieg gegenüber dem Vorjahr von 39 auf 44, darunter 16 Terror- und andere schwere Gewaltakte (1989: 15). Bei einem Schußwaffenanschlag der »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) in Dortmund wurde ein britischer Offizier getötet. Ebenfalls auf das Konto von PIRA-Terroristen gehen ein Sprengstoffattentat in Hameln und ein versuchter Sprengstoffanschlag in Hannover.

Für die versuchten und vollendeten Brandanschläge, deren Zahl sich mehr als verdreifacht hat, waren überwiegend türkische und kurdische Extremisten verantwortlich.

Allein am 13. Februar verübten Anhänger einer militanten Gruppe der türkischen »Neuen Linken« eine Serie von neun Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen im »alten« Bundesgebiet.

Die sonstigen Gewaltakte gingen mehrheitlich von türkischen, kurdischen und iranischen Extremisten aus. Dabei wurden über 20 Personen verletzt.

Aufgrund des Rückgangs bei den Gewaltandrohungen und den Gesetzesverletzungen ohne Gewaltanwendung sank die Gesamtzahl der politisch motivierten Gewaltaktionen und sonstigen Gesetzesverletzungen ausländischer Extremisten in den alten Bundesländern auf 80 (1989: 113). Sie gliedern sich wie folgt:[8]

Terrorakte[9] und andere schwere Gewalttaten	1989	1990
Tötungsdelikte	8	1
Sprengstoffanschläge	3	2
Brandanschläge[10]	4	13
Zwischensumme	15	16
Sonstige Gewaltakte		
Freiheitsberaubungen	1	–
Raub/Erpressung	3	13
Körperverletzungen	16	11
Nötigung u. ä.	4	4
Gewalttaten insgesamt	39	44
Gewaltandrohungen	20	6
Sonstige Gesetzesverletzungen[11]	54	30
Insgesamt	113	80

II. Mitgliederentwicklung[12] und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen

1. Iren/Nordiren

Der nordirische Terrorismus heutiger Prägung ist eine Folge der seit fast 800 Jahren andauernden britisch-irischen Auseinandersetzungen um die Herrschaft über die irische Insel. Er findet zusätzlichen Nährboden in der vielfach agitatorisch mißbrauchten unterschiedlichen Religionszugehörigkeit der Bevölkerung: einerseits der überwiegend katholische irischstämmige Bevölkerungsteil und andererseits die vor allem im Nordosten Irlands (Provinz Ulster) ansässigen protestantischen Nachfahren britischer Siedler. Ferner trägt auch das in Nordirland parallel zur religiösen Trennungslinie verlaufende gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefälle zuungunsten des katholischen Bevölkerungsteils zu der Auseinandersetzung bei, die inzwischen einer ausweglosen Spirale aus Gewalt und Gegengewalt gleicht.

Seit 1969 führt die (katholische) »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) ihren terroristischen Kampf auch unmittelbar gegen die britische Armee. Die britische Regierung hatte am 14. August 1969 auf dem Höhepunkt des Bürgerkrieges in Nordirland Armee-Einheiten nach dort entsandt, um die gegnerischen Seiten auseinanderzuhalten. Die PIRA versucht seitdem gewaltsam, den Abzug dieser Truppen zu erzwingen.

Der Konflikt kostete allein 1990 in Nordirland über 70 Menschenleben. So verübte die PIRA am 24. Oktober zwei Bombenanschläge auf Straßenkontrollpunkte der britischen Armee in Londonderry und Newry. Die Terrorakte forderten sieben Todesopfer und zahlreiche Verletzte. Die Täter hatten Geiseln gezwungen, mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge an die Ziele heranzufahren.

Während in Nordirland verschiedene protestantische und katholische Terrorgruppen agieren, sind in Deutschland nur Aktivitäten der PIRA festzustellen.

PIRA erweist sich erneut als gefährlichste ausländische Terrororganisation

Trotz einer Reihe von Festnahmen mutmaßlicher PIRA-Mitglieder sowohl auf den britischen Inseln als auch auf dem europäischen Kontinent (sieben Festnahmen in Belgien und in den Niederlanden im Jahre 1990) gelang es nicht, die mörderischen Aktivitäten der PIRA zu unterbinden. Die Organisation setzte auch 1990 ihre 1987 eingeleitete Anschlagsserie auf dem europäischen Kontinent unvermindert fort:

- Am 4. Mai versuchte ein Terrorkommando der PIRA, in einer britischen Kaserne in Hannover eine aus annähernd 50 Kilogramm

AN PHOBLACHT
Republican News
LATE NEWS
Shoot-to-kill
IRA strikes in London

Plastiksprengstoff bestehende Sprengladung anzubringen. Dabei wurden die Terroristen von einem zivilen Wachposten überrascht. Nachdem die Täter auf diesen mehrere Schüsse abgegeben hatten, flüchteten sie. Über die britische Presseagentur »Associated Press« (AP) in London bezichtigte sich die PIRA am Tag darauf der geplanten Tat, deren erfolgreiche Durchführung vermutlich mehrere britische Soldaten das Leben gekostet hätte.

- Ein PIRA-Kommando erschoß am 27. Mai in Roermond/Niederlande zwei australische Urlauber, die es irrtümlich für Soldaten der britischen Rheinarmee gehalten hatte.

- Am 2. Juni wurde ein britischer Offizier vor seinem Haus in Dortmund durch mehrere Schüsse in den Kopf getötet. Während der daraufhin eingeleiteten Fahndung verfolgten Polizeibeamte das Fluchtfahrzeug. Die Täter gaben aus dem Fahrzeug heraus mehrere Schüsse auf einen Streifenwagen ab, die einen Beamten verletzten. Der Fluchtwagen wurde später verlassen aufgefunden. Noch am selben Tag veröffentlichte die PIRA in Dublin eine Taterklärung.

- Ein PIRA-Kommando verübte am 14. Juni einen Sprengstoffanschlag auf das Gebäude eines britischen Übungsgeländes in Hameln. Das Haus wurde völlig zerstört. Menschen kamen nicht zu Schaden. Am 15. Juni bezichtigte sich die PIRA in Dublin des Anschlags.

Am 7. September gelang es den deutschen Sicherheitsbehörden, eine konspirative Wohnung in Hannover zu entdecken, die von mußmaßlichen PIRA-Mitgliedern angemietet worden war.

2. Araber

2.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1990 (1989)
3.100	–	–	3.100 (3.650)

2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Arabische – insbesondere palästinensische – Gruppen haben 1990 im alten Bundesgebiet keine Terroranschläge verübt. Dies dürfte zum einen auf die Zurückhaltung der Unterstützerstaaten, zum anderen darauf zurückzuführen sein, daß es der Führung der »Palästinensischen Befreiungsorganisation« (PLO) gelang, ihre Mitgliederorganisationen auf dem Verhandlungskurs zu halten und Gewalttaten außerhalb Palästinas (noch) zu verhindern. Wie instabil die

Palästinensische Terroristen drohen Anschläge gegen westliche Ziele an

Sicherheitslage in der Nahostregion ist, zeigt der Ausbruch der Golfkrise am 2. August. Für den Fall kriegerischer Auseinandersetzungen mit den in der Region stationierten internationalen Truppenverbänden hatte der irakische Staatspräsident Saddam HUSSEIN Terrorakte gegen westliche Einrichtungen angekündigt. In diesem Zusammenhang drohte auch der Führer der »Palästinensischen Befreiungsfront« (PLF), ABU AL ABBAS, in einem Interview mit Anschlägen. Kein Land, das die Aggression gegen den Irak unterstütze, werde verschont bleiben.

Arabische Gruppen im Bundesgebiet nahmen die Golfkrise zum Anlaß zahlreicher Demonstrationen, die sich zum größten Teil gegen die USA und deren Truppenstationierung in der Golfregion richteten. Vor allem Angehörige palästinensischer Organisationen begrüßten es mehrheitlich, daß der Irak dem Westen und der »arabischen Reaktion« die »Stirn bot«. Besonderen Anklang fand, daß der irakische Staatschef in öffentlichen Erklärungen die Lösung des Palästinenserproblems mit der Entwicklung am Golf verknüpfte. So wurde am 29. September in Berlin (West) eine pro-irakische Kundgebung mehrerer palästinensischer Gruppen veranstaltet. Vertreten waren Anhänger der »Fatah«, der »Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas« (DFLP) und der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP). Im Verlauf der von etwa 300 Personen besuchten Veranstaltung verlas ein »Fatah«-Funktionär ein Flugblatt, in dem es u. a. hieß, Ziel der USA und Israels sei es, die Entwicklung des Irak zu einer unabhängigen arabischen Macht zu verhindern. Die USA übten Druck auf die Vereinten Nationen aus, um diese als Deckmantel ihrer aggressiven Ziele zu benutzen[13].

Im September forderten mehrere palästinensische und deutsche linksextremistische Gruppen, darunter PFLP, DFLP und der »Palästinensische Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (PAV), in einer Resolution den Abzug der fremden Truppen aus Saudi-Arabien. Die Verfasser verurteilten ferner die »reaktionären arabischen Regime«, die gegen den Willen der Bevölkerung imperialistische Mächte auf arabischen Boden gerufen hätten [14]. Die irakische Botschaft in Bonn verteilte Anfang Oktober an Sympathisanten Propagandamaterial, in dem Saddam HUSSEIN die arabischen Völker und die Muslime in der ganzen Welt zum Sturz der autokratischen arabischen Herrscherfamilien aufrief.

Auch die Eskalation der Gewalt in den von Israel besetzten Gebieten, in denen die sog. Intifada (Aufstand) der Palästinenser ins vierte Jahr geht, war Gegenstand von Kundgebungen im Bundesgebiet. Am 5. Januar veranstaltete der PAV in Berlin (West) gemeinsam mit dem »Palästinensischen Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.« (PSV) eine von etwa 300 Personen besuchte Kundgebung aus Anlaß des »25. Jahrestages der

Palästinensischen Revolution«. Ein Redner der »Fatah« erklärte, die Intifada werde von der Bevölkerung als Versuch der Befreiung der Palästinenser akzeptiert. Am 13. Januar beging die »Fatah« in Bonn ihren Gründungstag. An der Veranstaltung nahmen rund 600 Personen teil, darunter ein Angehöriger der PLO-Vertretung »Informationsstelle Palästina« (ISPA).

Angehörige palästinensischer Terrorgruppen in der ehemaligen DDR ausgebildet

Den Verfassungsschutzbehörden ist bekannt, daß in der ehemaligen DDR – wie auch in Ländern des ehemaligen Ostblocks – Angehörige palästinensischer Widerstands- und Terrorgruppen, wie z. B. der »Fatah«, der PFLP und der »Abu Nidal-Organisation« (ANO), militärisch und ideologisch ausgebildet wurden. Der Verbleib

dieser Kader nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist noch unklar; dies gilt auch für Reststrukturen von Zellen staatsterroristisch tätiger nah- und mittelöstlicher Länder. Die Verfassungsschutzbehörden bemühen sich, auch dieses Gefährdungspotential aufzudecken.

Schiitische Extremisten bauen Terrornetz in Europa auf

Die schiitisch-extremistische »Hizb Allah« (Partei Gottes) arbeitet daran, ein Terrornetz in Europa aufzubauen. Dies belegen umfangreiche Sprengstoffunde, u. a. in Spanien. Die Gefahr terroristischer Anschläge aus diesem Bereich dauert an, zumal nach wie vor zwei »Hizb Allah«-Angehörige in Deutschland inhaftiert sind und immer noch zwei Bundesbürger von schiitischen Extremisten im Libanon als Geiseln festgehalten werden.

3. Kurden

3.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1990 (1989)
3.000	450	–	3.450 (2.950)

3.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

PKK weiterhin aktivste und militanteste kurdische Widerstandsbewegung

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK) ist seit Jahren die aktivste und militanteste Vereinigung extremistischer Kurden in Deutschland. Zur Erreichung ihres politischen Zieles – der Schaffung eines unabhängigen kurdischen Staates – setzt sie gewaltsame Mittel ein und bedient sich konspirativer Methoden.

Im Kampf gegen den türkischen Staat operiert die marxistisch-leninistische Kaderorganisation, auf deren ideologische Ausrichtung die politischen Veränderungen in Osteuropa bislang keine Auswirkungen zeigten, im Südosten der Türkei offen mit terroristischen Mitteln. Anschlagsziele der »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK), des »militärischen« Arms der PKK, sind türkische Sicherheitskräfte und deren Einrichtungen, die Zivilbevölkerung im Kurdengebiet, soweit sie sich der Agitation der PKK verschließt, aber auch die vornehmlich staatlich orientierte Wirtschaftsstruktur. Bei diesen gewalttätigen Auseinandersetzungen wurden seit 1984 in der Türkei mehr als 1.000 Menschen getötet. Nach wie vor sieht sich die türkische Regierung gezwungen, in einigen Provinzen der Südosttürkei den Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten und starke Armeekräfte einzusetzen. Von den Maßnahmen ist dabei auch die

Zivilbevölkerung betroffen. Eine Beilegung des Konfliktes erscheint – auch nach Beendigung des Golfkrieges – auf absehbare Zeit nicht wahrscheinlich.

Mordverdächtiger PKK-Funktionär in Aachen festgenommen

Am 17. April wurde in Aachen ein PKK-Funktionär bei der Einreise ins Bundesgebiet festgenommen. Gegen ihn bestand ein Haftbefehl wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord. Ihm wird vorgeworfen, an der Tötung des PKK-Angehörigen Abdullah HÖS-GÖREN im Jahr 1987 beteiligt gewesen zu sein. Die zerstückelte Leiche HÖS-GÖRENs war am 25. Februar 1990 – in skelettiertem Zustand und in Plastiksäcke verpackt – in der Nähe von Gummersbach aufgefunden worden.

HÖSGÖREN war innerhalb der PKK in Verdacht geraten, »Agent« einer anderen Organisation zu sein. Dem in Aachen Festgenommenen wird zudem u. a. vorgeworfen, an der »Bestrafung« von abtrünnigen PKK-Mitgliedern und Parteigegnern mitgewirkt zu haben. Zusammen mit drei weiteren Funktionären der PKK muß er sich seit dem 8. Januar 1991 vor dem OLG Celle verantworten.

Das Landgericht Berlin verurteilte am 26. März den ehemaligen PKK-Funktionär Ali CETINER wegen eines 1984 gemeinschaftlich begangenen Mordes an einem Türken zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren. Bei der Strafzumessung wandte das Gericht erstmals die Kronzeugenregelung für Terroristen an, weil CETINER ein umfangreiches Geständnis ablegte und seine Aussagen zur Anklageerhebung gegen weitere PKK-Funktionäre führten.

Anhänger der PKK agitieren gegen Strafprozeß in Düsseldorf

Mit Protestaktionen begleiteten Anhänger der PKK auch 1990 den im Oktober 1989 vor dem OLG Düsseldorf begonnenen Strafprozeß gegen nunmehr 16 ehemals führende Parteifunktionäre, denen u. a. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Mord vorgeworfen wird. So demonstrierten am 27. Oktober in Karlsruhe anläßlich des ersten Jahrestages des Prozeßbeginns etwa 250 Personen. Die Teilnehmer forderten u. a. Freiheit für die »politischen Gefangenen« und zeigten Transparente mit Aufschriften wie »Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt – BRD raus aus Kurdistan«. Die PKK-Teilorganisation »Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.« (FEYKA-Kurdistan) veranstaltete vom 19. bis 29. Mai einen Protestmarsch von Bielefeld nach Düsseldorf. An der Kundgebung, die vor dem Gebäude des OLG endete, nahmen ungefähr 100 Personen teil.

PKK-Angehörige erpressen Geld für Kampf im Heimatland

Bewaffnete PKK-Angehörige versuchten im November in Baden-Württemberg mehrmals, von Geschäftsleuten bzw. deren Kunden Geld für die PKK bzw. »Landsleute in der Heimat« zu erpressen.

PKK feiert Jahrestag ihrer Gründung mit 15.000 Teilnehmern

Den Jahrestag ihrer Gründung (27. November 1978) feierte die PKK am 20. Oktober in der Kölner Sporthalle. An der Veranstaltung nahmen etwa 15.000 Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Bei weiteren Großveranstaltungen am 4. bzw. 11. August in Hannover und Wuppertal erinnerte die Partei an ihren im Jahr 1984 aufgenommenen bewaffneten Widerstandskampf. In Hannover beteiligten sich ca. 2.000, in Wuppertal etwa 4.500 Personen. Am 21. April demonstrierten ca. 7.500 Kurden in Köln für einen unabhängigen kurdischen Staat. Veranstalter war die FEYKA-Kurdistan. In einer deutschsprachigen Flugschrift, die während einer Demonstration am 9. August in Wiesbaden verteilt wurde, riefen »Freundeskreise« der PKK dazu auf, sich mit dem Widerstandskampf des kurdischen Volkes zu solidarisieren und keine Reisen in die Türkei zu unternehmen[15]. Die Propagandaorganisation der PKK, die »Nationale Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK), verbreitete im Bundesgebiet Flugschriften, in denen zum Boykott türkischer Dienstleistungen und Waren aufgerufen wurde, da die daraus resultierenden Einnahmen in der Türkei für Militärzwecke und Gefängnisbauten verwendet würden [16].

4. Iraner

4.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1990 (1989)
2.700	50	250	3.000 (3.250)

4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

4.2.1 Überblick

Mehr als ein Jahr nach dem Tod Ayatollah KHOMEINIs hat sich die eher pragmatische Richtung der Regierung Rafsandjanis weiter konsolidiert. Der Einfluß der radikalen Kräfte scheint geringer zu werden. Die breit gefächerte Opposition, deren wesentliche Organisationen auch in Deutschland tätig sind, konnte allerdings daraus bisher noch keinen Nutzen ziehen.

Die gewaltsame Bekämpfung von Dissidenten – auch in Europa – hielt an. Im Iran selbst wurden angeblich weiterhin Regimegegner hingerichtet.

4.2.2 Anhänger der iranischen Regierung

Als einzige iranische Organisation vertritt die »Union islamischer Studentenvereine in Europa« (U.I.S.A.) im Bundesgebiet die ideologischen Zielvorstellungen der islamischen Revolution im Iran. Die Richtungskämpfe innerhalb der iranischen Führung haben vermutlich dazu geführt, daß die Aktivitäten der Gruppe nachgelassen haben. Die U.I.S.A. führte 1990 lediglich mehrere interne Veranstaltungen durch. Daneben trat sie gemeinsam mit einer Spaltergruppe des türkischen »Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln« (ICCB) als Veranstalter einer Demonstration am 21. April in Bonn auf. Anlaß der Kundgebung war der von Ayatollah KHOMEINI ausgerufene sog. Jerusalemtag, der die Muslime an ihre Verpflichtung zur »Befreiung Jerusalems von den Zionisten« erinnern soll. Die etwa 1.500 Demonstranten verteilten Flugblätter, die sich mit dem »islamischen Aufstand des palästinensischen Volkes« beschäftigten.

Regimetreue U.I.S.A. solidarisiert sich mit dem Aufstand der Palästinenser

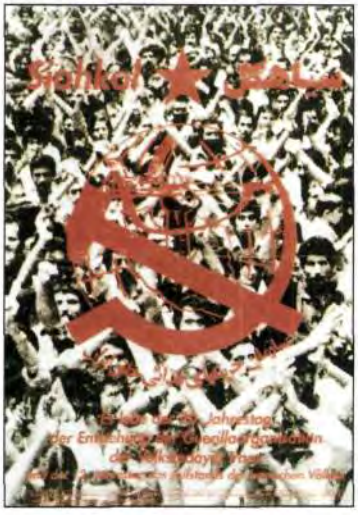
4.2.3 Gegner der iranischen Regierung

Größte iranische Oppositionsgruppe im Bundesgebiet ist die der »Neuen Linken« zuzurechnende »Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.« (MSV), die als hiesiger Zweig der »Organisation der Volksmodjahedin Iran« (PMOI) gilt. Die MSV veranstaltete vom 19. bis 30. Januar in Bonn eine Hungerstreikaktion, an der sich bis zu 50 Personen beteiligten. Mit Plakaten machten die Aktivisten auf Menschenrechtsverletzungen im Iran aufmerksam. Die etwa 360 Teilnehmer der Abschlußkundgebung erklärten sich mit den Angehörigen von politischen Gefangenen und Hinrichtungsopfern im Iran solidarisch.
Nachdem am 24. April in Genf der Bruder des PMOI-Führers Massoud RADJAVI, Dr. Kazem RADJAVI, ermordet worden war, demonstrierten 370 MSV-Anhänger am 27. April in Bonn gegen den Iran. Sie machten iranische Stellen für den Tod RADJAVIs verantwortlich. Im Mai fühlte sich ein in Köln lebender Funktionär der MSV von ira-

nischen Landsleuten ausgespäht und bedroht. Am 28. Mai nahm die Polizei daraufhin zwei Iraner fest.

Oppositionelle iranische Linksextremisten fühlen sich von Landsleuten bedroht

Da die polizeilichen Ermittlungen den Verdacht auf Anschlagsvorbereitungen nicht erhärten konnten, mußten die beiden wieder auf freien Fuß gesetzt werden. In einer am 30. Mai von der MSV veröffentlichten Erklärung kritisierte Massoud RADJAVI die Freilassung. Die Aktivisten des Widerstandes hätten nun keine andere Wahl, als ihren Schutz in die eigenen Hände zu nehmen[17]. Etwa 2.000 Anhänger und Sympathisanten der MSV forderten bei einer Großveranstaltung am 22. Juni in Bonn den Sturz des »Mullah-Regimes« im Iran.



Die ebenfalls der »Neuen Linken« zuzurechnende »Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran« (O.I.P.F.G.) zeigte 1990 keine öffentlichen Aktivitäten.

Aktivitäten der orthodox-kommunistischen iranischen Gruppen gingen stark zurück

Die politischen Umwälzungen in Osteuropa führten bei den orthodox-kommunistischen Gruppierungen, wie der »Tudeh-Partei Iran« und der »Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)« (O.I.S.) zur politisch-ideologischen Orientierungslosigkeit. Diese Gruppen stellten ihre Aktivitäten weitgehend ein.

Die Aktivitäten des »Rates der konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (R.K.M.I.), Dachverband der iranischen Monarchisten im Bundesgebiet, gingen in der zweiten Jahreshälfte ebenfalls deutlich zurück. Dies dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß der Schah-Sohn Reza

PAHLEWI in seinen Bemühungen um die Bildung einer Volksfront aller iranischen Oppositionellen keine konkreten Erfolge erzielen konnte. Im Frühjahr kursierte in Kreisen iranischer Monarchisten im Bundesgebiet ein 14-Punkte-Programm Reza PAHLEWIs, in dem dieser zum Ausdruck brachte, daß es in erster Linie um die Befreiung Irans vom »Joch des Mullah-Regimes« gehe.

Etwa 800 Anhänger der iranischen Monarchiebewegung demonstrierten am 10. Februar in Köln aus Anlaß des 11. Jahrestages der islamischen Revolution im Iran. Die Kundgebungsteilnehmer skandierten Parolen wie »Nieder mit der islamischen Republik«.

5.Türken (ohne Kurden)

5.1 Mitgliederentwicklung

	Kern-organisationen	Neben-organisationen	Insgesamt 1990	(1989)
Orthodox-kommunistische Gruppen	50	2.680	2.730	(2.980)
»Neue Linke« und sozialrevolutionäre Gruppen	3.090	920	4.010	(4.220)
Extrem-nationalistische Gruppen	6.630	–	6.630	(6.450)
Islamisch-extremistische Gruppen	16.730	–	16.730	(15.700)
Insgesamt	26.500	3.600	30.100	(29.350)

5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

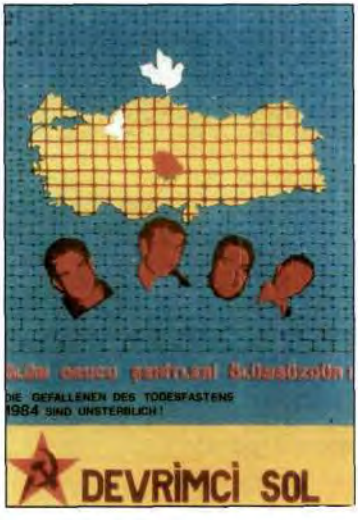
5.2.1 Überblick

Die türkischen Extremistengruppen bilden nach wie vor den mitgliederstärksten Bereich des Ausländerextremismus. Sie tragen ihren Kampf gegen das politische System ihres Heimatlandes auch in Deutschland aus; ihre Agitation richtet sich dabei aber auch gegen die freiheitliche demokratische Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ihr politisch-extremistisches Spektrum umfaßt sowohl die extreme Linke und extreme politische Rechte (Nationalisten) als auch den islamischen Extremismus. Den Exponenten aller

ideologischer Richtungen ist gemeinsam, daß sie das derzeitige politische System in der Türkei – zum Teil auch mit Gewalt – beseitigen wollen, um eine an den jeweiligen Zielvorstellungen ausgerichtete Gesellschaftsform zu schaffen. Das Erstarken extremistischer Erscheinungsformen wird nicht zuletzt durch die angespannte Wirtschaftslage in der Türkei, die ihren Niederschlag in großer Arbeitslosigkeit sowie einer hohen Inflationsrate findet, und ein starkes Bevölkerungswachstum gefördert.

5.2.2 »Neue Linke«

Die Extremistengruppe »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke), die 1983 in der Bundesrepublik Deutschland verboten wurde und hier auch unter der Tarnbezeichnung »Avrupa'da Dev Genc« (Revolutionäre Jugend in Europa) agitiert, bedient sich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele weiterhin gewaltsamer Mittel. So bekannte sich die Gruppe zu einem Schußwaffenattentat, bei dem am 26. September in Istanbul ein ehemaliger stellvertretender Staatssekretär ums Leben kam, der auch für den türkischen Nachrichtendienst MIT zuständig war. Bereits im Frühjahr hatte »Devrimci Sol« in einem im Bundesgebiet verbreiteten deutschsprachigen Flugblatt zum Kampf gegen den »Staatssicherheitsdienst« aufgerufen[18].



Anhänger der verbotenen »Dev Sol« erleidet während einer Demonstration Schußverletzungen

Während einer Kundgebung von »Devrimci Sol«-Anhängern vor dem türkischen Generalkonsulat in München am 1. Mai fielen aus der Vertretung heraus Schüsse. Ein Demonstrant erlitt eine Schußverletzung am Oberarm. »Avrupa'da Dev Genc« griff den Vorfall in einem Flugblatt auf. Darin riefen die Verfasser die »Werktätigen« auf, gegenüber der brutalen Politik der Türkei und des deutschen Imperialismus nicht stillzuhalten[19].

»Dev Sol«-Anhänger treiben gewaltsam Geld für ihre Organisation ein

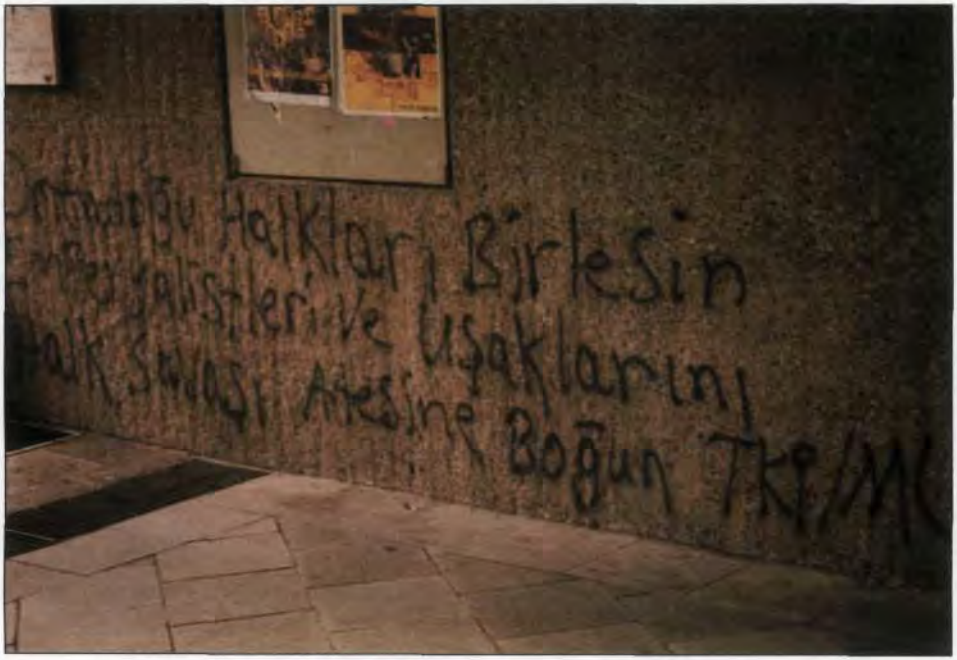
Am 30. Oktober erschienen sechs »Devrimci Sol«-Anhänger in einer Hamburger Gaststätte und forderten von dem deutschen Pächter 1.500 DM für ihre Organisation. Sie drohten damit, im Weigerungsfall das Lokal »auseinanderzunehmen«. Durch das Eingreifen einiger Gäste konnten die Erpresser von der Polizei festgenommen werden, die einen Gasrevolver, Zahlungsbelege und Flugschriften der Organisation sicherstellte.

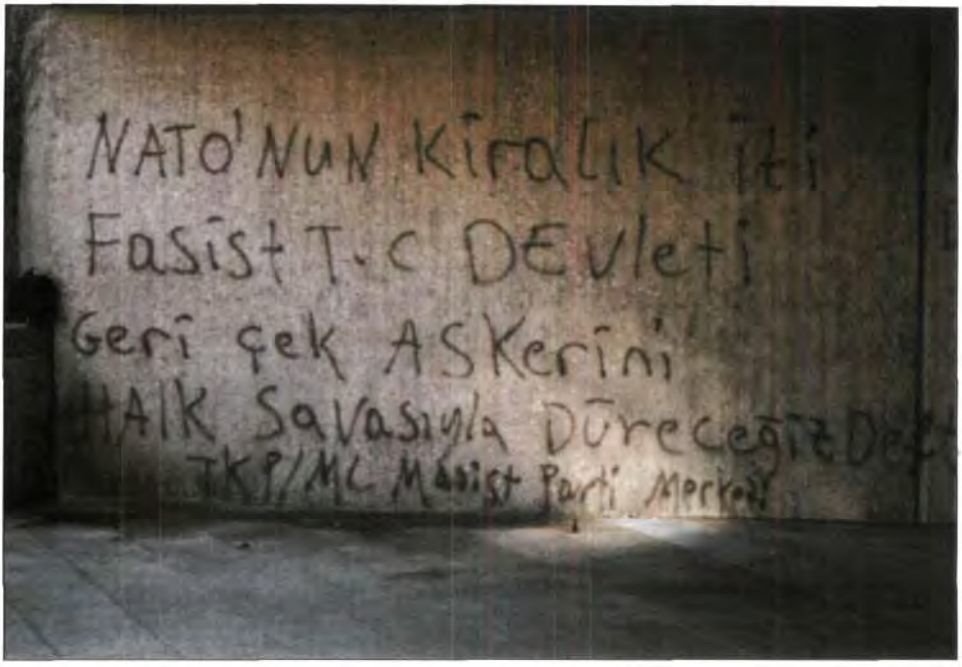
TKP-M-L stellt weiterhin ein erhebliches Gewaltpotential dar

Auch die Anhänger der »Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/M-L) stellen weiterhin ein erhebliches Gewaltpotential dar. Dies wurde erneut deutlich, als die Polizei am 19. Januar in Duisburg bei der Festnahme von zwei Mitgliedern eine Handfeuerwaffe mit Schalldämpfer nebst dazugehöriger Munition sicherstellte. Im Verlauf der Ermittlungen wurden zwei weitere Schußwaffen und Munition aufgefunden.

Anhänger der TKP/M-L verüben Serie von Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen

Mußmaßliche Anhänger der TKP/M-L verübten am 13. Februar in mehreren Städten des Bundesgebietes Brandanschläge auf türkische Einrichtungen, u. a. auf das türkische Generalkonsulat in Frankfurt/M. Anlaß der Anschlagsserie war vermutlich die Tötung von zehn Parteiaktivisten durch türkische Sicherheitskräfte am 1. Februar in der Türkei.





In einer u. a. von »Avrupa'da Dev Genc« und der TKP/M-L herausgegebenen Flugschrift aus Anlaß der Ermordung eines »Devrimci Sol«-Anhängers in der Schweiz heißt es, gegenwärtig vermehrten sich die Aufgaben der Revolutionäre auch im Ausland. Daher müsse noch selbstloser, einsatzfreudiger und entschlossener im Ausland gehandelt werden.

Die Anhänger der TKP/M-L in der Bundesrepublik Deutschland sind im wesentlichen in der »Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa« (ATIK) und der »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.« (ATIF) organisiert.

Die Gruppe »Devrimci Isci« (Revolutionärer Arbeiter) entfaltete nur geringe Aktivitäten. Ihr Hauptagitationsthema war die Ausländerpolitik der Bundesregierung. In einem Rundschreiben behauptete »Devrimci Isci«, das neue Ausländergesetz degradiere nichtdeutsche Minderheiten zu Menschen zweiter Klasse [21].

5.2.3 Orthodoxe Kommunisten

Aktivitäten der türkischen orthodoxen Kommunisten stagnieren

Der türkische orthodoxe Kommunismus stellt für die innere Sicherheit unseres Landes derzeit kaum eine Gefährdung dar. Ursache hierfür ist neben dem Umwälzungsprozeß in Osteuropa die stagnierende Verbandsarbeit der bislang führenden Organisation, der »Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V.« (GDF).

Auch die Aktivitäten der übrigen orthodox-kommunistischen türkischen Gruppierungen haben in erheblichem Maße nachgelassen.

5.2.4 Islamische Extremisten

Der von Cemaleddin KAPLAN geführte »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln« (ICCB) strebt nicht nur den Sturz der türkischen Regierung, sondern auch die Abschaffung der politischen Parteien an. KAPLANs Vorbild ist ein theokratisch-diktatorisches Regierungssystem ähnlich demjenigen im Iran. Der Islam ist für ihn sowohl Religion als auch Staatsform. In dem Verbandsorgan »Ümmet-i Muhammed« (Die Nation Mohammeds) rief KAPLAN auch die Menschen der westlichen Welt dazu auf, sich vorbehaltlos zum Islam zu bekennen.

KAPLAN-Verband will neben dem Kommunismus auch die westlichen Demokratien beseitigen

Zu den Veränderungen in Osteuropa fragte der ICCB, ob nicht gleichzeitig mit dem Kommunismus die westlichen Demokratien abgeschafft werden könnten[22]. Im Zusammenhang mit dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait meinte der Verband, nicht die Lösung dieses Problems sei vordringlich, sondern die Beseitigung der gewaltsamen Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch den »terroristischen« israelischen Staat[23].

Am 21. Oktober feierte der ICCB in der Kölner Sporthalle das islamische Neujahrsfest. An der Veranstaltung nahmen schätzungsweise 5.000 Personen teil.

Neben dem ICCB ist die »Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.« (AMGT) die zweite große Organisation türkischer islamischer Fundamentalisten in Deutschland. Ihre Jahreshauptversammlung veranstaltete die AMGT am 26. Mai ebenfalls in der Kölner Sporthalle. Unter den mehr als 10.000 Teilnehmern befand sich auch Prof. ERBAKAN, Vorsitzender der »Wohlfahrtspartei« (RP), die als Nachfolgeorganisation der in der Türkei verbotenen und aufgelösten »Nationalen Heilspartei« (MSP) gilt.

5.2.5 Extreme Nationalisten

ADÜTDF durch Spaltung nachhaltig

Die »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.« (ADÜTDF) scheint durch ihre 1987 erfolgte Spaltung nachhaltiger geschwächt , als es zunächst den Anschein hatte. Die Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit war von weitgehender Inaktivität gekennzeichnet.

Der Jahreskongreß der ADÜTDF fand – wie im Jahr 1989 – in Belgien statt. Hauptredner war Alparslan TÜRKES, der die rechtsextremistische türkische »Partei der nationalistischen Bewegung« (MHP) bis zu ihrer behördlichen Auflösung leitete und nun deren Nachfolgeorganisation »Nationalistische Arbeitspartei« (MCP) führt.

6. Sonstige

6.1 Jugoslawen

Die mit dem Nationalitätenproblem verbundenen innenpolitischen Kontroversen in Jugoslawien haben sich weiter verstärkt. Im Mittelpunkt stehen der Konflikt zwischen Kroaten und Serben in Kroatien, die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens sowie die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Serben und den in der »autonomen« Provinz Kosovo lebenden Albanern, die sich politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich stark benachteiligt fühlen. Der Niedergang des orthodoxen Kommunismus, bislang eine der bindenden Klammern des Vielvölkerstaates Jugoslawien, begünstigt die Entwicklung zu einer Auflösung des Bundesstaates. Sowohl Slowenien als auch Kroatien haben den Zusatz »sozialistisch« aus dem Namen ihrer Republik gestrichen.
Anders als es die Entwicklung in Jugoslawien befürchten ließ, entfalteten jugoslawische Extremisten im Bundesgebiet kaum nennenswerte sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

Brandanschlag auf jugoslawisches Generalkonsulat mit mutmaßlichem politischen Hintergrund

Lediglich ein Brandanschlag auf das jugoslawische Generalkonsulat in Frankfurt/M. am 21. Oktober mit nur geringem Sachschaden läßt die Vermutung zu, daß es sich um eine politisch motivierte Tat handelte.

Die zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen im Kosovo nahmen kosovo-albanische Gruppierungen im Bundesgebiet zum Anlaß, Protestdemonstrationen abzuhalten, die aber ausnahmslos friedlich verliefen. Wie in den vergangenen Jahren taten sich dabei die Anhänger der pro-albanischen »Volksbewegung für die Republik Kosovo« (LPRK) und der nationalistischen »Nationaldemokratischen Liga der Albanischen Treue« (N.D.SH.) besonders hervor.

6.2 Sikhs

Die Bestrebungen extremistischer Sikhs, einen unabhängigen Staat »Khalistan« (Land der Reinen) in dem Gebiet des indischen Bundesstaates Punjab zu gründen, führten 1990 zu einer Welle von Morden und anderen Gewalttätigkeiten in Indien sowie zu Zusammenstößen mit den dortigen Sicherheitskräften.

Anhänger der auch in Deutschland aktiven »International Sikh Youth Federation« (ISYF) beteiligten sich am 27. Januar in Bonn gemeinsam mit Angehörigen anderer Sikh-Gruppierungen an einer Kundgebung. Die annähernd 200 Teilnehmer forderten die Unabhängigkeit des Punjab. In einem Flugblatt aus Anlaß des indischen Unabhängigkeitstages (15. August) griff die ISYF das Vorgehen der indischen Regierung gegen die dortige Opposition an und appellierte an die deutschen Politiker, sich für das Selbstbestimmungsrecht der Sikhs einzusetzen. Am 28. September fiel in der Schweiz ein ehemaliger

Angehöriger der ISYF einem Mordanschlag zum Opfer. Der Tat waren gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verfeindeter Sikh-Gruppen vorausgegangen. Vermutlich auf Veranlassung extremistischer Gruppierungen waren im Bundesgebiet bereits 1989 zwei Sikhs ermordet worden.

Erneut Sikh Opfer mutmaßlicher Rivalitätskämpfe

6.3 Tamilen

Die Extremisten unter den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Tamilen aus Sri Lanka sind überwiegend in der deutschen Sektion der international tätigen »Liberation Tigers of Tamil Eelam« (LTTE) organisiert. Die LTTE versucht mit militärischen Mitteln und durch Guerillaoperationen, in Teilen der Insel Sri Lanka einen »sozialistischen und antiimperialistischen« unabhängigen Staat »Tamil Eelam« zu schaffen. Die Kämpfe zwischen den (singhalesischen) Regierungstruppen und den tamilischen Extremisten erreichten 1990 ein noch nicht dagewesenes Ausmaß.

Den Verfassungsschutzbehörden liegen Hinweise dafür vor, daß Angehörige der deutschen Sektion der LTTE nach wie vor versuchen, auch durch Spendenerpressung Gelder für den bewaffneten Kampf im Heimatland zu beschaffen.

LTTE treibt Geld für Kampf im Heimatland ein

III. Erläuterungen und Dokumentation

1. Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
2. Wegen fehlender Organisationsstruktur keine Angaben über Mitgliederzahlen der Iren.
3. Bei Angehörigen folgender Nationalitäten liegen Erkenntnisse über extremistische bzw. entsprechend beeinflußte Bestrebungen vor: Armenier, Äthiopier, Chilenen, Griechen, Inder, Jugoslawen, Spanier, Tamilen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.
4. Zur »Neuen Linken« werden hier linksextremistische Gruppen gezählt, die sich auf die marxistische Ideologie stützen, jedoch den orthodoxen Kommunismus ablehnen, sowie Gruppen mit sozialrevolutionär nationalistischer Einstellung.
5. Extrem-nationalistische Gruppen sind Vereinigungen, die nationalistische Ziele in aktiv kämpferischer, aggressiver Haltung verfolgen.
6. Islamisch-extremistische Gruppen sind Vereinigungen, die ein islamisch fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.
7. Die Gesamtzahl der Organisationen für das Jahr 1989 umfaßt zwei rechtsextremistische Gruppen, die wegen Wegfalls der gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr beobachtet werden und daher in der Tabelle für das Jahr 1990 nicht mehr gesondert aufgeführt sind.
8. Die Übersicht enthält ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Aktionen. Die Gewaltandrohungen sind gesondert aufgeführt. Jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung ist nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen begangen worden, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerer wiegenden Verstoßes gezählt.
9. Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in §§ 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge,

die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationensveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

10. In der Zahl für 1990 sind drei Fälle enthalten, bei denen es sich um »Demonstrationsereignisse« im Zusammenhang mit Kundgebungen extremistischer Türken bzw. Kurden handelt. In zwei weiteren Fällen liegen keine konkreten Hinweise auf die Täter vor; der zeitliche Zusammenhang mit anderen politisch motivierten Gewalttaten von Ausländern, vor allem aber die Auswahl der Zielobjekte sprechen für eine Urheberschaft ausländischer Extremisten.
11. Sonstige Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Verstöße gegen Straf- oder Bußgeldvorschriften in erkennbarem Zusammenhang mit politisch-extremistischer Tätigkeit (z. B. Verstöße gegen das VersammlungsG, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung u. ä.). Anders als bei der »Polizeilichen Kriminalstatistik – Staatsschutzdelikte« (PKS-S) beziehen sich die Zahlenangaben – ungeachtet des Zeitpunktes der Einleitung und des Standes der Ermittlungsverfahren – auf den Tatzeitpunkt im Kalenderjahr.
12. Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. -verlust.
13. Flugblatt in deutscher Sprache mit der Überschrift »Der Friede ist unteilbar, Hände weg vom Irak«: »... Den USA geht es vielmehr darum, die arabischen Ölfelder zu besetzen, die Zukunft der arabischen Völker zu diktieren und über die Energieversorgung der europäischen und ostasiatischen Länder zu bestimmen. Sie üben politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf die UNO-Mitgliedsstaaten aus, um die UNO als Deckmantel zu benutzen und ihre aggressiven Ziele zu erreichen. Sie haben die europäischen Länder in ihre kriegerischen Aggressionsvorbereitungen einbezogen...«
14. Resolution des »Palästinensischen Arbeiterverbandes in der Bundesrepublik und West-Berlin« (PAV) und anderer Organisationen in deutscher Sprache mit der Überschrift »Gemeinsame Resolution über die aktuelle Lage im arabischen Golf«: »...Wir fordern die Einstellung der militärischen Eskalation der Amerikaner sowie deren Verbündeten in der Golfregion und verlangen die Rücknahme des fremden Militärs von arabischem Boden.
    Die Anwesenheit des US-Militärs und seiner Verbündeten dient der Unterstützung der feudalistischen und diktatorischen Herrschaftsregime und einiger privilegierter Familien, die das Volk ausbeuten und das Vermögen gegen den Willen des Volkes für sich verbrauchen. Wir verurteilen das Verhalten einiger arabischer reaktionärer und feudalistischer Regime aufs Schärfste, die gegen den Willen der Bevölkerung fremde imperialistische Mächte auf arabischen Boden gerufen haben, um ihre Machtkontinuität gegen das Volk auch weiterhin gesichert zu wissen...«
15. Deutschsprachige Flugschrift des »Arbeiterkreises gegen den Kurdenprozeß Ffm., Feyka Ffm. Freunde des kurdischen Volkes Mainz« vom August 1990 unter der Überschrift »Urlaubsland Türkei, wo es so schön und sau-

ber ist?«: »Wollen Sie Urlaub in der Türkei machen? ... Im Land, wo das dortige Regime seit dem faschistischen Militärputsch am 12. September 1980 bis zum Dezember letzten Jahres folgende Menschenrechtsverletzungen beging: ...
»Das kurdische Volk, das in den Augen des faschistischen türkischen Regimes nicht einmal existiert, keine Rechte hat..., hat energisch protestiert gegen die grausame Unterdrückung, die Massaker, die Unterentwicklung und den Spezialkrieg, den die Türkei gegen die Kurden führt. ... Und ist Ihnen klar, daß es genau Ihre Devisen sind, die es der türkischen Junta ermöglichen, den Spezialkrieg gegen das kurdische Volk zu finanzieren ...?«

16. Flugschrift der »Nationalen Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK) in türkischer Sprache mit der Überschrift »Heldenhaftes Volk Kurdistans, beteilige Dich an der Kampagne unter dem Motto 'Kaufe keine türkischen Waren, boykottiere sie'!«:
»...Jeder Pfennig, den Ihr an türkische Banken und Anlagefirmen überweist oder für Verkehrsmittel wie die Fluggesellschaft THY (Anm.: türkische Luftverkehrsgesellschaft) oder türkische Exportgüter ausgebt, fließt direkt in die Kasse des faschistischen türkischen Staates und unterstützt, auch wenn Euch das nicht bewußt ist und Ihr es nicht wollt, das barbarische Regime.
Jeder Pfennig, den Du unbewußt für türkische Waren ausgibst, bedeutet für den kolonialistischen türkischen Staat noch mehr Militärflugzeuge, Militärhubschrauber, chemische Kampfgase, Gefängnisse und noch mehr und noch tödlichere Waffen für die Sonderkampfkommandos und Dorfschützer ... Deshalb hebe Dein Geld von den türkischen Banken und Anlagefirmen ab, kaufe keine türkischen Exportwaren. Unterrichte auch Deine Nachbarn, Bekannten und die Fremden, mit denen Du zu tun hast, über den Zweck des Boykotts und bringe sie dazu, an der Kampagne teilzunehmen...«

17. Presseerklärung des »Büros der Volksmodjahedin Iran – Paris« vom 30. Mai 1990 in deutscher Sprache, weitergeleitet vom »Pressebüro der Volksmodjahedin Iran – Köln«, mit der Überschrift »Terrorismus der Mullahs – Bundesrepublik Deutschland«:

»... Die Volksmodjahedin Iran bekunden ihr großes Bedauern über die Freilassung der beiden Terroristen des Mullah-Regimes, die am 28. Mai in Köln festgenommen worden waren. ...Die Terroristen sind Agenten des Informationsministeriums (Geheimpolizei) des Khomeini-Regimes. ...Gestern erklärte die Kölner Staatsanwaltschaft, daß die beiden festgenommenen Terroristen die Gegner der islamischen Republik wahrscheinlich überwacht hätten, aber dies stelle an sich noch keine Straftat dar ...Der iranische Widerstandsführer Massoud Radjavi erklärte ..., angesichts solcher Stellungnahmen wie die der Kölner Staatsanwaltschaft haben die Aktiven des Widerstandes und die iranischen politischen Flüchtlinge natürlich keine andere Wahl, als ihren Schutz in die eigenen Hände zu nehmen!«

18. Flugblatt der »Devrimci Sol« in deutscher Sprache mit der Überschrift »Ein weiteres Opfer des faschistischen Regimes in der Türkei: Muammer Aksoy« (Mord an einem türkischen Intellektuellen, für den nach Auffassung der »Devrimci Sol« türkische staatli-

che Stellen verantwortlich sind): »... An die patriotischen Soldaten und Polizisten.
Aufgrund Eurer Berufe habt Ihr die Möglichkeit, an Informationen über Morde und Massaker zu gelangen. Es ist Eure Aufgabe, diese an die Revolutionäre und an das Volk zu geben, um somit Verbrechen, wie sie an M. Aksoy verübt wurden, aufzudecken...
Nieder mit den Mördern der Revolutionäre, dem Staatssicherheitsdienst, der konterrevolutionären Organisation zur Bekämpfung des Terrorismus!...«

19. Flugblatt der »Avrupa'da Dev Genc« in türkischer Sprache: »...Arbeiter und Werktätige. Bleibt gegenüber dieser brutalen Politik der Türkei und des deutschen Imperialismus nicht still. Alle, die Ihr Euch Revolutionäre, Demokraten und Vaterlandsliebende nennt, fordern wir auf, eine Haltung einzunehmen, die diese Politik, sowohl des türkischen als auch des deutschen Imperialismus, verpuffen läßt. Die Auslandsvertreter des faschistischen Regimes werden den Angriff auf die Revolutionäre bezahlen!...«
20. Flugblatt der »Avrupa'da Dev Genc« und anderer Organisationen in türkischer Sprache unter der Überschrift »An die revolutionäre demokratische Öffentlichkeit«: »... In der gegenwärtigen Zeit, in welcher die Konterrevolution ihre Übergriffe verstärkt, vermehren sich die Aufgaben der Revolutionäre im Ausland. Es ist notwendig, das Ausland nicht mehr als Zufluchtsort zu betrachten, sondern zu einem Territorium zu machen, von welchem aus die Bedürfnisse der revolutionären Bewegung im Lande befriedigt werden, und wo noch selbstloser, noch einsatzfreudiger und entschlossener gehandelt wird. Unsere Verantwortung unseren Märtyrern und unseren Völkern gegenüber erfordert dies...«
21. Deutschsprachiges Flugblatt der »Devrimci Isci« vom 19. Juli 1990:
»Liebe Freundinnen und Freunde, ... trotz Protesten von Emigrantenorganisationen und -initiativen sowie demokratischer Kräfte hat die Bundesregierung ein neues Ausländergesetz durch den Bundestag und -rat durchgepeitscht, das die nichtdeutschen Minderheiten völlig entrechtet, zu Menschen zweiter Klasse degradiert und dessen Grundtendenz vom wachsenden Rassismus und deutschem Nationalismus bestimmt wird. In Zeiten deutsch-deutscher Wiedervereinigungseuphorie sollen die EmigrantInnen im künftigen wiedervereinigten Deutschland zur rechtlosen Manövriermasse der Herrschenden werden...«
22. »Ümmet-i Muhammed«, Nr. 15 vom 15. Januar 1990, in türkischer Sprache unter der Überschrift »Wie schnell ist der Kommunismus untergegangen?«: »... Auch der Kapitalismus ist ein System wie der Kommunismus, das die Menschen unterdrückt und ausbeutet. Die Menschheit wird früher oder später, wenn auch nicht heute, aber eines Tages, verstehen, was für ein grausames System der Kapitalismus ist... Aber wenn wir den Menschen die Staatsordnung des Islam, die der wirkliche und beste Weg ist, darbieten und anbieten könnten, das Gesicht der Welt wird sich ändern und die Gesichter, die Jahrhunderte Sehnsucht nach Lachen hatten, werden die Funken des Lächelns zeigen. Wenn der Kommunismus, trotz seiner so

grausamen und diktatorischen Regime, gestürzt werden kann, warum sollen der Kapitalismus und alle anderen menschlichen Ideologien, die man Demokratie nennt, nicht gestürzt werden können?...«

23. »Ümmet-i Muhammed«, Nr. 29 vom 15. September 1990, in türkischer Sprache unter der Überschrift »Gut, laßt uns einen Krieg führen, aber gegen wen und warum?«: »... Gibt es heute überhaupt ein islamisches Land, das – wenn auch auf indirekte Weise – nicht von Amerika oder von dem Westen besetzt ist? ... Es gibt einen Punkt, auf den man achten muß und den man nicht aus den Augen verlieren darf: Wenn dieser heilige Boden, der die Wiege und das Zentrum des Islam ist, einmal von den Juden und Ungläubigen okkupiert und besetzt worden ist, dann ist es überhaupt nicht mehr von Bedeutung, ob auch die anderen ‚islamischen Böden' besetzt werden oder nicht. Wenn es heute ein Problem gibt, mit dem man sich beschäftigen müßte und über das gesprochen werden sollte, ein Problem, das vergeblich und viel zu lange auf seine Lösung gewartet hat, so ist das nicht die Annexion Kuwaits durch den Irak, sondern die gewaltsame Unterdrückung des unschuldigen palästinensischen Volkes durch den terroristischen und aggressiven israelischen Staat...«

IV. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflußte Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
1. Iren			
Provisional Irish Republican Army (PIRA)			
2. Araber	3.100	(3.650)	
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) – Bochum –			Al Hadaf (Das Ziel) – wöchentlich – Democratic Palestine – zweimonatlich –
Hisb Allah (Partei Gottes)			Al-Ahd (Die Verpflichtung) – wöchentlich –
3. Kurden	3.450	(2.950)	
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)			Berxwedan (Widerstand) – vierzehntäglich – Serxwebun (Unabhängigkeit) – monatlich –
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e. V. (FEYKA-Kurdistan)			Kurdisten Rundbrief – vierzehntäglich –
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)			Kurdistan Report – zweimonatlich –
4. Iraner	3.000	(3.250)	
4.1 Anhänger der iranischen Regierung			
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U. I. S. A.)	400	(400)	Ghods – unregelmäßig, deutsch –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
4.2 Gegner der iranischen Regierung			
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e. V. (MSV) – Köln –	800	(800)	Freiheit für Iran – unregelmäßig Nashriyeh'e Ettehadieyeh'e Anjomanha'ye Daneshjuyan'e Mosalman Kharej'e Kheswar (Veröffentlichung der Union der Moslemischen Studentenvereine im Ausland) – unregelmäßig – Najmu'e Khabari az Iran (Nachrichtenspiegel aus dem Iran) – unregelmäßig/deutsch –
Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (O. I. P. F. G.)	200	(100)	Iran im Kampf – unregelmäßig – Iran Rundschau – unregelmäßig – Resistance – unregelmäßig/deutsch – GUJA – unregelmäßig/persisch –
Tudeh-Partei Iran einschl. Organisation iranischer Studenten Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (O. I. S.)	400	(400)	Nahmeh Mardom (Botschaft des Volkes) – wöchentlich- Tudeh-News – monatlich – Tudeh-Bulletin – unregelmäßig/deutsch –
Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (R. K. M. I.) – Frankfurt/M. –	1.000	(1.000)	Nejat Iran (Die Befreiung Irans) – unregelmäßig –
5. Türken	30.100	(29.350)	
5.1 »Neue Linke«	3.850	(4.220)	
Avrupa da Dev Genc (Revolutionäre Jugend in Europa) – Tarnorganisation der 1983 verbotenen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) –			

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1990	(1989)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)			Partizan – unregelmäßig –
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) – Duisburg –			
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)			Mücadele (Kampf) – monatlich –
Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) – Hannover –			Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) – unregelmäßig – Türkei Information – zweimonatlich –
5.2 Orthodoxe Kommunisten	1.980	(2.980)	
Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF)			
5.3 Islamische Extremisten	16.730	(15.700)	Ümmet-i Muhammed *(Die Nation Mohammeds)* – fünfzehntäglich –
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln (ICCB) – Köln –			
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V. (AMGT) – Köln –			
5.4 Extreme Nationalisten	6.630	(6.450)	
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) – Frankfurt/M. –			

Spionageabwehr

1. Ausgangslage

Veränderte Rahmenbedingungen der Abwehrarbeit

Die politischen Umwälzungen im Osten Europas haben die Rahmenbedingungen der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionage grundlegend verändert. Da die Neuorientierung in diesen Ländern noch nicht abgeschlossen ist, können die Konsequenzen für die Arbeit der Spionageabwehr noch nicht abschließend beurteilt werden. Sicher ist jedoch, daß sich die Spionageinteressen und -methoden, insbesondere gegenüber dem vereinten Deutschland, verschieben werden.

Aufarbeitung der MfS-Altlast

Infolge Auflösung der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen DDR ist der bisherige Hauptträger der gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Spionagetätigkeit entfallen. Am 18. April 1990 haben Bundesminister Dr. Schäuble und der Minister des Innern der damaligen DDR, Dr. Diestel, Einvernehmen darüber erzielt, daß nachrichtendienstliche Aktivitäten der beiden deutschen Staaten gegeneinander nicht mit dem Ziel, ein vereintes Deutschland zu schaffen, vereinbar sind und beendet werden müssen.

Mit der Aufarbeitung der Hinterlassenschaft der Spionagetätigkeit der DDR und hier vornehmlich der Enttarnung der bislang im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätigen MfS-Agenten – nach Überläuferangaben 6.000 Personen – wird sich die Spionageabwehr noch geraume Zeit beschäftigen müssen. Bislang konnten mehrere hundert Spuren aufgenommen und, soweit sie identifiziert wurden, an die Strafverfolgungsbehörden abgegeben werden.

Situation der sowjetischen Nachrichtendienste

Die Auflösung des politischen und militärischen Bündnisses zwischen der UdSSR und den bisher kommunistischen Staaten in Osteuropa sowie der Fortfall der DDR werden die sowjetischen Nachrichtendienste veranlassen, ihre eigenen Aufklärungsbemühungen zu verstärken. Durch ihre Führungsrolle im Ostblock waren sie bislang in der Lage, ihren Informationsbedarf arbeitsteilig durch Zuweisung von Aufklärungsschwerpunkten an die sogenannten Bruderdienste zu befriedigen. Diese waren verpflichtet, alle wesentlichen Arbeitsergebnisse an den sowjetischen zivilen Nachrichtendienst KGB bzw. den militärischen Dienst der Sowjetunion, die GRU, weiterzugeben. Die ehemaligen DDR-Nachrichtendienste waren zudem gehalten, KGB und GRU ihre Arbeitsergebnisse aus der Funk- und Fernmeldeaufklärung in großem Umfang zur Verfügung zu stellen. Sie mußten in Kauf nehmen, daß die Sowjets für sie interessante nachrichtendienstliche Operationen übernahmen oder zumindest einer gemeinsamen Steuerung unterstellten.

Perspektiven der ehemaligen Satellitendienste

Auch die übrigen Nachrichtendienste des früheren Ostblocks dürften entsprechend dem Fortschreiten des Demokratisierungsprozesses in ihren Ländern ihre Zuträgerfunktion für die sowjetischen Dienste aufgegeben haben.

Nach der Abkoppelung von den sowjetischen Interessen werden gegenwärtig in den meisten Ländern Osteuropas nachrichtendienstliche Aufklärungsziele neu bestimmt. Bislang kann lediglich festgestellt werden, daß alle früheren Ostblockstaaten weiterhin über Aufklärungsdienste verfügen oder solche aufbauen. Ob daraus Gefahrenlagen für die Bundesrepublik Deutschland entstehen, bleibt sorgfältig zu beobachten.

Umfang und Intensität der Spionageaktivitäten von Nachrichtendiensten der früheren Satellitenstaaten dürften künftig durch die jeweiligen nationalen Interessen geprägt sein.
Für die sowjetischen Nachrichtendienste bedeutet dies, daß sie angesichts der politischen und militärstrategischen Veränderungen in Osteuropa die entstandenen Informationsdefizite mit verstärkten eigenen Anstrengungen auszugleichen versuchen und hierzu in Deutschland eine weitgehend neue operative Basis schaffen müssen.

2. Der ehemalige DDR-Staatssicherheitsapparat

Das im Frühjahr 1990 aufgelöste Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hatte der DDR-Regierung zwar den stetigen Macht- und Autoritätsverlust seit langer Zeit zuverlässig signalisieren können; die von immer größeren Bevölkerungsteilen getragene Wende in der DDR konnte es nicht aufhalten.
Seit seiner Gründung im Jahr 1950 hatte das MfS als Instrument der SED, als »Schild und Schwert der Partei«, geholfen, politische Macht aufzubauen und den Bestand der DDR zu sichern.

2.1 Einfluß des MfS auf Wirtschaft und Gesellschaft in der DDR

Aufgaben des Repressionsapparates ...

Zur Erfüllung seiner DDR-internen Aufgaben baute das MfS ein weitverzweigtes Überwachungs- und Spitzelsystem auf, das ideologisch mit der »notwendigen politischen Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Arbeiterklasse« begründet wurde und dessen Aufgabe es war, politische Strömungen und Stimmungen in der Bevölkerung unter Kontrolle zu halten sowie jede oppositionelle Regung frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Das Sicherheitsbedürfnis von Partei und Regierung war vor allem im letzten Jahrzehnt derart angewachsen, daß praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens systematisch kontrolliert wurden.

... in der Wirtschaft

Einen besonderen Schwerpunkt der Abwehrarbeit bildete dabei die Abschirmung und Überwachung der volkseigenen Industrie und der wissenschaftlich-technischen Forschung; primär zuständig war die Hauptabteilung XVIII – Sicherung der Wirtschaft.

Durch eine Dienstanweisung waren MfS-Angehörige befugt, auf sämtliche Wirtschaftsabläufe Einfluß zu nehmen. Sie hatten staatliche und wirtschaftsleitende Organe in allen volkswirtschaftlichen Bereichen zu kontrollieren, um die Planerfüllung sicherzustellen. In Schwerpunktbetrieben der sozialistischen Planwirtschaft, wie etwa im ehemaligen Kombinat VEB ROBOTRON, unterhielt das MfS eigene Objektdienststellen, die den Kreisdienststellen gleichgestellt waren.

Einfluß auf die Besetzung herausgehobener Stellen

Größten Wert legte die Staatssicherheit auf eine gründliche Überprüfung von Wirtschafts- und Wissenschaftskadern sowohl vor einer Berufung als auch während der Tätigkeit. Herausgehobene Stellen in der Wirtschaft, etwa der Direktionsposten eines volkseigenen Betriebes, konnten nur mit Einverständnis des MfS besetzt werden.
Die hierbei anzuwendenden Überprüfungskriterien hatte der frühere Minister für Staatssicherheit, Ernst WOLLWEBER, einmal so formuliert: »Die Menschen an den Schlüsselpunkten muß man sich betrachten, ihre politische Vergangenheit, die soziale Herkunft, den früheren Beruf, ihre frühere Heimat, ihre ganze Entwicklung, ihre persönlichen Verbindungen. Das alles muß man sich ansehen; das gehört zur Wachsamkeit.«

Gerade in der Industrie arbeitete das MfS mit einer hohen Zahl von »Inoffiziellen Mitarbeitern«. In einzelnen größeren Betrieben war nahezu die gesamte Leitungsebene für das MfS tätig. Als Verbindungsperson zum MfS fungierte meist der im Betrieb etablierte Direktor der Kaderabteilung, oftmals ein »Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter« (HIM) des MfS oder ein »Offizier im besonderen Einsatz« (OibE).

Berufung zum Reisekader

Auch die für berufliches Fortkommen begehrte Aufnahme in den Reisekader für das westliche Ausland erfolgte nur nach Überprüfung und Zustimmung des MfS. Im Überprüfungsverfahren wurde ein hoher Prozentsatz der Reisekader für eine inoffizielle Mitarbeit verpflichtet, die sowohl Abwehr- als auch Aufklärungsaufgaben beinhalten konnte. Einmal geworbene Reisekader waren zuverlässige Informanten, da sie immer fürchten mußten, bei einer Aufgabe der Mitarbeit für das MfS ihren begehrten Reisekaderstatus zu verlieren und damit berufliche Nachteile zu erleiden.

Die wachsende Instabilität der DDR ging mit einer ständigen Perfektionierung der Überwachungsmechanismen durch das MfS einher. Dies führte vor allem in den 80er Jahren zu einer ständigen Vermehrung des Personalbestandes, zuletzt bis zu etwa 100.000 hauptamtliche MfS-Mitarbeiter. Die Zahl der inoffiziell für das MfS tätigen Personen (IM) wurde Anfang 1990 am »Runden Tisch« mit 109.000 angegeben. Im September 1990 hielt der damalige Leiter

des staatlichen Komitees zur Auflösung des MfS/AfNS diese Zahl noch für zu niedrig angesetzt. Sie könne nach seiner Schätzung »um ein Fünffaches höher liegen«.

. . . in der Gesellschaft

Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit befanden sich in allen sozialen Schichten und politischen Gruppen der DDR – unter Industrie- und Bauarbeitern wie unter Genossenschaftsbauern, unter Soldaten wie unter Zivilbeschäftigten der bewaffneten Organe, in wissenschaftlichen Kreisen und unter Studierenden, unter Verwaltungsangestellten in Staat und Gemeinde, in Kultur und Kirche. Prinzipiell war kein Bereich ausgespart. Lediglich Spitzenfunktionäre der SED durften nicht als IM angeworben werden; von diesen Personen wurde ohnehin erwartet, daß sie das MfS über alles informierten, was für Bestand und Entwicklung der DDR gefährlich werden könnte.

Die Hauptabteilung XX

Bei der totalen Überwachung und der Einflußnahme auf die DDR-Gesellschaft hatte die Hauptabteilung XX des MfS eine Schlüsselrolle; sie kann als das eigentliche Zentrum der Staatssicherheit charakterisiert werden.

Diese Diensteinheit überwachte alle Personen, die als »Träger und Verbreiter politisch-ideologischer Diversion« galten und denen mögliche »Aktivitäten im Sinne politischer Untergrundtätigkeit« unterstellt wurden. Vermutet wurden solche, im MfS-Sprachgebrauch »feindlich-negative Kräfte«, nahezu überall, vor allem aber in den Kirchen, in den Ansätzen einer unabhängigen Friedensbewegung, in Ökologiegruppen, alternativen Gruppierungen sowie im kulturellen Bereich. Die HA XX scheute nicht davor zurück, gegen mißliebige Personen Rufmordkampagnen einzuleiten. Dieses Verfahren wurde in einer Dienstanweisung als »systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben« beschrieben. Auch die »systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen« gehörte zu den gängigen Arbeitsmethoden jener MfS-Hauptabteilung.

2.2 Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit

Nachdem die Regierung MODROW dem Zentralen Runden Tisch am 15. Januar 1990 erstmals einen Einblick in Personalbestand, Finanzen, Ausrüstung und Bewaffnung des ehemaligen MfS gewährt hatte, wurde jedem erkennbar, welchen überdimensionierten Apparat die Sicherheitsdoktrin der Partei- und Staatsführung hervorgebracht hatte.

Sturm auf die Normannenstraße

Noch in den Abendstunden desselben Tages stürmten Demonstranten die Zentrale des MfS im Bereich der Ostberliner Normannenstraße. Daraufhin sah sich die damalige DDR-Regierung veranlaßt, die bis dahin nur halbherzig und ungeordnet betriebene Auflösung des mittlerweile in »Amt für Nationale Sicherheit« (AfNS) umbenannten MfS zu forcieren.

Durch Einrichtung eines »Komitees zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS«, dem alsbald »Regierungsbeauftragte« zur Seite gestellt wurden, konnte der repressive Teil des Staatssicherheitsapparates relativ zügig beseitigt werden. Das Auflösungskomitee berichtete bereits im April 1990, daß die MfS/AfNS-Kreis- und Bezirksverwaltungen vollständig, die Diensteinheiten in der Zentrale etwa zur Hälfte aufgelöst seien. Nahezu alle hauptamtlichen Mitarbeiter seien entlassen; etwa 700 Personen seien jedoch mit befristeten Arbeitsverträgen wieder eingestellt worden, um bei der weiteren Auflösung zu helfen. Von diesem Personenkreis gehörten etwa 200 der vergleichsweise kleinen Organisationseinheit Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), dem zivilen Auslandsnachrichtendienst der DDR, an. Die HVA verfügte in der Zentrale über ca. 4.300 hauptamtliche Mitarbeiter.

Sonderstellung der HVA im Auflösungsprozeß

Bezeichnenderweise wurde die Auflösung der HVA von Beginn an recht zögerlich in Angriff genommen. Angehörige dieser Einheit, u. a. deren ehemaliger Leiter Markus WOLF, hatten bereits früh damit begonnen, sich vom »Inlandsapparat« des MfS zu distanzieren, um so in der öffentlichen Diskussion eine Unterscheidung zwischen dem Repressionsapparat und einer für jeden Staat üblichen Auslandsaufklärung zu erreichen. Die Akzeptanz für eine »lediglich« gegen den Westen gerichtete Spionage war lange Zeit selbst in den Bürgerkomitees so groß, daß die HVA kaum Gegenstand von Kritik oder gar Ablehnung war.

Den damit gewonnenen Handlungsspielraum haben HVA-Mitarbeiter genutzt. Noch zu Jahresbeginn konnte HVA-Material auf exterritoriales sowjetisches Gebiet nach Berlin-Karlshorst ausgelagert werden; darunter auch Gerätschaften zur Nachfertigung der neuen Bundespersonalausweise. Bis heute ist nicht klar, in welchem Umfang insbesondere Operativmaterial, das nach einer HVA-Weisung bereits im November 1989 hätte vernichtet werden sollen, von einzelnen Mitarbeitern zurückgehalten und für eine spätere persönliche Verwendung beiseite geschaffen worden ist.

Um sich der stärker werdenden Kontrolle der Bürgerkomitees in der MfS-Zentrale in der Normannenstraße zu entziehen, zog die Rest-HVA Anfang März in andere Liegenschaften um. Dort konnten die HVA-Mitarbeiter ihren Arbeitsbereich nahezu selbständig und unbeobachtet auflösen.

2.2.1 Umfang der Ausspähung

Das Agentennetz der HVA ...

Ihre operative Aufklärungstätigkeit stellte die HVA etwa im Frühjahr 1990 ein (vgl. oben 1 zu den Ministerabsprachen vom 18. April 1990). Bis dahin verfügte sie in der Bundesrepublik Deutschland in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens über ein breit gefächertes Agentennetz; aus den Zugängen bestritt sie auch nahezu 80 % des Gesamtinformationsaufkommens der sowjetischen Nachrichtendienste über die Bundesrepublik Deutschland. Einen nachhaltigen Einblick in Ausmaß und Tiefe der Ausspähung von Politik, Wirtschaft, Militär sowie auch der Sicherheitsbehörden geben die durch Überläuferaussagen möglich gewordenen Festnahmen im Berichtsjahr.

... in der Politik

Ein Beispiel langjähriger schwerwiegender Spionagetätigkeit im politischen Bereich ist der nachfolgende Fall eines Beamten im Auswärtigen Amt:

> Dr. B. war bereits als Student zu Beginn der sechziger Jahre, noch vor seinem Eintritt in den diplomatischen Dienst, auf der Basis ideologischer Überzeugung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit geworben worden. Als Angehöriger von Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland war er an unterschiedlichen Orten, zuletzt in der Funktion eines Geheimschutzbeauftragten und Stellvertreters des Botschafters, eingesetzt. Seine jeweiligen Zugänge ermöglichten ihm, fast dreißig Jahre lang aktuelle Informationen über außenpolitische Positionen und Vorhaben der Bundesrepublik Deutschland an das MfS weiterzugeben.
> Welchen Wert das MfS solchen Informationen beimaß, zeigt sich u. a. darin, daß Dr. B. mit den ehemaligen Leitern der HVA, Markus WOLF und Werner GROSSMANN, zusammengetroffen ist. Eine derartige bevorzugte Behandlung erfuhren nur wenige hochwertige Quellen.

... in der Wirtschaft

Die Ausspähung von Industrie- und Wirtschaftsunternehmen, die innerhalb der HVA durch den Sektor Wissenschaft und Technik gesteuert wurde, veranschaulicht der Fall des im Oktober 1990 vorläufig festgenommenen Diplom-Ingenieurs Siegfried S.:

> S. war kurz nach dem Mauerbau im Jahre 1961 über die »Grüne Grenze« aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust worden. Seine spätere Ehefrau hatte das MfS mit dem Versprechen, S. im Bundesgebiet wiedersehen zu dürfen, ebenfalls angeworben. Ihre »Flucht« erfolgte Mitte der 60er Jahre über ein Ostblockland in die Bundesrepublik.
> Mitte der 70er Jahre fand S. in einem großen westdeutschen Chemie-Unternehmen eine Anstellung; dort konnte er im Laufe der Zeit in eine führende Position aufsteigen. Die aus seinem

Arbeitsgebiet gelieferten Informationen wurden nach Aussagen seines HVA-Führungsoffiziers durchweg als wertvoll bzw. sehr wertvoll eingestuft. Nach Einschätzung von Fachleuten habe die DDR durch das von S. gelieferte Material Einsparungen in Millionenhöhe erzielen können.

... im militärischen Bereich

Das Ausmaß der Spionagetätigkeit im militärischen Bereich zeigen die Verratsfälle des ehemaligen Sachbearbeiters bei der NATO in Brüssel, Heinz M., sowie des illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleusten ehemaligen Programmierer-Gruppenleiters im Rechenzentrum der Bundeswehr, Herbert L.:

Heinz M. wurde als Fernmeldeoffizier Ende der 60er Jahre anläßlich eines Berlin-Aufenthaltes vom militärischen Nachrichtendienst der DDR angesprochen und nachrichtendienstlich verpflichtet. Seit 1974 war er im Bereich des Auswärtigen Amtes als Chiffreur tätig und gelangte 1987 an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel. Dort hatte er neben anderem Geheimmaterial insbesondere Zugang zu den Lochstreifen mit den jeweiligen Tagesschlüsseln der NATO. Aufgrund der von ihm gelieferten Kopien war es den Warschauer-Pakt-Staaten möglich, einen zumindest punktuellen Einbruch in das Chiffrierwesen der NATO zu erzielen.

Herbert L. war bereits Mitte der 60er Jahre unter falscher Identität in das Bundesgebiet eingeschleust worden. Nach einer »Legalisierungsphase« gelang ihm zielgerichtet eine Einstellung als Programmierer im Rechenzentrum der Bundeswehr; dort stieg er, bis zu seiner Festnahme im Frühjahr 1990, zum Programmierer-Gruppenleiter auf.
Er war maßgeblich am Aufbau der EDV-Systeme des Rechenzentrums beteiligt und hatte Zugang zu allen gespeicherten Daten. So war es ihm möglich, fast 20 Jahre lang sämtliche Informationen über Beschaffungsplanungen und aktuellen Ausrüstungsstand des Heeres zu verraten.

2.2.2 Abschaltung der Quellen oder Weitergabe an sowjetische Dienste

Das Ende der HVA-Spionage

Mit der Einstellung der operativen Arbeit der HVA wurde seit März 1990 auch der auf Kurzwelle betriebene Agentenführungsfunk reduziert und am 31. Mai 1990 endgültig eingestellt. Zuletzt dürfte er nur noch dazu gedient haben, eingeschleuste »Kundschafter« aus dem Ausland zurückzurufen bzw. im Bundesgebiet lebenden Agenten das Ende ihrer Tätigkeit mitzuteilen.

Seit dem Frühjahr 1990 bildete die »Abschaltung« (= Beendigung des Agentenverhältnisses) von Westagenten den Schwerpunkt der Tätigkeit der in Auflösung befindlichen HVA. Manche der Quellen,

durch den Zusammenbruch der DDR verunsichert, weigerten sich, zu einem letzten Treffen dorthin zu reisen; so waren die Führungsoffiziere und auch deren Vorgesetzte gezwungen, die Abschaltung bei Treffen im Bundesgebiet oder im benachbarten Ausland durchzuführen. Derartige Treffen konnten noch bis in den Herbst hinein festgestellt werden. Die Höhe der dabei gezahlten »Abschaltprämien« von oft mehreren Tausend DM zeigt, daß dem ehemaligen MfS und insbesondere der HVA auch nach der offiziellen Auflösung noch erhebliche Geldmittel zur Verfügung standen.

Quellenübernahme durch sowjetische Dienste

Aus diesen Abschaltbemühungen der HVA kann jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß mit dem Ende der DDR-Nachrichtendienste auch die bisher von ihnen geführten Quellen ihre nachrichtendienstliche Tätigkeit tatsächlich aufgegeben hätten. Überläuferaussagen nährten bereits frühzeitig Spekulationen darüber, daß die HVA ihr gesamtes Westagentennetz dem KGB zur Übernahme angeboten habe. Andere Hinweise deuteten darauf hin, daß HVA-Angehörige die Übergabe ihrer Agenten an den »großen Bruder« prinzipiell abgelehnt und offiziell keine Übergaben stattgefunden haben sollen. Wenn auch zur Zeit noch nicht übersehbar ist, in welchem Umfang die HVA hauptamtliche Mitarbeiter und Agenten tatsächlich an sowjetische Nachrichtendienste abgegeben hat, ist eine Reihe von Fällen bekannt, in denen eine solche Übergabe geplant oder bereits vollzogen war.

> Der im Oktober 1990 festgenommene Diplomingenieur Frank M. war bereits seit seiner Jugend für das MfS tätig. Seine Eltern arbeiteten seit Anfang der 60er Jahre für den DDR-Nachrichtendienst und führten auch ihren Sohn dem MfS zu. Schon während seiner Studienzeit fertigte Frank M. im Auftrage des MfS Charakteristiken über seine Mitstudenten. Nach Abschluß seines Studiums fand er eine Anstellung in einem namhaften Rüstungsbetrieb im Bundesgebiet. Seit Mitte der 80er Jahre lieferte er der HVA geheimhaltungsbedürftige Informationen aus seinem dortigen Arbeitsbereich, u. a. über das Projekt Jäger '90. Im Dezember 1989, bereits zu Beginn der politischen Wende in der DDR, schlugen Frank M. und seine Ehefrau Sybille, die die nachrichtendienstliche Tätigkeit des Ehemannes aus ideologischen Gründen unterstützte, der HVA-Führungsstelle von sich aus vor, ihre Verratstätigkeit für das KGB fortzusetzen. Für das Frühjahr 1990 wurde daraufhin ein erstes Treffen zwischen dem Ehepaar M. und KGB-Mitarbeitern in Ostberlin vereinbart, zu dem es aufgrund der Enttarnung und Festnahme des Ehepaares allerdings nicht mehr kam.

Im Fall des ebenfalls im Oktober 1990 festgenommenen Diplom-Ingenieurs Rainer F. ging die Initiative zur Übernahme vom KGB aus:

Rainer F. war Anfang der 70er Jahre aus politischen und familiären Gründen ins Bundesgebiet geflüchtet. Um seine in der DDR verbliebenen Kinder weiterhin besuchen zu können, erklärte er sich zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit für das MfS bereit. Nachdem er eine Anstellung in einem süddeutschen Industrieunternehmen gefunden hatte, lieferte er seinen Auftraggebern sicherheitsempfindliche Unterlagen über aktuelle Rüstungsvorhaben. Die von der »Spitzenquelle« F. beschafften hochwertigen Informationen wurden auch dem sowjetischen Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt. Das KGB bekundete im April 1990 ein Übernahmeinteresse an Rainer F.; dieser erklärte sich im Mai 1990 zur Arbeit für das KGB bereit.

Im Fall des Verfassungsschutzbeamten K. kam es ebenfalls zu Kontakten mit dem sowjetischen Nachrichtendienst:

K. war langjährig in der Spionageabwehr des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Bereich »DDR-Nachrichtendienste« eingesetzt. Im Jahr 1981 bot er der HVA des MfS aus materiellen Beweggründen seine Dienste an. Bis zu seiner Verhaftung im Oktober 1990 verriet er dem gegnerischen Nachrichtendienst neben Struktur- und Personalplänen des BfV sein gesamtes fachliches Wissen.
K. war für die HVA eine besonders wertvolle Quelle; dies zeigt u. a. sein Agentenlohn von monatlich zuletzt etwa 4.500 DM sowie erhebliche zusätzliche Sonderprämienzahlungen.
Im Zuge des Auflösungsprozesses des MfS meldeten sich vermehrt ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des Staatssicherheitsapparates beim BfV. Aufgrund ihrer Angaben konnten zahlreiche im Bundesgebiet tätige Agenten festgenommen werden. Auch K. mußte täglich befürchten, enttarnt zu werden. Am 6. Oktober 1990 suchte er deshalb seinen HVA-Führungsoffizier in Ostberlin auf, um seine persönliche Sicherheitslage zu erörtern. Dieser vereinbarte kurzfristig ein Teffen mit Angehörigen des sowjetischen Nachrichtendienstes. Von diesen soll K. vorgeschlagen worden sein, ihn in die Sowjetunion auszufliegen.
Wegen familiärer Bindungen will er dieses Angebot jedoch abgelehnt haben. Er kehrte ins Bundesgebiet zurück und wurde hier festgenommen.

Entlassung in eine ungewisse Zukunft

Während sich in der HVA bis in den Frühherbst 1990 noch eine kleine Gruppe ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter mit der Abschaltung im Westen tätiger Agenten beschäftigte, wurden seit März 1990 alle Mitarbeiter des MfS schrittweise in eine für sie ungewisse Zukunft entlassen. Die Angaben über ihren Verbleib sind unterschiedlich.
Ein Großteil von ihnen wurde arbeitslos und dürfte zukünftig dem Arbeitsmarkt entweder aus Altersgründen oder wegen der früher

herausgehobenen Stellung im MfS nicht zur Verfügung stehen. Andere ehemalige Mitarbeiter haben überwiegend in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe eine neue Beschäftigung gefunden. Diese ist jedoch selten ihren Fähigkeiten angepaßt und in der Regel nur von untergeordneter Bedeutung. Häufig werden auch diese Arbeitsverhältnisse gelöst, wenn die frühere MfS-Zugehörigkeit dem neuen Arbeitgeber bekannt wird.

Seilschaften – ein Risiko für die innere Sicherheit

Aufgrund dieser Situation haben sich ehemalige Mitarbeiter des MfS auf privater oder geschäftlicher Ebene, etwa durch Gründung von Firmen, zusammengeschlossen, um in gegenseitiger Hilfe ihre Interessen zu vertreten. Durch diese »Seilschaften« sind alte Strukturen zumindest in Teilbereichen inoffiziell noch intakt. Als Beleg für die weitreichende Funktionsfähigkeit dieser Gruppierungen muß bislang die fast strikte Einhaltung der nach dem Zusammenbruch von der ehemaligen MfS-Leitung ausgegebenen Weisung angesehen werden, Aussagen über die vergangene nachrichtendienstliche Tätigkeit gegenüber den Sicherheitsbehörden zu verweigern.
Informationen über eine eindeutig nachrichtendienstliche Ausrichtung dieser Zusammenschlüsse konnten zwar bislang nicht gewonnen werden. Mit einem Fortgang des sozialen Abstiegs ist jedoch für die Zukunft nicht auszuschließen, daß hieraus ein Risikopotential für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erwächst.

3. Fernmeldeaufklärung durch die Hauptabteilung III des MfS

Personal und . . .

Die Hauptabteilung (HA) III des MfS war zuständig für die Kontrolle des grenzüberschreitenden Nachrichtenverkehrs in und aus der DDR sowie für die Aufkärung westlicher Fernmeldesysteme. Allein der Personalbestand dieser Hauptabteilung betrug zeitweise etwa 4.500 Mitarbeiter – davon 2.500 im Fachdienst (Aufklären und Auswerten).

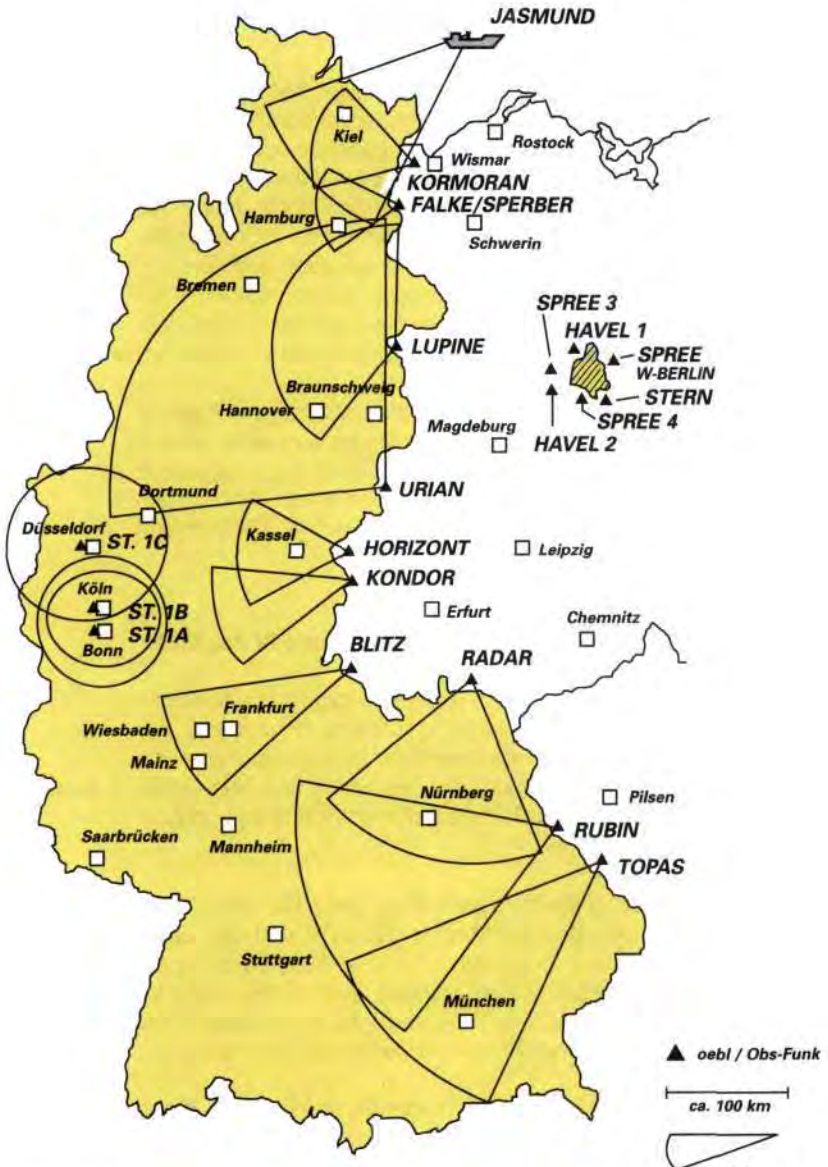
. . . Stützpunkte

Die Aufklärung des Fernmeldeverkehrs der Bundesrepublik Deutschland wurde von Stützpunkten in der DDR und der CSSR durchgeführt. Außerdem flossen der HA III die Aufklärungsergebnisse der HVA zu, die Fernmeldeaufklärung aus Stützpunkten im westlichen Ausland betrieb. Die HVA verfügte im Bundesgebiet über Stützpunkte in Bonn und Düsseldorf, zeitweise auch in Köln.

Aufklärungsumfang

Die ergiebigsten Quellen für die Fernmeldeaufklärung waren Richtfunk und Autotelefon-Verbindungen. Etwa 35 % des Gesamtaufkommens stammte aus der Überwachung von Fernsprech-, Fernschreib-, Telefax- und Datenverbindungen über Richtfunkstrecken. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß ein großer

Stützpunkte der HA III zur VHF-/UHF-FmAufklärung (u. a. Autotelephon)



Teil aller Telefonverbindungen in einzelnen Abschnitten auch über Richtfunkstrecken geführt wird.

Weitere 25 % des Gesamtaufkommens stammen aus der Kontrolle des Autotelefon-B- und -C-Netzes.

Bei den Richtfunkverbindungen wurden vor allem die Strecken zwischen Westdeutschland und Berlin kontrolliert. Auf der Strecke nach Berlin wurden ergänzend auch die leitungsgebundenen Verbindungen (Kabel und Lichtwellenleiter) abgehört, so daß dem MfS eine nahezu lückenlose Überwachung möglich war.

Neben diesen Richtfunk- und drahtgebundenen Strecken, die direkt über das Territorium der ehemaligen DDR verliefen, konnten von geeigneten Stützpunkten, z.B. auf dem Brocken, auch Richtfunkverbindungen erfaßt werden, die nur innerhalb der alten Bundesrepublik Deutschland verlaufen, aber eine technisch nicht zu verhindernde Abstrahlung in Richtung ehemalige DDR besitzen. Über eine solche Richtfunkverbindung führt die Deutsche Bundespost zum Beispiel einen Großteil der Verbindungen zwischen den Räumen Hamburg und München bzw. Köln/Bonn.

Auch grenzferne drahtgebundene Strecken, z. B. zwischen Bonn und Düsseldorf, konnten bei Überlastung auf Richtfunkstrecken geschaltet und damit von der HA III abgehört werden.

Ebenfalls erfaßt werden konnten Richtfunkverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich (Raum Wien).

Automatische »Zielkontrolle«

Die Überwachung der Richtfunk- und Autotelefonverbindungen erfolgte weitgehend automatisch über eine speziell hierfür entwickelte Technik, die die Verbindungen zu vorgegebenen »Zielnummern« aufzeichnete. Der »Zielkontrolle« unterlagen alle aus Sicht des MfS politisch oder wirtschaftlich interessanten Personen und Organisationen und insbesondere auch die Mitarbeiter westlicher Sicherheitsbehörden. Die zu kontrollierenden Rufnummern wurden von den operativen Diensteinheiten des ehemaligen MfS und in geringem Umfang auch vom sowjetischen Geheimdienst KGB vorgegeben.

Das Abhören von Telefonaten bleibt eine dauernde Gefahr

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die HA III die Möglichkeiten einer umfassenden und zielgerichteten Fernmeldeaufklärung in eindrucksvoller Weise nachgewiesen hat. Jede Organisation oder Person, die über ein unverschlüsseltes Fernmeldemittel kommuniziert, muß sich bewußt sein, daß Dritte mithören können. Die Auflösung der HA III des MfS hat daran nichts geändert.

Stützpunkte der HA III zur Richtfunk-FmAufklärung

Auch die sowjetischen Nachrichtendienste unterhalten in der ehemaligen DDR Aufklärungsstützpunkte, von denen aus der Fernmeldeverkehr in der Bundesrepublik Deutschland abgehört werden kann. Es ist zu befürchten, daß sie auf diesen Wegen bestrebt sein werden, die durch den Fortfall der DDR-Dienste entstandenen Informationsdefizite auszugleichen; Personal und know-how dürften sie vor allem im Gebiet der ehemaligen DDR in ausreichendem Maße gewinnen können.

4. Der ehemalige militärische Nachrichtendienst

Neben dem MfS verfügte die DDR über einen weiteren, der Bevökerung aber weitgehend unbekannt gebliebenen Nachrichtendienst, die »Verwaltung Aufklärung«, den militärischen Dienst. Mit ca. 1.000 Mitarbeitern personell wesentlich kleiner ausgelegt, konzentrierte er sich auf die Ausforschung der militärischen Gegebenheiten im westlichen Vorfeld der DDR. Zielländer waren, neben dem Hauptoperationsgebiet Bundesrepublik Deutschland, auch Großbritannien, Frankreich und die BENELUX-Staaten. Im Gegensatz zu der von der HVA wahrgenommenen strategischen Aufklärung richtete sich das Interesse des militärischen Dienstes auf die taktische Aufklärung, d. h. die ständige Beobachtung von Stärke, Gliederung, Dislozierung und Ausrüstung der Bundeswehr und der verbündeten NATO-Truppen.
Wegen seines geringen Bekanntheitsgrades blieb der militärische Dienst vom Auflösungsprozeß des MfS lange Zeit unberührt. Dem MfS war es daher bis in den Januar 1990 hinein möglich, Aktenmaterial u. a. auch dorthin auszulagern. Ebenso wurde versucht, Personal in den militärischen Dienst einzugliedern.
Im Februar 1990 erfaßten die politischen Umwälzungen auch den militärischen Dienst, der zunächst in »Informationszentrum beim Ministerium für Nationale Verteidigung« umbenannt und bis ins Frühjahr hinein auf eine Personalstärke von etwa 500 Mitarbeitern reduziert wurde. An seiner Aufgabenstellung änderte sich jedoch nichts. Erst nach den Volkskammerwahlen am 18. März und dem Amtsantritt des neuen Ministers für Abrüstung und Verteidigung wurde die Einstellung aller gegen die Bundesrepublik Deutschland und die Bundeswehr gerichteten Aktivitäten verfügt. Operative Aktivitäten konnten noch bis in den Frühsommer hinein festgestellt werden; der Agentenfunk wurde Ende Mai endgültig eingestellt.

5. Künftige Rolle der sowjetischen Nachrichtendienste

Infolge der Auflösung der DDR-Nachrichtendienste geht die Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch Spionageaktivitäten zur Zeit in erster Linie von den Nachrichtendiensten der Sowjet-

union aus. Die politischen Umwälzungen im Ostblock haben die sowjetischen Dienste KGB und GRU in ihrer Substanz am wenigsten tangiert. Glasnost und Perestroika haben bei den sowjetischen Nachrichtendiensten, anders als in den früheren Satellitenstaaten, die mit der Neuorganisation ihrer Aufklärungsdienste befaßt sind, bisher nur zaghafte Spuren hinterlassen.

Fortbestehndes Aufklärungsinteresse

Das sowjetische Aufklärungsinteresse gegenüber der Bundesrepublik Deutschland besteht unvermindert fort. Daß die nachrichtendienstliche Beobachtung der künftigen Politik des wiedervereinten Deutschland für die UdSSR von großer Bedeutung sein wird, ist offensichtlich. Die erheblichen wirtschaftlichen Probleme und der technologische Rückstand, insbesondere der sowjetischen Investitions- und Konsumgüterindustrie, werden die sowjetischen Dienste zu einer weiteren Intensivierung der bisher schon in breitem Umfang betriebenen Wirtschaftsspionage zwingen. Der Chef der 1. Hauptverwaltung des KGB, SCHEBARSCHIN, erklärte in einem Inverview im April 1990 u. a., der Schwerpunkt der künftigen Tätigkeit des KGB werde in der Ankurbelung der Wirtschaft liegen. Noch deutlicher definierte der KGB-Chef KRJUTSCHKOW die Aufgabe dieser Organisation bei der Unterstützung sowjetischer Firmen; diese wolle er mit Informationen über die Wirtschaftsentwicklung im Westen versorgen, um sie schnell an moderne Technologien und Verfahren heranzuführen.

Neben der Aufklärungsarbeit aus den Legalen Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland*, die auch im Jahre 1990 unvermindert anhielt, gingen die Hauptaktivitäten der sowjetischen Dienste von dem in Karlshorst untergebrachten sog. »Berliner Apparat« aus.

Der »Berliner Apparat«

In dieser als verkleinertes Abbild der KGB-Zentrale in Moskau aufgebauten Dienststelle arbeiteten etwa 350 Operativoffiziere mit einem erheblichen Unterstützungspotential. Der »Berliner Apparat« sowie die in allen DDR-Bezirken angesiedelten KGB-Gruppen verfügten bislang, neben den Agentennetzen in der Bundesrepublik Deutschland, auch über zahlreiche Informanten und inoffizielle Mitarbeiter in der ehemaligen DDR.

Dieses IM-Netz dürfte inzwischen nur noch unvollständig intakt sein. Aufgrund der veränderten politischen Situation ist für viele ehemalige DDR-Bürger die Motivation für eine Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Dienst entfallen. Bisherige Anreize, wie Westreisegenehmigungen oder die Förderung der beruflichen Karriere, aber auch die »Ehre«, für den »großen Freund« zu arbeiten,

* Als legale Residenturen bezeichnet man die getarnten Stützpunkte von Nachrichtendiensten in den amtlichen oder halbamtlichen Auslandsvertretungen ihrer Staaten.

haben ihre Wirkung verloren. Gleichwohl gibt es Hinweise, daß auch nach der Wende DDR-Bürger aus ideologischen Gründen weiterhin als inoffizielle Mitarbeiter für sowjetische Dienste tätig waren und noch sind.

Informationsdefizite durch Auflösung der DDR-Dienste

Trotz der in mehreren Fällen bekanntgewordenen Übernahme von MfS-Agenten mußten die sowjetischen Nachrichtendienste durch die Auflösung des MfS, ihres effektivsten Partnerdienstes, erhebliche Informationsdefizite hinnehmen.

Auch die in der Vergangenheit selbstverständliche Zusammenarbeit mit anderen Behörden der ehemaligen DDR, wie den Paß- und Meldebehörden oder der Volkspolizei, ist entfallen. Die DDR als sicheres Hinterland und Basis für die nachrichtendienstliche Arbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland hat sich für KGB und GRU in ein »Operationsgebiet« verwandelt, in dem die Führungsoffiziere unter den gleichen schwierigen Bedingungen wie zuvor im Bundesgebiet oder in anderen westlichen Staaten arbeiten müssen. Gleichzeitig sehen aber KGB und GRU im vereinten Deutschland einen erhöhten Aufklärungsbedarf.

Verstärkte Werbungsbemühung

Die sowjetischen Dienste sind deshalb gezwungen, verstärkt und schnellstmöglich neue Quellen zu gewinnen. Ansatzmöglichkeiten hierzu bieten u. a. MfS-Akten, die den Sowjets auch schon vor der Wende, zu einem Großteil in verfilmter Form, zur Verfügung gestellt wurden. Ein weiteres nachrichtendienstliches Werbungspotential sind ehemalige Angehörige und inoffizielle Mitarbeiter des MfS, denen die politische Wende in der DDR den wirtschaftlichen, aber auch den ideologischen Boden entzogen hat. Die Umstellung auf ein in der ehemaligen DDR ungewohntes konspiratives Arbeiten erfordert u. a. den Aufbau einer neuen nachrichtendienstlichen Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund ist erklärbar, daß in allen KGB-Dienststellen in der DDR schon zu Jahresbeginn Personalveränderungen vorgenommen wurden.

Die anhaltenden Spionageaktivitäten des KGB gegenüber dem vereinigten Deutschland wurden bereits wenige Wochen nach dem Zusammenschluß beider deutscher Staaten deutlich:

> Am 5. November 1990 konnte ein KGB-Offizier im Park des Schlosses Sanssouci bei der Übernahme von Verratsmaterial festgenommen werden. Er führte eine Quelle, die 1989 aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt war und im Auftrag des KGB Personen aus den Bereichen der Sicherheitsbehörden tippen und abklären sollte. Bei seiner Festnahme zeigte sich der als Soldat der Westgruppe der sowjetischen Armee (WGT) angehörende KGB-Offizier überrascht, daß sein bislang unantastbarer Status eines Armeeangehörigen durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten verlorengegangen war.

Arbeitsweise der GRU

Neben dem KGB arbeitete auch der militärische Dienst (GRU) vorzugsweise aus der DDR heraus gegen die Bundesrepublik Deutschland. Die GRU verfügte in Berlin, Rostock, Magdeburg, Leipzig und Dresden über »Aufklärungsstützpunkte«. Der Stützpunkt in Berlin diente als Zentrale, den übrigen war ein regional festgelegter Teil der Bundesrepublik Deutschland zur Aufklärung zugewiesen.

Jeder in der DDR operativ tätige GRU-Offizier sollte pro Jahr 2 bis 3 im Westen lebende Personen und ca. 15 DDR-Bürger als Agenten anwerben. In der DDR soll die GRU nach Überläuferaussagen über ca. 850 inoffizielle Mitarbeiter verfügt haben, die hauptsächlich im Verbindungswesen, als Kuriere, Instrukteure oder Deckadressengeber eingesetzt worden seien. Daneben habe ein Agentennetz aus DDR-Bürgern bestanden, die bei etwaigen Auseinandersetzungen zwischen den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt eingesetzt werden sollten.

Das in der Bundesrepublik Deutschland betriebene Agentennetz bezifferten Überläufer auf etwa 170 Personen, darunter auch solche, die im Ernstfall als Funker in illegalen Residenturen tätig werden oder die Unterstützungsaufgaben für eine einsickernde Agentengruppe wahrnehmen sollten.

Im Hinblick auf die Vereinigung beider deutscher Staaten habe die GRU bereits frühzeitig Vorkehrungen getroffen, die ihr eine – wenn auch eingeschränkte – Weiterarbeit ermöglichen sollten. Sie habe sich auf eine Reduzierung ihres Agentennetzes eingestellt und vorsorglich Verstecke mit Geld, Waffen, Munition und Funkgeräten angelegt.

Sowjetische Truppen werden bis Ende 1994 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert sein. Solange ist damit zu rechnen, daß die aus den sowjetischen Militärstützpunkten heraus operierenden KGB- und GRU-Mitarbeiter von der räumlichen Nähe zu den von ihnen geführten Quellen profitieren werden. Ähnlich wie das KGB wird jedoch auch die GRU ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten bereits jetzt grundlegend umgestalten und unter völlig neuen Bedingungen fortführen müssen.

6. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahre 1990 wurden 122 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen. Gegen 96 Personen wurde Haftbefehl erlassen. Von den mit Haftbefehl Festgenommenen waren 82 Personen von einem Nachrichtendienst der DDR sowie 11 von einem sowjetischen Nachrichtendienst angeworben worden. Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 11 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich »Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit« (§§ 93 – 101 a StGB).

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.
ANO	Abu Nidal-Organisation
ARGK	Volksbefreiungsarmee Kurdistans
ASD	Aktion Sauberes Deutschland
ASK	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.
ATIK	Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa
BBI	Bürger- und Bauerninitiative
BR-PCC	Brigate Rosse – PCC
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
DA	Deutsche Alternative
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative e.V.
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFLP	Demokratische Front für die Befreiung Palästinas
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGG	Deutschland in Geschichte und Gegenwart
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Monatshefte
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DVU	Deutsche Volksunion – Liste D
DVU e.V.	Deutsche Volksunion e.V.
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FAU	Freie ArbeiterInnen-Union
fdj	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-Kurdistan	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.
FGB	Freie Gewerkschaftsbewegung
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
GDF	*Föderation der Immigrantenvereine aus der* Türkei e.V.
GdNF	Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	*Gruppe Internationale Marxisten*

GNN	Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
ICCB	Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
ISPA	Informationsstelle Palästina
ISYF	International Sikh Youth Federation
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KAZ	Kommunistische Arbeiterzeitung
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
LPRK	Volksbewegung für die Republik Kosovo
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MCP	Nationalistische Arbeitspartei
MES	Marx-Engels-Stiftung e.V.
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der nationalistischen Bewegung
MLBI	Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MND	Mitteldeutsche Nationaldemokraten
MSB	Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Heilspartei
MSV	Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.
NA	Nationale Alternative
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
N.D.SH.	Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue
NE	Nation Europa
NE-DM	Nation Europa – Deutsche Monatshefte
NF	Nationalistische Front
NL	Nationale Liste
NO	Nationale Offensive
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands

NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
O.I.P.F.G.	Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran
O.I.S.	Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)
PAV	Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PIRA	Provisional Irish Republican Army
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PLF	Palästinensische Befreiungsfront
PLO	Palästinensische Befreiungsorganisation
PMOI	Organisation der Volksmojahedin Iran
PSV	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.
RAF	Rote Armee Fraktion
R.K.M.I.	Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
RP	Wohlfahrtspartei
RZ	Revolutionäre Zellen
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SI	Sozialistische Initiative
SpAD	Spartakist – Arbeiterpartei Deutschlands
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten
TLD	Trotzkistische Liga Deutschlands
U.I.S.A.	Union islamischer Studentenvereine in Europa
UZ	Unsere Zeit
VAA	Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik
VL	Vereinigte Linke
VOLKSFRONT	Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
WJ	Wiking-Jugend e.V.

Sachwortregister

A

ABU AL ABBAS 144
Abu Nidal-Organisation (ANO) 139, 145
Action Directe 71
AHRENS, Dietmar 31
ak.-Arbeiterkampf 34
Aktion deutsche Einheit 109
Aktion Lebensschutz 95
Aktion Oder-Neiße 109
Aktion Sauberes, Deutschland (ASD) 104
Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus 51
AKZENT Handelsgesellschaft mbH & Co. KG 27
ALBRECHT, Susanne 73
ALTHANS, Ewald 120
Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) 173
Anarchisten 20 f., 40, 51
Anarcho-kommunistische Gruppen 40, 45, 54
Anarcho-syndikalistische Gruppen 40, 45, 54
Angehörigen-Info 35
Antifaschistische Nachrichten 34
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 30
Antikommunistische Aktion 95
Anti-Schell-Aktionstage 53
Antizionistische Aktion 95
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 35 f., 47, 48
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 35, 54, 139, 146 ff.
Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus 51
Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik 95
Autonome 40 ff., 47 f., 51 ff., 53 f., 56 f.
Avrupa'da Dev Genc (Revolutionäre Jugend in Europa) 152, 154

B

BACHMANN, Walter 112
BAUER, Carlo 99
Berufsverbote 55
Bewegung 96
BOSSE, Georg Albert 103
Brand- und Sprengstoffanschläge 48, 58 f., 60, 61, 63 f., 68, 70 ff., 74 f., 122 ff., 124, 128 140, 142, 153, 156
Brigate Rosse – PCC (BR-PCC) 72, 73
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 37
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 34 f., 49
Bundestagswahl 33, 35, 37 f., 48, 49, 108, 111, 112
Bündnispolitik 29, 50
Bürger- und Bauerninitiative (BBI) 102
BUSSE, Friedhelm 98

C

CETINER, ALI 147
CHRISTOPHERSEN, Thies 102, 121
Clash – Zeitung für den Widerstand in Europa 42
Code 115
Computerspiele, rechtsextremistische 117

D

DEHOUST, Peter 116
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) 144
Der Schulungsbrief 104
Deutsche Aktionsgruppen 102
Deutsche Alternative (DA) 96 f., 117 f.
Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI) 102
Deutsche Bürgerinitiative e. V. – weltweit 103
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner-Innen (DFG-VK) 31, 51
Deutsche Friedens-Union (DFU) 31, 50, 55
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 20, 24 ff., 29 ff., 32, 34, 38, 46 ff., 53 f., 54 f.,
Deutsche Monatshefte (DM) 116

Deutsche National-Zeitung (DNZ) 106
Deutsche Stimme 110
Deutsche Volksunion e.V. (DVU e. V.) 109
Deutsche Volksunion – Liste D (DVU) 88, 106 f., 108 ff., 119, 120, 121
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 106
Deutscher Anzeiger (DA) 106
Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) 115
Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) 154
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 152 f.
Die Bauernschaft 102, 121
Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DDF) 103
Die Nelken 26, 49
direkte aktion 41
Dokumentationen zur Zeitgeschichte 35
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) 109

E

Eidgenoss 121
Einheit und Kampf 112
ENGEL, Stefan 33, 55
ERBAKAN, Prof. 155

F

FAP-Intern 98
FAURISSON, Prof. Dr. Robert 120
Fatah 144 ff.
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) 32, 154
Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V. (GDF) 154
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V. (FEYKA-Kurdistan) 148 f.
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) 155
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 45 f., 51
FRANKE-GRICKSCH, Ekkehard 115
Freie ArbeiterInnen-Union (FAU) 45
Freie Deutsche Jugend (fdj) 29, 49
Freie Gewerkschaftsbewegung (FGB) 95, 118,
Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) 109
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 97 ff., 114, 115, 124
Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V. 53
FREY, Dr. Gerhard 104 f., 108, 108 f., 112
Friedensbewegung, Mitwirkung von Linksextremisten in der 50 f.

G

Germania 121
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 113
Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH (GNN) 34 f.
Gesetzesverletzungen ausländischer Extremisten 139, 140
Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund 74
Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug 99, 124
Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) 92, 95 f.
Gewaltaktionen 47, 74 f., 92, 114, 119, 122, 124 f., 125 f. 139 ff., 146 f., 149, 152 f., 156
Gewaltfreie Aktionsgruppen 45
Gewerkschaftsarbeit, kommunistische 54
GOERTH, Christa 100
GRABERT-Verlag 115
GRABERT, Wigbert 115 f.
GRAPO 72 ff.
Graswurzelbewegung 40, 45 f.
Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 35
GYSI, Gregor 56

H

Halt 121
HAULE, Eva 66 f.

Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) 168, 172 ff., 174 ff., 176, 177
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 100 f.
Historische Tatsachen 116
Hizb Allah (Partei Gottes) 139, 146
HOCHEDER und Co. KG – Versandhandel 116
HONSIK, Gerd 121

I

INDEX 93
Informationsstelle Palästina (ISPA) 145
Informationszentrum beim Minister für Nationale Verteidigung 181
Initiative gegen Berufsverbote 56
Initiative Volkswille 95
Initiative »Weg mit den Berufsverboten« 55
Inoffizieller Mitarbeiter (IM) 170 ff., 182 f.
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) 29
INTERIM 41, 42
International Sikh Youth Federation (ISYF) 156
Internationale Sozialistische Arbeiter-Assoziation (IAA) 45
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) 37
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV) 149 f.
IRVING, DAVID 109, 116, 120

J

Jahrweiser 103
Junge Nationaldemokraten (JN) 112, 113, 114
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 27, 29
Junge Stimme 112

K

KABUS, Thilo 112
Kaderorganisation SA 95
Kampagne gegen die Wiedervereinigung Deutschlands 30, 46
Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst 55
KAPLAN, Cemaleddin 155
Karl-Liebknecht-Schule 26, 27
KOLENDER, Frank 112
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammensarbeit (KFAZ) 30
Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS 172
Kommunalwahlen 50, 108, 111 118
- Bayern 50, 108, 111
- Berlin 118
- Schleswig-Holstein 50, 108
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 35
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 26, 31, 33, 49
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD) 35
Kommunistischer Bund (KB) 33 ff., 47 f., 49 ff.
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 34
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) 154
konkret 33
KOPP, Inge 31
KOSIEK, Dr. Rolf, 113
KÜHNEN, Michael 91, 92 ff., 98, 102, 117
KÜSSEL, Gottfried 122
Kurdistan-Rundbrief 35

L

Landtagswahlen 49 ff., 99, 108, 111, 118
- Bayern 50, 99, 108, 111
- Niedersachsen 50, 108, 111
- Nordrhein-Westfalen 50, 99, 108, 111
- Saarland 50, 108, 111
- Sachsen 118
LAUCK, Gary Rex 91, 102, 120
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) 157 f.
Linke Liste/PDS 32 ff., 35, 49 f.
Linksextremisten im öffentlichen Dienst 24
LOTZE, Werner 73

M

Marx-Engels-Stiftung e.V. (MES) 29

Marxisten-Leninisten 20, 24
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 32 ff., 47, 53 f., 54
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI) 32
Marxistische Gruppe (MG) 24, 38 ff.
Marxistische Streit- und Zeitschrift – gegen die Kosten der Freiheit 38
Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) 29
Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 56, 65, 168, 169 ff., 173 f., 175, 176 ff., 179 ff., 183 f.
Mitgliederzahlen, Ausländerextremismus 136 f., 140, 143 146, 148, 151
Mitgliederzahlen, Linksextremismus 20, 27 f., 32 f., 37
Mitgliederzahlen, Rechtsextremismus 88 f., 91, 98, 100, 101, 108, 112, 114
Mittteldeutsche Nationaldemokraten (MND) 118
MOSLER, Jürgen 98
MÜLLER, Curt 102
MÜLLER, Ursula 102
MUSSGNUG, Martin 110, 112

N

Nachrichten der HNG 100
Nachrichtendienste
- der DDR 168, 174 f., 181 f., 184
- sowjetische 168 f., 173, 175 f. 181, 181 ff., 184
NAHRATH, Wolfgang 114
Nation Europa (NE) 116
Nation Europa – Deutsche Monatshefte (Ne-DM) 116
Nation Europa-Verlag GmbH 116
Nationaldemokraten 88 f., 104 f., 109 f., 118
Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue (N.D.SH.) 156
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 90, 104 108 ff., 112 f., 118 f.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) 118
National-Freiheitliche 88, 104 f., 118
National Front 103
Nationale Alternative (NA) 117 f., 122
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 148
Nationale Heilspartei (MSP) 155
Nationale Liste (NL) 93
Nationale Offensive (NO) 99
Nationalistische Arbeitspartei (MCP) 155
Nationalistische Front (NF) 101 f.
Nationalrevolutionäre 91
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 91, 92 f., 99
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP AO) 102 f.
Nebenorganisationen der DKP 28
Neonationalsozialisten 88 ff., 117
Neonationalsozialistenkreis um Curt MÜLLER 102
Neue Linke 24 f.
Neue Nation 98
Nordland Forlag 102
NS-Kampfruf 102, 120

O

OCHSENSBERGER, Walter 120 f.
Offizier im besonderen Einsatz (OibE) 170
Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (O.I.P.F.G.) 150
Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (O.I.S.) 150
Orthodoxe Kommunisten 24 f.
Ostermärsche, Beteiligung von Linksextremisten 31, 50

P

Palästinensische Befreiungsfront (PLF) 144
Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) 143
Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) 144 f.

U

ÜMMET-i Muhammed
(Die Nation Mohammeds) 155
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) 149
Unsere Zeit (UZ) 27

V

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln (ICCB) 149, 155 f.
Vereinigte Linke (VL) 49
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) 35 ff., 47 f., 48, 49
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik (VAA) 37
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) 155
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) 30 f., 51
Verlag Diagnosen 115
Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung 116
Verlage, linksextremistische 20
Verlage, rechtsextremistische 90, 109, 115
Verwaltung Aufklärung 181
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) 146
Volksbewegung für die Republik Kosovo (LPRK) 156
Volksbund RUDOLF HESS 95
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 144, 145
Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC) 139
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront) 34
Vorfeldorganisationen 30
VVG – Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH 27

W

WAHL, Dr. Max 120 f.
WALENDY, Udo 116
Waffen für El Salvador 54
White Power 114
Wiking-Jugend e. V. (WJ) 113, 114 f.
Wildcat 41
Wohlfahrtspartei (RP) 155
WORCH, Christian 93 f.
Wulff, Thomas 93 f.

Z

ZÜNDEL, Ernst 120 f.

Strukturdaten gemäß § 16 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz

1. **Bundesamt für Verfassungsschutz**

   Der Zuschuß aus dem Bundeshaushalt betrug 1990 218 579 422,71 DM.

   Das Bundesamt für Verfassungschutz hatte 1990 2.435 Bedienstete.

2. **Militärischer Abschirmdienst**

   Der Zuschuß aus dem Bundeshaushalt betrug 1990 141 360 000 DM.

   Der militärische Abschirmdienst hatte 1990 1.948 Bedienstete.

die Zustimmung erforderlich, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. In die Sicherheitsüberprüfung dürfen mit ihrer Zustimmung der Ehegatte, Verlobte oder die Person, die mit dem Betroffenen in eheähnlicher Gemeinschaft lebt, miteinbezogen werden.

(3) Die Verfassungsschutzbehörden sind an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden (Artikel 20 des Grundgesetzes).

§ 4
Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

a) Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;

b) Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, dem Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;

c) Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung solche politisch bestimmten, ziel- und zweckgerichteten Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluß, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.

Für einen Personenzusammenschluß handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen nachdrücklich unterstützt. Voraussetzung für die Sammlung und Auswertung von Informationen im Sinne des § 3 Abs. 1 ist das Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte.Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluß handeln sind Bestrebungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,

b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,

c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,

d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung.

e) die Unabhängigkeit der Gerichte,

f) der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und

g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

§ 5
Abgrenzung der Zuständigkeiten der Verfassungsschutzbehörden

(1) Die Landesbehörden für Verfassungsschutz sammeln Informationen, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen zur Erfüllung ihrer Aufgaben, werten sie aus und übermitteln sie dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesbehörden für Verfassungsschutz, soweit es für deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf in einem Lande im Benehmen mit der Landesbehörde für Verfassungsschutz Informationen, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen im Sinne des § 3 sammeln. Bei Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ist Voraussetzung, daß

1. sie sich ganz oder teilweise gegen den Bund richten,
2. sie sich über den Bereich eines Landes hinaus erstrecken,
3. sie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland berühren oder

4. eine Landesbehörde für Verfassungsschutz das Bundesamt für Verfassungsschutz um ein Tätigwerden ersucht.

Das Benehmen kann für eine Reihe gleichgelagerte Fälle hergestellt werden.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die Landesbehörden für Verfassungsschutz über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

§ 6
Gegenseitige Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörden

Die Verfassungsschutzbehörden sind verpflichtet, beim Bundesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung der Unterrichtungspflichten nach § 5 gemeinsame Dateien zu führen, die sie im automatisierten Verfahren nutzen. Diese Dateien enthalten nur die Daten, die zum Auffinden von Akten und der dazu notwendigen Identifizierung von Personen erforderlich sind. Die Speicherung personenbezogener Daten ist nur unter den Voraussetzungen der §§ 10 und 11 zulässig. Der Abruf im automatisierten Verfahren durch andere Stellen ist nicht zulässig. Die Verantwortung einer speichernden Stelle im Sinne der allgemeinen Vorschriften des Datenschutzrechts trägt jede Verfassungsschutzbehörde nur für die von ihr eingegebenen Daten; nur sie darf diese Daten verändern, sperren oder löschen. Die eingebende Stelle muß feststellbar sein. Das Bundesamt für Verfassungsschutz trifft für die gemeinsamen Dateien die technischen und organisatorischen Maßnahmen nach § 9 des Bundesdatenschutzgesetzes. Die Führung von Textdateien oder Dateien, die weitere als die in Satz 2 genannten Daten enthalten, ist unter den Voraussetzungen dieses Paragraphen nur zulässig für eng umgrenzte Anwendungsgebiete zur Aufklärung von sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht oder von Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, Gewalt anzuwenden oder Gewaltanwendungen vorzubereiten. Die Zugriffsberechtigung ist auf Personen zu beschränken, die unmittelbar mit Arbeiten in diesem Anwendungsgebiet betraut sind; in der Dateienordnung (§ 14) ist die Erforderlichkeit der Aufnahme von Textzusätzen in der Datei zu begründen.

§ 7
Weisungsrechte des Bundes

Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

Zweiter Abschnitt
Bundesamt für Verfassungsschutz

§ 8
Befugnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten und nutzen, soweit nicht die anzuwendenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes oder besondere Regelungen in diesem Gesetz entgegenstehen.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Bundesministers des Innern, der die Parlamentarische Kontrollkommission unterrichtet.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu; es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen mit seiner Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Der Betroffene ist auf die Freiwilligkeit seiner Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 3 Abs. 2 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(5) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Bundesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 9
Besondere Formen der Datenerhebung

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, mit den Mitteln gemäß § 8 Abs. 2 erheben, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Bundesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhaltes auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist; eine geringere Beeinträchtigung ist in der Regel anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch eine Auskunft nach § 18 Abs. 3 gewonnen werden kann. Die Anwendung eines Mittels gemäß § 8 Abs. 2 darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhaltes stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(2) Das in einer Wohnung nicht öffentlich gesprochene Wort darf mit technischen Mitteln nur heimlich mitgehört oder aufgezeichnet werden, wenn es im Einzelfall zur Abwehr einer gegenwärtigen gemeinen Gefahr oder einer gegenwärtigen Lebensgefahr für einzelne Personen unerläßlich ist und geeignete polizeiliche Hilfe für das bedrohte Rechtsgut nicht rechtzeitig erlangt werden kann. Satz 1 gilt entsprechend für einen verdeckten Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen und Bildaufzeichnungen.

(3) Bei Erhebungen nach Absatz 2 und solchen nach Absatz 1, die in ihrer Art und Schwere einer Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses gleichkommen, wozu insbesondere das Abhören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes mit dem verdeckten Einsatz technischer Mittel gehören, ist

1. der Eingriff nach seiner Beendigung dem Betroffenen mitzuteilen, sobald eine Gefährdung des Zweckes des Eingriffs ausgeschlossen werden kann, und
2. die Parlamentarische Kontrollkommission zu unterrichten.

Die durch solche Maßnahmen erhobenen Informationen dürfen nur nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz verwendet werden.

§ 10
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten in Dateien speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 vorliegen.
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Bundesamt für Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 2 tätig wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 2 dürfen in automatisierten Dateien nur personenbezogene Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherungsdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

§ 11
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten von Minderjährigen

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 10 Daten

über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres in zu ihrer Person geführten Akten nur speichern, verändern und nutzen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß der Minderjährige eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz genannten Straftaten plant, begehrt oder begangen hat. In Dateien ist eine Speicherung von Daten oder über das Verhalten Minderjähriger vor Vollendung des 16. Lebensjahres nicht zulässig.

(2) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, daß nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse nach § 3 Abs. 1 angefallen sind.

§ 12
Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten in Dateien

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Falle sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung des Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder 3 sind spätestens zehn Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Behördenleiter oder sein Vertreter trifft im Einzelfall ausnahmsweise eine andere Entscheidung.

(4) Personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der Datenschutzkontrolle, der Datensicherung oder zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebes einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden, dürfen nur für diese Zwecke verwendet werden.

§ 13
Berichtigung und Sperrung personenbezogener Daten in Akten

(1) Stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, daß in Akten gespeicherte personenbezogene Daten unrichtig sind oder wird ihre Richtigkeit von dem Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, daß ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden und die Dateien für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen.

§ 14
Dateianordnungen

(1) Für jede automatisierte Datei beim Bundesamt für Verfassungsschutz nach § 6 oder § 10 sind in einer Dateianordnung, die der Zustimmung des Bundesministers des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Arten der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherungsdauer,
7. Protokollierung.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz ist vor Erlaß einer Dateianordnung anzuhören.

(2) Die Speicherung personenbezogener Daten ist auf das erforderliche Maß zu beschränken. In angemessenen Abständen ist die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

...ordnung über automatisierte ...ene Textdateien ist die Zugriffs... auf Personen zu beschränken, die (3) ...ar mit Arbeiten in dem Gebiet betraut ...em die Textdateien zugeordnet sind; Aus... aus Textdateien dürfen nicht ohne die dazugehörenden erläuternden Unterlagen übermittelt werden.

§ 15
Auskunft an den Betroffenen

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz erteilt dem Betroffenen über zu seiner Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft, soweit er hierzu auf einen konkreten Sachverhalt hinweist und ein besonderes Interesse an einer Auskunft darlegt.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung Quellen gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

Die Entscheidung trifft der Behördenleiter oder ein von ihm besonders beauftragter Mitarbeiter.

(3) Die Auskunftsverpflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(4) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe der Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu machen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß er sich an den Bundesbeauftragten für den Datenschutz werden kann. Dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht der Bundesminister des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. Mitteilungen des Bundesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand des Bundesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern es nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

§ 16
Berichtspflicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet den Bundesminister des Innern über seine Tätigkeit.

(2) Die Unterrichtung nach Absatz 1 dient auch der Aufklärung der Öffentlichkeit durch den Bundesminister des Innern über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1, die mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht erfolgt. Dabei dürfen auch personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn die Bekanntgabe für das Verständnis des Zusammenhanges oder der Darstellung von Organisationen oder unorganisierten Gruppierungen erforderlich ist und die Interessen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse der Betroffenen überwiegen. In dem Bericht sind die Zuschüsse des Bundeshaushaltes an das Bundesamt für Verfassungsschutz und den Militärischen Abschirmdienst sowie die jeweilige Gesamtzahl ihrer Bediensteten anzugeben.

Dritter Abschnitt
Übermittlungsvorschriften

§ 17
Zulässigkeit von Ersuchen

(1) Wird nach den Bestimmungen dieses Abschnittes um Übermittlung von personenbezogenen Daten ersucht, dürfen nur die Daten übermittelt werden, die bei der ersuchten Behörde bekannt sind oder aus allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können.

(2) Absatz 1 gilt nicht für besondere Ersuchen der Verfassungsschutzbehörden, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundesnachrichtendienstes um solche Daten, die bei der Wahrnehmung grenzpolizeilicher Aufgaben bekannt werden. Die Zulässigkeit dieser besonderen Ersuchen und ihre Erledigung regelt der Bundesminister des Innern in einer Dienstanweisung. Er unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission über ihren Erlaß und erforderliche Änderungen. Satz 2 und 3 gilt nicht für die besonderen Ersuchen zwischen Behörden desselben Bundeslandes.

§ 18
Übermittlung von Informationen an die Verfassungsschutzbehörden

(1) Die Behörden des Bundes der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie der Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, unterrichten von sich aus das Bundesamt für Verfassungsschutz oder die Verfassungsschutzbehörde des Landes über die ihnen bekanntgewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 3 genannten Schutzgüter gerichtet sind. Über Satz 1 hinausgehende Unterrichtungspflichten nach dem Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst oder dem Gesetz über den Bundesnachrichtendienst bleiben unberührt. Auf die Übermittlung von Informationen zwischen Behörden desselben Bundeslandes findet Satz 1 keine Anwendung.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie der Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, und der Bundesnachrichtendienst dürfen darüber hinaus von sich aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder der Verfassungsschutzbehörde des Landes auch alle anderen ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten über Bestrebungen nach § 3 Abs. 1 übermitteln, wenn tatsächliche Anhal[illegible] hen, daß die Übermittlung [illegible] Aufgaben der Verfassungssch[illegible] dafür beste- derlich ist. Absatz 1 Satz 3 findet [illegible]illung der

(3) Das Bundesamt für Verfasser[illegible] darf zur Erfüllung seiner Aufgaben die [illegible] waltschaften und, vorbehaltlich der sta[illegible] waltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die [illegible] zeien sowie andere Behörden um Übermittlun[illegible] der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen, wenn sie nicht aus allgemein zugänglichen Quellen oder nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine den Betroffenen stärker belastende Maßnahme erhoben werden können. Unter den gleichen Voraussetzungen dürfen Verfassungsschutzbehörden der Länder

1. Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts,
2. Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, Polizeien des Bundes und anderer Länder um die Übermittlung solcher Informationen ersuchen.

(4) Würde durch die Übermittlung nach Absatz 3 Satz 1 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder der Betroffene unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf das Bundesamt für Verfassungsschutz bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 3 sowie bei der Beobachtung terroristischer Bestrebungen amtliche Register einsehen.

(5) Die Ersuchen nach Absatz 3 sind aktenkundig zu machen. Über die Einsichtnahme nach Absatz 4 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(6) Die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100 a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist nach den Vorschriften der Absätze 1, 2 und 3 nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß jemand eine der in § 2 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundge-

setz genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die einer Verfassungsschutzbehörde nach Satz 1 übermittelten Kenntnisse und Unterlagen findet § 7 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz entsprechende Anwendung.

§ 19
Übermittlung personenbezogener Daten durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder der Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigt. Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(2) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte übermitteln, soweit die Bundesrepublik Deutschland dazu im Rahmen von Artikel 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218) verpflichtet ist.

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Bundesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(4) Personenbezogene Daten dürfen an andere Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und der Bundesminister des Innern seine Zustimmung erteilt hat. Das Bundesamt für Verfassungsschutz führt über die Auskunft nach Satz 1 einen Nachweis, aus dem der Zweck der Übermittlung, ihre Veranlassung, die Aktenfundstelle und der Empfänger hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu den Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. Der Empfänger ist auf die Verwendungsbeschränkung und darauf hinzuweisen, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

§ 20
Übermittlung von Informationen durch das Bundesamt für Verfassungsschutz an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeien von sich aus die ihm bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung zur Verhinderung oder Verfolgung von Staatsschutzdelikten erforderlich ist. Delikte nach Satz 1 sind die in §§ 74 a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten sowie sonstige Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, des Motivs des Täters oder dessen Verbindung zu einer Organisation tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchstabe b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind. Das Bundesamt für Verfassungsschutz übermittelt dem Bundesnachrichtendienst von sich aus die ihm bekanntgewordenen Informationen einschließlich per-

sonenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des Empfängers erforderlich ist.

(2) Die Polizeien dürfen zur Verhinderung von Staatsschutzdelikten nach Absatz 1 Satz 2 des Bundesamt für Verfassungsschutz um Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen. Der Bundesnachrichtendienst darf zur Erfüllung seiner Aufgaben das Bundesamt für Verfassungsschutz um die Übermittlung der erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogner Daten ersuchen.

§ 21
Übermittlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörden der Länder an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes

(1) Die Verfassungsschutzbehörden der Länder übermitteln den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeien Infomationen einschließlich personenbezogener Daten unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Abs. 2 Satz 1. Auf die Übermittlung von Informationen zwischen Behörden desselben Bundeslandes findet Satz 1 keine Anwendung.

(2) Die Verfassungsschutzbehörden der Länder übermitteln dem Bundesnachrichtendienst und dem Militärischen Abschirmdienst Informationen einschließlich personenbezogener Daten unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Satz 3 sowie Abs. 2 Satz 2.

§ 22
Übermittlung von Informationen durch die Staatsanwaltschaften und Polizeien an den Militärischen Abschirmdienst

Für Übermittlung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten durch die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie den Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, an den Militärischen Abschirmdienst findet § 18 entsprechende Anwendung.

§ 23
Übermittlungsverbote

Die Übermittlung nach den Vorschriften dieses Abschnitts unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen des Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen; die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

§ 24
Minderjährigenschutz

(1) Informationen einschließlich personenbezogener Daten über das Verhalten Minderjähriger dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelt werden, solange die Voraussetzungen der Speicherung nach § 11 erfüllt sind. Liegen diese Voraussetzungen nicht mehr vor, bleibt eine Übermittlung nur zulässig, wenn sie zur Abwehr einer erheblichen Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat von erheblicher Bedeutung erforderlich ist.

(2) Informationen einschließlich personenbezogener Daten über das Verhalten Minderjähriger vor Vollendung des 16. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatlichen Stellen übermittelt werden.

§ 25
Pflichten des Empfängers

Der Empfänger prüft, ob die nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

§ 26
Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung nach den Vorschriften dieses Gesetzes als unvollständig oder unrichtig, so sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, es sei denn, daß dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

Vierter Abschnitt
Schlußvorschriften

§ 27
Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 3 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz finden die §§ 10 und 13 bis 20 des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes keine Anwendung.

Artikel 3

Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst (MAD-Gesetz – MADG)

§ 1
Aufgaben

(1) Aufgabe des Militärischen Abschirmdienstes des Bundesministers der Verteidigung ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen, über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,

wenn sich diese Bestrebungen oder Tätigkeiten gegen Personen, Dienststellen oder Einrichtungen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung richten und von Personen ausgehen oder ausgehen sollen, die diesem Geschäftsbereich angehören oder in ihm tätig sind. § 4 des, Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung.

(2) Darüber hinaus obliegt dem Militärischen Abschirmdienst zur Beurteilung der Sicherheitslage

1. von Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung und
2. von Dienststellen und Einrichtungen der verbündeten Streitkräfte und der internationalen militärischen Hauptquartiere, wenn die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Vereinbarungen Verpflichtungen zur Sicherheit dieser Dienststellen und Einrichtungen übernommen hat und die Beurteilung der Sicherheitslage im Einvernehmen zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und den zuständigen obersten Landesbehörden dem Militärischen Abschirmdienst übertragen worden ist.

die Auswertung von Informationen über die in Absatz 1 genannten Bestrebungen und Tätigkeiten gegen diese Dienststellen und Einrichtungen, auch soweit sie von Personen ausgehen oder ausgehen sollen, die nicht dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind.

(3) Der Militärische Abschirmdienst wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören, in ihm tätig sind oder werden sollen und
   a) denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können, oder
   b) die an sicherheitsempfindlichen Stellen des Geschäftsbereichs des Bundesministers der Verteidigung eingesetzt sind oder werden sollen,
2. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

Besteht die Mitwirkung des Militärischen Abschirmdienstes an der Sicherheitsüberprüfung nach Satz 1 lediglich in der Auswertung

bereits vorhandenen Wissens der Beschäftigungsstelle, der Strafverfolgungs- oder Sicherheitsbehörden, ist es erforderlich und ausreichend, wenn der Betroffene von der Einleitung der Überprüfung Kenntnis hat. Im übrigen ist die Zustimmung erforderlich, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. In die Sicherheitsüberprüfung dürfen mit ihrer Zustimmung der Ehegatte, Verlobte oder die Person, die mit dem Betroffenen in eheähnlicher Gemeinschaft lebt miteinbezogen werden.

(4) Der Militärische Abschirmdienst darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(5) Der Militärische Abschirmdienst ist an die allgemeinen Rechtsvorschriften gebunden (Artikel 20 des Grundgesetzes).

§2
Zuständigkeit in besonderen Fällen

(1) Zur Fortführung von Aufgaben nach § 1 Abs. 1 kann der Militärische Abschirmdienst, soweit es im Einzelfall zwingend erforderlich ist, seine Befugnisse gegenüber Personen ausüben, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung nicht angehören oder nicht in ihm tätig sind. Dies ist nur zulässig

1. gegenüber dem Ehegatten oder Verlobten einer in § 1 Abs. 1 genannten Person oder dem mit ihr in eheähnlicher Gemeinschaft Lebenden, wenn angenommen werden muß, daß Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 auch von ihm ausgehen.
2. im Benehmen mit der zuständigen Verfassungsschutzbehörde gegenüber Personen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß sie mit einer in § 1 Abs. 1 genannten Person bei Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 1 Abs. 1 zusammenarbeiten, und wenn anderenfalls die weitere Erforschung des Sachverhalts gefährdet oder nur mit übermäßigem Aufwand möglich wäre.

(2) Zum Schutz seiner Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten kann der Militärische Abschirmdienst in Wahrnehmung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 1, soweit es im Einzelfall zwingend erforderlich ist, im Benehmen mit der zuständigen Verfassungsschutzbehörde seine Befugnisse gegenüber Personen ausüben, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung nicht angehören oder nicht in ihm tätig sind.

§ 3
Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden.

(1) Der Militärische Abschirmdienst und die Verfassungsschutzbehörden arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zusammen. Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

(2) Zur Fortführung von Aufgaben nach § 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes kann eine Verfassungsschutzbehörde, soweit es im Einzelfall zwingend erforderlich ist, im Benehmen mit dem Militärischen Abschirmdienst Maßnahmen auf Personen erstrecken, die dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind und der Zuständigkeit des Militärischen Abschirmdienstes unterliegen. Dies ist nur zulässig gegenüber Personen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß sie mit einer Person aus dem Zuständigkeitsbereich der Verfassungsschutzbehörde bei Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 3 Abs. 1 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zusammenarbeiten, und wenn anderenfalls die weitere Erforschung des Sachverhalts gefährdet oder nur mit übermäßigen Aufwand möglich wäre.

(3) Der Militärische Abschirmdienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichten einander über alle Angelegenheiten, deren Kenntnis für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

§ 4
Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten und nutzen nach § 8 des Bundesverfassungsschutzgesetzes, soweit nicht die anzuwendenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes oder besondere Regelungen in diesem Gesetz entgegenstehen. Er ist nicht befugt, personenbezogene Daten zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 2 zu erheben. § 8 Abs. 2 Satz 2 und 3 des Bun-

desverfassungsschutzgesetztes findet Anwendung; die Zustimmung zur Dienstanweisung erteilt der Bundesminister der Verteidigung.

(2) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Militärischen Abschirmdienst nicht zu; er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.

§ 5
Besondere Formen der Datenerhebung

Der Militärische Abschirmdienst darf Informationen, insbesondere personenbezogene Daten, nach § 9 des Bundesverfassungsschutzgesetzes erheben, soweit es

1. zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 sowie zur Erforschung der dazu erforderlichen Quellen oder
2. zum Schutz der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen des Militärischen Abschirmdienstes gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten, auch nach § 2 Abs. 2,

erforderlich ist; § 9 Abs. 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung.

§ 6
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten nach § 10 des Bundesverfassungsschutzgesetzes speichern, verändern und nutzen, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. Zur Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 2 gespeicherte Daten über Personen, die nicht dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung angehören oder in ihm tätig sind, dürfen für andere Zwecke nicht verwendet werden, es sei denn, die Verwendung wäre auch für die Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 zulässig.

(2) In Dateien oder zu ihrer Person geführten Akten gespeicherte Daten über Minderjährige sind nach zwei Jahren auf die Erforderlichkeit der Speicherung zu überprüfen und spätestens nach fünf Jahren zu löschen, es sei denn, daß nach Eintritt der Volljährigkeit weitere Erkenntnisse nach § 1 Abs. 1 oder § 2 angefallen sind. Dies gilt nicht, wenn der Betroffene nach § 1 Abs. 3 überprüft wird. Die Speicherung personenbezogener Daten über Minderjährige vor Vollendung des 16. Lebensjahres in zu ihrer Person geführten Akten und Dateien ist unzulässig.

§ 7
Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Der Militärische Abschirmdienst hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu löschen und zu sperren nach § 12 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

(2) Der Militärische Abschirmdienst hat personenbezogene Daten in Akten zu berichtigen und zu sperren nach § 13 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

§ 8
Dateianordnungen

Der Militärische Abschirmdienst hat für jede automatisierte Datei mit personenbezogenen Daten eine Dateianordnung nach § 14 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu treffen, die der Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung bedarf. § 14 Abs. 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes findet Anwendung.

§ 9
Auskunft an den Betroffenen

Der Militärische Abschirmdienst erteilt dem Betroffenen über zu seiner Person gespeicherte Daten Auskunft ensprechend § 15 des Bundesverfassungsschutzgesetzes; an die Stelle des dort genannten Bundesministers des Innern tritt der Bundesminister der Verteidigung.

§ 10
Übermittlung von Informationen an den Militärischen Abschirmdienst

(1) Die Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts unterrichten von sich aus den Militärischen Abschirmdienst über die ihnen bekanntgewordenen Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes erkennen las-

sen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 1 Abs. 1 Nr. 1 genannten Schutzgüter gerichtet sind, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Unterrichtung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 1 Abs. 1 und 2 erforderlich ist.

(2) Der Militärische Abschirmdienst darf nach § 18 Abs. 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes jede Behörde um die Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen.

(3) Würde durch die Übermittlung nach Absatz 2 der Zweck der Maßnahme gefährdet oder der Betroffene unverhältnismäßig beeinträchtigt, darf der Militärische Abschirmdienst bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 amtliche Register einsehen. Diese Einsichtnahme bedarf der Zustimmung des Amtschefs des Amtes für den Militärischen Abschirmdienst oder seines Vertreters.

(4) § 17 Abs. 1 sowie § 18 Abs. 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sind entsprechend anzuwenden.

§ 11
Übermittlung personenbezogener Daten durch den Militärischen Abschirmdienst

(1) Der Militärische Abschirmdienst darf personenbezogene Daten nach § 19 Abs. 1 bis 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes übermitteln. Die Übermittlung an anderer Stellen ist unzulässig.

(2) Der Militärische Abschirmdienst übermittelt Informationen einschließlich personenbezogener Daten an Staatsanwaltschaften, Polizeien und den Bundesnachrichtendienst nach § 20 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

§ 12
Verfahrensregeln für die Übermittlung von Informationen

Für die Übermittlung von Informationen nach diesem Gesetz finden die §§ 23 bis 26 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 13
Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 bis 3 und § 2 finden die §§ 10 und 13 bis 20 des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes keine Anwendung.

Artikel 4
Gesetz über den Bundesnachrichtendienst (BND-Gesetz-BNDG)

§ 1
Organisation und Aufgaben

(1) Der Bundesnachrichtendienst ist eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Chefs des Bundeskanzleramtes. Einer polizeilichen Dienststelle darf er nicht angegliedert werden.

(2) Der Bundesnachrichtendienst sammelt zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, die erforderlichen Informationen und wertet sie aus. Werden dafür im Geltungsbereich dieses Gesetzes Informationen einschließlich personenbezogener Daten erhoben, so richtet sich ihre Erhebung, Verarbeitung und Nutzung nach den §§ 2 bis 6 und 8 bis 11.

§ 2
Befugnisse

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf die erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten erheben, verarbeiten und nutzen, soweit nicht die anzuwendenden Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes oder besondere Regelungen in diesem Gesetz entgegenstehen.

1. zum Schutz seiner Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Quellen gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten,

2. für die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die für ihn tätig sind oder tätig werden sollen,
3. für die Überprüfung der für die Aufgabenerfüllung notwendigen Nachrichtenzugänge und
4. über Vorgänge im Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind, wenn sie nur auf diese Weise zu erlangen sind und für ihre Erhebung keine andere Behörde zuständig ist.

(2) Werden personenbezogene Daten beim Betroffenen mit seiner Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Der Betroffene ist auf die Freiwilligkeit seiner Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach Absatz 1 Nr. 2 auf eine dienst- und arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen. Bei Sicherheitsüberprüfungen ist § 3 Abs. 2 Satz 2 bis 4 des Bundesverfassungsschutzes entsprechend anzuwenden.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Bundesnachrichtendienst nicht zu. Er darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen er selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat der Bundesnachrichtendienst diejenige zu wählen, die den Betroffenen voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

§ 3
Besondere Formen der Datenerhebung

Der Bundesnachrichtendienst darf zur heimlichen Beschaffung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten die Mittel gemäß § 8 Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes anwenden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. § 9 des Bundesverfassungsschutzgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

§ 4
Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf personenbezogene Daten nach § 10 des Bundesverfassungsschutzgesetzes speichern, verändern und nutzen, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist.

(2) Die Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten über Minderjährige ist nur unter den Voraussetzungen des § 11 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zulässig.

§ 5
Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten

(1) Der Bundesnachrichtendienst hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu löschen und zu sperren nach § 12 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

(2) Der Bundesnachrichtendienst hat personenbezogene Daten in Akten zu berichtigen und zu sperren nach § 13 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

§ 6
Dateianordnungen

Der Bundesnachrichtendienst hat für jede automatisierte Datei mit personenbezogenen Daten eine Dateianordnung nach § 14 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zu treffen, die der Zustimmung des Chefs des Bundeskanzleramtes bedarf. § 14 Abs. 2 und 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes ist anzuwenden.

§ 7
Auskunft an den Betroffenen

Der Bundesnachrichtendienst erteilt dem Betroffenen auf Antrag Auskunft über zu seiner Person nach § 4 gespeicherte Daten entsprechend § 15 des Bundesverfassungsschutzgesetzes. An die Stelle des dort genannten Bundesministers des Innern tritt der Chef des Bundeskanzleramtes.

§ 8
Übermittlung von Informationen an den Bundesnachrichtendienst

(1) Die Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öf-

fentlichen Rechts dürfen von sich aus dem Bundesnachrichtendienst die ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für seine Eigensicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 erforderlich ist.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeien sowie der Zoll, soweit er Aufgaben nach dem Bundesgrenzschutzgesetz wahrnimmt, übermitteln dem Bundesnachrichtendienst von sich aus die ihnen bekanntgewordenen Informationen einschließlich personenbezogener Daten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für seine Eigensicherung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 erforderlich ist.

(3) Der Bundesnachrichtendienst darf nach § 18 Abs. 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes jede Behörde um die Übermittlung der zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten ersuchen und nach § 18 Abs. 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes amtlich geführte Register einsehen, soweit es zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist. § 17 Abs. 1 und § 18 Abs. 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes sind anzuwenden.

(4) Für die Übermittlung personenbezogener Daten, die auf Grund einer Maßnahme nach § 100 a der Strafprozeßordnung bekanntgeworden sind, ist § 18 Abs. 6 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend anzuwenden.

§ 9
Übermittlung von Informationen durch den Bundesnachrichtendienst

(1) Der Bundesnachrichtendienst darf Informationen einschließlich personenbezogener Daten an inländische Behörden übermitteln, wenn dies zu Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder wenn der Empfänger die Daten für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigt. Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Für die Übermittlung von Informationen einschließlich personenbezogener Daten an andere Stellen ist § 19 Abs. 2 bis 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend anzuwenden; dabei ist die Übermittlung nach Absatz 4 dieser Vorschrift nur zulässig, wenn sie zur Wahrung außen- und sicherheitspolitischer Belange der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist und der Chef des Bundeskanzleramtes seine Zustimmung erteilt hat.

(3) Der Bundesnachrichtendienst übermittelt Informationen einschließlich personenbezogener Daten an die Staatsanwaltschaften, die Polizeien und den Militärischen Abschirmdienst entsprechend § 20 des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

§ 10
Verfahrensregeln für die Übermittlung von Informationen

Für die Übermittlung von Informationen nach §§ 8 und 9 sind die §§ 23 bis 26 des Bundesverfassungsschutzgesetzes entsprechend anzuwenden.

§ 11
Geltung des Bundesdatenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der Aufgaben des Bundesnachrichtendienstes sind die §§ 10 und 13 bis 20 des Bundesdatenschutzgesetzes in der Fassung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes nicht anzuwenden.

§ 12
Berichtspflicht

Der Bundesnachrichtendienst unterrichtet den Chef des Bundeskanzleramtes über seine Tätigkeit. Über die Erkenntnisse aus seiner Tätigkeit unterrichtet er darüber hinaus auch unmittelbar die Bundesminister im Rahmen ihrer Zuständigkeiten; hierbei ist auch die Übermittlung personenbezogener Daten zulässig.

Artikel 6
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme des Artikels 1 am Tage nach der Verkündung[1] in Kraft;